vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

MICHAEL H. KATER
Carl Orff im Dritten Reich

JÜRGEN PAGEL Das Baltikum zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion 1933/34

SEBASTIAN SCHOEPP

Das Argentinische Tageblatt als Forum der Emigration 1933–1945

SYBIL MILTON
Zigeunerlager nach 1933

CARLOS COLLADO SEIDEL Zufluchtsstätte für Nationalsozialisten? Deutsche Agenten in Spanien 1944–1947

DOKUMENTATION Zufälle auf dem Weg zur neuen Ostpolitik 1968 (Hansjakob Stehle)

Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ HORST MÖLLER

> in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion: Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst Chefredakteur: Hans Woller Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

43. Jahrgang

Heft 1

Januar 1995

INHALTSVERZEICHNIS

| AUFSÄTZE | | |
|-----------------------|--|-----|
| Michael H. Kater | Carl Orff im Dritten Reich | 1 |
| Jürgen Pagel | Souveränität oder Bevormundung? Die baltischen Staaten zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion 1933/34 | 37 |
| Sebastian Schoepp | Das Argentinische Tageblatt 1933–1945. Eine "bürgerliche Kampfzeitung" als Forum der Emigration | 75 |
| Sybil Milton | Vorstufe zur Vernichtung. Die Zigeunerlager nach 1933 | 115 |
| Carlos Collado Seidel | Zufluchtsstätte für Nationalsozialisten? Spanien, die Alliierten und die Behandlung deutscher Agenten 1944–1947 | 131 |

Jahrgang 43 (1995), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf



II

Inhaltsverzeichnis

| DOKUMENTATION | | |
|-------------------|--|-----|
| Hansjakob Stehle | Zufälle auf dem Weg zur neuen Ostpolitik. Aufzeichnungen über ein geheimes Treffen Egon Bahrs mit einem polnischen Diplomaten 1968 | 159 |
| NOTIZEN | | |
| | Die Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte (Horst Möller/Hartmut Mehringer) . 1 | 173 |
| | Das Deutsche Problem in der neueren Geschichte (Manfred Kittel) | 187 |
| ABSTRACTS | | 191 |
| MITARBEITER DIESE | S HEFTES | 193 |

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1995: Jahresabonnement Inland DM 91,20 (DM 78,- + DM 13,20 Versandspesen); Österreich öS 727,- (609,- + 118,- Versandspesen); Schweiz sFr 93,20 (78,- + 15,20 Versandspesen); Binnenmarktländer Empfänger mit UST.-ID-Nr. DM 88,20 (73,- + 15,20 Versandspesen); Binnenmarktländer Empfänger ohne UST.-ID-Nr. und Drittländer DM 93,20 (78,- + 15,20 Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 73,20 (60,- + 13,20 Versandspesen); Einzelheft DM 26,-, öS 203,-, sFr 26,- + Versandspesen. Inlandspreise und Preise für Binnenmarktländer (Empfänger ohne USt.- ID-Nr.) incl. 7% MWSt. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen. Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien

hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und ver-

pflichtet zur Gebührenzahlung. Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahrshefte für
Zeitgelchichte

MICHAEL H. KATER

CARL ORFF IM DRITTEN REICH*

I.

Die politische Sozialgeschichte der Musik im Dritten Reich befindet sich noch in den Anfängen. Die Pionierleistung des Musikwissenschaftlers Fred K. Prieberg, eine Allgemeindarstellung aus dem Jahre 1982, ist noch immer maßgebend, obwohl sie Lücken und Fehler aufweist, die sich aus einem noch bruchstückhaften Quellenfundament, einer keineswegs vollständigen Darstellung und einer Herangehensweise ergeben, die sich oft mit Schwarz-Weiß-Tönen behilft. In den zwei Bänden, die Prieberg nachgeschoben hat, sind solche Mängel eher noch augenfälliger geworden¹.

Die Defizite auf diesem kulturhistorischen Gebiet haben mehrere Gründe. Einmal ist das Feld der Musikgeschichte allzu lange den Musikwissenschaftlern überlassen worden, die dazu tendiert haben, "ihre" Künstler vor allem nach kunstimmanenten Kriterien zu beurteilen und weniger nach politischen und sozialen Rahmenbedingungen und Implikationen zu fragen. Erst in jüngerer Zeit ist Rezeptionsgeschichte ein legitimer Zweig der Musikwissenschaft geworden, in der Regel fehlt ihr aber - wichtig gerade bei der Beurteilung der Moderne - ein fester Bezug zu den Sozialwissenschaften. Urteile über Persönlichkeiten aus der Zeit des Dritten Reiches unterliegen zudem den Schwierigkeiten, die mit der Ortung und Einordnung von Motiven verbunden sind; außerdem fehlen verbindliche Definitionen gängiger Begriffe und Charakterisierungen wie etwa NS-Musik. Nun sind ideologiebezogene Fragestellungen heutigen Musikwissenschaftlern durchaus geläufig, wie die Tatsache zeigt, daß gegenwärtig gezielt nach marxistischen oder auch feministischen Gesichtspunkten geforscht wird. Aber, unabhängig davon, von welcher Fragestellung man sich leiten läßt, auf die Zeit des Dritten Reiches bezogen stehen viele Antworten noch aus. Welche Funktion etwa hatte die Musik in einer Diktatur, die auf Gängelung der Massen und später dann auf Krieg zielte? Haben deutsche Komponisten und Musiker sich für totalitäre



^{*} Für ihre eingehende Prüfung des Manuskripts habe ich Joan Evans (Toronto) und für wichtige Sachhinweise Hans Jörg Jans (München) sehr zu danken. Außerdem bin ich den Stiftungen Social Science and Humanities Research Council of Canada (Ottawa) und Alexander von Humboldt-Stiftung (Bonn) nach großzügiger Förderung während der Forschung zu großem Dank verpflichtet.

¹ Fred K. Prieberg, Musik im NS-Staat, Frankfurt am Main 1982; ders., Kraftprobe. Wilhelm Furtwängler im Dritten Reich, Wiesbaden 1986; ders., Musik und Macht, Frankfurt am Main 1991. Zum letzteren meine Rezension in: American Historical Review 98, 1993, S. 485 f. Michael Meyer, The Politics of Music in the Third Reich, New York 1991, stellt einen wissenschaftlichen Rückschritt dar. Dazu Joan Evans in: Central European History 26, 1993, S. 242 f.

Zwecke wissentlich einspannen lassen, und wenn ja, warum? Hat solcher Mißbrauch die Struktur und den Wertgehalt ihrer Musik verändert, so daß in manchen Fällen von "nationalsozialistischer Musik" gesprochen werden muß? Stünde eine nach 1933 veränderte Musikästhetik dann noch in irgendeiner Beziehung zur Tradition²?

Politik- oder auch Sozialhistoriker, die sich auf das Feld der Musikgeschichte gewagt haben, vielleicht im Zusammenhang mit einer weiter zu fassenden Kulturgeschichtsschreibung, können diese Fragen bis heute ebensowenig verläßlich beantworten wie Musikologen mit historischem Interesse: Prieberg selbst und der amerikanische Autor Sam H. Shirakawa haben in jüngster Zeit die Persönlichkeit von Wilhelm Furtwängler zum Positiven hin überzeichnet, weil sie seine reaktionären Wurzeln, aus denen sich, beispielsweise, eine fatale antidemokratische Haltung herleitete, ignoriert haben. Hingegen ist Richard Strauss von einem jüngeren deutschen Musikwissenschaftler negativ porträtiert worden, weil hier von einer extrem linken Position her entlastende Faktoren in der Biographie von Strauss mit Absicht übersehen worden sind. In Wahrheit waren die Unterschiede zwischen Furtwängler, dem man mit Recht die Rettung von Juden zugute hält, und Strauss, dem die zeitweilige Präsidentschaft in Goebbels' Reichsmusikkammer angekreidet wird, gar nicht so groß, wie die Lektüre der drei Monographien glauben macht³. Weiter sind einige Dirigenten vorschnell als NS-Kollaborateure eingestuft worden, während andere allzu rasch entlastet wurden. Zur erstgenannten Kategorie gehören beispielsweise Hans Knappertsbusch und Karl Böhm, zur zweiten Clemens Krauss und Herbert von Karajan⁴. Bevor solche Urteile gefällt werden, die sich vor der unausweichlichen Korrektur zu Mißverständnissen verhärten können, sollte man aber zumindest die Öffnung der Archive und der einschlägigen Nachlässe abwarten. Das gälte ebenso für weniger bekannte Musiker, etwa den Komponisten Paul Graener oder den Dirigenten Peter Raabe⁵.

In der Darstellung von Persönlichkeit und Weg Carl Orffs, der zweifellos zu den drei oder vier bedeutendsten Komponisten im Dritten Reich zu zählen ist, spiegeln sich gegenwärtig beide Interpretationsextreme. Vielen gilt Orff bis heute als Symbol für pronazistisches Kulturschaffen. Zuverlässiger Überlieferung nach wurde der Komponist nur ein paar Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg von renommierten Musikkritikern als

⁵ The New Grove Dictionary of Music and Musicians, hrsg. von Stanley Sadie, London 1980, Bd. 7, S. 609; Bd. 15, S. 519.



² Dazu F.J. Smith in: Journal of Musicological Research 11, 1991, S.234.

³ Prieberg, Kraftprobe; Sam H. Shirakawa, The Devil's Music Master. The Controversial Life and Career of Wilhelm Furtwängler, New York/Oxford 1992; Gerhard Splitt, Richard Strauss 1933–1935. Ästhetik und Musikpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, Pfaffenweiler 1987. Zu den ersteren kritisch Richard J. Evans, Playing for the Devil. How much did Furtwängler really resist the Nazis?, in: Times Literary Supplement (London), 13.11. 1992, S. 3f.

⁴ Vgl. die negative Charakterisierung Knappertsbuschs durch Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 404, und Böhms durch Oliver Rathkolb, Führertreu und Gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich, Wien 1991, etwa S. 23, 45. Zur einseitig positiven Schilderung Kraussens siehe Oscar von Pander, Clemens Krauss in München, München 1955, und von Karajans siehe Ernst Haeussermann, Herbert von Karajan. Eine Biographie, Wien ²1983.

Schöpfer nationalsozialistischer Musik gescholten - so von Heinrich Strobel, einem der Mitbegründer des Südwestfunks Baden-Baden, und vom musikalischen Leiter des Baverischen Rundfunks. Heinz Gerhard Pringsheim, einem Schwager Thomas Manns⁶. 1983, ein Jahr nach dem Tod des Komponisten, wurde behauptet, sein Hauptwerk Carmina Burana (1937) sei im Dritten Reich deshalb so erfolgreich gewesen, weil Hitler es gemocht habe⁷. Im Jahr 1985 schrieb man, wenig schmeichelhaft, vom "Rückversicherer" Carl Orff⁸, und vor ein paar Jahren noch wurden Ausschnitte aus Carmina Burana in einer Kabarettproduktion des Berliner Theaters des Westens als Ausbund nationalsozialistischer Kultur herausgestellt, während Orff selbst in einer New Yorker Ausstellung über die Künste im Dritten Reich als antijudischer Nutznießer des NS-Regimes charakterisiert wurde⁹. Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung meinte kürzlich schlichtweg. Orff sei "dem Nationalsozialismus tatsächlich gewogen" gewesen¹⁰.

Auf der anderen Seite stehen positive Urteile. Bereits 1947 attestierte der Musikjournalist Fred Hamel Carl Orff "unverhohlene politische Unbotmäßigkeit", die sich etwa im Libretto seiner Oper Die Kluge (1943) artikuliert habe¹¹. Orff sei, ebenso wie ein paar andere Komponisten im Dritten Reich, "höchstens geduldet" worden, meinten sein Kollege Boris Blacher und der Musikkritiker Hans Heinz Stuckenschmidt¹². Im Frühjahr 1966 führte die israelische Nationaloper Carmina Burana erstmalig auf und zog dabei das Argument heran, "daß Orff ein aktiver Widerstandskämpfer gewesen sei⁴¹³. Orffs früher Schüler und enger Freund Werner Egk versicherte 1973 in seinen Memoiren, Orff habe "das Gesicht des Nationalsozialismus" schon zu Anfang des Hitler-Regimes ganz klar erkannt, eine Feststellung, der Orffs Tochter Godela Orff. die ihren Vater gewiß kritisch beurteilt, zwanzig Jahre später zustimmte¹⁴. Biographen



⁶ Hackenbroich an Orff, 20.8. 1947; Orff an "Mein Lieber", 18.8. 1947, Carl Orff-Zentrum München. Archiv, Allgemeine Korrespondenz (künftig: OZM, AK). Zu Strobel respektive Pringsheim siehe The New Grove Dictionary, Bd. 18, S. 288f.; Marc Honegger/Günther Massenkeil (Hrsg.), Das Große Lexikon der Musik, Freiburg i. Br. 1981, Bd. 8, S. 32f., Bd. 6, S. 340.

Komponierende Frauen im Dritten Reich. Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe "1933 – Zerstörung der Demokratie, Machtübernahme und Widerstand", Berlin 1983, S. 5. Diese Behauptung ist unbewiesen. Möglicherweise liegt eine Verwechslung Orffs mit Werner Egk vor (vgl. Anm. 204).

⁸ Andrea Seebohm, Unbewältigte musikalische Vergangenheit. Ein Kapitel österreichischer Musikgeschichte, das bis heute ungeschrieben ist, in: Liesbeth Waechter-Böhm (Hrsg.), Wien 1945. Davor/danach, Wien 1985, S. 140-151, hier S. 151.

Kultur Chronik, Nr. 4, 1992, S. 45; Exhibit 299, in: "Assault on the Arts: Culture and Politics in Nazi Germany", Ausstellung in der New York Public Library, 27.2.-28.5. 1993.

¹⁰ Jörg Bremer, Heimat haben sie nicht mehr gefunden. Die Nöte der "Jeckes". Deutsche Juden in Israel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.6. 1992.

¹¹ Fred Hamel, Zur Lage, in: Musica 1, 1947, S.3-12, hier S.7.

¹² Blachers Urteil in: Josef Müller-Marein/Hannes Reinhardt (Hrsg.), Das musikalische Selbstportrait von Komponisten, Dirigenten, Instrumentalisten, Sängerinnen und Sängern unserer Zeit, Hamburg 1965, S. 412 (Zitat); Hans Heinz Stuckenschmidt, Die Musen und die Macht. Musik im Dritten Reich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.12, 1980.

Laut Trierischer Volksfreund, 3.6, 1966.

¹⁴ Werner Egk, Die Zeit wartet nicht, Percha 1973, S. 211 f.; Godela Orff, Mein Vater und ich. Erinnerungen an Carl Orff, München/Zürich 1992, S. 42.

Michael H. Kater

beider Komponisten sind sich darin einig, daß weder Egk noch Orff mit dem Nationalsozialismus je etwas zu tun gehabt haben¹⁵.

Diese Deutungen hat Orff selbst über die Jahre hin gestützt. Gleich nach dem Kriege versicherte er, ihm freundlich gesonnene Intendanten seien vom Propagandaministerium gegen ihn eingenommen worden und Carmina Burana sei "jahrelang verboten und verbannt" gewesen¹⁶. Er habe dieses Bühnenwerk textmäßig auf eine lateinische Basis gestellt, "gegen gewisse Strömungen der damaligen Zeit war das ein bewußtes Opponieren"¹⁷. Prieberg teilte der Komponist 1963 mit, er habe im Dritten Reich Anwürfe wegen seines "artfremden" Schaffens erdulden müssen, ja er sei als "Judenknecht" bezeichnet worden, und sein pädagogisches Schulwerk, das er an der Günther-Schule entwickelt hatte, sei verboten worden¹⁸.

Angesichts eines derart kontroversen Forschungsstandes ist es angebracht, das Thema "Carl Orff im Dritten Reich" vor dem politischen, sozialen und musikhistorischen Hintergrund der Epoche von neuem aufzurollen. Dafür konnten im wesentlichen neuerdings zugängliche Dokumente aus dem persönlichen Nachlaß Orffs im Münchener Orff-Zentrum ausgewertet werden; hinzu kamen andere zeitgenössische Schriftstücke, kritische Literatur und, nicht zuletzt, eigens für diese Studie gewonnene Zeugenaussagen.

II.

Carl Orff, 1895 in München geboren, stammte aus einer Offiziersfamilie. Sein Weg als Komponist wurde ihm weder in beruflicher noch in persönlicher Hinsicht leicht gemacht. 1920 heiratete er die Sängerin Alice Solscher; die Tochter Godela kam 1921 zur Welt. Vier Jahre später trennte sich seine Frau von ihm und ging noch 1930 nach Australien. Ihren Versuch, die Tochter mitzunehmen, konnte Orff nur durch deren Unterbringung in einem Schweizer Internat vereiteln. Orff lebte bis zu seiner zweiten Heirat 1939 als Junggeselle. Er war alleinerziehender Vater, kränkelte oft und war ständig in Geldnöten¹⁹.

In den Jahren der Weimarer Republik schuf Orff zahlreiche Vokalkompositionen; er war an der Gründung der Günther-Schule beteiligt, deren Konzept die Einheit von Musik, Sprache und Bewegung war. Seine Ausbildung vor 1919 hatte er zeitweilig von

Hierzu etwa Orff an Holle, 9.2. 1932, in: OZM, AK; ferner die ansonsten flache Biographie von Lilo Gersdorf, Carl Orff, Reinbek 1990. Auch Orff in: Carl Orff und sein Werk. Dokumentation, Bd. 1, Tutzing 1975, S. 66f.; Fred K. Prieberg, Lexikon der Neuen Musik, Freiburg i. Br. 1958, S. 322; Hugo Wolfram Schmidt, Carl Orff. Sein Leben und sein Werk in Wort, Bild und Noten, Köln 1971, S. 7 f.



Ernst Krause, Werner Egk. Oper und Ballett, Wilhelmshaven 1971, S. 9; Ludwig F. Schiedermair, Musiker Schicksale. Aus dem Leben großer Komponisten, Berlin 1990, S. 236.

¹⁶ Orff an Pietzsch, 28.4. 1946, in: OZM, AK.

¹⁷ Orff zitiert in: Wolfgang Seifert, "... auf den Geist kommt es an". Carl Orff zum 75. Geburtstag – Kommentar und Gespräch, in: Neue Zeitschrift für Musik 131, 1970, S. 370–377, hier S. 376.

¹⁸ Orff an Prieberg, 6.9. 1963, in: OZM, AK.

Münchener Lehrern an der Akademie der Tonkunst und danach noch von dem Spätromantiker Heinrich Kaminski erhalten. Entscheidend beeinflußte ihn dann aber der Impressionismus Claude Debussys und das Werk Igor Strawinskys. Orff war fasziniert von Strawinskys Rhythmus, von Orgelpunkt- und Ostinatoeffekten in Les Noces, einer Ballettmusik für vier Klaviere und Schlagzeug (1923).

Ein frühes Opus von Orff waren 1920 Lieder auf Gedichte von Franz Werfel; er griff diese Arbeit 1929 wieder auf und schuf dazu um 1930 noch Vertonungen von Brecht-Texten²⁰. In den ersten Werfel-Liedern stand das Rhythmische – bald ein Charakteristikum Orffscher Musik - noch nicht im Vordergrund. Als die Lieder 1922 in Berlin aufgeführt wurden, befand sich Orff bereits mitten im Studium der Werke alter Meister, insbesondere Claudio Monteverdis, der seinen Sinn für das Melodische schärfte. 1923 begann Orff, Monteverdis Oper L'Orfeo (1607) dramaturgisch und musikalisch neuzugestalten; seitdem ließ ihn die alte Musik nicht mehr los, auch ihr Einfluß wurde ein Charakteristikum künftiger Kompositionen²¹.

Folgerichtig befaßte Orff sich nun mit alten Instrumenten und ihrer Neubelebung. Diese Faszination und sein zunehmendes Interesse am rhythmischen Element der Musik bestimmten die Gründung der Günther-Schule. Zusammen mit der jungen Hamburger Künstlerin Dorothee Günther, die Orffs Liebe zur alten Musik und sein Interesse am Rhythmus teilte, gründete er 1924 in München-Schwabing die Günther-Schule, die, nicht unbeeinflußt von Emile Jaques-Dalcroze, "in neuartiger Weise Musik- und Bewegungserziehung eng miteinander verband". Günther übernahm die theoretischen Fächer, Orff selbst die musikalisch-rhythmische Erziehung der jungen Schülerinnen, die am Instrument, in Singen, Gymnastik und Tanz ausgebildet wurden. Günther war neben Orff auch an der textlichen Neubearbeitung des Orfeo beteiligt. Wichtiger aber war, daß sie Orff zur Arbeit an seinem Schulwerk anregte, einer schriftlichen Fixierung von Leitideen Orffs zur rhythmisch-melodischen Übung, zur Improvisation, zum Gebrauch des einfachen, ja primitiven Instrumentariums, dessen allmähliche Komplettierung - Gongs, Blockflöten, Metallophone und Rasseln - auf Orffs neugewecktes Interesse an alten und exotischen Musikinstrumenten zurückging. Das erste Heft einer logisch aufbauenden pädagogischen Reihe, des Orff-Schulwerk - Elementare Musikübung, erschien 1931. Inzwischen hatte sich die Schule selbst um mehrere Mitarbeiter vergrößert²².

Gegen Ende der Weimarer Republik verwirklichte Orff seine musikalischen Ideen als Komponist und Dirigent zunächst im Rahmen von Veranstaltungen der "Vereini-



²⁰ Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 1, S. 65–69; Karl Marx in: Horst Leuchtmann (Hrsg.), Carl Orff. Ein Gedenkbuch, Tutzing 1985, S. 98 f., 105; Werner Thomas, Das Rad der Fortuna. Ausgewählte Aufsätze zu Werk und Wirkung Carl Orffs, Mainz 1990, S. 137 f., 149-166.

²¹ Carl Orff und sein Werk, Bd. 8, Tutzing 1983, S. 361; Orff in: Ebenda, Bd. 2, Tutzing 1975, S. 18-25; Marx in: Leuchtmann, Orff, S. 101.

²² Vgl. Gunild Keetmann, in: Leuchtmann, Orff, S. 65 (Zitat). Ferner Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 2, S. 15, 21; Bd. 3, Tutzing 1976, S. 10-15, 115; The New Grove Dictionary, Bd. 13, S. 708f.; Wilhelm Twittenhoff, Orff-Schulwerk. Einführung in Grundlagen und Aufbau, Mainz/Leipzig 1935, \$.28.

gung für Zeitgenössische Musik", einer Gründung des Münchener Kammermusikers Fritz Büchtger. Die Vereinigung hielt von 1929 bis 1931 vier große Festwochen ab, auf denen hauptsächlich ganz moderne, aber auch alte Musik gepflegt wurde. 1929, als Paul Hindemith dort eine seiner Bratschenkompositionen spielte, brachte Orff seine Monteverdi-Bearbeitung zur Aufführung. 1930 dirigierte der sich für neue Musik begeisternde Hermann Scherchen Hindemiths Lehrstück nach Brecht und Strawinskys Geschichte vom Soldaten; Orff inszenierte den ersten Teil seines Schulwerks. 1932 präsentierte Orff eine aufsehenerregende Neufassung der Lukas-Passion. Eine weitere Plattform für Orff war der Münchener Bach-Verein zur Pflege alter Meister, dessen Chor und Orchester er oft leitete. Hier arbeitete er eng mit seinem früheren Schüler Karl Marx zusammen²³.

In der Weimarer Republik geriet Orff durch seine Arbeit auch in das Umfeld der Politik. Seine Beschäftigung mit der Lyrik Bertolt Brechts führte 1924 zu einer persönlichen Begegnung mit dem Dramatiker in München. Scherchen, zu dem Orff gegen Ende der Republik Kontakt hielt, war ein dezidierter Sozialdemokrat, der in Berlin "Arbeiterchöre" leitete. Über seine Pädagogik kam Orff in Berührung mit Leo Kestenberg, dem genialen Reformer der Musikerziehung in der preußischen Verwaltung, und mit dem von Kestenberg stark geförderten Fritz Jöde, der der Jugendmusik neuen Schwung verlieh²⁴. Kestenberg und Jöde standen der SPD nahe.

Diese gelegentlichen Kontakte zu links orientierten Persönlichkeiten und die Eigenwilligkeit, mit der Orff seine musikalischen Ziele verfolgte, machten ihn in den letzten Jahren vor Hitlers Machtübernahme in rechtsgerichteten Kreisen suspekt. Orff, der parteipolitisch ungebunden war und sich auch sonst politisch neutral verhielt, erregte dessenungeachtet auf dem konservativen Flügel des Bildungsbürgertums Anstoß wegen seines ikonoklastisch-schöpferischen Zugriffs, gerade in den Fällen L'Orfeo und Lukas-Passion. Konservative Kunstbeflissene lehnten auch das betont rhythmische Element aus dem Schulwerk, etwa die von ihm favorisierte perkussive Behandlung des Klaviers, rundweg ab²⁵.

Noch größeres Mißfallen erregte Orffs Musik bei den bereits Anfang der dreißiger Jahre regional festverankerten Nationalsozialisten. Deren Sprachrohr im nationalen Kulturbetrieb war der "Kampfbund für deutsche Kultur" (KfdK), den Alfred Rosen-

⁵ Bergese an Orff, 22.12. [1931], Orff an Salomon, 14.2. 1932, Orff an Reinhart, 11.5. 1932, in: OZM, AK.



²³ "1. Neue Musikwoche München 1929", veranstaltet von der Vereinigung für zeitgenössische Musik e. V. München, 5.–15.10. 1929; Programmvorschau "Woche Neuer Musik 2.–11. Oktober 1930", in: Stadtarchiv München (künftig: StAM) Kulturamt/143; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 2, S. 141f., 145, 147, 152, 176; Marx in: Leuchtmann, Orff, S. 108; G. Straub u. a., Karl Marx, Tutzing 1983, S. 26ff.; Andreas Liess, Carl Orff. Idee und Werk, Zürich 1955, S. 23–26.

²⁴ Kestenberg an Orff, 10.9. 1932, Jöde an Orff, 26. 1. 1932, in: OZM, AK; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 1, S. 68; Leo Kestenberg, Bewegte Zeiten. Musisch-musikantische Lebenserinnerungen, Wolfenbüttel/Zürich 1961, hier S. 57f.; Inge Lammel, Die beiden Berliner "Scherchen-Chöre", in: Horst Seeger/Wolfgang Goldhan (Hrsg.), Studien zur Berliner Musikgeschichte. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 1988, S. 9-58.

berg Anfang 1929 zwecks Bekämpfung von "Weimarer Dekadenz" und Aufbaus einer NS-gemäßen Kunst ins Leben gerufen hatte²⁶. Wie sein Vorbild Strawinsky²⁷, galt auch Orff dem Kampfbund zunächst als Apostel jener Dekadenz; man munkelte sogar, er sei eingeschriebenes Mitglied der KPD, und wußte wohl auch von seinem beruflichen Umgang mit jüdischen Musikern, etwa dem Sänger Karl Salomon und den Musikern Erich Katz und Matyas Seiber. Auch die Günther-Schule wurde von den Münchener Kampfbund-Leuten als angeblich kommunistisch verseucht aufs Korn genommen. Ende 1932 schien Orffs Werk in München durch eine bevorstehende Machtübernahme Hitlers in Berlin akut gefährdet²⁸.

Dazu kam noch eine gewisse Ambivalenz des Komponisten im Weimarer Musik-Establishment. Orff war einerseits ein Produkt der spätromantischen Tradition, von der er sich Anfang der zwanziger Jahre durch seine rhythmischen und auch schon melodischen und harmonischen Neuerungen löste. Bezeichnenderweise versuchte er sich damals als Schüler von Hans Pfitzner, dessen Oper Palestrina er verehrte, hielt es bei dem Altmeister aber nicht sehr lange aus; ähnlich erging es ihm im Schülerkreis Kaminskis²⁹. So wurde er von den Alteingesessenen, gerade den recht verspießerten Münchnern, mit Argwohn betrachtet, aber nicht unbedingt als Neutöner, schon gar nicht als Atonaler, der er auch keineswegs war. Obwohl er Hindemith gut kannte, hatte er zu ihm Anfang der dreißiger Jahre ein gestörtes Verhältnis³⁰. Die Musikzeitschrift Melos, seit ihrer Gründung durch Scherchen ein Forum der kühnsten Avantgarde, konnte gegen Ende der Republik mit Orffs auf Werfel-Texten basierenden Kantaten in der neuen, schon vom Schulwerk-Schlagzeug geprägten Fassung gar nichts anfangen³¹. Andererseits warfen ihm extreme Nationalisten vor, den "Juden" Werfel vertont zu haben³². Bis Januar 1933 hatte sich Orff also, mehr oder weniger unabsichtlich, in eine doppelte Sackgasse manövriert: politisch zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, dabei ohne Verbindung mit demokratischen Kräften. Musikalisch war er längst kein Traditionalist mehr, er gehörte aber ebensowenig zu den Schulen der damals den Ton angebenden Mo-



²⁶ Alan E. Steinweis, Weimar Culture and the Rise of National Socialism. The Kampfbund für deutsche Kultur, in: Central European History 24, 1991, S. 402–423; Michael H. Kater, The Revenge of the Fathers. The Demise of Modern Music at the End of the Weimar Republic, in: German Studies Review 15, 1992, S. 295–315, hier S. 304–307.

Heinz Fuhrmann, Igor Strawinsky und die Moderne, in: Deutsche Kultur-Wacht, Nr. 15, 1933, S. 7f.
 Zur Bayerischen Landeszentrale des KfdK in München bis zur NS-Machtergreifung siehe Donald W. Ellis, Music in the Third Reich. National Socialist Aesthetic Theory as Governmental Policy, Diss. phil., University of Kansas 1970, S. 35–51. Siehe auch Orff an Doflein, 6.3. 1931, Laaff an Orff, 22. 1. 1933, Reminiszenzen über die Günther-Schule, von Dorothee Günther, [1963], in: OZM, AK sowie Orffs Korrespondenz mit Salomon, Katz und Seiber in: Ebenda.

²⁹ Schmidt, Orff, S.7; Marx in: Leuchtmann, Orff, S.99.

³⁰ Orff an Fritz Reusch, 24. 1. 1932, in: OZM, AK: "Hindemith. Gekonnt aber ohne jede Physiognomie, unpädagogische Wurmmusik, gerade als Hörschule schlecht." Gustav Mahler, einen Wegbereiter der Moderne, nannte er "unqualifizierbaren Dreck".

³¹ Herbert Rosenberg, Neue Chormusik, in: Melos 11, 1932, S. 142–145, hier S. 142f. Dazu Orff an Doflein, 27, 12, 1932, in: OZM, AK.

³² Laaff an Orff, 22. 1. 1933, in: OZM, AK.

Michael H. Kater

dernisten um Arnold Schönberg und Paul Hindemith. Die durch die Wirtschaftskrise bedingten Schwierigkeiten komplizierten seine Situation; sie hinderten ihn allerorten an den für ihn, nicht zuletzt finanziell, so wichtigen Konzertauftritten³³.

III.

Nach der NS-Machtergreifung avancierte der in München ansässige Völkische Beobachter unter Alfred Rosenberg zum offiziellen Regime-Organ. In Personalunion leitete Rosenberg den "Kampfbund für deutsche Kultur", der 1933 eine zentrale Kontrolle über sämtliche kulturellen Belange im Reich beanspruchte. Orff fand sich bald im Kreuzfeuer der KfdK-Kritik. Seine innovativen Musikinszenierungen paßten nicht in den engen Wahrnehmungsrahmen dieser provinziellen Nationalsozialisten, die nun danach trachteten, den Münchener Bach-Verein zu usurpieren und sein Programm umzufunktionieren. Orff wurde daher bereits in der ersten Hälfte 1933 attackiert, und in einem Hetzartikel, im September in der KfdK-Zeitschrift Deutsche Kultur-Wacht erschienen, wurde ihm, ebenso wie Hindemith und Strawinsky, Respektlosigkeit gegenüber den alten Meistern vorgeworfen. Ende des Jahres trat der alte Bach-Vereinsvorstand zurück, darunter auch Orff, der aber sein Dirigentenamt noch beibehiele³⁴.

Bis zum Frühjahr 1934 war die Gleichschaltung des Bach-Vereins als einer Untergliederung des Kampfbundes vollzogen. Neuer Vorsitzender wurde der KfdK-Landesleiter für Südbayern Paul Ehlers, ein Parteimitglied, der nun konsequent versuchte, den "fremdrassigen Einfluß" aus dem Verein zu entfernen und die "liberalistisch-demokratische Tendenz" auszumerzen. Das bedeutete: Schluß mit den neumodischen Experimenten und eine Rückkehr zur stilgerechten Wiedergabe alter Meister, wie sie angeblich nur ein Musiker traditioneller Schule garantieren konnte. Der Kammermusiker Christian Döbereiner sollte künftig diese Aufgabe übernehmen; er wurde vorerst neben Karl Marx und Orff verpflichtet, der unter den Auspizien des Vereins im April noch ein längst festgelegtes Bach-Konzert und im Herbst seinen Monteverdi-Orpheus und ein Schütz-Madrigal dirigierte. Danach löste Orff alle Bindungen zum Bach-Verein³⁵.

Im Herbst 1934 stand Orff bereits mitten in der Arbeit zur szenischen Kantate Carmina Burana, die, nach dem heutigen Stand der Forschung, von Strawinskys Les Noces inspiriert ist. In der melodischen Struktur geht sie zum Teil auf die Werfel-Lieder von 1930 und in ihrem elementaren Rhythmus auf das Schulwerk zurück. Orff vertonte

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
vierteijahesherte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 43 (1995), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³³ Orff an David, 14.2. 1932, Stein an Orff, 23.5. 1932, in: OZM, AK.

³⁴ Orff an Sinzheimer, 20.4. 1933, Schmidt, 22.10. 1933, und Doflein, 3.12. 1933, in: OZM, AK; Hans Fleischer, Quertreiber an der Arbeit, in: Deutsche Kultur-Wacht, Nr. 22, 1933, S. 11; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 3, S. 203; Marx in: Leuchtmann, Orff, S. 109.

³⁵ Ehlers an Fiehler, 6.12. 1933, Memorandum Schubert für Reinhard, 12.4. 1934, "Münchner Bach-Verein e. V. Schütz-Händel-Fest", 31.10., 7.11. und 13.11. 1934, Steidle an Kulturamt München, 9.2. 1943, in: StAM, Kulturamt/265; Programme für "Münchner Bach-Verein e. V. im Kampfbund für Deutsche Kultur", [Ende 1933], in: StAM, Kulturamt/275; Ehlers an Fiehler, 26.6. 1934, in: StAM, Kulturamt/176; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 2, S. 191.

mittellateinische und mittelhochdeutsche Dichtungen aus der berühmten Benediktbeuerner Handschrift des Hochmittelalters zu einer Musik mit "statischer Architektonik". "In ihrem strophischen Aufbau kennt sie keine Entwicklung. Eine einmal gefundene musikalische Formulierung - die Instrumentation war von Anfang an immer mit eingeschlossen - bleibt in allen ihren Wiederholungen gleich." Eine Handlung deuteten Chöre, manchmal auch Solisten an, die in Frühlings-, Trink-, Spieler- und Liebesliedern irdischen Freuden, gegen Ende deutlich dem Eros huldigten³⁶.

Das weltliche Kantatenwerk wurde am 8. Juni 1937 in der Frankfurter Oper uraufgeführt. Den Anlaß bildete das 68. (und letzte) jährliche Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, dessen Auflösung durch die NS-Machthaber schon beschlossen worden war. Wegen Orffs zweifelhaftem Ruf in NS-Kreisen war eine Uraufführung hinausgezögert worden, so war etwa eine Premiere in Berlin unter dem Wiesbadener Generalmusikdirektor Carl Schuricht im März 1937 nicht zustande gekommen. Bis zu einer weiteren großen Inszenierung unter Karl Böhm am 4. Oktober 1940 am Staatstheater Dresden, so die bis heute akzeptierte Lesart, sei die Carmina Burana von höchsten Stellen als unerwünscht bezeichnet und konsequenterweise von Operndirigenten gemieden worden³⁷. Einer der Gründe, der so manchen Kulturwart zur Verhinderung veranlaßt habe, sei "der Ton rebellischen Trotzes" gewesen, der in diesen Cantiones profanae mitgeschwungen habe³⁸.

Doch sind solche Deutungen auch eingedenk der schlechten NS-Presse, die Orff in den ersten Jahren der Diktatur hatte, übertrieben. Daß es der eigensinnige Schöpfer des Schulwerks und der Werfel-Lieder nach 1933 nicht leicht haben würde, war vorauszusehen gewesen; ein Teil der Probleme ergab sich daraus, daß Orff in einer Zeit der Deutschtümelei, die sich nicht zuletzt auf die Sprache bezog, auf einem "lateinischen" Text bestand, den er zusammen mit dem Bamberger Archivar Dr. Michel Hofmann aus Original-Handschriftenfragmenten zusammengestellt hatte. Ob das Latein, wie er selbst nach dem Zweiten Weltkrieg behauptete, als universalistisches Symbol gegen den Nationalsozialismus gemeint war, ist höchst zweifelhaft. Orff war schon als Schüler auf die alten Sprachen versessen gewesen, und er komponierte auch nach 1945 auf der Basis klassischer Texte aus nichtpolitischen Motiven³⁹. Bereits im März 1935 warnte ihn sein Verleger, das Haus Schott in Mainz, gegen den lateinischen Text hätten "ja schon immer



³⁶ Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 4, Tutzing 1979, S. 43 (Zitat); Thomas, Rad, S. 33-51; Hermann Danuser, Die Musik des 20. Jahrhunderts, Regensburg 1984, S. 214.

³⁷ Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 4, S. 64; Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 275; Werner Thomas, "Trionfo" oder Konsum? Werkidee und Rezeptionspraxis von Carl Orffs "Carmina Burana", in: International Journal of Musicology 1, 1992, S. 245-272, insbes. S. 254 ff.

³⁸ Schiedermair, Schicksale, S. 241.

³⁹ Eine zeitgenössische Erläuterung Orffs widerspricht deutlich der Nachkriegsbehauptung: "Die Musik wird auch von meinen "Freunden" als typisch deutsch anerkannt. Die lateinische Sprache, die ja letzten Endes immer ein Deutsch-Latein, d. h. ein auf deutschem Boden entstandenes Latein bleibt, soll als Werbe-Faktor für die anderen Länder gelten als ein internationales Chorwerk typisch deutscher Prägung" (an Strecker, 12.11. 1936, Orff-Zentrum München, Archiv, Schott-Korrespondenz [künftig: OZM, SK]).

Bedenken" bestanden; in klarer Voraussicht dessen schrieb Orff Mitte 1936 an Hofmann: "Nun wird ja niemand die Burana drucken und aufführen. "Undeutsch"."⁴⁰

Der lateinische Text wurde für Orff nicht nur aus engen weltanschaulichen Gründen zum Hindernis. Er enthielt nämlich auch eine sexuell recht explizite Sprache, was sich schon deswegen nicht permanent lateinisch kaschieren ließ, weil Chorsänger, unter ihnen junge Mädchen, eine deutsche Übersetzung benötigten, um das Werk überhaupt zu begreifen, und diese trieb ihnen oft die Schamröte ins Gesicht. Das Argument, es handele sich um Pornographie, konnten die nach außen hin prüden NS-Machthaber dazu benutzen, nach ihrer Meinung von Dekadenz angekränkelte Künstler unter Hinweis auf deutsche moralische Werte zu isolieren⁴¹.

Es war keine Frage, daß insbesondere die Männer Rosenbergs, dessen zerbröckelnder "Kampfbund für deutsche Kultur" inzwischen unter einem neuen Etikett fungierte, die Carmina Burana kritisch aufspießen würden. Obwohl es jetzt eine zentralistische "Reichsmusikkammer" im Reichspropagandaministerium unter Joseph Goebbels gab, glaubte Rosenberg doch, die Ansprüche der Partei hinsichtlich einer Reglementierung der Musik durch sein neugegründetes "Amt für Kunstpflege" in der "Reichsstelle Rosenberg" durchsetzen zu können. Das erklärt, warumsein Referatsleiter für Musik, Dr. Herbert Gerigk, am 16. Juni 1937 im Völkischen Beobachter einen Verriß des Werkes publizierte, der im folgenden Monat in der Rosenberg nun ebenfalls unterstehenden Fachzeitschrift Die Musik fast wörtlich nachgedruckt wurde 42. Gerigk war seit längerem als Feind neuer Musik bekannt; auch er regte sich über Orffs fremdsprachigen Text auf. Grundsätzliche Bedenken hatte er dagegen, daß die Kantate in eine den Nationalsozialisten nicht genehme "Musikrichtung" weisen würde, und das wäre dann nicht mehr eine Frage der Kunst, "sondern eine Angelegenheit der Kulturpolitik und der Weltanschauung" 43.

Orff und sein Mainzer Verleger konnten sich ausmalen, daß Gerigks Rezension den bereits lädierten Ruf des Komponisten weiter, und zudem noch in anderen Partei- und Regierungskreisen, schädigen würde. Und so war es tatsächlich. Im August druckte Die Musik eine neue Attacke, diesmal auf Orffs Schulwerk, die von Gerigks Kollegen, dem Tanzkritiker Rudolf Sonner, stammte⁴⁴. Im August sagte Karl Böhm die Burana

⁴⁴ Rudolf Sonner, Musik aus Bewegung, in: Die Musik 29, 1937, S. 762-765. Dazu Twittenhoff an Orff,



Orff im Gespräch mit Martin Konz, in: Neue Musikzeitung, April/Mai 1975, Nr. 2, S. 3; Willms an Orff, 29. 3. 1935, in: OZM, SK (1. Zitat); Orff an Hofmann, 12.6. 1936, in: Frohmut Dangel-Hofmann (Hrsg.), Carl Orff – Michel Hofmann. Briefe zur Entstehung der Carmina Burana, Tutzing 1990, S. 113 (2. Zitat). Zur Affinität Orffs zur Klassik siehe Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 1, S. 38; auch die verschiedenen Beiträge in Thomas, Rad.

⁴¹ Barthe an Meyer-Rogge, 9.2. 1938, in: OZM, AK; Strecker an Orff, 15. 9. 1937 und 9. 9. 1938, Willms an Orff, 7. 9. 1938, Menge an Orff, 17. 4. 1941, in: OZM, SK.

⁴² Die Behauptung von Thomas, Trionfo, S. 255, Gerigk habe außer seiner Besprechung noch andere "ablehnende Pressekritiken" geschrieben, ist unbewiesen. Zu Gerigks Referat siehe Ellis, Music, S. 111-118.

⁴³ Herbert Gerigk, Problematisches Opernwerk auf dem Tonkünstlerfest. "Carmina Burana" von Carl Orff, in: Völkischer Beobachter, 16. 6. 1937; ders., Carl Orffs "Carmina burana", in: Die Musik 29, 1937, S. 701 f. Zu Gerigks Werdegang: Erich H. Müller (Hrsg.), Deutsches Musiker-Lexikon, Dresden 1929, S. 403.

für Dresden ab, "weil er so viel Ungünstiges gehört hätte". München schloß sich im Februar 1938 an, und Schuricht ließ im Dezember des Jahres wissen, daß man Orff "aus Vorsichtsgründen" in Berlin nicht mehr aufführen könne⁴⁵.

In Berlin saß damals nicht nur Professor Peter Raabe, der Präsident der Reichsmusikkammer, der gegen Orff agieren konnte - weniger aus musikalischen Gründen, denn Goebbels schalt ihn selbst des öfteren wegen unzulässiger Protektion dessen, was er als "atonale Musik" zu bezeichnen geruhte⁴⁶. Der wirklich gefährliche Mann war Dr. Heinz Drewes, ein ehemaliger Altenburger Generalintendant, der nicht in der Reichsmusikkammer wirkte, sondern im Propagandaministerium, wo er die Musikabteilung leitete. Seit 1937 besaß er von Goebbels das Mandat, unliebsame Musikwerke bis zur Ächtung zu indizieren. Da er aber, wie auch Goebbels selbst, das Kind nicht mit dem Bade ausschütten wollte, machte er von einem absoluten Verbot nur ganz selten Gebrauch⁴⁷. So war es auch im Fall Orff. Drewes, dieser ausgesprochene Gegner moderner Musik, belegte zwar die Burana nicht expressis verbis mit einem Bann (ebensowenig wie andere Werke des Komponisten), er ließ aber alle, die es irgendwie anging, doch wissen, daß diese "bayerische Niggermusik", wie er sie nannte, "nicht erwünscht" sei⁴⁸. Indes, da es 1936 bis 1945 keine richtige "Sperre" gab⁴⁹, wurden die Burana von fortschrittlichen Intendanten schon im Spätherbst 1938 in Bielefeld gegeben und im März 1939 bereits zum zweiten Mal in Frankfurt aufgeführt⁵⁰.

In Bedrängnis geriet Orff außerdem wegen eines anderen Werkes, das Clemens Krauss am 5. Februar 1939 in München uraufführte. Es war *Der Mond*, ein Märchenspiel nach den Gebrüdern Grimm, in dem übermütige Knaben den Mond stehlen und



^{23.8. 1937,} in: OZM, AK; Petschull an Orff, 19.8. 1937, Twittenhoff an Petschull, 11.9. [1937], in: OZM, SK.

Gail an Orff, [Poststempel 25. 8. 1937] und Dezember 1938, in: OZM, AK; Ellis, Music, S. 260 f., 270.
 Siehe aber Strecker an Orff, 9. 6. und 13. 7. 1938, in: OZM, SK. Ferner Eintrag vom 14. 10. 37 in: Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, München 1987, Bd. 3, S. 301 (Zitat).

⁴⁷ Zu Drewes' Karriere und Person siehe Berlin Document Center (künftig: BDC), RMK Heinz Drewes. Zur Unberechenbarkeit Drewes' Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 173, 276 ff., 355 f. Zum Zensurwesen des Propagandaministeriums Alan E. Steinweis, Art, Ideology, and Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater, and the Visual Arts, Chapel Hill/London 1993, S. 138-142.

⁴⁸ Pietzsch an Orff, 16.6. 1946 (1. Zitat), in: OZM, AK; Gertrud Orff im Gespräch mit Verfasser, 5.8. 1992 (2. Zitat). Dazu auch von der Nüll an Orff, 10.9. 1937 und 4.10. [1937], in: OZM, AK; Orff an Strecker, 24.3. 1938, in: OZM, SK.

⁴⁹ Dagegen Pietzsch an Orff, 16.6. 1946 (Zitat), in: OZM, AK; Hans-Günter Klein, Viel Konformität und wenig Verweigerung. Zur Komposition neuer Opern 1933–1944, in: Hanns-Werner Heister/Hans-Günter Klein (Hrsg.), Musik und Musikpolitik im faschistischen Deutschland, Frankfurt am Main 1984, S. 145–162, hier S. 155; Carl Orff und sein Werk, Bd. 4, S. 195, Bd. 8, S. 362; dazu Orffs eigene Auslassung in Bd. 4, S. 71.

Orff an Strecker, 8. 11. 1938, Orff an Willms, 1. 4. 1939, in: OZM, SK; Orff an Schulz-Dornburg, 25. 1. 1938, Programm, Städtische Bühnen Frankfurt am Main, "Woche der Lebenden" vom 19. bis 26. 3. 1939, in: OZM, AK.

dann, nach ihrem Tod vom Mond wiederauferweckt, in einer dunklen Unterweltszene zu sehen sind. Auch dieses Stück verstieß nicht unbedingt gegen die NS-Ideologie, war aber dazu angetan, christliche Gemüter zu verstören, da unter anderen ein "Petrus" darin zu sehen war, der sich nicht mit der biblischen Figur, sondern mit dem heidnischen Odin deckte. Krauss wollte es im katholischen München denn auch nicht zur Adventszeit 1938 herausbringen, da es "für hiesige Begriffe etwas gewagte Formen" habe⁵¹. Orff witterte auch hier bis zur Uraufführung wieder die üblichen Intrigen und war keineswegs überrascht, als nach der Münchener Premiere, mit der er selbst künstlerisch nicht übereinstimmte, abermals Absagen von anderen deutschen Bühnen eintrafen⁵². Wegen des Verdunkelungsgebots stellte das Werk zu Kriegsbeginn psychologisch ein Risiko dar; darüber hinaus wurde es, bar jeder Grundlage, von übelwollenden Kritikern als mit der atonalen Alban Berg-Oper Wozzeck verwandt verketzert. Auch Frankfurts Intendant Hans Meissner wies es als "gefährlich" zurück, weil er, wie er nach dem Kriege glauben machen wollte, nach der Carmina Burana-Premiere von einem Hohepriester der Partei als "Mäzen der Negermusiker" eingestuft worden war⁵³.

Nach Kriegsbeginn gab es Personalveränderungen in Berlin, die Orffs Situation fortan verbesserten. Zum einen wurde sein Intimfeind Heinz Drewes mit Kulturaufgaben in den neu besetzten Gebieten betraut, so daß sich dessen Musikkontrolle im Reich merklich lockerte⁵⁴. Zum anderen wurde Anfang Juni 1941 der Komponist Werner Egk als Nachfolger Paul Graeners zum Leiter der "Fachschaft Komponisten" in der Reichsmusikkammer berufen; Goebbels stand unmittelbar dahinter⁵⁵. Die Beziehungen Orffs zu seinem alten Schüler Egk waren nach wie vor eng; das Ehepaar Egk und Carl und Gertrud Orff – der Komponist hatte 1939 erneut geheiratet – sahen sich auch häufig privat⁵⁶. Orff war sich damals sicher, "daß Egks Eintreten für uns alle, die wir ihm nahe stehen, von einiger Bedeutung ist"⁵⁷. Etwa ein Jahr später schrieb er an Richard Strauss, die "früher erlittene Unbill im Kampf um das Durchsetzen meiner Ideen" sei nurmehr eine böse Erinnerung⁵⁸.

Damit ist nicht gesagt, daß Orff nicht weiterhin Steine in den Weg gelegt worden wären. Carmina Burana-Aufführungen wurden wiederholt wegen des nichtdeutschen Textes gerügt – bezeichnenderweise auch in dem nun von Herbert Gerigk redigierten

⁵⁸ Orff an Strauss, 12.4. 1942, in: Richard Strauss-Archiv, Garmisch (künftig: Strauss-Archiv).



⁵¹ Krauss an Menge, 4.6. 1938, in: OZM, AK.

⁵² Orff an Sutermeister, 16.10. 1938, Orff an Lenssen, 29.10. 1939, Orff an Liebeneiner, 14.8. 1941, in: OZM, AK; Orff an Willms, 7.2. 1939, OZM, SK.

⁵³ Kraus an Orff, 18.5. 1940, Hoffmann an Orff, 15. 11. 1940, Ruppel an Orff, 9. 7. 1941 (1. Zitat), Meissner an Orff, 1.7. 1947 (2. Zitat), Orff an Schuh, 28. 8. 1941, in: OZM, AK. Vgl. die wenig schmeichelhafte Kritik von Dr. Hans Kieemann (für Halle) in: Zeitschrift für Musik 107, 1940, S. 796.

⁵⁴ Notiz Kurt Rovinski, 1.9. 1949, in: BDC, RMK Heinz Drewes; Meyer, Politics, S. 180ff.

⁵⁵ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 4, S. 521, 653; "Werner Egk – Leiter der Komponisten-Fachschaft", [18.6. 1941], in: BDC, RMK Werner Egk.

⁵⁶ Eintragungen zum 29.4. und 24.8. 1940, 5.2., 13.4., 20.4., 13.5., 1.6., 25.6., 15.7., 18.7., 28.9., 1941, in: Tagebuch Gertrud Orff im Carl Orff-Zeutrum München (künftig: OZM, Tagebücher G. Orff).

⁵⁷ Orff an Bergese, 15.4. 1941, in: OZM, AK.

Blatt Musik im Kriege. Bornierte NS-Funktionäre in der Provinz stießen sich – mitten im Krieg – an der Erwähnung einer fiktiven "Königin von England" und an der Assoziation von Soldaten mit Trunkenbolden und Überläufern: das war schlecht für die Kriegsmoral⁵⁹. 1942 rauschte die fanatisch nationalsozialistische Pianistin Elly Ney, die Orffs Musik schon seit Jahren als undeutsch empfand, in Begleitung von Kreisleiter Malitz aus einer Vorstellung in Görlitz, nachdem sie "Kulturschande!" gebrüllt hatte; das Werk wurde vorübergehend abgesetzt⁶⁰. Aber Gerigk war jetzt als Satrap des bei Hitler längst in Ungnade gefallenen Alfred Rosenberg relativ ungefährlich und brauchte selbst dann nicht mehr gefürchtet zu werden, als Orff ein neues, den Burana nicht unähnliches Werk, wiederum mit anstößigem Inhalt, die Catulli Carmina, am 6. November 1943 in Leipzig präsentierte⁶¹.

Auch mit dem *Mond* gab es weiter Probleme. Aufführungen wurden nach 1942 noch schwieriger, als sie es ohnehin schon waren, weil man nun, da Bombenopfer in Großstädten alltäglich wurden, schlecht Tote auf der Bühne zeigen konnte⁶². Mit einem neuen Stück, das man bereits damals als Zeitkritik empfand, zog sich Orff ebenfalls Kritik zu. Es handelte sich um die Märchenoper *Die Kluge*, in deren Mittelpunkt eine kluge Frau und ein König stehen, der ihr drei Rätsel aufgibt und den sie als seine Gattin schließlich überlistet. In diesem Werk, am 20. Februar 1943 wieder in Frankfurt uraufgeführt, deklamieren drei Strolche: "Fides ist geschlagen tot. Justitia lebt in großer Not. [...] Betteln geht die Frömmigkeit. Tyrannis führt das Szepter weit. [...] Tugend ist des Lands vertrieben. Untreu und Bosheit sind verblieben." Der eingekerkerte Vater der klugen Frau singt: "Und wer die Macht hat, hat das Recht, und wer das Recht hat, beugt es auch, denn über allem herrscht Gewalt."

Als das Stück im Frühjahr 1944 im provinziellen Graz inszeniert wurde, entgingen dem Publikum die Spitzen dieses Texts, wiewohl es von den "konservativen und traditionsengen" Leuten bezeichnenderweise aus Gründen des Geschmacks mit "Mißtrauen und Ablehnung" bedacht und daher nur zweimal geboten wurde. In Breslau aber gab es im Sommer 1944 eine Rüge von der NS-Gauzeitung, und während der Generalprobe in Kassel demonstrierte die geschlossen geladene Hitler-Jugend. In Göttingen hingegen erhielt Orff von hellhörigen Studenten Beifall, "brausendes Gelächter, Unruhe und Händeklatschen von circa einer halben Minute Dauer"63. Orff selbst geschah nichts.

S.363

62 Dollinger an Orff, 5.3. 1944, in: OZM, AK; Godela Orff, Vater, S.51.



⁵⁹ Musik im Kriege 2, 1944, S. 26, 63; Schmidt-Scherf an Orff, 3.5. 1942, in: OZM, AK.

Baedeker an Liselotte Orff, 1.11. 1989, in: OZM, AK; Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 326. Zu Neys
 Orff-Antipathie, siehe Cesar Bresgen, Mittersill 1945 – Ein Weg zu Anton Webern, Wien 1983, S. 66.
 Strecker an Orff, 23. 10., 10.11., 18.11. und 3.12. 1943, in: OZM, SK; Carl Orff und sein Werk, Bd. 8,

Meyer an Orff, 9.4. 1944 (Grazer Zitate), und 12.3. 1947, Schönewolf an Orff, 14.7. 1944, Blümer an Orff, 28.8. 1947, Wiek an Orff, 16.7. 1944 (Göttinger Zitat), in: OZM, AK. Siehe ferner: Carl Orff und sein Werk, Bd. 8, S. 363; Hans Christoph Worbs, Welterfolge der modernen Oper, Berlin 1967, S. 118; Rudolf Stephan, Zur Musik der Dreißigerjahre, in: Christoph-Hellmut Mahling/Sigrid Wiesmann (Hrsg.), Bericht über den Internationalen Musikwissenschaftlichen Kongress Bayreuth 1981, Kassel 1984, S. 142–147, hier S. 147; Giselher Schubert, Gleichschaltung und Vertreibung. Szenen aus

1942/43 war Carl Orff manchen NS-Stellen gewiß suspekt; das galt in größerem Maße für die Partei, der ja auch Rosenberg verpflichtet war, als für Regierungsstellen. So forderte die NSDAP-Führung im Sommer 1942 ein internes Gutachten über den Komponisten an. Dieser werde "in immer stärkerem Maße herausgestellt und gerade von jenen Kreisen gefeiert, die auch heute noch als weltanschauliche Gegner anzusehen sind". Man habe gegen das Schulwerk "Bedenken weltanschaulicher Art" und distanziere sich von Orffs "musikalischem Schaffen"⁶⁴. Dies bedeutete noch immer keine unbedingte Ablehnung des Komponisten durch die Partei, die damals an Macht und Ansehen auch schon einiges eingebüßt hatte⁶⁵. Das Urteil des zuständigen Ortsgruppenleiters fiel dann auch recht neutral aus⁶⁶. Gleichwohl war für Orff und seine Freunde immer noch Vorsicht geboten. Die Orffs, so formulierte es der Leipziger Intendant gegen Kriegsende, "dürfen nicht zu schnell aufeinanderfolgen, sonst wackeln die Perücken noch mehr, als sie es ohnehin schon tun"⁶⁷.

IV.

Ungeachtet seines frühen Rufs als nonkonformistischer Neutöner, ist auch Carl Orff in den Anfängen des Dritten Reiches nicht zwangsläufig Opfer nationalsozialistischer Ranküne geworden. Ohnehin waren, in der zerklüfteten Landschaft der NS-Kompetenzen, niemals alle Instanzen zur gleichen Zeit gegen ihn. Wußte man, mit wem man sich arrangieren konnte, so konnte es schließlich gelingen, gegen alle Feinde zu überleben. Orff ergriff deshalb häufig die Gegeninitiative; er versuchte, so gut es ging, sich anzupassen, denn er war, wie seine Tochter von ihm sagt, "zur Verbindlichkeit neigend, um Schwierigkeiten aus dem Weg gehen zu können"⁶⁸.

Daß er zu lavieren verstand, bewies er zuerst im Rahmen der Münchener Günther-Schule. Angeblich, um Gleichschaltungsbestrebungen abzuwenden, war Dorothee Günther bereits 1933 der Partei beigetreten; bald besaß sie auch im "Kampfbund für deutsche Kultur" eine starke Position⁶⁹. Im November 1934 wurde sie Jury-Mitglied der Deutschen Tanzfestspiele; sie ließ eine Gruppe aus ihrer Schule in Berlin bei Goebbels vortanzen, der sich darüber "sehr erfreut" zeigte. Auch im folgenden Jahr wurde

⁶⁹ Reminiszenzen über die Günther-Schule, von Dorothee Günther, [1963], in: OZM, AK; Orff an Willms, 25.3. 1934, in: OZM, SK. Dazu auch Hans Hinkel u.a., Die geistigen Grundlagen für Körperbildung und Tanz im nationalsozialistischen Staat, in: Deutsche Kultur-Wacht, Nr. 25, 1933, S. 14ff.



dem deutschen Musikleben, in: Hilmar Hoffmann/Heinrich Klotz (Hrsg.), Die Kultur unseres Jahrhunderts 1933–1945, Düsseldorf 1990, S. 105–121, hier S. 119.

⁶⁴ Stadler an Lauerbach, 27.5. 1942, in: BDC, RMK Carl Orff.

⁶⁵ Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919–1945, Cambridge/Mass. 1983, S. 213–233.

^{66 &}quot;Ausführliches Gesamturteil" Eichele, 30.7. 1942, in: BDC, RMK Carl Orff.

⁶⁷ Schüler an Schott's Söhne, 8.2. 1944, in: OZM, AK.

⁶⁸ Godela Orff, Vater, S. 10.

diese Vorführung im Propagandaministerium laut Orff "ein sehr großer Erfolg"⁷⁰. Dorothee Günther machte sich deshalb Hoffnungen, daß "der neue deutsche Tanz" bald im NS-Thingspiel zu bewundern sein würde⁷¹.

Günther-Schülerinnen und über viertausend Kinder tanzten im Sommer 1936 auf der Berliner Olympiade einen Olympischen Reigen, nach eigens von Orff komponierter Musik und Güntherscher Choreographie⁷². Dies geschah im Rahmen des Festspiels "Olympische Jugend"; der Auftrag an Orff war vom deutschen Olympia-Organisationskomitee ergangen⁷³. Orff behauptete nach dem Krieg, er habe dadurch sein Schulwerk "einem internationalen Forum" vorstellen wollen; nach Lage der Dinge ging es ihm aber wohl hauptsächlich um deutsche Reaktionen⁷⁴ – und die blieben auch nicht aus: Die Hitler-Jugend beispielsweise schickte sich im Frühjahr 1938 unter Aufsicht des Günther-Schullehrers Hans Bergese an, mit hundertfünfzig Jungmädeln Orffs Olympischen Reigen einzustudieren⁷⁵. Das Propagandaministerium sandte die Günther-Tanzgruppe ab 1937 national und international auf subventionierte Tourneen und nach Kriegsanfang auch in die besetzten Gebiete⁷⁶.

Als die Günther-Schule 1944 durch die Münchener Gauleitung geschlossen wurde, hatte Orff sich wegen seiner kompositorischen Interessen schon längst von ihr gelöst⁷⁷. Doch verfolgte er weiterhin die Publikation des aus ihr hervorgegangenen Schulwerks und bemühte sich insbesondere um dessen Verbreitung. Entgegen seiner Nachkriegsbehauptung, das Schulwerk sei verboten gewesen, erschienen von 1933 bis 1936 noch zwölf Helfte und 1939 gar das erste Heft einer Neuausgabe⁷⁸. Hierbei ging es Orff vor allem darum, in der pädagogischen Strömung der Zeit mitzuschwimmen. Er wollte den nationalen Stil des Schulwerks "in vielen gutgeschriebenen und von Autoritäten verfaßten Artikeln" klargestellt sehen; "die Zeit kommt uns hier sehr entgegen." Diesem Zweck sollten auch seine bis Anfang 1934 andauernden Beziehungen zum Leiter des Münchener Kampfbundes, Paul Ehlers, dienen; Ehlers selbst scheint damals mehr Vertrauen in Orffs Schulwerk als in seine riskanten Unternehmungen im Münchener Bach-Verein gesetzt zu haben. Jedenfalls hielt Orff im Frühsommer 1933



Günther an Strecker, 30.11. 1934 (1. Zitat); Orff an Reusch, 3.9. 1935, Orff an Mathey, 13.12. 1935 (2. Zitat), in: OZM, AK.

Dorothee Günther, Wiedergeburt des deutschen Tanzes, in: Rudolf von Laban u. a. (Hrsg.), Die tänzerische Situation unserer Zeit. Ein Querschnitt, Dresden 1936, S. 13–21, insbes. S. 18.

⁷² Reminiszenzen über die Günther-Schule, von Dorothee Günther, [1963]; "Arbeitsplan für das Festspiel, Olympische Jugend"...", o. J., in: OZM, AK.

⁷³ Organisations-Komitee, Vereinbarung, 19.3. 1935, in: Ebenda.

Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 3, S. 205 (Zitat); dazu qualifizierend Orff an Diehm, 7.8. 1936, in: OZM, AK; Das Deutsche Podium, 21. 8. 1936, S. 4; Godela Orff, Vater, S. 42.

⁷⁵ Bergese an Orff, 1.3. 1938, in: OZM, AK.

⁷⁶ Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 326.

⁷⁷ Reminiszenzen über die Günther-Schule, von Dorothee Günther, [1963], in: OZM, AK; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 3, S. 209 f.

⁷⁸ Prieberg, Musik im NS-Staat, S.325.

⁷⁹ Orff an Strecker, 15.5. 1933, ähnlich auch am 30.8. 1933, in: OZM, SK.

im Kampfbund ein Referat über seine "Pädagogik"⁸⁰. Im Einvernehmen mit Ehlers wies Orff zudem die Angriffe jenes NS-Journalisten zurück, der ihn im Kampfbund-Blatt verunglimpft hatte⁸¹.

Orffs Ziel war es nicht allein, mit seinem Schulwerk an die damals im Trend liegende Volks- und Hausmusik anzuknüpfen⁸², er wollte sich dadurch auch die Schulen und die Hitler-Jugend als Konsumgruppe erschließen. Mit Blick auf die HJ ging er mitunter noch skrupelloser vor, als es sein Mainzer Verleger Schott für ratsam hielt. Beispielsweise wollte er unbedingt ein Schulwerk-Heft "für Trommeln und Pfeifen" für die Jungen und ein Heft "Reigentanzlieder für Blockflöten" für den BDM publizieren, die das Verlagshaus als "überflüssig" empfand, da das bisherige Schulwerk "reich genug" sei⁸³. Orff gab aber nicht nach. Er hob hervor, daß zumindest Tanz- und Reigenlieder für Flöten und Pfeifen immer verlangt würden, und bestand darauf, daß sie "vor allem im BDM und HJ eingeführt werden sollen. Diese Sachen müssen wir möglichst bald herausbringen."

Dazu sollten ihm drei Mitarbeiter verhelfen, die fest in der nationalsozialistischen Erziehungsarbeit verankert waren. Der eine war Dr. Wilhelm Twittenhoff, der der Weimarer Jugendbewegung entstammte⁸⁵, vermutlich kam er über Fritz Jöde zu Orff, dem er dann in der Günther-Schule assistierte. 1934 war er in der SA und arbeitete mit der HJ in Übungslagern. Da Orff wußte, daß Twittenhoff gleichermaßen vom Schulwerk und von der neuen politischen Ordnung überzeugt war, hielt er ihn für seine Zwecke für geeignet⁸⁶. Twittenhoff wurde mit der Erarbeitung des Grundlagenhefts des Schulwerks betraut, das 1935 bei Schott im Druck erschien. Darin sprach er ganz im Sinne Orffs von der Synthese dieses Werks mit der Jugendbewegung und anderen Impulsen als "Grundlage der künftigen musischen Erziehung"⁸⁷.

Orff dankte in diesem Heft auch Professor Fritz Reusch, der bei seiner praktischen Mitarbeit "aus seiner reichen Erfahrung" schöpfen konnte⁸⁸. Reusch kam ursprünglich ebenfalls von Jöde her; vor und nach der NS-Machtergreifung wirkte er im sächsischen Lehrerbildungswesen. Von ihm ist nach dem Kriege gesagt worden, für ihn sei "die nationalsozialistische Revolution eine singende Revolution" gewesen⁸⁹. War es bei Twit-

⁸⁹ Ulrich Günther, Die Schulmusikerziehung von der Kestenberg-Reform bis zum Ende des Dritten Reiches. Ein Beitrag zur Dokumentation und Zeitgeschichte der Schulmusikerziehung mit Anregungen zu ihrer Neugestaltung, Neuwied/Berlin 1967, S. 40. Dazu Fritz Reusch, Volksliedpflege in der neuen Lehrerbildung. Volksliedkunde als Gegenwartskunde, in: Die Singgemeinde 7, 1931, S. 74–79.



⁸⁰ Orff an Strecker, 15.5. 1933, in: OZM, SK; Doflein an Orff, 16.6. 1933, in: OZM, AK.

⁸¹ Orff an Fleischer, 21.9. 1933, in: OZM, AK; Orff an Willms, 22.9. 1933, in: OZM, SK. Vgl. dazu Anm.34.

⁸² Orff an Fleischer, 21.9. 1933, in: OZM, AK; Orff an Willms, 7.2. 1934, in: OZM, SK.

⁸³ Orff an Strecker, 12.2. 1934 (1. u. 2. Zitat), Willms an Orff, 28.2. 1934 (3. und 4. Zitat), in: OZM, SK.

⁸⁴ Orff an Willms, 7.3, und 25.3. 1934 (Zitat), in: OZM, SK.

⁸⁵ Vgl. Wilhelm Twittenhoff, Musikalische Jugendbewegung und Jazz, in: Zeitschrift für Schulmusik 4, Nr. 1, 1931, S. 9-12.

⁸⁶ Orff an Willms, 23. 4. 1934, in: OZM, SK.

⁸⁷ Twittenhoff, Orff-Schulwerk, S. 31.

⁸⁸ Orffs Vorwort in: Twittenhoff, Orff-Schulwerk, S.4.

tenhoff die HJ, so kümmerte sich Reusch vor allem um die Studenten im NS-Studentenbund, in der SA und der SS. Ihm ging es um "das Bild einer zukünftigen, völkischen Musikkultur"; deretwegen müsse der Erzieher bereit sein, "sich in den Dienst von Volk, Staat und Führer zu stellen"90. Was die praktische Anwendung des Schulwerks anbetraf, so war Reusch skeptischer als Twittenhoff, denn im Gegensatz zu diesem trainierte Reusch nicht biegsame HJ-Pimpfe und Mädel, sondern den bereits ausgewachsenen Typus des neuen deutschen Studenten, der "viel urwüchsiger, gesünder, aber auch primitiver, klotziger und grobmaschiger" war. Reusch fürchtete, daß Orffs relativ kompliziertes Schulwerk zu viel war für Studenten aus der SA, der er selbst angehörte⁹¹. Auch das Flötenheft mit seinen schönen Melodien, das Orff sich für den BDM gewünscht hatte, erinnerte Reusch viel mehr an englischen als an "den deutschen Volkstanz"92. Dennoch versuchte er sein bestes, Orffs Lehrwerk in Arbeitskreisen für NS-Dozenten und Lehrer zu erproben und einzuführen⁹³.

Der Dritte im Bunde war der junge, bereits erwähnte Musikpädagoge Hans Bergese. Er leitete schon Mitte Juni 1934 als Assistent der Güntherschule einen Wochenendkurs für "Elementare Musikerziehung" für die NS-Spielschar in Nürnberg, innerhalb des "Reichsbundes Volkstum und Heimat", woran die HJ sich sehr interessiert zeigte⁹⁴. Nachdem die "Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums" im Frühjahr 1937 ein überaus positives Urteil über Twittenhoffs Einführungsheft geliefert hatte, das Orff seinem Verlag sogar zu Reklamezwecken empfahl⁹⁵, gelang es Bergese, die rhythmische Konzeption des Orff-Schulwerks auf einem Lehrgang für Gaumusikreferenten zu demonstrieren, der von Robert Leys "Kraft durch Freude" organisiert wurde. Man sah nun überall im Reich der Gründung von "Volksmusikschulen" entgegen und hoffte, "durch Herausgabe von geeigneten Schulwerken für den Gruppenunterricht entsprechendes Material" bereitstellen zu können⁹⁶.

Zu einer nationalen Legitimierung des Schulwerks kam es jedoch nicht, weil Orffs Musik letzten Endes doch zu schwierig, um nicht zu sagen hochgestochen, für die elementaren Bedürfnisse der nationalsozialistischen Körperertüchtigung war. Zu Hitlers Sportideal der "flinken Windhunde" paßten Orffs musische Voraussetzungen, die er zur Erlernung des Schulwerks stellte, ebensowenig wie das ungewohnte und teure Musikarsenal⁹⁷. Obwohl seine Ideen in Schulen und in der Hitler-Jugend Eingang gefunden hatten, wurde doch vieles falsch verstanden und der Name Orff hier bald nicht



⁹⁰ Zitate Fritz Reusch, Musik und Musikerziehung im Dienste der Volksgemeinschaft, Osterwieck/Berlin 1938, S. 1, 3. Vgl. auch ebenda, S. 4, 33; ders., Die Musikerziehung an den Hochschulen für Lehrerbildung im Aufbau der Mannschaftserziehung, in: Wolfgang Stumme (Hrsg.), Musik im Volk. Grundfragen der Musikerziehung, Berlin 1939, S. 72-82, insbes. S. 80.

⁹¹ Reusch an Orff, 22.8. 1935, in: OZM, AK.

⁹² Reusch an Orff, 14.1. 1936, in: Ebenda.

⁹³ Twittenhoff an Orff, 29.11, 1936, in: Ebenda.

⁹⁴ Melos 13, 1934, S. 254.

⁹⁵ Payr, "Gutachten für Verleger", 10.4. 1937, Orff an Strecker, 27.4. 1937, in: OZM, SK.

⁹⁶ Bergese an Petschull, 5. 4, 1938, in: OZM, SK; Bergese an Orff, 6. 4. 1938 (Zitat), in: OZM, AK.

⁹⁷ Hierzu richtig Günther, Schulmusikerziehung, S. 163.

mehr erwähnt. Das mißfiel dem Komponisten, so daß er Reusch Ende 1940 noch einmal um Mitarbeit an einer "gereinigten" und "gekürzten" Form des *Schulwerks* bat. Reusch lehnte jedoch ab. Bis 1945 war Orffs *Schulwerk* so zwar nicht verboten, von ein paar Ausnahmen abgesehen aber auch nicht gefragt⁹⁸.

Orff engagierte sich noch in einem weiteren Fall im Kulturbetrieb des Dritten Reiches, und zwar so sehr, daß seine künstlerische und persönliche Integrität ins Zwielicht geraten mußte. Das geschah durch seine Neuvertonung von Shakespeares Sommernachtstraum. Der Auftrag dazu wurde ihm vom Frankfurter Oberbürgermeister und NS-Kreisleiter Dr. Fritz Krebs erteilt, dem schon die Uraufführung der Carmina Burana sehr gefallen hatte. Orff wurden im Frühjahr 1938 fünftausend Mark angeboten; trotz Zeitdruck willigte er ein, und am 14. Oktober 1939 hatte das Werk unter Hermann Laternser auf der Frankfurter Opernbühne Premiere⁹⁹.

Nach dem Krieg empfand Orff Unbehagen darüber und behauptete, er habe an einen "gewiegten Regisseur" konventionelle Zugeständnisse machen müssen, die Aufführung – gegenüber zwei früheren Versionen von 1917 und 1928¹⁰⁰ – sei künstlerisch ein "Rückfall" gewesen. Im übrigen versicherte er, daß er nie die Absicht gehabt habe, Felix Mendelssohns unsterbliche Musik zu verdrängen¹⁰¹. Beides ist nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit dürfte er von vornherein von schlechtem Gewissen geplagt gewesen sein, da er genau wußte, daß diese Auftragsarbeit das Ziel hatte, "den nicht arischen Mendelssohn aus dem Geschäftsleben ausscheiden zu lassen," wie sich sein Verleger ihm gegenüber einmal ebenso zynisch wie unmißverständlich äußerte. Zu diesem Zweck waren, von verschiedenen institutionellen Auftraggebern, ganze Scharen von "arischen" Komponisten aufgefordert worden, die beliebte, aber politisch bedenkliche Komposition des großen jüdischen Komponisten durch Vergleichbares zu ersetzen¹⁰². Der von Antisemitismus gewiß nicht freie Hans Pfitzner hatte ein solches Ansinnen rundweg abgelehnt, und auch Richard Strauss hatte verächtlich angemerkt: "Herr Rosenberg predigt nach wie vor Weltanschauung: Resultat eine neue Musik zum Sommernachtstraum." ¹⁰³

¹⁰³ Jochen Peter Vogel, Hans Pfitzner. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1986, S. 109;



Orff an Reusch, 10.11.1940 (Zitate), Reusch an Orff, 30.12.1940, in: OZM, AK; Schott-Verlag, "Orientierung über Carl Orff", [Mai 1941], in: OZM, SK; Günther, Schulmusikerziehung, S. 163 f. Zu Twittenhoffs Einsatz siehe Guido Waldmann, Das Dritte Reichsmusikschulungslager der RJF in Braunschweig, in: Deutsche Musikkultur 1, 1936/37, S. 303–305, hier S. 304; Wilhelm Twittenhoff, Jugend und moderne Musik, in: Musik in Jugend und Volk 1, 1937/38, S. 370–375; ders., Die Lehrgänge für Volks- und Jugendmusikleiter in Berlin und Weimar, abgedruckt in Dorothea Hemming (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Musikschule (1902–1976), Regensburg 1977, S. 122–124; Twittenhoff, Rhythmische Erziehung, in: Stumme, Musik im Volk, S. 193–205. Vgl. S. 33.

⁹⁹ Korr. Orffs mit Meissner (März-Oktober 1938), in: OZM, AK, und mit Strecker (April 1938-April 1939), in: OZM, SK; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 8, S. 361. Dazu Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 158-161.

¹⁰⁰ Vgl. Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 8, S. 360f.

Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 5, Tutzing 1979, S. 219–223, Zitat S. 223; Orff zu Newell Jenkins, laut Tonband-Interview des Verfassers mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20. 3, 1993.

¹⁰² Zitat Strecker an Orff, 14.12. 1938, in: OZM, SK. Zum Hintergrund siehe Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 144-158.

Von allen gelieferten Neufassungen war Orffs "Ersatz" dann der bei weitem originellste, was öffentlich auch durch glänzende Kritiken bestätigt wurde¹⁰⁴. Orff, so schien es, hatte eine neue und eigenständige Musik geschaffen, eine trockenere "Klangkulisse", das szenische Bühnenspiel stützend, jedenfalls merklich entfernt von dem im Dritten Reich gemeinhin als "süßlich" empfundenen Stil Felix Mendelssohns¹⁰⁵.

Nach Annahme des brisanten Auftrages mußte Orff von Freunden und Kollegen Seitenhiebe einstecken, die ihn um so mehr geschmerzt haben dürften, als er mit seiner Arbeit nicht recht vorankam¹⁰⁶. Verlagschef Willy Strecker vom Hause Schott meinte, er habe sich "in ein böses Wespennest gesetzt"; ob es ihm denn gelingen werde, "Mendelssohn aus dem Felde zu schlagen"?¹⁰⁷ Sein Schweizer Freund, der Komponist Heinrich Sutermeister, redete ihn höhnisch mit "Lieber Herr Mendelssohn" an, und noch im Juni 1941 mußte Orff erfahren, daß eine am Berliner Staatstheater geplante Aufführung nicht möglich war, weil Intendant Staatsrat Gustaf Gründgens, oft als Wendehals geschmäht, "seine alten freundschaftlichen Beziehungen zur Familie Mendelssohn" nicht kompromittieren wollte¹⁰⁸.

Aber statt den Auftrag zurückzugeben oder, später, das Stück zurückzuziehen, ergriff Orff die Flucht nach vorn und versuchte, unter Berufung auf seine ganz spezielle Art des Komponierens, die Arbeit aus künstlerischen Gründen zu rechtfertigen. Dabei folgte er teilweise den Sprachregelungen der Nationalsozialisten. Wo diese – damals für jedermann nachzulesen – Mendelssohn "Glätte der Form" und "jüdisches Anpassungs- und Nachahmungsvermögen" vorwarfen¹⁰⁹, versprach Orff, keinen "Mondschein mit Zuckerwasser" zu liefern¹¹⁰. Mendelssohn sei "alter Hoftheaterstil", während seine Musik "ganz anders wie alle gebräuchliche", eben "richtige Theatermusik", sei¹¹¹.

Im Mai 1940 zeigte Orff seinem Verleger eine aktuelle Kritik als Beweis dafür, wie wesentlich seine Musik "einen zeitgemäßen Darstellungsstil festlegt, und daß man die alten M. Komplexe dabei vergißt."¹¹² In den darauffolgenden Monaten wollte er sich



Zitat Strauss an von Niessen, 11.6. 1935, in: Strauss-Archiv. Der Antrag an Strauss erging vom "Reichsbund der deutschen Freilicht- und Volksschauspiele e. V.", Laubinger an Strauss, 23.2. 1934, in: Ebenda.

^{104.} Vgl. Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 160f.

¹⁰⁵ Ruppel an Orff, 16. 10. 1939, Orff jeweils an Beierle und Lenssen, 29. 10. 1939, in OZM, AK; Strecker an Orff, 26. 10. 1939, in: OZM, SK. "Klangkulisse" war ein typisch Orffscher Begriff. Siehe Orff an von Liebl, 22. 8. 1944, in: OZM, AK. Auch Newell Jenkins im Tonband-Interview mit Verfasser, Hillsdale, N.Y., 20. 3. 1993.

¹⁰⁶ Orff an Sutermeister, 27.10. 1938, in: OZM, AK; Orff an Strecker, 14. und 19.2. 1939, in: OZM, SK.

¹⁰⁷ Willms an Orff, 12. 4. 1938, in: OZM, SK.

¹⁰⁸ Sutermeister an Orff, 7.10. 1938, Ruppel an Orff, 3.6. 1941, in: OZM, AK.

Hans Koeltzsch in: Theodor Fritsch (Hrsg.), Handbuch der Judenfrage. Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des j\u00fcdischen Volkes (1. Zitat), Leipzig 381935, S. 315; F. Peters in: Das Deutsche Podium (2. Zitat), 5. 3, 1937, S. 1.

¹¹⁰ Orff an Strecker, 8.11.1938, in: OZM, SK.

¹¹¹ Orff an Strecker, 8. 12. 1938, in: OZM, SK; Orff an Wälterlin, 8. 12. 1938, in: OZM, AK (Zitate). Orff an Strecker, 16. 11. 1938, in: OZM, SK.

¹¹² Orff an Strecker, 23.5. 1940, in: Ebenda.

persönlich für weitere Aufführungen verwenden und wegen der Enttäuschung in Frankfurt auch die Inszenierung selbst in die Hand nehmen, etwa in Gera, wo das Stück "mit großem Presse-Tam-Tam" auf die Bühne kommen sollte¹¹³. Im Herbst 1942 distanzierte sich Orff aber schließlich doch von dieser, im ganzen nun dritten, Version seines Sommernachtstraums und beschloß, ihn abermals umzuschreiben. Die vierte Fassung war im März 1944 fertig und sollte in Leipzig aufgeführt werden¹¹⁴. Sie war noch transparenter als das bisherige Stück – "eine meist sehr zarte und ausgesparte, manchmal nur die Andeutung einer Musik" und mit einfachsten szenischen Mitteln zu spielen¹¹⁵. Leipzig wurde aber ausgebombt, und auch eine letzte Möglichkeit zur Aufführung in München zerschlug sich¹¹⁶.

V.

1945 konnte Carl Orff trotz aller Hindernisse, die ihm in den Weg gestellt worden waren, und trotz aller Kompromisse, die er hatte schließen müssen, doch noch auf eine glanzvolle Karriere im Dritten Reich zurückblicken¹¹⁷. Das verdankte er zunächst einmal seinem Hauptwerk *Carmina Burana*, das entgegen den Erwartungen einzelner Regimediener wie Rosenberg, Gerigk und Drewes zu einem großartigen künstlerischen und Publikumserfolg geriet. Bereits die Uraufführung in Frankfurt im Juni 1937 hatte Orff, neben der singulären schlechten Besprechung von Herbert Gerigk, auch viele gute Kritiken eingetragen; Orff freute sich über die Gesamtkritik, "die zu 90% ausgezeichnet ist", und meinte nicht ohne Berechtigung, sein Stern sei nun im Begriff aufzugehen¹¹⁸. Im Herbst 1938 gab es auch in Bielefeld "Hymnen" von der Presse, dasselbe dann wieder in Frankfurt im darauffolgenden Frühjahr¹¹⁹. In der Münsteraner Spielzeit 1939/40 war das Echo auf die weltliche Kantate so stark, daß Dirigent Hans Rosbaud sich entschloß, sie in der nächsten Saison abermals anzubieten – mit ähnlich gutem Ergebnis¹²⁰.

¹²⁰ Rosbaud an Orff, 15.6. 1941, in: OZM, AK; Joan Evans, Hans Rosbaud. A Bio-Bibliography, New York 1992, S. 36.



¹¹³ Orff an Strecker, 5.2. 1941, in: Ebenda.

¹¹⁴ Orff an Lehmann, 24.10. 1942, und an Schüler, 21.3. 1944, in: OZM, AK; Musik im Kriege 1, 1944, S.236.

¹¹⁵ Orff an von Liebl, 22.8. 1944, in: OZM, AK. Vgl. Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 5, S. 225.

¹¹⁶ Vgl. Eintrag vom 2.11. 1944, in: OZM, Tagebücher G. Orff.

¹¹⁷ In diesem Sinne treffend Jacobi an Egk, 11.2.1947, Amtsgericht München, Registratur S, Spruchkammerakten Egk (künftig: AGM, Spruchkammerakten Egk).

Siehe die Kritiken in Generalanzeiger (Frankfurt), 9.6. 1937, und Frankfurter Zeitung, 10.6. 1937; Orff an Strecker (Zitat), 18.6. 1937, in: OZM, SK; ebenso Orff an Hofmann, 26.6. 1937, in: Carl Orff – Michel Hofmann, S. 139. Orff schrieb an Schmidt, 21. 10. 1937, in: OZM, AK: "Im großen ganzen zeigen sich an meinem Horizont lichtere Punkte. Habe von Berlin sehr günstige größere Angebote bekommen. Auch ansonsten rührt sich verschiedenes."

¹¹⁹ Orff an Sutermeister, 27. 10. 1938, in: OZM, AK; Orff an Strecker, 8. 11. 1938 (Zitat), und an Willms, 1.4. 1939, in: OZM, SK. Vgl. auch S. 11.

Dann folgte im Oktober 1940 die künstlerisch bahnbrechende Aufführung unter Karl Böhm in Dresden, die, mit Lob überhäuft, auch die hartnäckigsten ideologischen Wächter entwaffnete¹²¹. Anfang 1941 dirigierte das junge, aufstrebende Genie der deutschen Musikwelt, Herbert von Karajan, eine Konzertaufführung der Kantate in seiner früheren Hochburg Aachen, und Ende des Jahres ließ er sie in voller Inszenierung in Berlin ansetzen – das Werk blieb, nicht ohne Unterstützung Werner Egks, wochenlang auf dem Programm der Hauptstadt¹²². Diesmal erschien eine überwältigend positive Rezension von Dr. Fritz Stege, dem damals wohl einflußreichsten Musikkritiker des Regimes, der, schon weil er das Propagandaministerium hinter sich wußte, Gerigk mühelos an die Wand spielen konnte. Wegen seiner Ämterhäufung hatte Stege es in der Hand, einen Musiker zu fördern oder zu vernichten; hier nun hatte er sich ganz für Orff entschieden¹²³. Die Carmina Burana seien jetzt "bald über alle großen Bühnen" im Reich gegangen, meinte Orff daher voller Befriedigung bereits im Herbst 1942¹²⁴. Einer zeitgenössischen Einschätzung zufolge galt er damals als einer der meist gespielten Opernkomponisten "der jüngeren Generation"¹²⁵.

Eine vergleichbare öffentliche und private Resonanz erlebte Orff auch nach den Aufführungen seiner darauffolgenden Werke, insbesondere aber, und das ist nicht ohne Ironie, mit der, wegen ihres Librettos bei einigen als riskant geltenden Oper Die Kluge 126. Orff konnte so als Begleiterscheinung dieses Erfolges eine allmähliche Steigerung seines Stellenwerts im Deutschen Reich registrieren, was sich letztlich auch darin niederschlug, daß er vom Regime selbst anerkannt wurde. Für einen deut-



¹²¹ Siehe Ernst Krauses Kritik in: Zeitschrift für Musik 107, 1940, S. 721 f.; ferner Orff an Lenssen, 9. 10. 1940, und an Hintze, 10. 11. 1940, in: OZM, AK.

¹²² Zu Aachen: Orff an List, 11.2. 1941, in: OZM, AK; Zeitschrift für Musik 108, 1941, S. 200. Zu Berlin: von Holthoff an Orff, 8.1. 1942, Tietjen an Orff, 28.3. 1942, in: OZM, AK; Orff an Strecker, 24.9. 1942, in: OZM, SK; Werner Oehlmann, Orff – Egk – Zandonai. Moderne Oper in Berlin, in: Das Reich, 28.12. 1941; Eidesstattliche Erklärung Heinz Tietjen, [August 1947], in: AGM, Spruchkammerakten Egk.

Fritz Steges enthusiastische Kritik befindet sich in: Zeitschrift für Musik 109, 1942, S. 64. Zu seiner Karriere und Machtfülle siehe Müller, Musiker-Lexikon, S. 1387; Michael H. Kater, Different Drummers. Jazz in the Culture of Nazi Germany, New York/Oxford 1992, passim; ferner Stege, Zukunftsaufgaben der Musikwissenschaft – Musik und Rassenkunde, in: Zeitschrift für Musik 100, 1933, S. 489–491.

¹²⁴ Orff an Lehmann, 24.10. 1942, in: OZM, AK.

¹²⁵ Gotthold Frotscher, Die Oper in der Gegenwart, in: Wolfgang Stumme (Hrsg.), Musik im Volk. Gegenwartsfragen deutscher Musik, Berlin-Lichterfelde ²1944, S. 257–264, hier S. 261.

¹²⁶ Zum Mond siehe: Eugen Schmitz, Oper im Aufbau, in: Zeitschrift für Musik 106, 1939, S.380–382, hier S.382; Otto Eckstein-Ehrenegg, Die tieferen Ursachen der Opernkrise und der Weg zu ihrer Überwindung, in: Ebenda 109, 1942, S.62–64, hier S.63; die nachgedruckten Kritiken in: Rudolf Hartmann, Das geliebte Haus. Mein Leben mit der Oper, München/Zürich 1975, S. 149 f. Zum Sommernachtstraum vgl. S.18. Zur Klugen: Friedrich Stichtenoth in: Generalanzeiger (Frankfurt), 22. 2. 1943; Willy Werner Göttig in: Zeitschrift für Musik 11, 1943, S. 136 f.; Oskar Kaul in: Musik im Kriege 1, 1944, S. 226; W. M. Luther, in: Ebenda 2, 1944, S. 153; Orff an Strecker, 23.9. 1942, in: OZM, SK; Krebs an Orff, 1.3. 1943, Preussner an Orff, 10.3. 1943, in: OZM, AK. Zu Catulli Carmina siehe "Schott-Nachrichten", 1.12. 1943, in: OZM, SK.

schen Künstler handelte es sich hier stets in erster Linie um das Propagandaministerium und die ihm nachgeordneten Ämter, in Orffs Fall also um die Reichskulturbzw. Reichsmusikkammer. Die mit großer Wahrscheinlichkeit von Egk mitbewirkte Wende trat, wie schon erwähnt, deutlich spürbar im Frühsommer 1941 ein, als es zum Beispiel hieß. Goebbels' Ministerium sei neuerdings an den Burana "sehr interessiert "127. Der "Zeitschriftendienst" des Ministeriums, der die Musikkritik im Lande indirekt steuerte, gab wenig später die Parole aus, über Orff sei fortan nur wohlwollend zu berichten 128. Präsident Raabe von der Reichsmusikkammer schloß sich diesem Urteil implizite an, als er Anfang 1942 verfügte, Orff brauche sein Telefon nicht für den Kriegseinsatz herzugeben¹²⁹. Den Gipfel der Anerkennung aber erreichte Orff, als er im Sommer 1942 von einem Preisausschuß des Ministeriums, dem sowohl Egk als auch Drewes angehörten, einen einmaligen "Staatszuschuß" von zweitausend Reichsmark zugesprochen erhielt¹³⁰. Der ebenfalls Goebbels unterstehende Deutsche Rundfunk, der schon seit längerem Orff-Werke ausstrahlte, führte Orff Anfang 1944 auf einer Liste "zeitgenössischer Komponisten, auf die der Rundfunk nicht verzichten möchte"131. Es begann schon etwas peinlich für den einstigen Brecht-Verehrer zu werden, als Goebbels ihn bitten ließ, eine "Kampfmusik" für die Deutsche Wochenschau zu schreiben, und als SS-Gruppenführer Hans Hinkel, Goebbels' Stellvertreter in der Reichskulturkammer, Ende 1944 Wert darauf legte, von Orff eine zur Veröffentlichung bestimmte Verlautbarung zum Ruhme des Führers zu erhalten. Orff rettete sich, indem er Hitler einen Vers von Hölderlin widmete und ihn doppeldeutig so datierte: "An der Schwelle des Jahres der Entscheidung, Dezember 1944".132

Damals stand Orffs Name, ebenso wie der seines Freundes Egk, auf einer für Goebbels bestimmten "Gottbegnadeten-Liste", die den Vorteil bot, daß die Betroffenen weder zum Wehrdienst noch zu fachfremdem Arbeitseinsatz eingezogen werden konnten¹³³. Orff befand sich außerdem seit 1941/42 unter der Schirmherrschaft des kunstbeflissenen Gauleiters von Wien, Baldur von Schirach. Der Sohn eines erfahrenen Generalintendanten und Bruder einer Opernsängerin verfolgte seit Antritt seiner Wiener Position im August 1940, nicht ohne Goebbels' Argwohn zu wecken, eine eigene



¹²⁷ Pietzsch an Orff, 21.5. 1941, in: OZM, AK.

¹²⁸ Ellis, Music, S. 133.

¹²⁹ Memorandum Raabe, 20.2. 1942, in: OZM, AK.

¹³⁰ Diesbezügliche Korrespondenz und Sitzungsprotokolle (Mai-Juli 1942) in: BDC, RMK Werner Egk.

Leiter Rundfunk an Reichsminister [Goebbels], nebst Anlagen 1 und 2, 25.4. 1944, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 55/559. Zu früheren Sendungen Orffscher Musik im Rundfunk siehe: Zeitschrift für Musik 109, 1942, S. 91; Aulich an Orff, 22. 3., 23. 7. und 23. 10. 1943, in: OZM, AK.

Deutsche Wochenschau an Orff, 7.6. 1944, Hinkel an Orff, 15.11. 1944, Anlage zu Orffs Antwortschreiben an Hinkel, Dez. 1944, in: OZM, AK. Werner Egk hat Prieberg nach 1964 fälschlich dahingehend unterrichtet, Orff habe eine Ode von Horaz beigesteuert. Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 131.

¹³³ Rathkolb, Führertreu, S. 173-176.

aktive Kunstpolitik, die insbesondere "das wertvolle zeitgenössische Musikschaffen" berücksichtigen sollte, wie er 1941 an Egk schrieb¹³⁴. Bereits im Sommer 1941 begann er über seinen "Generalkulturreferenten" Walter Thomas Gespräche mit Orff wegen eines "Werkvertrags" zu führen, der den Komponisten auf Jahre hinaus finanziell absichern, zugleich aber der Wiener Bühne Auftragsarbeiten von Orff garantieren sollte. Orff schloß für 1000 RM im Monat mit Wien ab und nahm als ersten Auftrag die Oper Antigonae entgegen, zu der bereits seit Anfang 1941 feste Pläne bestanden¹³⁵. Orff kam hierbei der Umstand zugute, daß er mit Richard Strauss, der in Wien damals Persona gratissima war, auf sehr gutem Fuße stand; Strauss wohnte Anfang Februar 1942 auch der Aufführung der Carmina Burana an der Wiener Staatsoper bei und äußerte sich lobend¹³⁶. Hinzu kam, daß sich das Ehepaar von Schirach für die Burana begeisterte, obwohl der maßgebliche Wiener Kritiker, Victor Junk, kein Freund zeitgenössischer Musik, wenig Positives über sie berichtet hatte¹³⁷. Orff erhielt aus Wien bis zum Ende des Krieges 36 000 Mark und schien zum ersten Male in seinem Leben wirtschaftlich auf festen Füßen zu stehen¹³⁸.

Doch dann kam die Kapitulation, und Orff stand, wie viele seiner Freunde und Kollegen, künstlerisch und beruflich vor dem Nichts. Die Besatzungsmächte hatten kaum eine Vorstellung von der Funktion der kulturellen Elite im Dritten Reich, weder im positiven noch im negativen Sinne. In Bayern richteten die Amerikaner eine Militärregierung ein, die versuchte, ehemalige Nationalsozialisten zu identifizieren und zu neutralisieren und zugleich progressive deutsche Kräfte zur Demokratisierung und Umerziehung der Bürger einzusetzen¹³⁹.

Orff wußte dies, und er wird sich, wie seine Freunde Werner Egk und Karl Marx, gefragt haben, zu welcher Kategorie er gerechnet werden würde. Der fünfzigjährige Mu-



Ebenda, S. 68-76; Schirach an Egk, 30. 10. 1941 (Zitat), in: AGM, Spruchkammerakten Egk (Hervorhebung wie im Original); ferner Baldur von Schirach, Die Sendung der Wiener Staatsoper, in: Das Programm der Staatsoper Wien, Hft. 1, 1940/41, S. 1-3; Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 333; Victor Junk, Die "Woche zeitgenössischer Musik in Wien", in: Zeitschrift für Musik 109, 1942, S. 241-247; Junk an Pfitzner, 18. 3. 1942, in: Österreichische Nationalbibliothek Wien, Musiksammlung (künftig: NWM), F68 Pfitzner/958.

Orff an Bergese, 18. 10. 1941, Orff an Tietjen, 14. 1. 1942, in: OZM, AK; Eintragungen vom 12.–14. 10. und 16. 11. 1940, auch vom 8. 1. 1941 in: OZM, Tagebücher G. Orff; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 7, Tutzing 1981, S. 20 f.; W. Th. Anderman [Walter Thomas], Bis der Vorhang fiel. Berichtet nach Aufzeichnungen aus den Jahren 1940 bis 1945, Dortmund 1947, S. 151.

Eintragungen vom 5. 2. und 3. 3. 1942 in: OZM, Tagebücher G. Orff; Strauss an Orff, [Anfang Februar 1942], Orff an Strauss, 10.2. 1942, und an Sutermeister, 8.3. 1942, in: OZM, AK; Strecker an Orff, 12.2. 1942, Orff an Strecker, 23.4. 1943, in: OZM, SK; Anderman, Vorhang, S. 120.

Orff an Strecker, 23.4. 1943, in: OZM, SK; Würth an Orff, 9.3. 1943, in: OZM, AK; Eintrag vom 2.– 11.4. 1943, in: OZM, Tagebücher G. Orff; Victor Junk, Wiener Musik, in: Zeitschrift für Musik 109, 1942, S.117f.

¹³⁸ Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 268; Gertrud Orff im Gespräch mit Verfasser, 5.8. 1992.

¹³⁹ Hajo Holborn, American Military Government. Its Organization and Policies, Washington, D. C., 1947, insbes. S. 53–73; Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt am Main 1972.

siker stand 1945 im Zenit seines Schaffens. Er hatte "neue Pläne und Projekte"¹⁴⁰ und schaute sich nach Möglichkeiten um, seine letzte Version des Sommernachtstraums doch noch aufzuführen; außerdem war er gerade im Begriff, eine neue Oper, Die Bernauerin, abzuschließen, für die er einen Text in der geliebten bayerischen Mundart gedichtet hatte. Allerdings war er von den automatischen "allgemeinen Sperren" betroffen, die deutsche Künstler damals daran hinderten, bis zur Klärung ihrer politischen Vergangenheit in der Öffentlichkeit zu wirken¹⁴¹. Orff mußte fürchten, allein wegen seines Bleibens im Dritten Reich, in dem er es schließlich doch noch zu Prominenz gebracht hatte, aber auch wegen des Sommernachtstraums und des Interesses, das die NSDAP an seinem Schulwerk gezeigt hatte, auf eine Schwarze Liste zu geraten, und das auf unbestimmte Zeit.

Aus dieser Lage befreite ihn zu Weihnachten 1945 der amerikanische Kulturoffizier Newell Jenkins. Dieser in New Haven gebürtige Amerikaner, dessen Großvater väterlicherseits einst Hofzahnarzt des Königs von Sachsen und ein persönlicher Freund Richard Wagners gewesen war, war 1938 als dreiundzwanzigjähriger Mann über Dresden und Freiburg zu Orff gekommen, um bei ihm Privatstunden im Dirigieren zu nehmen. Durch seine Familie finanziell großzügig ausgestattet, war Jenkins bis September 1939 in München geblieben und hatte sich dann wieder nach Amerika begeben, wo er an der Yale-Universität, im letzten Studienjahr 1941 schon unter Hindemith, mit einem Musikdiplom abschloß¹⁴².

Der fließend deutsch sprechende und musikalisch hoch qualifizierte Jenkins kam im Dezember 1945 als Angehöriger der amerikanischen Information Control Division (ICD) mehr durch Zufall nach Stuttgart, wo er für die Ingangsetzung der Theater- und Musikszene in Württemberg verantwortlich war¹⁴³. Wie im Bereich der Politik strebten die amerikanischen Besatzer auch hier eine Neubelebung mit demokratischen Kräften an, was sie vor das Problem stellte, politisch belastete Elemente zu entlassen und zugleich Künstler mit einwandfreiem politischen Leumund zu fördern. Das Problem dabei war nur, daß die alliierten Offiziere kaum eine Ahnung von der Geschichte und Struktur des Landes besaßen, oft die Sprache nicht verstanden und so Gefahr liefen, sich von ehemaligen Nationalsozialisten oder Mitläufern täuschen zu lassen.

¹⁴³ Die ICD unterstand dem Office of Military Government of the United States for Germany (OMGUS); ihre Referenten waren aber nicht Angehörige der US-Streitkräfte im engeren Sinne, sondern Zivilisten in Uniform und lediglich für die Dauer ihrer Sonderaufgaben mit Offiziersrängen versehen.



¹⁴⁰ Orff an Wilm, 7.12. 1945, in: OZM, AK.

Ebenda (Zitat); Orff an Rischner, 9.12. 1945, in: OZM, AK; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 8, S. 362; Harold Zink, American Military Government in Germany, New York 1947, S. 92.

Jenkins hat sich seit längerem als Entdecker und Pfleger von früher klassischer Musik sowie, 1956, als Gründer der in New York beheimateten Clarion Music Society einen Namen gemacht, die, wie einst Orff, alte und zeitgenössische Musik zur Aufführung bringt. Siehe Who's Who in American Music. Classical, New York/London 1985, S. 290; Nicolas Słonimsky (Hrsg.), Baker's Biographical Dictionary of Musicians, New York 81992, S. 849f.; The New Grove Dictionary, Bd. 9, S. 598; Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20.3. 1993; Orff an Dubs, 10.6. 1938, Jenkins an Orff, 11.9. und 4.11. 1939, in: OZM, AK.

Zunächst wurden - bevor in Spruchkammerverfahren der Status von Musikern wie Knappertsbusch, Strauss, Pfitzner und Egk geklärt wurde - drei Hauptkategorien geschaffen. Künstler, die allem Anschein nach mit dem Regime kollaboriert hatten (etwa Furtwängler), wurden in die Kategorie "Schwarz" eingestuft¹⁴⁴ und bis auf weiteres mit Auftrittsverbot belegt. Eindeutige Opfer der NS-Zeit, die in irgendeiner Weise Widerstand geleistet und dadurch Schaden genommen hatten (beispielsweise der Münchener Komponist Karl Amadeus Hartmann) fielen in die Kategorie "Weiß" und wurden unverzüglich an leitender Stelle in der demokratischen Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt. Zweifelhafte Fälle schließlich wurden der Kategorie "Grau" zugeordnet; die Sieger unterschieden hier zwischen "gray acceptable" und "gray unacceptable". Orff gehörte zur letzteren¹⁴⁵.

Nach seiner Ankunft in Stuttgart wollte Jenkins umgehend wissen, wie es seinen einstigen deutschen Freunden, insbesondere aber Carl Orff, inzwischen ergangen war. Zwar war er nur für Württemberg zuständig, aber da er beste Beziehungen zu seinen in München stationierten Kollegen besaß, hatten diese nichts dagegen, daß er in Sachen Orff sondierte. Die Militärregierung von München hatte bis dahin einen eher negativen Eindruck von dem Komponisten und war sogar etwas erleichtert, daß der deutschlanderfahrene Jenkins sich des Problems Orff annehmen wollte¹⁴⁶.

Jenkins suchte seinen alten Lehrer am 24. Dezember 1945 in dessen Wohnung in München-Gräfelfing auf. Die Wiedersehensfreude war groß, man verbrachte den Heiligabend zusammen¹⁴⁷ und sprach in den darauffolgenden Tagen eingehend miteinander. Jenkins wollte seinem verehrten Mentor helfen, ein Säuberungsverfahren zu vermeiden und wieder Anschluß an das neue deutsche Kulturleben zu finden. Im Grunde aber ging es um mehr: Orff, der bis dahin immer nur für seine Musik gelebt hatte, sollte für eine aktive Rolle bei der Erneuerung der Kulturszene gewonnen werden. Zur Disposition stand der Posten des Generalintendanten der Württembergischen Staatstheater in Stuttgart, der Orff wegen seiner Auffassung von Oper als "Theatermusik" prinzipiell interessierte. Darüber hinaus sah er eine konkrete Möglichkeit, dort seine Oper Bernauerin zur Premiere zu bringen; die von den Amerikanern protegierte Stuttgarter Bühne war dafür kein schlechtes Forum¹⁴⁸. Grundvoraussetzung dieser Pläne war allerdings eine politisch weiße Weste.



¹⁴⁴ Bericht Rosbaud für Scharnagl, München, 16.2. 1947, in: Library of Washington State University, Pullman (künftig: LWSUP), Cage 423, Box 6, Folder 89.

¹⁴⁵ Heinz Trojan/Kurt Hinze, Beschäftigungsverbot, Vermögenssperre und Sühnemaßnahmen nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Kommentar für die Praxis, Wiesbaden 1947; Zink, Government, S. 92f., 161; ders., The United States in Germany, 1944-1955, Westport 1957, S. 170ff.; Niethammer, Entnazifizierung, S. 150-157, 240-259; Leer an Rosbaud, 25.11. 1947, in: LWSUP, Cage 423, Box 8, Folder 127; Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N.Y., 20.3. 1993.

¹⁴⁶ Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20.3. 1993.

¹⁴⁷ Ebenda; Eintrag vom 24.12. 1945, in: OZM, Tagebücher G. Orff.

¹⁴⁸ Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20.3. 1993; Rischner an Orff, 2.12. 1945, in: OZM, AK; Eintragungen vom 19.1., 22.1., 19.2. und 27.2. 1946, in: OZM, Tagebücher G. Orff.

Doch das war so eine Sache. Orff mußte nicht nur glaubhaft machen, daß er im Dritten Reich neutral gewesen war, er mußte außerdem, wie Jenkins ihm am 7. Januar 1946 schrieb, sein "eigenes Gewissen [...] prüfen und Beweise [...] erbringen, daß Du aktiv gegen die vorherige Regierung tätig warst. Denn solche Leute findet man selten, und wie gesagt, sie sind von größtem Nutzen für alle."¹⁴⁹ Orff sollte für die offiziell zuständige Münchener Stelle den berühmt-berüchtigten "Fragebogen" ausfüllen und sich dann persönlich bei Jenkins in Stuttgart einfinden, um ihm, quasi an Eides Statt, Einzelheiten über seinen Widerstand zu liefern¹⁵⁰.

Das Folgende ist nichts weniger als sensationell. Orff fuhr Anfang März 1946 zur Aussprache mit Jenkins nach Stuttgart und kam völlig erledigt zu seiner Frau nach München zurück¹⁵¹. Auf die entscheidende Frage nach seinem Widerstand hatte er nämlich erklärt, er habe zusammen mit dem Münchener Musikwissenschaftler Professor Kurt Huber eine Jugendgruppe gegen das Dritte Reich gegründet, die aufgeflogen sei, als man Flugblätter verteilt habe. Huber sei verhaftet und hingerichtet worden; er selbst habe sich mit Hilfe von Freunden in die Berge geflüchtet und sei erst nach München zurückgekehrt, als die Gefahr vorüber war¹⁵².

Jenkins sah zunächst keinen Anlaß, an dieser Erklärung zu zweifeln, zumal Orff auch nach einer zusätzlichen psychologischen Überprüfung durch Armee-Fachleute im hessischen Bad Orb, nach anfänglicher Nervosität, einen guten, ja übermütigen Eindruck hinterlassen hatte¹⁵³. Jenkins empfahl deshalb seinen Münchener Kollegen, Orff in die Kategorie "gray-acceptable" einzustufen, was auch geschah. Als wichtige Konsequenz davon wurde seine Oper Bernauerin für Aufführungen in Bayern und in der Folge auch für Württemberg freigegeben¹⁵⁴. Obwohl der Komponist das Stellenangebot aus Stuttgart schließlich doch verwarf, ist die Oper dort am 15. Juni 1947 uraufgeführt und drei Wochen später auch in München dargeboten worden¹⁵⁵.

Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20.3. 1993; Eintragungen vom 5. und 11.3. 1946 sowie 6.7. 1947 in: OZM, Tagebücher G. Orff; Neher an Wagner-Régeny, 30.6. 1946, in: Rudolf Wagner-Régeny, Begegnungen. Biographische Aufzeichnungen, Tagebücher, und sein Briefwechsel mit Caspar Neher, Berlin 1968, S. 253; Hans Heinz Stuckenschmidt, Orffische Zwiesprach. Zur Uraufführung der "Bernauerin", in: Melos 14, 1947, S. 297 ff.; Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 8, S. 363.



¹⁴⁹ Jenkins an Orff, 7.1. 1946, in: OZM, AK (Hervorhebung wie im Original).

¹⁵⁰ Vgl. Jenkins an Strecker, 30.1. 1946; Isenstead an Orff, 28.2. 1946, in: OZM, AK.

¹⁵¹ Letzteres laut Gertrud Orff im Gespräch mit dem Verfasser, 5. 8. 1992.

¹⁵² Jenkins' entscheidende Worte im Original-Englisch nach Tonband-Interview am 20.3. 1993 in Hillsdale, N. Y., lauteten: "... that he had worked together with Kurt Huber, they had founded some kind of a youth group ... the danger came when he and some kids or maybe Huber himself were discovered passing out leaflets. Huber was arrested and killed." Daß Jenkins in seinem Gespräch mit mir weder die Unwahrheit gesagt noch Einzelheiten aus seinem Gespräch mit Orff entstellt hat, beweist ein Passus im Brief des Orff-Freundes Heinrich Sutermeister (an Orff, 15. 12. 1946, in: OZM, AK), in dem der Schweizer über sein Zusammentreffen mit Jenkins und dessen Beurteilung Orffs berichtet.

¹⁵³ Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20.3. 1993.

Evarts an Bauckner, 16.7. 1946, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Staatstheater/14395.

VI.

Orffs Aussage über seine angebliche Zusammenarbeit mit der "Weißen Rose", der Widerstandsgruppe Kurt Hubers und der Geschwister Scholl, liefert einen Schlüssel zum Verständnis seiner Persönlichkeit und damit auch seiner Taktik des Überlebens im Dritten Reich. Selbstgleichschaltung oder Widerstand? Auf Carl Orff traf weder das eine noch das andere zu: Er hat sich angepaßt. Niemals nur im entferntesten Nationalsozialist, manipulierte er Menschen und Ideen, um ungestört schaffen zu können, sich die lästige Politik fernzuhalten und möglichst schadlos in einem Unrechtssystem durchzukommen, von dem er sich mit immer teurerer Münze hatte kaufen lassen, obwohl er es im Innersten verabscheute.

Im Falle Hubers geschah diese Manipulation postum. Keine Frage: Orff und Huber kannten und verstanden sich seit den letzten Jahren der Weimarer Republik, als ihre gemeinsamen Interessen am bayerischen Volkslied sie zusammengeführt hatten¹⁵⁶. Die Zusammenarbeit ging so weit, daß Orff Mitte der dreißiger Jahre Hubers aktive Mitwirkung am Schulwerk ins Auge faßte, wozu es aber wegen der vielfältigen Interessen des Gelehrten niemals kam¹⁵⁷. Als Huber, der zunächst in Schwabing gewohnt hatte, in die Nähe Orffs in Gräfelfing gezogen war, traf man sich ohnehin öfter; Orff trug dem Freund seine Skizzen zu Carmina Burana vor, später auch die Pläne zum Mond und der Klugen. "Carl Orff und meinen Mann verband eine wirklich gute Freundschaft, die sich vor allem auf musikalischem Gebiet äußerte", erinnert sich Clara Huber heute¹⁵⁸. Über Politik hätten die Männer aber nicht gesprochen¹⁵⁹.

In der Tat: Wenn das jemals der Fall gewesen wäre, hätte sich Orff von Huber zurückziehen müssen. Nach seinem zeitgenössischen Schrifttum zu urteilen, stand Huber nationalsozialistischem Gedankengut nämlich ziemlich nahe, ungeachtet seines problematischen Verhältnisses zur NS-Hierarchie. Mit seiner Volksliedpflege verfolgte er rassisch-völkische Ziele im Sinne der geltenden Kulturpolitik. So wollte er 1935/36 an der Gründung einer "Deutschen Schule für Volksmusik und Tanz" in München mitwirken, die den "Schrittmachern marxistischer Tendenzen und jüdischer Produkte" entgegenwirken sollte, indem sie "richtunggebend auf dem Gebiet der Volks- und Hausmusikpflege, sowie des Volkstanzes im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung" würde. Auch die Hitler-Jugend sollte hier eingeschaltet werden 160. Huber glaubte damals an "bodenständiges Musizieren" zum Zwecke einer "Reinerhaltung



¹⁵⁶ Orff in: Ebenda, Bd. 2, S. 126, 207; Marx in: Leuchtmann, Orff, S. 101.

¹⁵⁷ Vgl. Orff an Georgiades, 12. 12. 1935; Bergese an Orff, 5. 12. 1937 und 6. 4. 1938, in: OZM, AK; Bergese an Petschull, 5. 4. 1938, in: OZM, SK; Maria Bruckbauer, und sei es gegen eine Welt von Feinden!" Kurt Hubers Volksliedsammlung und -pflege in Bayern, München 1991, S. 86 f., 141.

¹⁵⁸ Clara Huber an Verfasser, 30.9. 1993.

¹⁵⁹ Ebenda.

Korrespondenz 1935–36, in: StAM, Kulturamt/480, Zitat aus "Denkschrift zur Neugründung und Angliederung der Deutschen Schule für Volksmusik und Tanz am Trapp'schen Konservatorium der Musik", [1935].

des echten deutschen Volksgutes", an das Lied der Väter, "mit deren völkischer Art man durch Blut erbhaft verbunden" sei¹⁶¹.

Nach Kriegsanfang sahen sich die Ehepaare Orff und Huber häufig, doch mit ihren beruflichen Kontakten kamen die Männer nicht recht weiter 162. Als sich Huber im Januar 1943 - aus hier nicht zu erörternden Gründen - stark in der studentischen Widerstandsgruppe "Weiße Rose" engagierte, hatten sich die Ehepaare privat gut drei Monate nicht gesehen¹⁶³. Man weiß dies ohnehin, aber auch nach der Erinnerung von Clara Huber hatte Orff "die "Weiße Rose" weder mitgegründet noch war er je Mitglied" 164. Auch seine damalige Ehefrau Gertrud, "so ziemlich orientiert über Orffs Pläne, Vorhaben und Arbeit", sagt heute mit Bestimmtheit: "Orff war nicht dabei, nicht verwikkelt. "165 Die Verhaftung Hubers, sein Todesurteil am 8. April und seine Hinrichtung am 13. Juli 1943 überraschten Orff, da er von der "Weißen Rose" überhaupt nichts wußte. Laut Clara Huber intervenierte Orff zugunsten Hubers bei Gauleiter von Schirach in Wien¹⁶⁶; er rechnete damals auch mit seiner eigenen Verhaftung, weil allgemein bekannt war, wie gefährlich persönliche Beziehungen zu "Volksfeinden" sein konnten. So verbrannte er im Keller seines Wohnhauses Briefe, die ihm brisant erschienen - beispielsweise solche seines Freundes Hans Bergese, der seit längerem desillusioniert von der Ostfront berichtete¹⁶⁷. Außerdem tauchte er in der Klinik eines befreundeten Arztes auf dem Lande unter 168.

Da Huber nach Kriegsende nicht mehr reden konnte, bildete er das ideale politische Alibi für Orff. Die Idee, sich als Mann des Widerstandes auszugeben, muß Orff ein paar Tage nach Jenkins' Mahnung vom 7. Januar 1946 gekommen sein, denn schon am 19. konzipierte er ein fiktives Schreiben an seinen "verehrten, lieben Freund", das folgendermaßen begann: "Nie im Leben schrieb ich Ihnen einen Brief. Sie waren da und immer nahe und Ihr Dasein zu erleben war beglückend. [...] Selten, ganz selten sprachen Sie von Ihren eigenen Plänen, viele haben Sie mir zeitlebens völlig verschwiegen



Kurt Huber, Der Aufbau deutscher Volksliedforschung und Volksliedpflege, in: Deutsche Musikkultur 1, 1936, S. 65–73, Zitate S. 66, 68 f. Siehe auch Bruckbauer, Welt, passim.

Eintragungen vom 9.2., 13. 4., 28. 8., 18. 11., 30. 12. 1941, 1. 3., 16. 3., 24. 8. 1942, in: OZM, Tagebücher G. Orff; Bergese an Orff, 23. 12. 1940 und 25. 2. 1942, Orff an Jarosch, 22. 3. 1942, in: OZM, AK; Strecker an Orff, 10. 3. und 7. 8. 1941, in: OZM, SK; Bruckbauer, Welt, S. 204.

Eintrag vom 24.9. 1942, in: OZM, Tagebücher G. Orff; Christian Petry, Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern, München 1968, S. 92 und passim; Süddeutsche Zeitung, 13.7. 1993.

¹⁶⁴ Clara Huber an Verfasser, 30.9. 1993. Frau Huber schreibt weiter: "Seine Haltung, sich später mit der "Weißen Rose" zu identifizieren, erscheint zwar nicht ganz unverständlich, hat mich aber doch erschüttert."

¹⁶⁵ Gertrud Orff an Verfasser, 12.11. 1993. Hervorhebung wie im Original.

Clara Huber an Verfasser, [Poststempel München 28.6. 1994]. Die Intervention wäre möglich gewesen, denn Orff hat sich nachweislich Anfang April 1943 mit Schirach in Wien getroffen (Eintrag vom 2.–11.4. 1943, in: OZM, Tagebücher G. Orff). Wie auch immer, seiner Frau Gertrud hat Orff nichts davon erzählt (Gertrud Orff an Verfasser, 22. 6. 1994).

¹⁶⁷ Gertrud Orff an Verfasser, 12.11. 1993, und im Gespräch mit Verfasser, 5.8. 1992. Einige kritische Briefe Bergeses befinden sich noch im OZM, AK.

¹⁶⁸ Godela Orff, Vater, S. 42.

... Sie gingen fast ausschließlich nur auf das ein, was mich bewegte." Schrieb Orff diese Zeilen nieder, um Kurt Huber eingedenk des bevorstehenden Mißbrauchs seines Namens innerlich Abbitte zu tun¹⁶⁹?

Die Bekanntschaft mit Jenkins wurde Orff lästig, als dieser seine Schuldigkeit getan hatte. Jenkins wußte nämlich zu viel. Er erinnert sich, im Sommer 1947 von Orff nicht im besten Einvernehmen geschieden zu sein, ohne daß er den Grund gekannt hätte¹⁷⁰. Damals hatte sich Orff bereits ein negatives Bild von Jenkins zurechtgelegt, das er Dritten zu suggerieren trachtete. Jenkins habe ihm gegenüber "eine höchst unfreundliche Stellung einzunehmen" beliebt und sei ahnungslos, wohl seiner Jugend wegen; in weiteren Überprüfungsfällen könne er Unheil anrichten¹⁷¹. 1948 hatte Orff Jenkins' Freundschaftsdienst schon ganz verdrängt; jedenfalls schrieb er, daß der Kulturoffizier "schon lange nicht mehr im Lande sei", auch habe er, Orff, seine Hilfe "nie beanspruchen brauchen"¹⁷².

Ohne die Episode mit Jenkins zu kennen, hat Godela Orff geschildert, wie ihr Vater Menschen "benützte, täuschte und wegwarf"¹⁷³. Das mag hart klingen, aber die Neigung, seine Schäfchen auf Kosten anderer ins trockene zu bringen und – wieder auf Kosten anderer – drohenden Gefahren, etwa von seiten der Nationalsozialisten, auszuweichen, hat Orff an ihr wie an niemand anderem demonstriert. Ihrer Erinnerung zufolge hat Orff sie vernachlässigt; seine zahlreichen jungen Freundinnen konnten die Mutter nie ersetzen¹⁷⁴. Godela Orff beschreibt außerdem mindestens einen eklatanten Fall, in dem ihr Vater sie, die in der Schweiz erzogene Tochter, wegen ihrer Unkenntnis über das Dritte Reich öffentlich bloßstellte, um selbst bei den Behörden nicht anzuecken¹⁷⁵. Noch 1943, als Godela sich innerlich längst von ihm abgewandt hatte, sprach Orff zu anderen von dem "besonders guten Einvernehmen zwischen Vater und Tochter". In Wahrheit wollte er aber damals die junge Ehe seiner Tochter zerstören, weil er ihre Karriere als Schauspielerin auch für seine Zwecke als wichtiger ansah¹⁷⁶. 1947



^{169 &}quot;Carl Orff Brief an Kurt Huber", 19.1. 1946, in: OZM, AK. Allerdings fanden zur gleichen Zeit Besprechungen mit Clara Huber wegen eines Gedenkbandes für Huber statt. Orffs Brief erschien später in: Clara Huber (Hrsg.), Kurt Huber zum Gedächtnis. Bildnis eines Menschen, Denkers und Forschers, Regensburg 1947, S. 166 ff. Siehe auch Eintragungen vom 18., 21. und 26.1. 1946, in: OZM, Tagebücher G. Orff.

¹⁷⁰ Jenkins im Brief an Verfasser, Hillsdale, N.Y., 14.11. 1993: "I remember only there was a cloud over our relationship at the end." Jenkins verließ OMGUS im Juli 1947, um in die Vereinigten Staaten zurückzukehren.

¹⁷¹ Orff an "Lieber Freund", 17.6. 1947, in: OZM, AK.

¹⁷² Orff an Meyer, 26. 9. 1948, in: OZM, AK.

¹⁷³ Godela Orff, Vater, S. 55.

Ebenda, passim. Dazu der bezeichnende Satz aus dem Brief des Godela Orff behandelnden Arztes, die (damals in Interlaken wohnende) Tochter sei "psychisch labil" und bedürfe "einer mütterlichen Freundin" (Privatklinik Dr. Müller an Orff, 16. 8. 1935, in: OZM, AK). Ferner die Bemerkung Heinrich Sutermeisters (an Orff, 27. 9. 1935, in: OZM, AK), nach einem Ausspruch des Komponisten würden im Falle seines Todes zehntausend Jungfrauen an seinem Grabe trauern.

¹⁷³ Godela Orff, Vater, S. 39 f.

¹⁷⁶ Zitat Orff an Dr. med. Weidner, 17.11. 1943, in: OZM, AK. Dazu Godela Orff, Vater, S. 32, 54, 62, 70.

aber, als Godela Orff die Hauptrolle in der Premiere der Bernauerin in Stuttgart spielte, ein Stück, das Orff ursprünglich für sie geschrieben hatte, blieb er der Vorstellung fern, da er mit der Inszenierung des Werkes wieder einmal nicht einverstanden war¹⁷⁷.

Es gibt ein, zwei triftige Gründe für den Opportunismus, der charakteristisch ist für Orff, gerade auch im Dritten Reich. In erster Linie ist die chronische Geldnot zu nennen, die eine tiefsitzende Existenzangst verursachte, die sich erst mit Beginn seiner Erfolgssträhne und der Wiener Apanage ab 1941 zu legen begann. Bis dahin mußte ihm das Verlagshaus Schott ständig Vorschüsse gewähren; er war oft mit der Miete im Rückstand; einmal wurde seine Tochter Godela sogar vom Gerichtsvollzieher überrascht; und nach Kriegsbeginn lichtete sich die Reihe seiner Privatschüler¹⁷⁸. Orff hätte sich der wirtschaftlichen Misere durch die Annahme von Lehrangeboten von Hochschulen leicht entziehen können – nacheinander waren das Hoch'sche Konservatorium in Frankfurt (1936), die Musikhochschule Berlin (1938), das Salzburger Mozarteum (1938/39) und ein neues Landeskonservatorium in Hamburg (1941) im Gespräch. Aber Orff wollte seine Freiheit als Komponist nicht preisgeben, und außerdem hätte er es nie über sich gebracht, München dauerhaft zu verlassen¹⁷⁹.

Zum zweiten trieb Carl Orff das Wissen darüber um, daß er nach den NS-Rassegesetzen nicht rein arisch war; seine Großmutter väterlicherseits, Fanny Kraft (1833–1919), war Jüdin. Bereits ihre Eltern, Heinrich Kraft und Barbara Neustädtl, hatten sich katholisch taufen lassen, ein Umstand, der wahrscheinlich dazu beitrug, daß die nationalsozialistischen Behörden von diesem "dunklen" Punkt nie etwas erfuhren¹⁸⁰.

Gertrud Orff sagt heute, ihr Mann habe damals mit ihr darüber nicht gesprochen; sie habe die Einzelheiten erst später durch ihre Schwiegermutter Paula Orff erfahren¹⁸¹. Möglicherweise hat Orff die Sache mit sich selbst abgemacht. Nach einer Entscheidung Goebbels' vom November 1935 gehörten "Vierteljuden zu uns herüber", d. h. sie erhielten als vollwertige Mitglieder der Reichsmusikkammer kein Berufsoder Aufführungsverbot. Das war für Orff zwar tröstlich, aber nach 1933 muß er seine Herkunft mindestens einmal verleugnet haben, nämlich auf dem offiziellen Fragebogen der Reichsmusikkammer. Damit hatte er sich strafbar gemacht und also



Godela Orff führt die einsetzende Gefühlskälte ihres Vaters auf seine Heirat im Sommer 1939 mit Gertrud Willers zurück, die nicht sehr viel älter war als sie selbst. Zum Punkt Karriere noch Orff an Lenssen, 9.10. 1940, in: OZM, AK.

¹⁷⁷ Vgl. Orff in: Carl Orff und sein Werk, Bd. 6, Tutzing 1980, S. 11, 169 f. Dazu Stuckenschmidt, Zwiesprach, S. 298.

Orff an Hofmann, 3.9. 1933, in: Carl Orff – Michel Hofmann, S. 15; Ainmiller an Orff, 12.7. 1935, Orff an Finanzamt München-West, 14.11. 1935, Orff an Lenssen, 29. 10. 1939, in: OZM, AK; Orff an Strecker, 8.3. und 11.12. 1939, 21.8. 1940, 4.2. 1941, Strecker an Orff, 18.5. 1937, 23.8. 1938, 10.3. 1941, 18. 10. 1942, in: OZM, SK; Gertrud Orff im Gespräch mit Verfasser, 5. 8. 1992, Vgl. auch S. 4.

¹⁷⁹ Umfangreiche Korrespondenz über diese Stellenangebote befindet sich im OZM, AK.

¹⁸⁰ Ich verdanke diese Einzelheiten Ingrid Körner, München, die für die einschlägigen Recherchen verantwortlich ist. Siehe ihre Briefe an mich vom 6. 7. und 29. 9. 1993; ferner Helmut Drobnitsch, Die Familie des Komponisten Carl Orff (1895–1982), in: Blätter des Bayerischen Landesvereins für Familienkunde 52, 1989, S. 73–83.

¹⁸¹ Gertrud Orff an Verfasser, 7. 10, 1993.

Grund zur Sorge¹⁸². Daß "Mischlinge 2. Grades" ihre Werke nicht für Parteiorganisationen aufführen durften¹⁸³, wird Orff nicht gewußt haben; wäre seine Abstammung aber bekannt geworden, dann wären seine Ambitionen innerhalb der HJ illusorisch gewesen. Im übrigen mag Orff auch das Schicksal seines Berliner Kollegen Boris Blacher vor Augen gehabt haben, der als "Vierteljude" galt und deswegen öffentlich schikaniert wurde – unter anderen von Orffs unberechenbarem Gönner Stege¹⁸⁴. Weil er "Vierteljude" war, hat Blacher, anders als Orff, 1942 keinen Geldpreis vom Propagandaministerium erhalten; zwei Jahre später war seine Musik beim Rundfunk ausdrücklich nicht erwünscht¹⁸⁵. Und schließlich war Orffs Kontrahent Drewes ein berüchtigter Judenhasser; es läßt sich leicht ausmalen, was er mit Orff als Mischling 2. Grades angestellt hätte, wäre ihm dessen Familienchronik bekannt gewesen¹⁸⁶.

Einen Ausweg hätte Orff aus diesen Schwierigkeiten gehabt, und das war die Emigration. Einige seiner frühen Freunde waren diesen Weg gegangen, darunter die Juden Karl Salomon und Ernst Katz¹⁸⁷. Auch die Parallele mit seinem nichtjüdischen Kollegen Hindemith drängt sich auf. Dessen Musik war zwar nicht, wie die von Orff, so fest in bayerischer, zu Beginn des NS-Regimes, seit der Konzeption von *Mathis der Maler*, aber doch in deutscher Tradition verwurzelt. Andererseits war da seine halbjüdische Ehefrau, die ein Bleiben in Deutschland erschwerte. Außerdem war Hindemith schon sehr auslandserfahren, als er sich 1940 endgültig in den Vereinigten Staaten niederließ, vielleicht der wichtigste Punkt aber war: Hindemith mußte seit 1934 unter Bedingungen in Berlin leben, die ihn zum Weggang aus Deutschland geradezu zwangen¹⁸⁸. Bei Orff war der Fall anders; er lehnte deshalb nach der Sudetenkrise 1938 den Vorschlag seines Schülers Jenkins ab, gestützt auf dessen gute Beziehungen in Amerika ein neues Leben anzufangen. Die Hauptgründe, die Orff gegen



Diese (ausgefüllten) Fragebögen sind in Orffs Fall bisher nicht gefunden worden, weder im BDC, noch Kopien im OZM. Siehe zu diesem Komplex Kater, Different Drummers, S. 38-46; Steinweis, Art, S. 110-113, 116 f. Ferner Eintrag vom 15. 11. 1935 in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 2, S. 540 (Zitat); Wetzel, "Zum Recht der jüdischen Mischlinge nach dem Stande vom Mai 1938", in: BAK, R 56I/114; Amtliche Mitteilungen der Reichsmusikkammer, 14. 8. 1935 und 25. 5. 1937, in: BAK, RD 33/2-1; ebenda, 1. 2. und 15. 2. 1939, BAK, RD 33/2-2; Zeitschrift für Musik 108, 1941, S. 32. Zum Mitgliedszwang § 1, 1 in: "Amtliche Nachrichten der Reichsmusikkammer" (Dezember 1936), in: Das Deutsche Podium, 18. 12. 1936, S. 1.

¹⁸³ Sachse an Patakay, 1.2. 1945, in: BDC, RMK Hubert Patakay.

¹⁸⁴ Zeitschrift für Musik 107, 1940, S. 766; Musik im Kriege 1, 1943, S. 65; Stege zitiert in Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 127.

¹⁸⁵ Vgl. Anm. 130 und 131.

¹⁸⁶ Notiz Kurt Rovinski, 1.9. 1949, in: BDC, RMK Heinz Drewes.

Während Salomon nach Palästina ging, landete Katz nach KZ-Haft schließlich in den Vereinigten Staaten. Vgl. Salomon an Orff, 4.6. 1933, Katz an Orff, 28.4. 1973, in: OZM, AK.

¹⁸⁸ Zu Hindemith: Claudia Maurer Zenck, Zwischen Boykott und Anpassung an den Charakter der Zeit. Über die Schwierigkeiten eines deutschen Komponisten mit dem Dritten Reich, in: Hindemith-Jahrbuch 9, 1980, S. 65–129; Andres Briner u. a., Paul Hindemith. Leben und Werk in Bild und Text, Zürich/Mainz 1988, passim; Danuser, Musik, S. 209. Zum "Bayern" in Orff siehe Liess, Orff, S. 79; Thomas, Rad, S. 167–177; Godela Orff, Vater, S. 41; Gertrud Orff im Gespräch mit Verfasser, 5. 8. 1992.

Jenkins' Plan anführte, waren einleuchtend: daß er das Englische nicht beherrsche und sich in Amerika kaum jemand für seine "bayerischen" Werke würde begeistern können¹⁸⁹.

Wie auch immer, in letzter Instanz war die Musik das Medium, das Orffs Verhältnis zum Dritten Reich bestimmt hat, sowohl negativ als auch positiv. Hier ist festzuhalten, daß diese Musik nach 1933 eine logische Fortsetzung seines Schaffens vor Hitlers Machtantritt gewesen ist. Daraus muß gefolgert werden, daß er auch unter anderen staatlichen Umständen, etwa in einer demokratisch-republikanischen Ordnung, nicht anders komponiert hätte, als es zwischen 1933 und 1945 der Fall gewesen ist. Einer Sommernachtstraum -Neuvertonung hätte er sich dann, in einer nicht-antisemitischen Atmosphäre legitim, sehr viel leichteren Herzens und aus freien Stücken zuwenden können. Orff hat seinen Kompositionsstil also weder irgendwelchen NS-Vorgaben untergeordnet, noch hat er seine Werke jemals bewußt mit textlichen NS-Elementen versetzt; musikalische NS-Versatzstücke gab es letztlich ja ebensowenig wie es eine arische Mathematik oder jüdische Physik gegeben hat.

Dennoch stellt sich abschließend die Frage, warum Orff es im Dritten Reich ohne künstlerische Kompromisse so weit hat bringen können. Wieder denkt man unwillkürlich an den gleichaltrigen Hindemith. Gingen beide mit dem Ruf, ein musikalisches Enfant terrible (Hindemith gewiß das größere und penetrantere) zu sein, so war es doch Hindemiths, nicht Orffs Musik, das ab 1934 offizielles Mißfallen erregte und schließlich verboten wurde. Orffs Musik muß also irgend etwas angehaftet haben, was die Nationalsozialisten nicht nur gleichgültig ließ, sondern einige von ihnen, beispielsweise Schirach, ausgesprochen attraktiv fanden.

Zwei Faktoren waren es, die Orff im Dritten Reich so sehr begünstigten, daß er nach dem bald zu erwartenden Tod von Strauss und Pfitzner zum ersten Komponisten des Landes hätte aufsteigen können. Zum einen waren dies gewisse Aspekte seines Stils, die mit der nationalsozialistischen Musikästhetik zufällig harmonierten. Zum andern kam sein Schaffen in einer bestimmten Phase des Dritten Reiches den Neuerungsbestrebungen der Machthaber entgegen, die sich immer auch als Revolutionäre begriffen haben; das Kulturleben war davon nicht ausgeschlossen.

Die bis heute fast der Hagiographie verpflichtete Schule seiner Verehrer¹⁹⁰ hat geflissentlich versäumt, die Typologie der Orffschen Musik im Hinblick auf eine mögliche Konkordanz mit NS-Topoi zu analysieren. Das Wichtigste war hier, strukturell betrachtet, die konventionelle, simple diatonische Tonalität der Orffschen Kompositionen, die die Nationalsozialisten im Gegensatz zur "neuen atonalen rassefremden Musik" favorisierten; Hindemith hingegen hatte mit Atonalität, wenn auch nicht mit deren serieller Variante, schon früh experimentiert¹⁹¹. Ferner betonte Orff, gerade in

¹⁹¹ Zitat Amt für Konzertwesen, "Rundschreiben Nr. 3", Berlin, 1.8. 1938, in: StAM, Kulturamt/393.



¹⁸⁹ Laut Tonband-Interview mit Jenkins, Hillsdale, N. Y., 20. 3. 1993. Vgl. Orff an Strecker, 2. 8. 1938, in: OZM, SK.

¹⁹⁵ Genannt seien hier hauptsächlich Liess, Orff; Schmidt, Orff; Thomas, Rad, Trionfo und Carl Orff 1895–1982, in: Lothar Gall (Hrsg.), Die großen Deutschen unserer Epoche, Berlin 1985, S. 437–452.

Carmina Burana und Catulli Carmina, das Elementare, geradezu Primitive der musikalischen Formen, das sich dem Volkslied-Ideal der Nationalsozialisten graduell annäherte, einem Ideal, dem Orff persönlich nicht ferne stand¹⁹². Diese musikalischen Elemente wurden durch einen stark akzentuierten, häufig ostinaten Rhythmus gestützt, der an das Stakkato faschistischer Militärtrommeln oder den Gleichschritt von Marschstiefeln erinnern konnte, nicht jedoch an den oft polyrhythmischen Jazz, den Orff und die Nationalsozialisten gleichermaßen verwarfen. Weniger signifikant, aber immerhin der Erwähnung wert ist die ständige Wiederholung monorhythmischer Sequenzen, die im Prinzip der nationalsozialistischen Propaganda-Rhetorik ähnelte. Die Vorstellung, daß Kompositionen Orffs zur Untermalung einer solchen Propaganda-Sprache, vielleicht in der von Goebbels 1944 geforderten "Kampfmusik", hätten benutzt werden können, ist gewiß nicht ganz abwegig¹⁹³.

Obwohl aus einer anhaltenden parteiamtlichen Förderung des Schulwerks bis 1945 praktisch nichts wurde, läßt sich hier doch eine thematische Brücke von Orffs rhythmisch-musikalischer Pädagogik zu der von den Nationalsozialisten intensiv gepflegten "Rhythmischen Erziehung" schlagen. Der HJ-Musikreferent für Österreich Ludwig Kelbetz meinte 1939, in Orffs Rhythmik-Schulwerkheft finde man "reiche Anregung" für Lehrgänge¹⁹⁴. Im Herbst 1942 bereitete ein Frankfurter Verlag ein Musikunterrichtswerk für Lehrerbildungsanstalten vor, das Stücke aus dem Schulwerk enthalten sollte¹⁹⁵. Der Auftrag kam von Reichserziehungsminister Bernhard Rust, für den das Fach "Rhythmische Erziehung" 1944 eine so große Bedeutung gewann, daß er sich die Berufung von Lehrkräften an die entsprechenden Lehrerbildungsanstalten selbst vorbehielt¹⁹⁶.

¹⁹⁶ Helmut Brenner, Musik als Waffe? Theorie und Praxis der politischen Musikverwendung, dargestellt am Beispiel der Steiermark 1938–1945, Graz 1992, S. 167.



Charakterisierungen siehe: Reusch an Bergese, 5. 11. 1933, in: OZM, AK; Orff an Strecker, 8. 11. 1938, Schott-Verlag, "Orientierung über Carl Orff", [Mai 1941], in: OZM, SK; Twittenhoff, Orff-Schulwerk, S. 6; Werner Oehlmann, Oper 1940, in: Das Reich, 18. 8. 1940; Fritz Stege in: Zeitschrift für Musik 109, 1942, S. 64; Liess, Orff, S. 35, 38 f., 43 f., 50; Ulrich Dibelius, Moderne Musik 1945–1965. Voraussetzungen, Verlauf, Material, München 1966, S. 80 f. Dazu Orff an Willms, 7. 2. 1934, in: OZM, SK; ferner den Aufsatz des Nationalsozialisten und Orff-Freundes Georg Götsch, Musische Erziehung, eine deutsche Aufgabe, in: Völkische Musikerziehung 2, 1936, S. 5–11, insbes. S. 6, und des NS-Musikologen Friedrich Welter in: Musikgeschichte im Umriß. Vom Urbeginn bis zur Gegenwart, Leipzig, [1939], S. 336. Zu Schulwerk und Volkslied, siehe Orff an Willms, 1. 3. 1934, in: OZM, SK.

¹⁹³ Vgl. Nicolas Slonimsky, Music Since 1900, New York ⁴1971, S. 647 [¹1937]; Programm, Stadt Bielefeld, "Sinfonie-Konzerte Konzertjahr 1940/41", in: NWM, F68 Pfitzner/67; Fritz Chlodwig Lange in: Hellmuth von Hase (Hrsg.), Jahrbuch der deutschen Musik 1943, Leipzig/Berlin [1943], S. 92; Ruppel, "Carl Orff und das Theater", [1947], in: OZM, AK; Liess, Orff, S. 38 f.; Dibelius, Musik, S. 81 f., 84. Zu Orffs Ablehnung des Jazz, siehe: Orff an Fleischer, 21. 9. 1933, in: OZM, AK; Twittenhoff, Orff-Schulwerk, S. 18; Eintrag vom 15. 10. 1947, in: OZM, Tagebücher G. Orff.

Ludwig Kelbetz, Aufbau einer Musikschule, Wolfenbüttel/Berlin²1939, S. 16. Dazu auch die positive Einschätzung des Schulwerks durch Welter in Musikgeschichte, S. 309.

¹⁹⁵ Schott's Söhne an Orff, 14.9. 1942, in: OZM, SK. Siehe auch Ludwig Kelbetz, Zur Neugestaltung der deutschen Hochschulen für Musik, Wolfenbüttel/Berlin 1941, S. 17 (Erwähnung des Orff-Schülers Twittenhoff).

Zur Aufrechterhaltung ihrer Macht bedienten sich die Nationalsozialisten groß angelegter Inszenierungen, und zwar im positiven Sinne zur Mobilisierung der Massen oder im negativen zur Ablenkung von einer schmerzhaften Realität¹⁹⁷. Auch hier konnte Orff eingepaßt werden: Seine Opern- oder Kantatenlibretti hätten dem letztgenannten Zweck gedient; sie waren oft unproblematische Fabeln oder Märchen (mit Ausnahme der riskanten Stellen in der Klugen) und konnten so, wie die Filme mit Zarah Leander, über den zunehmend unerträglichen Alltag im Dritten Reich hinwegtäuschen. In diesem Zusammenhang sei auch auf Egks Oper Die Zaubergeige (1935) oder die "Märchenoper" Dornröschen von Cesar Bresgen (1942) verwiesen, eines jüngeren, stark von Orff beeinflußten Komponisten, der in Salzburg als Musikerzieher für die Hitler-Jugend wirkte¹⁹⁸. Orffs Märchen und seine Neigung zum Mythischen hatten aber noch eine andere Seite. Sie stießen bei NS-Führern auf Resonanz, die um eine eigene "germanische" Mythenbildung besorgt waren; man denke hier nur an Heinrich Himmlers Interesse an der Sagen-Insel Atlantis¹⁹⁹. Orffs Idee vom "Musik-Theater", das Theatralische seiner Inszenierungen schlechthin, bei denen im Idealfall große Orchester und Chöre mitwirkten, konnte im Zusammenhang mit der primitivorganizistischen Struktur seiner Musik Visionen von einem NS-Thingstättenkult heraufbeschwören; ja eine von ihm komponierte Musik hätte, ebenso wie in die Olympiade 1936, gerade wegen ihres nicht-christlichen Charakters auch in den Rahmen einer Thingstätten- oder anderen NS-Feierveranstaltung gepaßt²⁰⁰.

Daß die Nationalsozialisten, über den Kanon der von ihnen gepflegten konventionellen Musik hinaus – Verdi und Beethoven, Puccini und Wagner²⁰¹ –, eine "neue" deutsche Musik schaffen wollten, und zwar von verläßlichen Volksgenossen komponiert, wurde spätestens während der Düsseldorfer Reichsmusiktage 1938 offensichtlich, die die hergebrachten Tonkünstlerfeste des Allgemeinen Deutschen Musikvereins ablösten. Die Nationalsozialisten wandelten bei diesem Versuch auf schmalem Grat,

Vgl. Carl Dahlhaus, Politische Implikationen der Operndramaturgie. Zu einigen deutschen Opern der Dreißiger Jahre, in: Bericht über den Internationalen Musikwissenschaftlichen Kongreß Bayreuth 1981, S. 148–153, hier S. 149; Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, München/Wien ²1992, S. 321; Franz-Heinz Köhler, Die Struktur der Spielpläne deutschsprachiger Opernbühnen von 1896 bis 1966, o. O., o. J., S. 38.



¹⁹⁷ Vgl. Karlheinz Schmeer, Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich, München 1956, S. 130– 133.

¹⁹⁸ Zeitschrift für Musik 109, 1942, S. 227.

Siehe dazu Doflein an Orff, 21.9. 1937, Orff an Deharde, 13.12. 1942, in: OZM, AK; Fritz Chlodwig Lange in: Jahrbuch der deutschen Musik 1943, S. 92; Liess, Orff, S. 32; Walter Diekermann, Musikpflege in der völkischen Schule, Leipzig 1936, S. 7-24; Michael H. Kater, Das "Ahnenerbe" der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1974, S. 51, 71.

Strecker an Orff, 14.12. 1938, in: OZM, SK; Orff an Knab, 9.4. 1939, Orff an Aulich, 27.1. 1943, Orff an Krause, 20. 12. 1946, in: OZM, AK; Wilhelm Ehmann, Musikalische Feiergestaltung. Ein Werkweiser guter Musik für die natürlichen und politischen Feste des Jahres, Hamburg 1938, S. 10 (Erwähnung Twittenhoffs); Dibelius, Musik, S. 82. Vgl. dazu auch Klaus Vondung, Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus, Göttingen 1971, S. 70–74; Wulf Konold, Kantaten, Fest- und Feiermusiken, in: Heister/Klein, Musik, S. 163–171.

denn einerseits mußten sie sich weit genug von der "Entarteten Musik" distanzieren, also der bis dahin akzeptierten Moderne, die sie, bezeichnenderweise im Rahmen just jener Musiktage, in der von Hans Severus Ziegler organisierten Ausstellung gleichen Namens anprangerten²⁰². Andererseits mußten sie Komponisten für sich gewinnen, die "zeitgenössisch", aber doch nicht "modern" im verpönten Sinne waren, wie Heinz Drewes das 1940 einmal formulierte²⁰³. Das war der tiefere Grund, warum Werner Egk, dessen Oper Peer Gynt Hitler gefiel und der auf den Musiktagen 1939 von Goebbels einen speziellen Kompositionsauftrag erhalten hatte²⁰⁴, ab Mitte 1941 zum Leiter der Fachschaft Komponisten in der Reichsmusikkammer avancierte: bei ihm meinte man die Gewähr dafür zu haben, daß er tonal und deutsch, nicht atonal und "fremdrassig" empfindende Künstler fördern würde, denen man auch im internationalen Rahmen das Etikett "modern" abnehmen würde. Egk verstand sein Mandat genau in diesem Sinne²⁰⁵ und Carl Orff, über den Egk fortan seine schützende Hand hielt, war der optimale Zukunftskandidat. Wie sein Schüler Egk, konnte auch er Neues vorweisen, das aber nicht an die Tradition der von den Nationalsozialisten verabscheuten Moderne der zwanziger Jahre anknüpfte; darüber hinaus besaß er zumindest in Europa internationales Renommee²⁰⁶. Heutigen Kritikern erscheint Orffs Werk deshalb auch als das äußerste an Modernität, das die Musik im Dritten Reich hervorgebracht hat, mit allen hier erwähnten Einschränkungen²⁰⁷. Es ist Orffs historisches Verdienst, mit Werken wie Carmina Burana eine Musik von unbestrittener Eigenständigkeit und mit dem Schulwerk ein pädagogisches Instrumentarium mit universeller Verwendbarkeit geschaffen zu haben. Tragisch aber war für ihn, daß er sich innerhalb der politischen Rahmenbedingungen des Dritten Reiches etablieren mußte, die er ablehnte, die aber doch sein menschliches Verhalten im privaten und sozialen Bereich zum Negativen geprägt haben.

Gerald Abraham trifft mit seinem Urteil über Orff den Nagel auf den Kopf: "The only kind of modernism acceptable in the Third Reich was the rhythmically hypnotic, totally diatonic neo-primitivism of Orff's scenic cantatas Carmina Burana (1937) und Catulli Carmina (1943) and his opera Die Kluge", in: Abraham, The Concise Oxford History of Music, Oxford/New York 1986, S. 840.



²⁰² Hans Severus Ziegler, Entartete Musik. Eine Abrechnung, Düsseldorf [1938]; ders., Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt, Göttingen ³1965, S. 242–245. Dazu Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 276–281.

²⁰³ So Drewes in: "Die kulturpolitische Kundgebung", in: Mitteilungen der Fachschaft Komponisten in der Reichsmusikkammer, November 1940, in: NWM, F68 Pfitzner/40.

Neues Musikblatt, Nr. 45, Juni/Juli 1939, S. 4; Prieberg, Musik im NS-Staat, S. 272.

Werner Egk, Musik als Ausdruck ihrer Zeit, in: Alfred Morgenroth (Hrsg.), Von deutscher Tonkunst. Festschrift zu Peter Raabes 70. Geburtstag, Leipzig 1942, S. 23–28, insbes. S. 25 ff. Dazu auch Egk [an Goebbels], [Ende 1941], in: BDC, RMK Werner Egk.

Hierzu treffend Schott-Verlag, "Orientierung über Carl Orff", [Mai 1941], in: OZM, SK; und Schuh an Orff, [Poststempel 14.8. 1941], in: OZM, AK.

JÜRGEN PAGEL

SOUVERÄNITÄT ODER BEVORMUNDUNG? DIE BALTISCHEN STAATEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND, POLEN UND DER SOWJETUNION 1933/34

1. Die baltischen Staaten als deutsch-russisch-polnische Interessenssphäre

Die baltischen Staaten verdankten ihre Unabhängigkeit im Jahre 1918 in erster Linie einer für sie damals einmaligen günstigen außenpolitischen Konstellation, nämlich dem gleichzeitigen Zusammenbruch der um den Besitz dieser Gebiete streitenden Mächte, Deutschlands und Rußlands¹. Das neue Deutschland, die Weimarer Republik, konnte wegen seiner innen- wie außenpolitischen Schwäche nicht daran denken, alte deutsche Ansprüche auf das Baltikum aufrechtzuerhalten. Das wiedererstandene Polen hingegen sah zumindest Litauen als Teil einer künftigen Föderation unter polnischer Führung, die nach jagiellonischem Vorbild einen starken Staatenbund und damit ein Gegengewicht gegen Rußland und Deutschland bilden sollte². Für das junge Sowjetrußland stellte die Rückeroberung des Baltikums einen festen Programmpunkt seiner weltrevolutionären Pläne dar. Über Pleskau und Wilna sollte der Anschluß an die deutsche Revolution hergestellt werden³.

Daß diese Pläne zunächst scheiterten, lag nicht zuletzt auch am enormen Widerstandswillen der baltischen Völker. In den Friedensverträgen von 1920 mußte Sowjetrußland die Souveränität der baltischen Staaten anerkennen⁴, und auch Polen konnte

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
Vieritslahrshefte für
Zeitgeschichte

¹ Vgl. Hans von Rimscha, Die Baltikumpolitik der Großmächte, in: Historische Zeitschrift 177 (1954), S. 282. Zur Entstehung der baltischen Staaten vgl. Jürgen von Hehn, Die Entstehung der Staaten Lettland und Estland, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, Bd. 4, Berlin 1956; Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart 1970; Petras Klimas, Der Werdegang des litauischen Staates, Berlin 1919; Constantine Rudaminas Jürgela, History of the Lithuanian Nation, New York 1948; Manfred Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens, Darmstadt 1966.

Der Verfasser stützt sich bei den vorliegenden Ausführungen auf eingehende Studien im Archiwum Akt Nowych (AAN) in Warschau sowie im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA.AA) in Bonn. Die sowjetischen Quellen entstammen der offiziellen sowjetischen Dokumentensammlung Dokumenty vnešnej politiki SSSR (DVP), Moskau 1953–1977.

² Vgl. Aleksy Deruga, Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy 1918–1919, Warschau 1969; Józef Lewandowski, Federalizm. Litwa i Białoruś w polityce obozu belwederskiego, Warschau 1962; Karol Grünberg, Polskie koncepcje federalistyczne 1864–1918, Warschau 1971.

³ Vgl. von Rauch, Geschichte, S. 52.

⁴ Ebenda, S. 66 ff.

durch die gewaltsame Besetzung des Wilna-Gebietes im Oktober 1920 lediglich einen Teilerfolg erzielen⁵.

Moskau aber gab seine Ansprüche auf die Beherrschung dieses Raumes nicht auf, wie der Putsch der Kommunisten in Tallinn vom Dezember 1924, der bei einem Gelingen mit Sicherheit auch Lettland erfaßt hätte, und die Aufdeckung einer kommunistischen Verschwörung in Kaunas im Januar 1928 zeigten⁶.

Außenpolitisch war die Sowjetunion zunächst bemüht, eine antisowjetische Blockbildung unter Einschluß der baltischen Staaten zu verhindern. Gegner war dabei vor allem Polen, das sich als natürlichen Verbündeten der baltischen Staaten betrachtete und daher von Anfang an bestrebt war, das Baltikum in eigene außenpolitische Konzeptionen einzubeziehen⁷. Der polnisch-litauische Streit um Wilna verhinderte jedoch, daß sich der polnische Einfluß in den übrigen baltischen Staaten entfalten konnte. Sowjetrußland unterstützte daher im polnisch-litauischen Streit von Anfang an die litauische Position. Moskau lag an einer Entspannung im litauisch-polnischen Verhältnis, allerdings nur insoweit, daß offene Konflikte vermieden wurden und es nicht zu einer engeren polnisch-litauischen Zusammenarbeit kam; polnische Einflüsse in Litauen und damit auch in den übrigen baltischen Staaten sollten so gering wie nur möglich gehalten werden⁸.

Die autoritären Staatsstreiche 1926 in Polen und Litauen? ließen auf sowjetischer Seite die Befürchtungen aufkommen, Piłsudski, der neue starke Mann in Warschau, könnte den polnisch-litauischen Streit um Wilna nach dem Vorbild des Żeligowski-Handstreiches von 1920 aus der Welt schaffen – umso mehr als das neue nationalistische Regime in Kaunas entschlossen schien, den Konfrontationskurs gegenüber Polen zu verschärfen. Die Sowjetunion aber war an einer Verschärfung des polnisch-litauischen Streites oder gar an einer militärischen Eskalation nicht interessiert; eine solche hätte die völlige Unterwerfung Litauens durch Polen zur Folge haben, Litauen zu einem polnischen Satelliten machen und damit dem polnischen Einfluß im Baltikum Tor und Tür öffnen können. Außerdem drohte bei einer polnischlitauischen Auseinandersetzung die Gefahr, daß Deutschland sich einschalten und seine Ansprüche auf das Memelland bekräftigen könnte, was wiederum im Widerspruch zu den eigenen sowjetischen Interessen stand, zumindest dann, wenn das

⁹ 12.-14.5. 1926 in Warschau durch Pilsudski und ihm ergebenen Truppenteilen, vgl. Hans Roos, Geschichte der polnischen Nation, Stuttgart ⁴1986, S. 111ff.; 16.-17.12. 1926 in Kaunas ebenfalls mit Hilfe des Militärs, vgl. von Rauch, Geschichte, S. 106 f.



⁵ Auf Befehl Piłsudskis hatte General Żeligowski am 9. 10. 1920 Wilna besetzt und Stadt und Umland zu einem unabhängigen "Mittellitauen" proklamiert. Nach einer kurzen Anstandsfrist wurden Wilna und Wilna-Gebiet im Februar 1922 Polen angegliedert. Zu den polnisch-litauischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit vgl. Isabel Röskau-Rydel, Polnisch-litauische Beziehungen 1919–1939, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 1987/4, S. 556 ff.

Vgl. von Rauch, Geschichte, S. 99ff.

⁷ Vgl. Kai von Jena, Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980, S. 48ff.

⁸ Vgl. Jürgen Pagel, Der polnisch-litauische Streit um Wilna und die Haltung der Sowjetunion 1918–1938, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 1992, S.41 ff.

deutsche Vorgehen nicht mit der Sowjetunion abgestimmt war¹⁰. Die Sowjetunion empfahl daher Litauen, den Kriegszustand mit Polen für beendet zu erklären, was eine Stärkung Litauens gegenüber Polen bedeuten würde, ohne dabei auf eigene Positionen in der Wilna-Frage verzichten zu müssen¹¹. Dabei machte man Litauen sogar Hoffnungen, seine Träume vielleicht in Zukunft realisieren zu können; im Augenblick sehe man "wegen der ungünstigen internationalen Lage zur Lösung territorialer Fragen" aber keine Möglichkeit dazu¹².

Um Litauen und damit den übrigen baltischen Raum vor Überraschungen zu sichern, schlug der stellvertretende sowjetische Außenkommissar Litvinov im Dezember 1928 Polen und Litauen die Unterzeichnung eines gemeinsamen Protokolls vor, nach dessen Ratifizierung der Kellogg-Pakt für Polen, Litauen und die Sowjetunion sofort in Kraft treten würde¹³. Litvinovs Eintreten für ein "sowjetisch-polnisch-litauisches" Protokoll14 machte ganz deutlich, daß die Sowjetunion damit vor allem zur Entkrampfung im polnisch-litauischen Verhältnis beitragen wollte. Erst nach der Unterzeichnung durch diese drei Staaten sollten sich auch andere Staaten dem Protokoll anschließen können¹⁵. Polen gelang es jedoch, die Sowjetunion davon zu überzeugen, auch die übrigen Nachbarstaaten der Sowjetunion zur Unterzeichnung des "Litvinov-Protokolls" am 9. Februar 1929 nach Moskau einzuladen, auch wenn Estland und Lettland sich dem sowietischen Vorschlag zunächst sehr zurückhaltend, ja mißtrauisch gegenüber verhalten hatten und ihre endgültige Zustimmung buchstäblich bis zur letzten Minute hinauszögerten¹⁶. Litauen trat dem Protokoll erst am 5. April 1929 bei¹⁷, obwohl es nach sowjetischer Auffassung der "Hauptzweck" des Litvinov-Protokolls gewesen war, Litauen zu schützen¹⁸. Litvinov selbst erklärte dem deutschen Botschafter in Moskau mit Nachdruck, daß ein "wesentliches Moment" für die sowjetische Initiative "die Sorge um die Abhängigkeit Litauens" gewesen sei¹⁹.

Anfang Mai 1929 erkundete Litvinov Möglichkeiten einer russisch-deutschen Zusammenarbeit in Litauen: "Litauen brauche die Garantie für die Sicherheit seiner Grenzen durch die beiden großen Nachbarländer, weil es jederzeit mit einem polnischen Angriff rechnen müsse." ²⁰ Bei seinem Vorstoß in Berlin muß sich Litvinov darüber im klaren gewesen sein, daß für Deutschland, das wegen des Memellandes eine Revision sein



¹⁰ Zur deutsch-litauischen Auseinandersetzung um das Memelland vgl. Ernst-Albrecht Plieg, Das Memelland 1920–1939, Würzburg 1962.

¹¹ DVP X, Nr. 264, S. 262 f.

¹² DVP XI, Nr.7, S.16f.; vgl. ebenda, Anm.5, S.694.

¹³ Ebenda, Nr. 388, S. 633 f.

¹⁴ DVP XII, Nr. 1, S. 10.

¹⁵ Ebenda, S. 9; ebenda, Nr. 28, S. 51.

¹⁶ Vgl. Stanisław Łopatniuk (Hrsg.), Protokół Moskiewski, in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich IV (1969), Nr. 8, S. 186£; ebenda, Nr. 11, S. 190.

¹⁷ DVP XII, Nr. 63, S. 105.

¹⁸ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B (1925–1933), Bd. XI (ADAP B XI), Nr. 2, S. 2.

¹⁹ Ebenda, Anm. 4, S. 3.

²⁰ Ebenda, Nr. 228, S. 519.

ner Grenzen mit Litauen anstrebte, eine Garantie für die territoriale Integrität Litauens nicht in Frage kam. Nicht ausgeschlossen scheint daher zu sein, daß Litvinov eine gemeinsame russisch-deutsche Politik im Baltikum anstrebte, die letztlich, wie sich beim Garantieangebot für die baltischen Staaten 1933/34 an Polen und danach an Deutschland deutlich zeigte, eine solche Revision der Grenzen erst ermöglichen sollte²¹.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann gab in seiner Antwort auf Litvinovs Vorstoß offen zu, daß ihm eine "militärische Garantie von Deutschland für die litauische Integrität vollkommen ausgeschlossen erscheine". Stresemann sah darüber hinaus keine Gefahr für diese Integrität und daher auch "gar keine Notwendigkeit", diese zu garantieren²².

Nach der deutschen Absage entschloß man sich in Moskau, die Beziehungen zu den Randstaaten sowie zu Polen auf der Grundlage des Litvinov-Protokolls auszubauen. Ende November 1930 unterbreitete die sowjetische Regierung Polen den Vorschlag, die Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffs- und Handelsvertrages wieder aufzunehmen²³. Polen nahm das Angebot "im Prinzip" an, wollte aber selbstverständlich nach dem Vorbild des Litvinov-Protokolls "sowohl den baltischen Staaten als auch Rumänien die Möglichkeit sichern, einer identischen Vereinbarung gleichzeitig beizutreten"24. Die Sowjetunion aber war dazu auf keinen Fall bereit. Sie verstand es geschickt, getrennte Gespräche mit Finnland, Estland und Lettland zu führen und damit die polnische Seite vor vollendete Tatsachen zu stellen. Polen mußte seinen Standpunkt hinsichtlich des "baltischen Postulats" endgültig aufgeben, nachdem der finnisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag am 21. Januar 1932 unterzeichnet worden war²⁵. Finnland hatte wieder einmal die Nichtexistenz eines sog. "baltischen Blocks" verdeutlicht und damit auch polnische Ansprüche als unrealistisch entlarvt. Nach der Paraphierung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 25. Januar 1932 konnte Polen nur noch darauf verweisen, daß es den polnisch-sowjetischen Vertrag nicht unterzeichnen werde, solange die Nichtangriffsverträge der Sowjetunion mit Estland und Lettland nicht ratifiziert und der rumänisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag nicht unterschrieben seien²⁶. Nachdem allerdings die Verträge der Sowjetunion mit Lettland am 5. Februar und mit Estland am 4. Mai 1932 unter Dach und Fach waren²⁷ und bereits absehbar war, daß ein ru-

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
vieritzuahrsnerre für
Zeitgelchichte

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

²¹ Bereits im Jahre 1925 war in deutsch-russischen Gesprächen über die baltischen Staaten deutlich geworden, daß für Deutschland eine Garantie des litauischen Besitzstandes nicht in Frage kam. In Berlin zweifelte man damals ebenfalls an der sowjetischen Bereitschaft zu einer "einwandfreien Garantie" für die Randstaaten. Vgl. dazu Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971, S. 98 ff.

²² ADAP B XI, Nr. 228, \$. 519.

²³ Vgl. Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich (Dokumenty i materiały), Bd. V, Warschau 1966, Nr. 282, S. 525.

²⁴ Ebenda.

²⁵ DVP XV, Nr. 32, S. 45 ff.

²⁶ Ebenda, Nr. 95, S. 104f.

²⁷ Ebenda, Nr. 67, S. 83 ff. bzw. Nr. 201, S. 296 ff.

mänisch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag gar nicht zustande kommen würde, wurde der polnisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag am 25. Juli 1932 in Moskau unterzeichnet²⁸.

Damit hatte sich die Sowjetunion mit ihrem Standpunkt durchgesetzt, nur bilaterale Verträge mit ihren Nachbarn zu schließen. Der polnische Standpunkt, daß die baltischen Staaten nur gemeinsam mit Polen Nichtangriffsverträge mit der Sowjetunion abschließen sollten, hatte sich nicht durchgesetzt, und das war angesichts der sich bereits abzeichnenden Gefahren mit Sicherheit eine Niederlage²⁹. Die Sowjetunion dagegen konnte mit den Nichtangriffsverträgen nach außen hin ihre friedlichen Absichten gegenüber ihren Nachbarn demonstrieren.

Die nationalsozialistische Machtergreifung und der "neue Kurs" Hitlers gegenüber Polen³⁰ erschütterten das bisherige System der sowjetischen Außenpolitik tief. Einer der Grundpfeiler dieser Politik, die deutsch-polnische Gegnerschaft, war eingestürzt, die baltischen Staaten insgesamt Ziel deutscher Ansprüche geworden³¹. Litvinov wies Ende Dezember 1933 in einer Rede vor dem Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR auf diese in Hitlers "Mein Kampf" formulierten Ansprüche hin. Er sorgte sich um die "volle wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit" sowie die innenpolitische Entwicklung der baltischen Staaten, "die zum Verlust oder zur Schwächung der Unabhängigkeit führen" könne³².

Unmittelbare Gefahren für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten ergaben sich aus sowjetischer Sicht aus den laufenden deutsch-polnischen Gesprächen. Im Zusammenhang damit war in der Öffentlichkeit ohnehin von "Tausch" und "Kompensation" für den sog. "Korridor" die Rede gewesen. Als Tausch- bzw. Kompensationsobjekt waren immer wieder die Ukraine und Litauen genannt worden³³. Wenn die baltischen Staaten schon Objekt der Politik sein sollten, so wollte die sowjetische Regierung dem nicht tatenlos zusehen, sondern Subjekt dieser Politik sein; wobei sie zunächst in Polen einen Partner dafür erblickte.

Jahrgang 43 (1995), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



²⁸ Vgl. Marian Leczyk, Polityka II Rzeczypospolitej wobec ZSRR w latach 1925–1934, Warschau 1976; Stanisław Gregorowicz, Polsko-radzieckie stosunki polityczne w latach 1932–1935, Breslau 1985; Irina V. Michutina, Sovetsko-pol'skie otnośenija 1931–1935, Moskau 1977.

²⁹ Vgl. auch Leczyk, Polityka II Rzeczypospolitej, S. 302.

³⁰ Vgl. Marian Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938, Posen ²1980; Hans Roos, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939, Tübingen ²1965, S. 85 ff. Zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen dieser Zeit vgl. Dean Scott Mcmurry, Deutschland und die Sowjetunion 1933–1936, Köln/Wicn 1976.

³¹ Vgl. Rimscha, Die Baltikumspolitik der Großmächte, S. 286.

³² DVP XVI,S.789ff.

³³ DVP, Nr. 114, S. 226; ADAP C II, Nr. 104, S. 179; DVP XVI, S. 842, Anm. 152; ebenda, Nr. 186, S. 356. Zu den Gerüchten über eine "Verschiebung des Korridors" vgl. vor allem Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie, S. 34, Anm. 4; S. 37, Anm. 13; S. 49f., Anm. 61 f.

2. Die polnisch-sowjetischen "Deklarations"-Gespräche

Die Gelegenheit, mit Polen inoffiziell über baltische Fragen ins Gespräch zu kommen, ergab sich anläßlich des Besuchs des außenpolitischen Redakteurs der Izvestija, Karl Radek, in Polen im Juli 1933. Radek, von Herkunft und Bildung her Spezialist für deutsche und polnische Angelegenheiten, schien für diese Aufgabe geradezu prädestiniert zu sein³⁴. Während seines zweiwöchigen Aufenthaltes in Polen besuchte er nicht nur Warschau und Krakau, sondern stattete auch Schlesien, Posen und Pomerellen, dem "Korridor" also, den Berlin angeblich zu "verschieben" wünschte, einen Besuch ab. Dies war eine gegen Deutschland gerichtete politische Demonstration, die in Polen entsprechend Eindruck machen sollte³⁵.

In seinen Gesprächen bot Radek Polen eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf militärischem Gebiet an, die nach seinen Worten auch zu einem militärischen Bündnis führen könnte. Die Sowjetunion könnte sich verpflichten, im gegebenen Moment Kriegsmaterial zu liefern. Von Vorteil wäre außerdem eine Konzentration sowjetischer Truppen im Nordwesten, um Ostpreußen in Schach zu halten. Über Details könnten sich die beiden Generalstäbe verständigen³⁶. Nach dieser Einleitung kam Radek auf die baltischen Staaten zu sprechen, deren Unabhängigkeit durch Deutschland bedroht sei. Polen und die Sowjetunion sollten daher einen Vertrag abschließen, in dem deren Unabhängigkeit garantiert würde³⁷.

In Warschau ging man auf Radeks Vorschlag nicht weiter ein, weil man dahinter die Absicht der Sowjetunion vermutete, die baltischen Staaten als sowjetische "Einflußsphäre" bzw. "Interessenssphäre" zu deklarieren und sich dies auch noch von Polen anerkennen zu lassen¹⁸.

Trotzdem kam der polnische Außenminister Józef Beck in der zweiten Novemberhälfte 1933 in einem Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten in Warschau, Vladimir A. Antonov-Ovseenko, um das er selbst gebeten hatte, auf Radeks Besuch in Polen und auf die baltischen Staaten zurück³⁹. Auf die von Radek vorgeschlagene Zusammenarbeit eingehend, sagte Beck, daß man diese im Auge behalten und dann rea-

³⁹ Das Gespräch fand am 23.11. 1933 statt. Der Bericht des sowjetischen Gesandten Antonov-Ovseenko wurde am 1.12. 1933 abgefaßt, DVP XVI, Nr. 398, S. 697 ff.; Dokumenty i materiały VI, Nr. 81, S. 132 ff.



³⁴ Radek wurde 1885 in Lemberg geboren, besuchte das Liceum in Tarnów. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges in der polnischen, russischen und deutschen Sozialdemokratie tätig, sprach er besser polnisch und deutsch als russisch. 1937 wurde er ein Opfer der stalinistischen Säuberungen.

³⁵ Vgl. dazu Gregorowicz, Polsko-radzieckie stosunki polityczne, S. 95, Anm. 62 sowie den Bericht des polnischen Gesandten in Moskau, Juliusz Łukasiewicz, vom 4.2. 1934, AAN, MSZ 6764.

³⁶ Vgl. Bogusław Miedziński, Pakty wilanowskie, in: Kultura (Paris) 1963/7–8, S.119. Die Gespräche fanden im Park von Wilańow in Warschau statt. Sie werden ausführlich zitiert bei Gregorowicz, Polsko-radzieckie stosunki polityczne, S. 95 ff.

³⁷ Józef Beck, Dernier Rapport, Neuchâtel 1951, S.36; ders., Ostatni raport, Warschau 1987, S.51. Vgl. auch Andrzej Skrzypek, Strategia pokoju, Warschau 1979, S.76f.

³⁸ Beck, Dernier Rapport, S. 36; ders., Ostatni raport, S. 51.

lisieren sollte, wenn die Zeit dazu reif sei. Danach kam Beck auf die baltischen Staaten zu sprechen. Auf der Landkarte Europas, so begann Beck seinen Gedankengang, gebe es eine "Schwachstelle", und das seien die baltischen Staaten. Polen und die Sowjetunion seien gleichermaßen an einer Stärkung dieser "Schwachstelle" interessiert, und dazu müßte man eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen treffen. Becks Ausführungen ließen den sowjetischen Gesandten aufhorchen und ihn direkt fragen: "D.h., Sie schlagen uns eine gemeinsame Politik im Baltikum vor"? Nach Antonov-Ovseenkos Aufzeichnung gab Beck darauf eine "diplomatische" Antwort: "Darüber muß man noch sprechen."

Eine sowjetische Reaktion auf Becks Äußerung ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. Dezember 1933 empfing Litvinov den polnischen Gesandten in Moskau, Juliusz Łukasiewicz, zu einem Gespräch. Litvinov hatte sich darauf gut vorbereitet und trug Łukasiewicz wörtliche Passagen aus dem Bericht Antonov-Ovseenkos über dessen Unterredung mit Beck vor. Er vermisse allerdings, so stellte Litvinov fest, einen konkreten Vorschlag. Seiner Meinung nach müsse man einen Schritt weitergehen und eine konkrete Form zur Realisierung von Becks Ansichten und seinen eigenen Plänen "oder auch der Interessen gegenüber dem Baltikum" suchen. Deshalb schlage er vor, eine gemeinsame Deklaration ins Auge zu fassen, deren Grundlage die Feststellung wäre, daß die UdSSR und Polen ein gemeinsames Interesse an der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Staaten als Bedingung für die Erhaltung des Friedens in diesem Teil Europas hätten; weiter sollte darin festgestellt werden, daß die Sowjetunion und Polen im Falle einer Bedrohung der baltischen Staaten sofort Kontakt aufnehmen und über die entstandene Situation beraten würden⁴¹.

Während des Gesprächs faßte Litvinov seinen Vorschlag noch einmal schriftlich zusammen, ließ eine Abschrift anfertigen und überreichte diese dann dem polnischen Gesandten⁴².

Litvinov betonte mehrfach, daß sowohl dieser Vorschlag der sowjetischen Regierung als auch alle weiteren polnisch-russischen Gespräche von Warschau streng vertraulich behandelt werden müßten, da dies eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Aktion sei. Die betroffenen baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sollten über die polnisch-russische Deklaration erst unterrichtet werden, wenn

⁴² Polnische Übersetzung der vorgeschlagenen Deklaration, ebenda. Ausführlicher politischer Bericht Łukasiewiczs vom 15.12. 1933, ebenda, Nr. 89, S. 143 ff. Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 14.12. sowie der russische Wortlaut der Deklaration in: DVP XVI, Nr. 426, S. 746 f.



Es verwundert, daß Beck, der das Interesse der Sowjetunion an den baltischen Problemen gut kannte und die Andeutungen Radeks durchaus richtig interpretiert hatte, in dem Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten von sich aus darauf zurückkam. Vermutlich wollte Beck mit seinem Hinweis auf die "Schwachstelle" die Sowjetunion nach der "Hitler-Lipski-Erklärung" vom 15.11. 1933 beruhigen und darauf hinweisen, daß die deutsch-polnischen Gespräche sich nicht auf die baltischen Staaten bezögen. Dokumenty i materiały VI, Nr. 70, S. 111; ebenda, Nr. 74, S. 115 ff.; DVP XVI, Nr. 379, S. 667; ebenda, Nr. 394, S. 689 ff.; Dokumenty i materiały VI, Nr. 75, S. 121 ff.

⁴¹ Ebenda, Nr. 86, S. 147.

die Verhandlungen zwischen Polen und der Sowjetunion abgeschlossen seien bzw. kurz vor der Veröffentlichung der Deklaration. Finnland sollte nach dem ausdrücklichen Wunsch Litvinovs nicht zu dem Kreis der zu garantierenden baltischen Staaten gehören⁴³.

Mit seinem Bericht über seine Gespräche mit Litvinov schickte Łukasiewicz einen sehr persönlichen Brief an Beck, in dem er seine persönlichen Ansichten über Litvinovs Vorschlag darlegte und gleichzeitig Ratschläge erteilte, wie von polnischer Seite darauf reagiert werden sollte. Dieser Brief war im Hinblick auf die von Litvinov vorgeschlagene Deklaration von entscheidender Bedeutung. Er macht außerdem einen wichtigen Entscheidungsprozeß in der polnischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion transparent, so daß es gerechtfertigt erscheint, längere Passagen zu zitieren⁴⁴.

Nach der Anrede "Lieber Minister" schrieb Łukasiewicz:

"Da es mir scheint, daß der Vorschlag Herrn Litvinovs zum Baltikum [...] ein bedeutendes Problem nicht nur im Hinblick auf unsere Beziehungen zur UdSSR, sondern auch hinsichtlich unserer Außenpolitik insgesamt darstellt, erlaube ich mir auf sehr persönliche Weise, Dir folgende Anmerkungen vorzulegen. Es scheint mir, daß die Beweggründe für Herrn Litvinovs Vorschlag zu suchen sind: Primo – in dem wirklichen Bestreben, die politische Annäherung mit uns voranzubringen und sich vor einer eventuellen Richtungsänderung unserer Außenpolitik abzusichern. Secundo – in der Beunruhigung über das Schicksal der baltischen Staaten im Zusammenhang mit möglichen Tendenzen der Politik Hitlers sowie in der sog. inneren Faschisierung Lettlands und Estlands. Tertio – in dem Bestreben, uns in der Beziehung zu Deutschland zu kompromittieren und die durch die Lipski-Hitler-Erklärung begonnene und weiter fortschreitende Entspannung zu erschweren oder zu verhindern.

Es kann sein, daß in der augenblicklichen Situation die in Punkt drei ausgeführte Tendenz am stärksten wirkt. [...]

Was den Deklarationsentwurf selbst betrifft, so scheint mir, daß er sich in seiner grundsätzlichen Tendenz vor allem auf der Linie derjenigen Handlungsmethoden auf internationalem Gebiet bewegt, die wir anderswo und bei anderen Gelegenheiten bekämpfen. Ich fürchte, daß eine polnisch-sowjetische Deklaration, die sich im Rahmen des Litvinov-Entwurfes bewegt, von den baltischen Staaten nämlich genauso verstanden werden könnte, weil sie darin immerhin als Objekte unserer und der sowjetischen Politik behandelt werden.

Aus diesem Grund wie auch angesichts unzweifelhaft negativer Auswirkungen, die eine Realisierung des Litvinovschen Entwurfes auf unsere Beziehungen zu Deutsch-



Weder Łukasiewicz noch Litvinov notieren diesen Passus des Gesprächs in ihren offiziellen Aufzeichnungen. Seine Richtigkeit steht aber außer Frage, da er aus den weiteren Gesprächen beider Partner rekonstruiert werden kann. Vgl. Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 176. In den DVP XVII ist dieses Gespräch nicht abgedruckt. Vgl. ebenfalls Łukasiewiczs Aufzeichnung vom 21.2. 1934, AAN, MSZ 6764; Wacław Jędrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Paris 1936–1939. Papers and Memoirs of Juliusz Łukasiewicz, Ambassador of Poland, New York/London 1970, S. 375 ff.

⁴⁴ Brief Łukasiewiczs an Beck vom 15.12. 1933, AAN, MSZ 6764.

land haben müßte, vermute ich, daß Du auf den Vorschlag Litvinovs weder gänzlich eingehen wollen noch eingehen können wirst.

Andererseits wäre es beim heutigen Stand unserer Beziehung zu Moskau, wo das Mißtrauen noch lebendig ist und noch ziemlich starke Rückwirkungen besitzt, meiner Meinung nach nicht ratsam, ein neues ernsthaftes Mißverständnis zu schaffen oder Litvinov völlig zu enttäuschen.

Falls Du die obigen Prämissen als richtig ansehen solltest, glaube ich, daß es am besten wäre, auf Litvinovs Vorschlag allgemein zu antworten, indem Du feststellst, daß Du ihn mit Interesse einer eingehenderen Untersuchung unterziehen wirst und daß Du nicht a priori den Gedanken eines weiteren Schrittes auf dem Wege zu einer politischen Annäherung durch die Verkündung einer gemeinsamen Deklaration entsprechenden Inhalts ablehnst. Es müßte betont werden, daß eine solche Deklaration einen Fortschritt in unseren Beziehungen, die sieh bisher auf den Nichtangriffspakt stützten, bedeuten und mit diesem sachlich verbunden sein müßte. Weiter würde ich vorschlagen, und das scheint mir das Wichtigste zu sein, daß schon jetzt in der ersten Antwort, die ich Litvinov in Deinem Namen übergeben werde, auf die von Litvinov im Gespräch mit Botschafter Wysocki angeschnittene Möglichkeit Deines Besuches in Moskau Bezug genommen und gesagt wird, daß Du diesen Besuch als geeignete Gelegenheit ansichst, eine ähnliche Deklaration zu veröffentlichen oder deren Inhalt einfach in ein normales amtliches Communiqué aufzunehmen, wie das bei solchen Gelegenheiten herausgegeben wird. In diesem Falle müßte man den Termin präzisieren, an dem Du nach Moskau kommen könntest⁴⁵.

Ein solches Vorgehen würde es uns erlauben, Zeit zu gewinnen, und gleichzeitig würde die konkrete Ankündigung Deines Besuches eine Atmosphäre schaffen, in der es leichter wäre, die heiklen oder für uns unannehmbaren Vorschläge Litvinovs abzulehnen oder einfach ehrlich zu kritisieren. [...]

Was den Inhalt einer eventuellen Deklaration oder eines Communiqués betrifft, so glaube ich, daß man ihn nach Annahme des oben skizzierten Planes für ein Vorgehen so gestalten könnte, daß er einen maßvollen Fortschritt in der Entwicklung unserer Beziehungen bedeuten würde und sowohl in Berlin als auch im Westen überhaupt als nützlich diskontiert werden könnte. Zur Erhellung des Bildes unserer hiesigen Situation muß ich hinzufügen, daß ein bestimmter Vertrauensbruch, der durch die Erklärung Lipski-Hitler hervorgerufen worden ist, zwar ständig schwächer wird, aber weiterhin anhält. Ich zweifle nicht daran, daß unter diesen Bedingungen irgendein deutlicher Gegensatz der Standpunkte in der baltischen Frage, die Litvinov ausschließlich aus der Sicht der Bezichungen zu Deutschland betrachtet, hier zu bedeutenden Ausmaßen aufgebläht und als Beweis der Unehrlichkeit unserer Politik angesehen werden würde."

Jahrgang 43 (1995), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁴⁵ Aus den USA kommend (Aufnahme diplomatischer Beziehungen), hatte sich Litvinov vom 2. bis 5.12. 1933 in Rom aufgehalten und den polnischen Botschafter, Alfred Wysocki, zu einer Unterredung getroffen; vgl. Alfred Wysocki, Tajemnice dyplomatycznego scjfu, Warschau 1979, S.229.

⁴⁶ Łukasiewicz schreibt u.a. weiter, daß Litvinov sich besonders für die Vorgeschichte der Lipski-Hitler-Erklärung vom 15.11. 1933 interessiert habe. Er habe gefragt, ob Polen einen Nichtangriffspakt mit Berlin abschließen wolle, worauf er, Łukasiewicz, geantwortet habe, daß im Augenblick solche Verhandlungen mit Deutschland nicht geführt würden. Brief Łukasiewiczs vom 15.12. 1933, AAN, MSZ 6764.

Genau in diesem Rahmen bewegte sich die polnische Verhandlungstaktik in den nun folgenden polnisch-sowjetischen Gesprächen über eine gemeinsame Garantieerklärung zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Wie Łukasiewicz dargelegt hatte, war die Deklaration in der von Litvinov vorgeschlagenen Form für Polen unannehmbar. Eine Ablehnung des Vorschlags kam nach Łukasiewiczs Auffassung aber nicht in Frage, weil damit die nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes von 1932 mühsam aufgebaute polnisch-sowjetische Entspannung mit einem Schlage beendet und angesichts des deutsch-polnischen Flirts und der deutsch-polnischen Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag aller Welt klar vor Augen geführt worden wäre, in welchem Lager Polen sich befand⁴⁷.

Vor einer Ablehnung des sowjetischen Vorschlags mußten nach polnischer Auffassung erst die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sein. Damit sollte verhindert werden, daß der polnisch-sowjetische Gegensatz von deutscher Seite ausgenutzt würde. Auch war es andererseits nicht ausgeschlossen, daß allein die Tatsache polnisch-sowjetischer Gespräche, die niemandem verborgen bleiben konnten, die Position Warschaus in den Verhandlungen mit Berlin stärken und sich positiv auf Fortgang und Ergebnis dieser Gespräche auswirken könnte⁴⁸.

Da eine sofortige Ablehnung des sowjetischen Vorschlages ausgeschlossen war, kam es der polnischen Seite darauf an, erst eine Atmosphäre zu schaffen, wie Łukasiewicz sich ausgedrückt hatte, in der eine Absage möglich wäre, ohne größeren Schaden für die polnische Außenpolitik anzurichten. Bei dem Spiel auf Zeit wurde der Besuch Becks in Moskau ausgiebig genutzt, denn Warschau hatte hier die Chance, den Zeitpunkt mehr oder weniger nach Belieben zu verschieben und selbst zu bestimmen. Da aber eine offizielle sowjetische Einladung noch nicht vorlag, mußte bei der ersten Antwort auf Litvinovs Initiative eine geschickte Formulierung gefunden werden, die die gewünschte Reaktion auf sowjetischer Seite zur Folge haben würde.

Am 19. Dezember konnte Łukasiewicz dem sowjetischen Außenkommissar Becks Antwort überbringen⁴⁹. Litvinovs Vorschlag so hieß es darin, entspreche auch Becks "persönlichen Ansichten", und auch Beck halte es "im Prinzip" für möglich, eine solche Deklaration "bei passender Gelegenheit" zu unterzeichnen⁵⁰.

Litvinov reagierte auf diesen Passus wie beabsichtigt. Er wisse zwar nicht, so sagte er, was Beck darunter verstehe, aber ihm scheine es, daß beide Seiten die Deklaration

Dokumenty i materiały VI, Nr. 91, S. 161 f.; DVP XVI, Nr. 431, S. 755. Beck benutzte im Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten am 22.12. 1933 die gleiche Formulierung, DVP XVI, Nr. 436, S. 762.



⁴⁷ Polen hatte wegen seines "Flirts" mit Hitlerdeutschland auch schon so genügend Kritik zu ertragen, und das nicht nur von sowjetischer Seite; vgl. Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie, S. 80 ff.

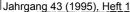
⁴⁸ Darauf weist hin Karol Lapter, Problem bałtycki w stosunkach Polski z Niemcami i Związkiem Radzieckim w okresie międzywojennym, in: Studia z najnowszych dziejów Powszechnych, 1963/4, S. 14; Dokumenty i materiały VI, Nr. 40, S. 69.

⁴⁹ Über die Unterredung Litvinov-Łukasiewicz vom 19.12. 1933 siehe Aufzeichnung Litvinovs, ebenda, Nr. 91, S. 161 ff.; DVP XVI, Nr. 431, S. 755 ff. Zu Łukasiewiczs Gedächtnisprotokoll dieser Unterredung vgl. Jędrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Paris, S. 375 ff.

wollten, und es nur noch darauf ankomme, die passende Gelegenheit festzulegen. Er könne sich darunter ein persönliches Treffen mit Beck vorstellen. Nachdem Łukasiewicz dem zugestimmt hatte, erinnerte Litvinov an Čičerins und seinen eigenen Besuch in Warschau⁵¹, die bisher ohne Erwiderung geblieben seien. Łukasiewicz antwortete darauf "sofort", daß er keine Schwierigkeiten für einen Besuch Becks in Moskau sehe, gab aber zu Bedenken, daß Beck am 15. Januar 1934 zu einer Völkerbundsratssitzung nach Genf reisen müsse; dann werde wahrscheinlich noch Paul-Boncour, der französische Außenminister, nach Warschau kommen, und Beck müsse auch noch nach Bukarest reisen⁵².

Litvinov war von der voraussehbaren Verzögerung nicht sehr angetan. Am 21. Dezember machte er Łukasiewicz auf die Notwendigkeit aufmerksam, "die Realisierung dieser Angelegenheit zu beschleunigen"; "wir sind bereit, Beck nach Beendigung der CIK-Sitzung jederzeit zu empfangen."53 Am 26. Dezember überbrachte der polnische Geschäftsträger in Moskau, Henryk Sokolnicki - Łukasiewicz war über Weihnachten nach Warschau gefahren -, Litvinov die Nachricht, daß Beck die Einladung nach Moskau angenommen habe. Auch er halte, so ließ Beck wissen, seinen geplanten Moskau-Besuch für die günstigste Gelegenheit, die vorgeschlagene Deklaration zu unterzeichnen, jedoch könne er noch keinen Termin nennen. Litvinov wiederholte daraufhin noch einmal seinen Standpunkt, daß man die Deklaration so schnell wie möglich unterzeichnen solle. Dazu würde sich am besten ein Besuch Becks noch vor dessen Reise nach Genf eignen, da es ansonsten schwierig sein würde, die ganze Sache vor der Presse geheimzuhalten. Außerdem würde ein von vornherein negativer Standpunkt Deutschlands eine unangenehme Situation schaffen. Die sowjetische Regierung jedenfalls sei durch keinerlei Termine gebunden54.

Der polnisch-sowjetische Gegensatz in der Frage des Termins für die Unterzeichnung der geplanten Deklaration schien unüberbrückbar. Beck war dabei im Vorteil, da allein er über den Termin bestimmen konnte. Um eine Entscheidung über den Litvinovschen Deklarationsentwurf möglichst lange hinauszuzögern, ihn womöglich gar zum Scheitern zu bringen, ohne eine eigene Entscheidung darüber treffen zu müssen, konnte Beck noch einen weiteren Trumpf ausspielen: Für die polnische Außenpolitik war der Wunsch Litvinovs, die baltischen Staaten nicht an der Redaktion der geplanten Deklaration zu beteiligen und sie erst später darüber zu informieren, völlig unannehmbar. Schon in der ersten Instruktion für Łukasiewiczs Gespräch mit Litvinov am 19. Dezember 1933 hatte Beck dargelegt, daß die polnische Regierung es nicht für richtig oder erlaubt erachte, über Dinge zu sprechen, die die baltischen



Institut für

⁵¹ Vgl. dazu Dokumenty i materiały VI, S. 163, Anm. 3.

⁵² Ebenda, Nr. 91, S. 162; DVP XVI, Nr. 463, S. 756.

⁵³ Das CIK (Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet), das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR, tagte in Moskau vom 28.12. 1933 bis zum 4.1. 1934.

⁵⁴ Litvinovs und Sokolnickis Aufzeichnung, in: Dokumenty i materiały VI, Nr. 93, bzw. Nr. 94,S. 165 f.

Staaten direkt beträfen – ohne deren Wissen oder Teilnahme an diesen Gesprächen. Die polnische Regierung schlage daher vor, daß Moskau und Warschau die Regierungen der baltischen Staaten vertraulich über den beabsichtigten Text der Deklaration informieren und deren Stellungnahme dazu einholen sollten⁵⁵.

Beck persönlich führte am 22. Dezember 1933 dem sowjetischen Gesandten in Warschau gegenüber aus, "daß man selbstverständlich nicht deklarieren dürfe, ohne rechtzeitig die daran Interessierten in Kenntnis zu setzen"; das müsse die Deklaration nicht verzögern⁵⁶. Dabei war er sich sicher im klaren darüber, daß genau das Gegenteil der Fall sein würde, denn es war kaum damit zu rechnen, daß sich die betroffenen Staaten Litauen, Estland, Lettland und Finnland so schnell, wenn überhaupt, auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen würden. Von polnischer Seite war das alles beabsichtigt, selbst wenn die Forderung nach Konsultation der baltischen Staaten aus grundsätzlichen Erwägungen gestellt worden war.

Verzögerungen befürchtete auch Litvinov, der noch am 21. Dezember Łukasiewicz fragte, wie Beck verfahren wolle, falls die baltischen Staaten Einwände erheben sollten, worauf Łukasiewicz nach Litvinovs Aufzeichnung allerdings keine Antwort wußte⁵⁷. Wie stark der Widerstand Litvinovs gegen Sondierungsgespräche in den baltischen Hauptstädten auch gewesen sein mag, Tatsache ist, daß die sowjetischen Gesandten ihren polnischen Kollegen in allen drei Hauptstädten bei der Information der baltischen Regierungen zuvorkamen⁵⁸, was für Polen durchaus peinlich, von sowjetischer Seite aber wohl nicht unbeabsichtigt war.

Da es keine Absprachen darüber gegeben hatte, wann die einzelnen Staaten informiert werden sollten, und Łukasiewicz trotz aller Widerstände Litvinovs das Gefühl hatte, daß Litvinov die baltischen Staaten umgehend benachrichtigen würde, riet er Beck, Riga, Tallinn und Helsinki "vertraulich und ohne Verzug über die sowjetische Initiative und den polnischen Standpunkt dazu" zu informieren⁵⁹. Beck befolgte diesen Rat und verfaßte am 22. Dezember die entsprechende Instruktion an die polnischen Gesandten in den drei baltischen Hauptstädten. Er schrieb darin, daß in Gesprächen mit der Sowjetunion das beiderseitige Interesse an der Erhaltung und Sicherung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit der vier baltischen Staaten fest-



Nach Łukasiewiczs Gedächtnisprotokoll aus dem Jahre 1943 in: Jędrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Paris, S.378. Litvinov erwähnt diesen Passus in seiner Aufzeichnung vom 19.12. 1933 nicht direkt. Er notierte aber ohne einen direkten Bezug: "Wir hatten selbst die Absicht nach der Antwort aus Warschau die interessierten Staaten zu informieren, und wir werden das auch tun". Er habe jedoch Bedenken hinsichtlich Finnlands wegen dessen "bekannter Sympathien" für Deutschland; Dokumenty i materiały VI, Nr. 91, S. 162; DVP XVI, Nr. 431, S.755. Vgl. auch noch: Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series (DBFP 2.) VII, Nr. 568, S. 647

⁵⁶ Aufzeichnung Antonov-Ovseenkos über sein Gespräch mit Beck vom 22.12. 1933, DVP XVI, Nr. 436, S. 762.

⁵⁷ DVP XVI, S. 876, Anm. 315.

⁵⁸ Wegen der zwischen Polen und Litauen strittigen Wilna-Frage bestanden zwischen beiden Ländern weder diplomatische noch sonstige Beziehungen.

⁵⁹ Jędrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Paris, S.378.

gestellt worden sei. Beide Staaten zögen die Möglichkeit in Betracht, dieses gemeinsame Interesse in einer öffentlichen Deklaration zu bekräftigen. Da Polen gemäß den Grundsätzen seiner Politik Angelegenheiten dritter Staaten nicht ohne deren Einverständnis und Benachrichtigung behandele, frage es vertraulich an, ob Einwände gegen eine solche Deklaration bestünden⁶⁰. Die Instruktion endete mit dem Zusatz: "Ich füge zur Information hinzu, daß die Initiative, sich an die baltischen Staaten zu wenden, von der polnischen Regierung ausgegangen ist, und daß die sowjetische Regierung ihrerseits analoge Gespräche mit den Regierungen der baltischen Staaten durchführen soll, wobei in Litauen nur die Sowjets die Démarche machen und in Finnland anscheinend nur wir."⁶¹

Noch kurz vor seiner Abreise in den Weihnachtsurlaub konnte Łukasiewicz Litvinov am 23. Dezember darüber informieren, daß von polnischer Seite bereits mit den Sondierungsgesprächen in den baltischen Hauptstädten begonnen worden sei, wobei Beck es für unmöglich gehalten habe, Finnland zu übergehen. Litvinov konnte darauf ruhig antworten, daß auch die sowjetischen Gesandten schon entsprechende Instruktionen bekommen hätten; was Estland betreffe, so habe er selbst bereits mit dem estnischen Gesandten Tofer in Moskau gesprochen⁶².

Dieses Gespräch hatte bereits am 21. Dezember stattgefunden. Als der polnische Geschäftsträger in Tallinn, Jan Starzewski, noch am 23. Dezember den estnischen Außenminister Julius Seljamaa aufsuchte, um ihn über das Deklarationsprojekt zu informieren, wußte dieser schon Bescheid. Dennoch erfuhren beide viel Neues voneinander. Seljamaa las Starzewski den Bericht Tofers über dessen Gespräch mit Litvinov vor. Litvinovs Ausführungen gegenüber Tofer, so berichtete Starzewski, hätten vor allem einen stark antideutschen Charakter getragen und seien in der Absicht gemacht worden, in den baltischen Staaten ein tiefes Gefühl der Unsicherheit gegenüber den Ereignissen in Deutschland zu wecken. Nach Litvinovs Version sollten bei der geplanten polnisch-sowjetischen Deklaration folgende Punkte Berücksichtigung finden:

1. Die Deklaration solle nicht Finnland betreffen. 2. Sie solle in Berlin lediglich als Démarche zum Ausdruck gebracht werden, in der der polnische und der sowjetische Standpunkt dargelegt würden. 3. Sie solle vor Finnland, angeblich wegen dessen enger Beziehungen zu Deutschland, geheim gehalten werden.

Starzewski berichtete weiter, daß Seljamaa der Sowjetunion nach Weihnachten antworten wolle; zuvor wolle sich die estnische Regierung aber mit der lettischen Regierung in Verbindung setzen. Seljamaa habe persönlich nichts gegen eine Démarche in Berlin einzuwenden, der Ausschluß Finnlands sei jedoch unverständlich und nicht angebracht. Diese "taktischen, ungeschickten Tricks" hätten in Tallinn, so Starzew-

62 DVP XVI, S. 876, Anm. 315.



⁶⁰ Der Wortlaut dieses Teils der Instruktion ist abgedruckt in: Dokumenty i materiały VI, Nr. 91, S.163, Anm. 2.

⁶¹ Dieser Zusatz fehlt in obiger Dokumentensammlung. Telegramm Becks an die polnischen Gesandten in den baltischen Staaten vom 22. 12. 1933, AAN, MSZ 6764.

ski, nicht sonderlich überrascht, da es nicht das erste Mal gewesen sei, daß die Sowjetunion versucht habe, Finnland aus dem Kreis der baltischen Staaten auszuschließen und einen gemeinsamen Standpunkt aller baltischen Staaten zu verhindern⁶³.

Nachdem der sowjetische Gesandte Stepan Brodovskij in Riga bereits am 22. Dezember beim lettischen Außenminister Woldemar Salnais in Sachen polnischsowietischer Deklaration vorgesprochen hatte, weigerte sich Salnais, den polnischen Gesandten Zygmunt Beczkowicz überhaupt zu empfangen. Obwohl sich Beczkowicz am 23. und 24. Dezember intensiv um ein Gespräch bemühte, lehnte Salnais ein Treffen ab und ließ sich sogar verleugnen. Beczkowiczs Bitte um eine Audienz wurde erst am 28. Dezember entsprochen. Salnais bestätigte dabei, daß er über die geplante Deklaration bereits vom sowietischen Gesandten informiert worden sei, und zwar dahingehend, daß es sich um eine Deklaration handele, die "von der UdSSR angeregt und von Polen akzeptiert" worden sei⁶⁴. Er betrachte, so Salnais weiter, den sowjetischen Vorschlag mit "ungeheurem Mißtrauen", und er befürchtete von sowjetischer Seite irgendwelche Intrigen, die sich sehr negativ auf die baltischen Staaten auswirken könnten. Besonders Berlin, das nach den Erläuterungen des sowjetischen Gesandten sofort informiert werden würde, konnte negativ reagieren. Privat habe der Außenminister Brodovskij gegenüber geäußert, so Beczkowicz in seinem Bericht, daß die geplante Deklaration für Lettland eine "heikle Sache" sei, da sie den Anschein erwecke, als solle Lettland in Obhut genommen werden, bis zu einem gewissen Grad könne es sogar die Unabhängigkeit verlieren, zumal die Deklaration von der Sicherung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Unabhängigkeit spreche⁶⁵.

Nach Meinung des lettischen Gesandten in Tallinn weckte die Deklaration in Riga die Befürchtung, daß in Zukunft eine sowjetische Einmischung in Lettland besonders aufgrund der Handelsvereinbarungen erleichtert werde. Eine Zustimmung zu einer Deklaration, in der festgestellt werde, daß Polen und die Sowjetunion sich im Falle einer Bedrohung der baltischen Staaten über gemeinsame Maßnahmen einigen würden, käme daher einer Einwilligung in die Übernahme einer Art polnisch-sowjetischer Schirmherrschaft über Lettland gleich⁶⁶. Insgesamt waren die Letten der Meinung, daß die geplante Deklaration "mehr beunruhige als beruhige"⁶⁷.

Die bei weitem schwierigste Mission hatte der polnische Gesandte in Helsinki, Franciszek Charwat, zu erfüllen. Auch er konnte am 23. Dezember den finnischen Außenminister Antti Hakzel nur als zweiter informieren⁶⁸. Hakzel war nicht gut auf

⁶⁸ Der sowjetische Gesandte, Boris Štejn, war kurz zuvor bei Hakzel gewesen, der Charwat gegenüber jedoch nichts davon erwähnt hatte. Charwats Telegramm vom 26.12. 1933, ebenda.



⁶³ Telefonogramm und dessen schriftliche Bestätigung durch Starzewski vom 23.12.1933 sowie dessen politischer Bericht vom 5.1.1934, AAN, MSZ 6764.

⁶⁴ Telegramm Beczkowiczs aus Riga vom 28.12. 1933, ebenda. Mit Sicherheit lag in dem letzten Hinweis der Grund für Salnais Weigerung, den polnischen Gesandten zu empfangen.

⁶⁵ Politischer Bericht Beczkowiczs vom 6.1. 1934, ebenda.

⁶⁶ Bericht Starzewskis vom 28.12. 1933, ebenda.

⁶⁷ Telegramm Beczkowiczs vom 28.12. 1933, ebenda.

die Deklaration zu sprechen. Finnland habe, so Hakzel, keinen weiteren Bedarf an Garantien. Es habe nur einen Wunsch: Die bestehenden Verträge müßten loyal eingehalten werden, und außer durch die Sowjetunion sei Finnland von keiner Seite gefährdet⁶⁹.

Am 27. Dezember hatte Charwat mit Hakzel ein weiteres "langes, unangenehmes und schwieriges Gespräch". Hakzel teilte dabei mit, daß der Ministerrat einstimmig festgestellt habe, daß Finnland sich hundertprozentig sicher fühle, eine Ausnahme sei die Sowjetunion, mit der es allerdings einen Nichtangriffspakt besitze, so daß es formal auch von dieser Seite genügend abgesichert sei. Die geplante Deklaration halte er für Finnland sogar für gefährlich. Finnland wolle, so Hakzel, auf keinen Fall in einer solchen Deklaration genannt werden. Über dieses Gespräch nach Warschau berichtend, schloß Charwat: "Falls dieser Wunsch nicht berücksichtigt werden sollte, [...] sehe ich eine ernsthafte Abkühlung der Beziehungen und ein ausdrückliches Abrücken Finnlands von uns voraus."

In Kaunas war der sowjetische Gesandte Michail Karskij der einzige, der die litauische Regierung in der Deklarationsfrage unterrichtete. Diese gab nach Litvinovs Worten "eine positive Antwort, indem sie unserem Vorschlag Wohlwollen entgegenbrachte"71. Das entsprach den Tatsachen, auch wenn es dabei zu Auseinandersetzungen innerhalb der litauischen Regierung gekommen sein soll, und zwar zwischen dem Staatspräsidenten Antanas Smetona und dem Außenminister Dowas Zaunius. Während Smetona den Deklarationsentwurf ohne Änderungen annehmen wollte, habe Zaunius ihn abgelehnt. Das Kabinett habe aber auf Smetonas Seite gestanden. Daraufhin habe man dem sowjetischen Gesandten eine positive Antwort gegeben⁷².

Die deutschen diplomatischen Vertreter in den baltischen Staaten konnten dies bestätigen. Nach Auskunft des deutschen Gesandten in Riga, Georg Martius, machte der sowjetische Gesandte in Kaunas seine Démarche direkt bei Smetona, der den Vorschlag begrüßt und angenommen habe. Der litauische Ministerpräsident Juozas Tübelis soll dazu dem lettischen Geschäftsträger in Kaunas gesagt haben: "Wir haben den Vorschlag angenommen, weil er gegen Deutschland gerichtet ist."⁷³

Dem deutschen Gesandten in Kaunas, Erich Zechlin, gegenüber hüllten sich die litauischen Behörden allerdings in Schweigen. Noch am 10. Januar 1934 berichtete Zechlin nach Berlin, daß über die Deklaration "amtlich nichts zu erfahren" sei. Der Außenminister habe gar alles bestritten und auch Karskij behaupte, keine Instruktionen aus Moskau erhalten zu haben. Doch wußte Zechlin aus nichtamtlicher Quelle,

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁶⁹ Charwats Telegramm vom 24.12. 1933, ebenda.

⁷⁰ Charwats Telegramm vom 27.12. 1933, ebenda.

⁷¹ Dokumenty i materiały VI, Nr. 93, S. 165; Politischer Bericht Łukasiewiczs vom 16.1. 1934, AAN, MSZ 6764.

Nach einem Bericht Starzewskis, der diese Auskünfte vom estnischen Außenminister bekam. Die positive Antwort Litauens, so Seljamaa, habe jedoch einige Vorbehalte enthalten, die er aber nicht kenne. Bericht Starzewskis vom 10.1. 1934, ebenda. Vgl. auch Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1ère Série (DDF 1.) V, Nr. 262, S. 516; DBFP 2. VII, Nr. 571, S. 653.

Politischer Bericht Martius' vom 4.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

von einem "im allgemeinen wohl unterrichteten Gewährsmann", daß Karskij doch eine entsprechende Démarche unternommen hatte. Auch habe es polnisch-litauische Kontakte gegeben. Der polnische Gesandte in Riga Beczkowicz habe den dortigen litauischen Gesandten Urbšys über die Deklaration informiert⁷⁴, was wahrscheinlich zutraf, da Beczkowicz schon in seinem Brief nach Warschau vom 27. Dezember angefragt hatte, ob er ein Gespräch mit Urbšys führen solle, denn "es könnte sein, daß unser östlicher Nachbar unsere Intention in Kaunas nicht exakt wiedergibt"⁷⁵.

Die Jahreswende 1933/34 brachte das endgültige "Aus" für den Plan Litvinovs. Noch am 31. Dezember 1933 erteilte Lettland der sowjetischen Regierung eine Absage. Die lettische Regierung, so lautete diese, sehe im Augenblick keine Gefahr für die territoriale Integrität und Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Die vorgeschlagene Deklaration könne unter den augenblicklichen internationalen Bedingungen die Öffentlichkeit beunruhigen und den Eindruck erwecken, daß der Frieden in Osteuropa in Gefahr sei. Lettland schätze jedoch das Interesse der Sowjetunion am status quo im Baltikum hoch ein und begrüße jede entsprechende Äußerung verantwortlicher Politiker der UdSSR⁷⁶.

Der polnische Gesandte in Riga empfing die Absage der lettischen Regierung am 3. Januar 1934⁷⁷. Die Absage Estlands überreichte der estnische Gesandte in Warschau am 5. Januar⁷⁸. Nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Riga habe Litvinov nach den Absagen Lettlands und Estlands noch am 5. Januar beide Gesandten empfangen und ihnen gegenüber seine Unzufriedenheit über das Verhalten beider "dem deutschen Faschismus zuneigenden Staaten" zum Ausdruck gebracht. Er werde, so soll Litvinov gesagt haben, die innere Entwicklung in den baltischen Staaten in Zukunft noch aufmerksamer verfolgen als bisher⁷⁹.

Kurz nach den Absagen Lettlands und Estlands geriet die Nachricht über eine geplante polnisch-sowjetische Garantieerklärung für die baltischen Staaten wahrscheinlich durch eine gezielte Indiskretion in die europäische Presse⁸⁰. Das brachte Moskau

Charwat vermutete nicht zu unrecht hinter dieser Indiskretion eine lettisch-finnische Zusammenarbeit. Eine erste Notiz über die geplante Deklaration erschien in Riga in den Jaunakas Sinas vom 3.1. 1934; Uusi Suomi veröffentlichten am 4.1. 1934 in Helsinki mit Bezug auf die Rigaer Meldung vom Vortag einen Bericht, der bis in Einzelheiten Charakter, Inhalt und Gesprächstermine der Unterredungen um die Deklaration wiedergab. Der Daily Herold druckte ebenfalls am 4.1. einen sensationell aufgemachten Bericht, der jedoch nicht annähernd die Informationen enthielt, die die Uusi Suomi veröffentlicht hatten. Vgl. dazu den Politischen Bericht Charwats vom



⁷⁴ Politischer Bericht Zechlins vom 10.1. 1934, ebenda.

⁷⁵ Persönlicher, handschriftlicher Brief Beczkowiczs vom 27.12. 1933, AAN, MSZ 6764.

⁷⁶ Telegramm Beczkowiczs vom 3.1. 1934 sowie dessen Politischer Bericht vom 6.1. 1934, ebenda.

⁷⁷ Ebenda. Die Antwort an Polen enthielt zusätzlich eine Würdigung des polnischen Standpunktes, nichts über andere ohne deren Wissen und Einwilligung zu entscheiden.

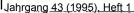
Wortlaut vom 5.1. 1934, in: Ebenda. Vgl. dazu auch das Gespräch Litvinovs mit dem polnischen Geschäftsträger in Moskau, Sokolnicki, vom 7.1. 1934, ebenda.

⁷⁹ Nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Riga vom 5.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten; Dokumenty i materiały VI, Nr. 95, S. 167; DVP XVI, S. 789.

und Warschau in eine schwierige Lage. Besonders dem polnischen Außenminister paßte die vorzeitige Veröffentlichung nicht ins Konzept, insbesondere wegen der deutsch-polnischen Gespräche, die sich im Endstadium befanden und die Beck so schnell wie möglich abschließen wollte. Auch wenn Beck die Unterzeichnung einer Deklaration, die im Grunde genommen eine antideutsche Spitze enthielt, nie ernsthaft erwogen hatte, konnte der polnische Flirt mit Moskau den Abschluß der geplanten Nichtangriffserklärung mit Deutschland verzögern oder gar gefährden. Noch am Tage der Veröffentlichungen in der Presse, dem 4. Januar, schickte Beck deshalb Instruktionen an den polnischen Gesandten in Berlin, Jozef Lipski. Im Bedarfsfalle, so schrieb Beck, könne Lipski der deutschen Führung erklären, daß die baltischen Staaten bis vor kurzem Gegenstand entgegengesetzter polnischer und russischer Politik gewesen seien. Dieser Gegensatz sei nun im Zusammenhang mit der allgemeinen Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beseitigt worden. Die polnisch-sowjetischen Gespräche dürften jedoch nicht, wie es die Presse fälschlicherweise tue, mit einem allgemeinen baltischen Plan identifiziert werden. Falls das baltische Problem in seiner Gesamtheit berührt werden sollte, würde Polen Deutschland nicht übergehen. Am Schluß der Instruktion bat Beck Lipski, ihm die Reaktionen der deutschen Presse auf die Nachrichten aus London und Helsinki zu übermitteln. Eine Beurteilung der Stimmung in Berlin sei wichtig, "denn ich möchte eventuell noch vor Genf jene besagte grundlegende Angelegenheit beenden"81.

Beck wollte damit seine deutschen Gesprächspartner beruhigen. Er brachte ein weiteres Mal zum Ausdruck, daß er nicht die Absicht habe, die von Litvinov vorgeschlagene Deklaration zu unterzeichnen⁸². Jedoch hielt er den Termin für eine endgültige Absage noch nicht für gekommen, zumal dieser, wie noch gezeigt wird, in einem direkten Zusammenhang mit dem Abschluß der polnisch-deutschen Verhandlungen stand. Beck wollte diese Verhandlungen, die "besagte grundlegende Angelegenheit", noch vor seiner Reise zum Völkerbundsrat, die für den 13. Januar geplant war, erfolgreich abschließen.

Am 5. Januar 1934 berichtete Lipski nach Warschau, daß die deutsche Presse sich zum Deklarationsproblem weniger einheitlich als gewohnt gezeigt habe; Polen werde eher geschont, die NS-Presse Berlins habe nicht einmal das amtliche Communi-



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



^{12.1. 1934,} AAN, MSZ 6764. Vgl. ebenfalls Gregorowicz, Polsko-radzieckie stosunki dyplomatyczne, S. 152ff. Martius berichtete aus Riga, daß der finnische Außenminister den Wunsch gehabt habe, die ganze Angelegenheit in der Presse von Riga oder Reval (Tallinn) aus "hochgehen zu lassen"; Politischer Bericht Martius' vom 4.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Polnisch-sowjetischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten. Hakzel bestritt Charwat gegenüber jedoch jegliche Schuld an den Indiskretionen und verwies auf Lettland; Telegramm Charwats vom 10.1. 1934, AAN, MSZ 6764.

⁸¹ Telegramm Becks an Lipski vom 4.1. 1934, ebenda.

Auch dem britischen Botschafter in Warschau gegenüber sagte Beck nach den Presseenthüllungen: "Die polnische Regierung ist kein Befürworter lokaler politischer Verträge über das Baltikum." Telegramm Becks an die polnische Botschaft in London vom 7.1. 1934, ebenda. Gespräch Becks mit William Erskine, DBFP 2. VII, Nr. 555 und Nr. 556, S. 632f.

qué gedruckt⁸³. Dagegen werde Rußland als Initiator dieses mißlungenen Schrittes hingestellt. Trotz allem befürchte er, so Lipski abschließend, einen eher nachteiligen Einfluß auf die "besagten Gespräche"⁸⁴.

Lipski bekam erst am 9. Januar Gelegenheit, Becks Instruktionen beim deutschen Außenminister, Konstantin Freiherr von Neurath, vorzubringen. Dieser führte die sowjetischen Pläne auf die "Nervosität Litvinovs" zurück. Gerüchte über deutsche Annexionspläne im Baltikum bezeichnete er als lächerlich. Eine Gefahr für diese Staaten sehe er vielmehr im russischen Imperialismus. Deutschland sei an einer möglichst dauerhaften Erhaltung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten interessiert. Er sehe nicht, welchen Gewinn Polen aus einem gemeinsamen Vorgehen mit Moskau im Baltikum ziehen wolle. In der "besagten Angelegenheit", so Lipski, habe er den Text überreicht⁸⁵ und gemäß den Instruktionen Becks auf die Möglichkeit der "Finalisierung" noch in "dieser Woche" hingewiesen⁸⁶. Neurath habe keine Einwände gegen den Text erhoben, aber hinzugefügt, daß er ihn prüfen müsse, und eine schnelle Antwort versprochen⁸⁷.

Gegenüber der Sowjetunion wollte Beck, trotz der bereits vorliegenden Absagen und trotz der Veröffentlichungen in der europäischen Presse, das begonnene Spiel fortsetzen. Seine sowjetischen Gesprächspartner setzte er gleich doppelt davon in Kenntnis, daß sich seine positive Einstellung zur Deklaration nicht geändert habe.

Am 5. Januar 1934 empfing er den sowjetischen Gesandten in Warschau, um diesem zu erklären, daß er keinerlei Gründe sehe, die geplante Aktion abzusagen. "Sie muß zu Ende geführt werden, wenn das die Absicht Herrn Litvinovs ist."88 Schon am Tag zuvor hatte er den polnischen Geschäftsträger in Moskau angewiesen, Litvinov zu erklären, daß die negative Haltung Finnlands und die zweideutige der übrigen Staaten die Frage der Deklaration "ein wenig kompliziere". Die letzte



⁸³ Darin hatte es u.a. geheißen: "Die Londoner Meldung des Daily Herold über gewisse Aktionspläne der Russen und Polen in den Randstaaten mit einer Spitze gegen Deutschland dürften den Absichten maßgebender Kreise in den beiden Ländern entsprechen", DNB-Meldung vom 4.1. 1934.

⁸⁴ Telegramm Lipskis vom 5.1. 1934, AAN, MSZ 6764.

⁸⁵ Bei dem überreichten Text handelte es sich um den polnischen Gegenvorschlag einer Nichtangriffserklärung. Vgl. dazu Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie, S. 102f.; Tytus Komarnicki (Hrsg.), Diariusz i Teki Jana Szembeka, London 1964, Bd. 1, S. 124ff. Der Wortlaut des polnischen Gegenvorschlags sowie Neuraths Gesprächsaufzeichnung vom 9.1. 1934, in: ADAP C II, Nr. 168. S. 304ff.

⁸⁶ Der 9. Januar war ein Montag. Von Neurath gab dieses Angebot Lipskis so wieder: Lipski "habe die Vollmacht zur Zeichnung und sei jederzeit dazu bereit", in: Ebenda.

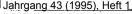
Telegramm Lipskis vom 9.1. 1934, AAN, MSZ 6764; Wacław Jędrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs (of Józef Lipski), New York 1968, S. 131ff. Nach der Aufzeichnung von Neuraths habe Lipski zu den polnisch-russischen Deklarationsgesprächen ausgeführt, daß es völlig unrichtig sei, daß von russischer Seite der Abschluß eines regelrechten Paktes zur Garantierung der Unabhängigkeit der Randstaaten vorgeschlagen worden sei. Auf einen solchen Pakt würde Polen nicht eingehen, und wenn, dann hätte man "auf alle Fälle" die deutsche Regierung davon in Kenntnis gesetzt; ADAP C II, Nr. 169, S. 306.

⁸⁸ Aufzeichnung Antonov-Ovseenkos vom 5.1. 1934, DVP XVII, Nr. 5, S. 27.

Presse- und Politkampagne ändere aber nichts am "Meritum der Sache", und er hoffe, daß "wir einen Weg für eine künftige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet finden". Er bedaure, daß er nicht vor der Sitzung des Völkerbundsrates nach Moskau kommen könne; der Besuch Paul-Boncours noch vor der Sitzung sei weggefallen, doch müsse er sich auf ein Exposé im Senat und auf den Vorsitz im Völkerbundsrat vorbereiten. Danach nehme er an der Abrüstungskonferenz teil und dann komme der französische Außenminister. In Moskau könne er erst Mitte Februar sein. Weiter führte Beck aus, daß Polen ein weiteres dringendes Problem sehe, über das er sich mit der Sowjetunion abstimmen wolle, auch "der Marschall" halte das für "besonders wünschenswert", nämlich in der Abrüstungsfrage. Sokolnicki solle erkunden, welchen Weg Litvinov für eine Verständigung auf diesem Gebiet sehe⁸⁹.

Trotz dieser offenkundigen Verschleppungstaktik war die sowjetische Regierung weiter auf die Deklaration fixiert. Auch die Indiskretionen in der Presse brachten sie dabei nicht aus der Ruhe. Sie reagierte darauf mit einem Dementi. TASS war "ermächtigt zu erklären", daß die Informationen des Daily Herold nicht der Wirklichkeit entsprächen⁹⁰.

Dann ging Litvinov in der Deklarationsfrage zur Tagesordnung über. Er empfing am 7. Januar den polnischen Geschäftsträger, der Becks Instruktionen vom 4. Januar weitergab. So als ob er die Absichten Becks erraten hätte, wollte Litvinov auf die Abrüstungsfrage nicht näher eingehen, da er in dieser Frage keine neuen Vorschläge zu machen habe. Verständlicherweise lag ihm die Deklaration und die Frage, wie man aus der durch die Pressemeldungen entstandenen Lage herauskommen könne, mehr am Herzen. Er wies jedenfalls jegliche Schuld an den "entstandenen Komplikationen" von sich, da er Polen ja gewarnt habe, Finnland zu informieren. Was Lettland und Estland angehe, so sei er nicht der Meinung, daß deren Standpunkt grundsätzlich gegen die Deklaration sei. Deren ausweichende Antwort schrieb er dem Wunsch dieser Staaten zu, es sich nicht mit Deutschland zu verderben. Falls die Deklaration zustande käme, würden diese Staaten nicht besonders unzufrieden sein. Anders verhalte es sich mit Finnland. In der Deklaration könne man Finnland entweder ausschließen oder aber die baltischen Staaten allgemein nennen, ohne sie einzeln aufzuzählen. Diese könnten dann selbst entscheiden, ob Finnland darin enthalten sei oder nicht. Finnland drohe ja auch keine Gefahr, außerdem besitze es keine deutsche Minderheit. Die Sowjetunion sei bereit, das Deklarationsprojekt zum Abschluß zu bringen, doch müßte das möglichst schnell geschehen, da der Widerstand dagegen sich noch verstärken werde. Weiter bedauerte Litvinov, daß Beck nicht sofort nach





⁸⁹ Ebenda; Telegramm Becks an Sokolnicki vom 4.1. 1934, AAN, MSZ 6764.

⁹⁰ Izvestija vom 5.1. 1934; DVP XVII, S.764, Anm. 6. Auch die sowjetische Gesandtschaft in Riga ließ in einer Erklärung an die Presse mitteilen, daß die in der lettischen Presse veröffentlichten polnisch-russischen Pläne nicht der Wahrheit entsprächen. Die Mehrzahl der Rigaer Blätter bezeichnete dieses Dementi jedoch als unrichtig. Bericht und Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Riga vom 5.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Polnisch-sowjetischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

Moskau kommen könne. Falls Beck aber grundsätzlich für das Zustandekommen der Deklaration sei, so könnte man gemeinsam eine entsprechende Form finden, damit diese noch vor Becks Moskaureise zustande komme. Sie könnte sogar schon jetzt, also noch vor Becks Reise nach Genf, verabschiedet werden⁹¹. Am 11. Januar überbrachte Łukasiewicz die Antwort Becks auf Litvinovs Anregungen vom 7. Januar. Er wiederholte dabei noch einmal den Wunsch Becks, die Deklarationsfrage mit seinen Gesprächen während des geplanten Moskaubesuches zu verbinden. Es gebe noch einige Unklarheiten, die sich auf die Standpunkte Lettlands und Estlands bezögen. Auch wolle Beck sich noch über den durch Litauen eingenommenen Standpunkt näher informieren. Als Termin für einen Besuch Becks in Moskau nannte Łukasiewicz wiederum Mitte Februar.

Litvinov war davon nicht sehr angetan und versuchte Lukasiewicz zu überzeugen, daß wegen der Presseveröffentlichungen eine Beschleunigung in der Frage der Deklaration angebracht sei. Łukasiewicz reagierte darauf jedoch nicht, und Litvinov erklärte dann, daß er nur ungern mit dem Aufschub einverstanden sei. Er hob aber mit Nachdruck hervor, daß er zur Kenntnis nehme, daß die positive Einstellung Becks sich nicht geändert habe und daß es nur um den richtigen Zeitpunkt gehe sowie um die endgültige Redaktion der Erklärung, die vor allem die negative Haltung Finnlands berücksichtigen werde. Weiter betonte Litvinov, daß die Deklaration Ausdruck der Annäherung und Zusammenarbeit Polens und der UdSSR sein solle. Er habe nichts dagegen, daß auch andere Staaten sich an der Deklaration beteiligten, jedoch sollten sich diese der polnisch-sowjetischen Deklaration erst nach deren Verkündung anschließen können.

Lukasiewicz seinerseits informierte Litvinov im Auftrage Becks über einen Vorschlag der deutschen Regierung, mit Polen einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Darüber hätten, so der Gesandte, bereits Verhandlungen begonnen. Mit Nachdruck hob er gemäß den von Beck erhaltenen Instruktionen hervor, daß diese deutsch-polnischen Gespräche ausschließlich bilateralen Charakter hätten und daß nicht vorherzusehen sei, ob und wie schnell sie abgeschlossen werden könnten⁹². Die offizielle Benachrichtigung über die deutsch-polnischen Verhandlungen sowie die polnische Hinhaltetaktik in der Deklarationsfrage, die Litvinov bereits durchschaut hatte⁹³, führten zu einer taktischen Umorientierung der sowjetischen Haltung gegenüber Polen, auch in der Deklarationsfrage.

Moskaus Mißtrauen gegenüber dem Inhalt der polnisch-deutschen Gespräche war trotz wiederholter Erklärungen polnischer Politiker, diese beträfen ausschließlich bi-

⁹³ Im Gespräch mit Łukasiewicz am 1.2. 1934 sagte Litvinov diesem offen ins Gesicht: Polen habe in der Deklarationsfrage bei grundsätzlicher Einwilligung auf Zeitgewinn hingearbeitet, um eine Situation zu schaffen, in der die Deklaration nicht mehr annehmbar sei; Telegramm Łukasiewiczs vom 1.2. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. auch Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 176; Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3.2. 1934, AAN, MSZ 6764.



⁹¹ Telegramm und Bericht Sokolnickis vom 7.1. 1934, AAN, MSZ 6764; DVP XVII, S.764, Ann. 5.

⁹² Telegramme Łukasiewiczs Nr.6 und 7 vom 11.1. 1934 sowie dessen politischer Bericht vom 16.1. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. DVP XVII, Nr. 11, S.37ff.

laterale Probleme und es gebe außer der Nichtangriffserklärung keine weiteren Vereinbarungen⁹⁴, nicht gewichen. Die sowjetische Partei- und Regierungspresse bemühte sich, möglichst viele kritische Pressestimmen aus dem Ausland zur deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung zu zitieren - damit darauf hinweisend, daß nicht nur die Sowjetunion dieses Vertragswerk mit Skepsis betrachte. Die Izvestija fragten gar: "Was für Kompensationen wurden den Deutschen versprochen und auf wessen Kosten, damit diese auf eine gewaltsame Revision ihrer Grenzen zu Polen verzichteten? 495 Unter der Überschrift "Begründete Zweifel" zitierte die Pravda ausländische Pressestimmen, in denen dargelegt worden war, daß in den deutsch-polnischen Gesprächen auch über eine Teilung Osteuropas zwischen Polen und Deutschland für den Fall eines Krieges gesprochen worden sei. Danach hätte Hitler den Polen für den "Korridor" und Schlesien Litauen, Teile Lettlands, Weißrußlands und der Ukraine mit Odessa versprochen⁹⁶. Am deutlichsten kam die Unzufriedenheit über die polnische Außenpolitik in der Rede Stalins auf dem 17. Parteitag der KPdSU(b) vom 26. Januar 1934 zum Ausdruck, in der er von "Überraschungen und Zickzackbewegungen der Politik, z.B. in Polen, wo die sowjetfeindlichen Stimmungen noch stark sind", sprach⁹⁷. Die Izvestija veröffentlichten auf der ersten Seite eine Grußadresse der in Polen verbotenen Kommunistischen Partei Polens (KPP) an den Parteitag, was von polnischer Seite als besonderer Tiefschlag angesehen wurde⁹⁸. Pressekampagne, Stalinrede und KPP-Aufruf hatten nach Einschätzung Łukasiewiczs das Ziel, Druck auf Polen auszuüben; Warschau sollte dazu gezwungen werden, in der Außenpolitik größere Rücksicht auf Moskau zu nehmen, um in diesem konkreten Fall den Beck-Besuch in Moskau und das Zustandekommen der baltischen Deklaration einer Realisierung näher zu bringen. Diese Deklaration sähen die Sowiets als echten Prüfstein der Aufrichtigkeit der polnischen Politik gegenüber der UdSSR an⁹⁹. Angesichts dieser Haltung sowie im Einklang mit den von Beck erhaltenen Richtlinien glaubte Łukasiewicz, daß es nun vor allem darum gehen müsse, den sowjetischen Politikern auf längere Sicht die Lust zu nehmen, auf Polen öffentlichen Druck auszuüben. Da man dies in seinen Augen nicht auf dem Weg des Gesprächs erreichen könne, sei es das Beste, den Russen mitzuteilen, daß Polen unter den augenblicklichen Bedingungen die baltische Deklaration nicht mehr für aktuell ansehe. Gleichzeitig solle Beck seine "Bereitschaft zu Gesprächen mit der Regierung der UdSSR über alle beide Länder interessierende Fragen sowie ebenfalls zum Besuch in Moskau" betonen. "Auf diese Weise geben wir den sowjetischen Stellen einen überzeugenden Beweis dafür, daß es zwecklos ist, uns gegenüber die Taktik irgendeines Drucks anzu-

⁹⁴ Vgl. Dokumenty i materiały VI, Nr. 100, S. 172; Nr. 101, S. 173.

⁹⁵ Izvestija vom 29.1. 1934.

[%] Pravda vom 5.2. 1934.

⁹⁷ DVP XVII, Nr. 28, S. 85. Die Rede wurde an dem Tag gehalten, an dem die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung veröffentlicht wurde.

⁹⁸ Izvestija vom 31.1. 1934. Łukasiewicz nannte den Aufruf "provokant" und "ordinär". Telegramm Łukasiewiczs vom 1.2. 1934 und Brief an Beck vom 3.2. 1934, AAN, MSZ 6764.

⁹⁹ Ebenda.

wenden, andererseits betonen wir unseren guten Willen und erleichtern Herrn Litvinov den für beide Seiten erwünschten Ausweg aus der Situation. "100 Des Hinweises, daß die Gelegenheit für einen Schlußstrich unter die Deklarationsfrage günstig sei, bedurfte es bei Beck nicht mehr. Vier Tage nach Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 hatte Beck bereits in einem Telegamm an Łukasiewicz angedeutet, daß für ihn die Deklaration nicht mehr aktuell sei und ihn gebeten, Litvinov die Unzufriedenheit der polnischen Regierung über die Rede Stalins auszudrücken¹⁰¹. Łukasiewicz suchte Litvinov am 1. Februar auf. Er begann seine Darlegungen in einem "aggressiven Ton"102. Litvinov erwiderte, daß die Zweifel, die Stalin über die polnische Politik geäußert habe, nicht aus dem Pakt mit Deutschland resultierten, sondern aus dem polnischen Verhalten gegenüber allen sowjetischen Vorschlägen über gemeinsame politische Schritte, insbesondere hinsichtlich der baltischen Deklaration. Polen habe auf Zeit gespielt und eine Situation schaffen wollen, in der die Deklaration nicht mehr zustande kommen könne. Nur ein Besuch Becks in Moskau und die Annahme der Deklaration könnten die Situation klären und einen weiteren Schritt in Richtung Annäherung darstellen¹⁰³. Łukasiewicz antwortete darauf, er sei nicht ermächtigt, irgendetwas über den geplanten Besuch Becks in Moskau zu sagen, aber er persönlich zweifle jetzt an dessen Zustandekommen, da er in einer ganz anderen Atmosphäre geplant worden sei. Was die Deklaration angehe, so könne sie nach seiner persönlichen Meinung jetzt wegfallen¹⁰⁴.

Litvinov reagierte darauf verärgert. Er müsse nun seiner Regierung mitteilen, daß der polnische Gesandte nichts Konkretes zum Besuch Becks sowie zur baltischen Deklaration mitgebracht habe; und das werde nur den Eindruck vertiefen, dessen Ausdruck die Rede Stalins gewesen sei¹⁰⁵. Von Łukasiewicz wurde diese Reaktion Litvinovs als Höhepunkt des sowjetischen Versuchs angesehen, die polnische Außenpolitik im Sinne Moskaus zu beeinflussen¹⁰⁶.

Um dem Deklarationsspiel ein Ende setzen zu können, bat Łukasiewicz Warschau um definitive Instruktionen, für die er am Tag darauf Beck auch noch die notwendigen Empfehlungen unterbreitete¹⁰⁷.

Łukasiewicz hatte die polnische Absage Litvinov gegenüber psychologisch gut vorbereitet. Er hatte den polnischen Ausstieg angedeutet, aber vorgegeben, noch kei-



¹⁰⁰ Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3.2. 1934, ebenda.

Telegramm Becks an Łukasiewicz vom 30.1. 1934, ebenda. Beck hatte in dieser Angelegenheit auch den sowjetischen Gesandten zu sich gebeten; Dokumenty i materialy VI, Nr. 101, S. 173.

Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung, ebenda, Nr. 102, S. 174.

¹⁰³ Telegramme Łukasiewiczs Nr. 1 und 2 vom 1.2. 1934, AAN, MSZ 6764.

Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung, Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 175. Łukasiewiczs Aufzeichnung in: Telegramme Nr. 1 und 2 vom 1.2. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. auch das Telegramm Becks vom 30.1. 1934, in: Ebenda.

¹⁰⁵ Telegramme Łukasiewiczs Nr. 1 und 2 vom 1.2. 1934 sowie Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3.2. 1934. ebenda.

Ebenda. Litvinovs ausführliche Gesprächsaufzeichnung, in: Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 174ff.

¹⁰⁷ Vgl. S. 57.

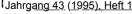
ne entsprechenden Informationen zu haben; sogar den Beckbesuch in Moskau hatte er in Zweifel gezogen. Bei seinem nächsten Gespräch mit Litvinov am 3. Februar konnte er nun die freudige Nachricht überbringen, Beck werde doch nach Moskau kommen, zugleich aber seine Vermutung, daß die Deklaration obsolet sei, bestätigen¹⁰⁸. Litvinovs Reaktion war zwiespältig. Den Besuch Becks hielt er nach wie vor für "sehr angebracht", während er die polnische Begründung für die Absage als nicht stichhaltig ansah.

Diese von polnischer Seite vorgebrachten Gründe waren: 1. Die negative Haltung Finnlands, 2. die Reaktion in Litauen, die den Interessen Polens schadete¹⁰⁹, 3. der kategorische Charakter des TASS-Dementis vom 4. Januar 1934.

Litvinov fiel es nicht schwer, diese Argumente als "absolut unglaubwürdig" zu widerlegen. Er verwies auf die Zusicherungen Becks und Łukasiewiczs, daß auch nach der Ablehnung Finnlands die Deklaration weiterhin aktuell sei; Łukasiewicz sei sogar damit einverstanden gewesen, Finnland in diesem Fall aus der Reihe der zu garantierenden Staaten zu streichen. Er frage sich, so folgerte Litvinov, was sich seit dieser Zeit geändert habe, daß die Haltung Finnlands nun als Hindernis für das Zustandekommen der Deklaration angesehen werde.

Was die Rede Zaunius' angehe, fuhr Litvinov fort, so kenne er diese nicht, aber selbst wenn Zaunius das gesagt haben sollte, was ihm zugeschrieben werde, so sehe er keinen Zusammenhang mit der Deklaration. Diese werde ausschließlich von Beck und ihm gemacht, so daß Zaunius keine Gelegenheit haben werde, irgendwelche Fragen zu stellen. Die Deklaration ändere nichts an der Position Litauens und Polens zur Wilna-Frage. Zaunius könne über Wilna reden soviel er wolle, die Deklaration würde das nicht berühren.

Die Argumentation mit dem TASS-Dementi hielt Litvinov für "ganz unverständlich". Abgesehen davon, daß das Dementi einer Nachricht über einen Pakt gegolten habe, in dem die Neutralität der baltischen Staaten garantiert werden sollte, was nicht Absicht der Deklaration gewesen sei, habe Beck noch nach den Presseveröffentlichungen und dem TASS-Dementi seine Bereitschaft zur Realisierung der Deklaration erklärt. Aus allem könne er, Litvinov, nur folgern, daß die Entscheidung der polnischen Regierung andere Gründe habe als die, die ihm genannt worden seien. Seiner Meinung nach, fuhr Litvinov fort, sei die Deklaration "nun nach dem polnisch-deutschen Vertrag" noch "nötiger als vorher". Das bewiesen besorgte Reaktionen aus Estland und Lettland, die die Deklaration jetzt begrüßen würden¹¹⁰. Wenn



Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



¹⁰⁸ Bereits am 12.1. 1934 hatten die polnischen Gesandten in Tallinn, Riga und Helsinki Instruktionen zur Information der dortigen Regierungen über die endgültige polnische Deklarationsabsage erhalten. Telegramme vom 12.1. 1934, AAN, MSZ 6764.

In einer Rede von Mitte Januar hatte der litauische Außenminister in Panevezys gesagt, die geplante Deklaration gebe Litauen die Möglichkeit, die Wilna-Frage von neuem auf die Tagesordnung zu setzen; Dokumenty i materiały VI, Nr. 101, S. 174, Anm. 2; ebenda, Nr. 102, S. 175; ebenda, Nr. 103, S. 179. Brief Stomonjakovs an Antonov-Ovseenko vom 4.2. 1934, DVP XVII, Nr. 42, S. 108.

Der lettische Außenminister Salnais war jedenfalls der Meinung, daß die deutsch-polnische Erklärung den "Geist des Friedens" stabilisiere. Darüber hinaus sah er darin einen weiteren Vorteil:

Beck früher mit der Deklaration einverstanden gewesen sei, so habe er damals augenscheinlich gemeint, sie liege auch im Interesse Polens. Ebenfalls sollte nicht vergessen werden, daß die Idee für eine Zusammenarbeit im Baltikum von Beck ausgegangen sei; er habe diese Idee nur mit einem konkreten Inhalt gefüllt¹¹¹.

Litvinov hatte die polnische Taktik durchschaut; er konnte aber nicht wissen, daß Polen zu keinem Zeitpunkt die Absicht gehabt hatte, eine polnisch-russische Deklaration über die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu unterzeichnen – zumindest nicht in der von Litvinov vorgeschlagenen Form.

Für Polen war der sowjetische Vorschlag zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt gekommen. Es war gerade dabei, seine Beziehungen zu Deutschland auf eine neue Ebene der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Gewaltverzichts zu heben. Litvinovs Vorschlag vom 14. Dezember 1933 konnte daher nur als der Versuch eines Störmanövers angesehen werden. Polen hatte aber nicht den Mut zu einer sofortigen Ablehnung, da eine solche ohne Zweifel zu einer starken Belastung des Verhältnisses zur Sowjetunion geführt und den in Moskau ohnehin vorhandenen Eindruck verstärkt hätte, Polen arbeite mit Hitlerdeutschland zusammen.

Es gab für Polen aber noch gewichtigere Gründe, die eine Annahme des sowjetischen Vorschlags von vornherein ausschlossen.

Daß der Vorschlag Litvinovs, die Deklaration ohne vorherige Sondierungsgespräche in den baltischen Staaten zu unterzeichnen, für Polen auch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht annehmbar war, ist bereits hervorgehoben worden. Aber selbst eine Deklaration, in der die Unabhängigkeit der baltischen Staaten mit deren Einverständnis erklärt worden wäre, wäre in dieser pauschalen Form für Polen nicht akzeptabel gewesen, weil "ein Interesse für die litauische Unabhängigkeit allen bisherigen polnischen Aspirationen zuwiderläuft", wie der deutsche Gesandte in Kaunas ganz zutreffend anmerkte¹¹².

Es gehörte in der Tat zu den wichtigsten Zielen der polnischen Außenpolitik, umso mehr noch zu Lebzeiten Piłsudskis¹¹³, eine wie auch immer geartete polnisch-litauische Union zu realisieren, denn nur eine solche konnte nach polnischer Auffassung den Ansprüchen Polens im baltischen Raum voll gerecht werden. Beck hielt noch Ende 1936 im Falle einer mitteleuropäischen Krise einen "Marsch nach Kowno" zur Sicherung dieser Ansprüche für möglich¹¹⁴. Und Łukasiewicz deutete sogar im Gespräch



Litauen würde jetzt seinen natürlichen Verbündeten, Estland und Lettland, näherrücken. Nach einem Bericht des französischen Gesandten in Riga, DDF 1. V, Nr. 301, S. 575 f.

¹¹¹ Aufzeichnung Litvinovs vom 3.2. 1934, Dokumenty i materiały VI, Nr. 103, S. 179f.

Politischer Bericht Zechlins aus Kaunas vom 26.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetischpolnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

¹¹³ Józef Piłsudski entstammte einer – ursprünglich litauischen – polnischen Adelsfamilie und war 1867 in der Nähe von Wilna geboren worden. Litauen und litauische Probleme waren zeitlebens eine Herzensangelegenheit Piłsudskis. Zu seinen Lieblingsideen gehörte eine enge Verbindung zwischen Polen und Litauen. Zu Leben und Werk Piłsudskis vgl. Wacław Jędrzejewicz, Józef Piłsudski 1867–1935. Życiorys, London ²1984.

¹¹⁴ Komarnicki (Hrsg.), Diariusz i Teki Jana Szembeka, Bd. 2, S. 354.

mit Litvinov an, daß eine Garantie der litauischen Unabhängigkeit durch Polen keine Selbstverständlichkeit sei, sondern eine "großmütige Entscheidung"¹¹⁵. Darüber hinaus gab es auf polnischer Seite grundsätzliche Bedenken gegenüber einer politischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, diese Bedenken resultieren aus historischen Erfahrungen, waren ideologisch begründet und reichten bis zu einer irrationalen Abneigung gegenüber allem, was russisch war¹¹⁶. Für die Moskaureise gab Piłsudski seinem Außenminister die Order mit, ungezwungen und ohne Heuchelei für eine freundliche Atmosphäre zu sorgen, jedoch sorgfältig darauf zu achten, sich nicht auf den glatten Weg einer politischen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ziehen zu lassen¹¹⁷.

Auf polnischer Seite traute man Moskau nicht. Jeder Beobachter der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere im benachbarten und durch Erfahrungen klug gewordenen Polen, mußte hinter dem sowjetischen Deklarationsvorschlag zweideutige Absichten und Pläne vermuten. Sowohl Beck als auch Łukasiewicz, so berichtete letzterer später, argwöhnten, daß Moskau sich mit dem Vorschlag Litvinovs eine Interventionsmöglichkeit in den baltischen Staaten schaffen wollte, die durch die angestrebte Deklaration von Polen auch noch bestätigt werden sollte¹¹⁸. Diese Gefahr wurde auch in Estland und Lettland erkannt. Das Tallinner Blatt Päewaleht schrieb in einem Leitartikel: "Litvinovs Erklärung über die baltischen Staaten könnte zum Teil als Versprechen aufgefaßt werden, die Selbständigkeit der baltischen Staaten zu garantieren, aber auch als Bedrohung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten, wenn Räterußland zu dem Schluß kommen sollte, daß die innerpolitischen Prozesse in den baltischen Staaten für es unannehmbar sind."119 Noch deutlicher formulierte es der frühere mehrmalige Staatsälteste Tönisson in einem Zeitungsartikel: "Schon die Tatsache, daß die Existenz der baltischen Staaten von dem Wohlwollen Rußlands und Polens abhängig gemacht würde, müßte eine unmögliche außenpolitische Lage schaffen. Die baltischen Staaten würden vor der ganzen Welt als freiwillige Vasallen der slawischen Staaten erscheinen." Für äußerst gefährlich hielt er mögliche spätere Zusatzklauseln oder Erläuterungen zur Deklaration. Durch solche Sonderabmachungen könnten die beiden Schirmherren das Baltikum in zwei Interessenssphären aufteilen, wobei Litauen und Lettland dem polnischen Einfluß ausgeliefert würden, während Estland und Finnland den Rahmen für das russische "Fenster nach Europa" bilden würden¹²⁰. Daß es der Sowjetunion um die Jahreswende 1933/34



¹¹⁵ Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 3.2. 1934, Dokumenty i materialy VI, Nr. 103, S. 179f.

¹¹⁶ Vgl. Jürgen Pagel, Polen und die Sowjetunion 1938–1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik, Stuttgart 1992, S. 107 ff., S. 144, S. 313 ff.

¹¹⁷ Beck, Dernier Rapport, S.55; ders., Ostatni raport, S.66. Becks Moskau-Besuch fand vom 13.– 15.2. 1934 statt.

¹¹⁸ Łukasiewiczs Gedächtnisprotokoll vom 22.4. 1943, in: Jędrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Paris, S. 379.

¹¹⁹ Zit. nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Tallinn vom 4.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

¹²⁰ Zit. nach dem Politischen Bericht des Gesandten Reinebek aus Tallinn vom 22.1. 1934, ebenda. Zum Gesamtproblem vgl. Pagel, Polen und die Sowjetunion, S. 205 ff., S. 234 ff., S. 320.

um mehr als nur um die Unabhängigkeit der baltischen Staaten ging, scheint sicher. Darauf deutet nicht nur der Wortlaut der geplanten Deklaration hin, sondern auch das Verhalten Moskaus während der Gespräche über die Deklaration. Schon die nähere Umschreibung der Staaten, deren Unabhängigkeit garantiert werden sollte, nämlich "die aus dem Bestand des ehemaligen russischen Reiches ausgeschieden sind", war ein Hinweis darauf, daß die Sowjetunion diese Staaten noch immer als zum sowjetrussischen Interessensgebiet gehörig betrachtete. Daß Polen und die Sowjetunion sich verpflichten sollten, im Falle einer Gefahr für die "völlige wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit" dieser Staaten untereinander Kontakt aufzunehmen, zeigte den Weg auf, wie diese Staaten von ihrem Wohlwollen abhängig gemacht werden sollten. Die Frage, wann Gefahr im Verzug und was dagegen zu unternehmen sei, konnte im Zweifelsfalle die Sowjetunion als der mächtigere und militärisch stärkere Partner auch alleine entscheiden; implizit tat sie das bereits vor dem Inkrafttreten der Deklaration, als Litvinov die wirtschaftliche Abhängigkeit der baltischen Staaten von Deutschland konstatierte und damit den Fall der Fälle für gegeben hielt.

Auch die Versuche Litvinovs, die Deklaration bis zu ihrer endgültigen Redaktion vor den baltischen Staaten geheimzuhalten, lassen ebensowenig Gutes vermuten wie die unzutreffende Darstellung der sowjetischen Gesandten in den baltischen Hauptstädten, die Deklaration solle in Form einer polnisch-sowjetischen Deklaration in Berlin vorgebracht werden; letzteres verfolgte den Zweck, das Mißtrauen im Baltikum zu zerstreuen und Aufmerksamkeit auf eine konkrete Gefahr zu lenken. Wäre es der Sowjetunion tatsächlich um die Unabhängigkeit der baltischen Staaten gegangen, so hätte sie nach den Indiskretionen in der Presse die Nachricht über die polnisch-russischen Gespräche bestätigen und zusätzlich mit der entschiedenen Erklärung versehen können, daß sie die Unabhängigkeit der baltischen Staaten mit allen Mitteln verteidigen werde, anstatt sich auf ein Dementi zurückzuziehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß das TASS-Dementi ausdrücklich dem Daily Herold und nicht der lettischen und finnischen Presse galt, die mit ihren Meldungen der Realität viel näher gekommen waren.

Auch die Eile und Hartnäckigkeit, mit der Litvinov die Deklaration durchzusetzen versuchte, stimmt mißtrauisch. Selbst nach der endgültigen polnischen Absage vom 3. Februar 1934 wollte er noch zu einer Übereinkunft mit Polen über die baltischen Staaten kommen. An diesem Tag erkundigte er sich nach möglichen Gesprächsthemen für den Beck-Besuch. Er fragte, ob Beck auch über baltische Fragen sprechen wolle, ob dieser eine Möglichkeit sehe, irgendeine Anmerkung über das Baltikum im Abschlußcommuniqué unterzubringen¹²¹, oder ob Beck darüber "schon mit jemand anderem" spreche¹²². Diese Bemerkung sollte vor allem provozieren, sie läßt zugleich aber auch die sowjetischen Absichten deutlich werden. Nach Łukasiewiczs Meinung war dieser Seitenhieb Ausdruck einer "wirklich tiefen Beunruhigung über die Rich-



¹²¹ Telegramm Łukasiewiczs vom 3.2. 1934, AAN, MSZ 6764.

¹²² Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3.2. 1934, ebenda.

tung der polnischen Politik", insbesondere im Baltikum¹²³. Diese Zweifel an der Politik Warschaus veranlaßten Litvinov auch zu der Frage, ob der Nichtangriffspakt mit Deutschland nicht die Bewegungsfreiheit der polnischen Außenpolitik im allgemeinen und im Baltikum im besonderen erheblich einschränke¹²⁴. Darauf kam Litvinov auch beim Beck-Besuch zurück, doch vergeblich; Beck antwortete nur mehrmals auf deutsch: "Es geht nicht."125 Eine der Folgerungen, die Litvinov aus seinen Gesprächen mit Beck gezogen hatte, war: "Insbesondere entfällt endgültig die Möglichkeit irgendeiner gemeinsamen Aktion im Interesse der baltischen Staaten, und hier, so scheint es, gibt es entweder schon eine Vereinbarung mit Deutschland, oder es ist irgendeine Vereinbarung geplant."126 Litvinov ließ damit vorerst von der Sache ab, Polen für eine gemeinsame Politik im Baltikum zu gewinnen. Er ließ zwar seit Mitte Januar durch seinen Gesandten in Kaunas eine Alternative zur mißglückten baltischen Deklaration prüfen, Polen gegenüber brachte er sie aber nicht mehr ins Gespräch: Da Litauen der einzige Staat gewesen war, der fast uneingeschränkt positiv (bis auf den Hinweis auf das Wilna-Problem, der allerdings obligatorisch war und nicht überraschen konnte) auf die polnisch-sowjetische Deklaration reagiert hatte¹²⁷, lag der Gedanke nahe, nur die Unabhängigkeit Litauens in einer speziellen Erklärung zu garantieren. Am 15. Januar 1934 unterbreitete der sowjetische Gesandte Karskij der litauischen Regierung eine offizielle Démarche in Form einer mündlichen Erklärung, in der das Interesse der Sowjetunion und angeblich auch Polens an der litauischen Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht wurde. Polen habe sich, so der sowjetische Gesandte zu Zechlin, der sowietischen Initiative "überhaupt nicht gern" angeschlossen, sie aber auch nicht ablehnen wollen 128. Es scheint, daß die Reaktion Litauens auf den neuerlichen sowjetischen Vorschlag nicht gerade überschwänglich gewesen ist¹²⁹. Wohl nicht zuletzt deshalb geriet auch diese sowjetische Initiative in die Presse, und zwar geschah das nach dem gleichen Muster wie bei der ersten Presseindiskretion von Anfang Januar. Am 23. Januar deuteten die Uusi Suomi in Helsinki einen neuen Vorstoß der sowjetischen Regierung in der Garantiefrage an¹³⁰. Das russischsprachige Blatt Segodnja in Riga brachte einen Tag später in einem Korrespondentenbericht



¹²³ Telegramm Łukasiewiczs vom 3.2. 1934, ebenda.

¹²⁴ Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3.2. 1934, ebenda.

Litvinovs Aufzeichnung der Gespräche mit Beck in Moskau vom 13. und 14.2. 1934, Dokumenty i materiały VI, Nr. 107, S. 188f.; DVP XVII, Nr. 53, S. 135f. Litvinov zitiert die Worte auf deutsch. Das Gespräch ist sehr wahrscheinlich auf deutsch geführt worden. Beck sprach nicht russisch.

¹²⁶ Zu Litvinovs "Folgerungen" aus seinen Gesprächen mit Beck vgl. Dokumenty i materialy VI, S. 192; DVP XVII, S. 139.

Bericht des deutschen Gesandten Zechlin aus Kaunas vom 10.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

¹²⁸ Angaben Karskijs gegenüber Zechlin, Politischer Bericht Zechlins vom 26.1. 1934, ebenda; DDF 1. V, Nr. 253, S. 499; DBFP 2. VII, Nr. 546, S. 641; ebenda, Nr. 576, S. 644; ADAP C II, Nr. 240, S. 443.

Politischer Bericht Zechlins vom 26.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

¹³⁰ Bericht der deutschen Gesandtschaft in Helsinki vom 26.1. 1934, ebenda.

aus Kaunas weitere Ausführungen dazu. Danach hatte Karskij dem litauischen Außenminister erklärt, daß die Sowjetunion im Einvernehmen mit Polen vorschlage, Litauens Unabhängigkeit "getrennt" von den anderen baltischen Staaten zu garantieren. Dabei werde die sog. Wilna-Klausel beibehalten, d.h. die Anerkennung des Wilna-Problems als eine offene Frage in den Beziehungen zwischen Litauen und Polen. Das Blatt berichtete weiter, daß dieser Vorschlag in Kaunas mit Wohlwollen aufgenommen worden sei¹³¹. Diese Ausführungen Karskijs dürften den litauischen Außenminister zu der öffentlichen Bemerkung veranlaßt haben, daß in einer solchen Garantieerklärung auch die Interessen Litauens hinsichtlich Wilnas berücksichtigt werden müßten. Falls es zutreffen sollte, was der estnische Außenminister dem polnischen Geschäftsträger Anfang Januar mitgeteilt hatte, daß nämlich Zaunius persönlich ein Gegner der polnisch-sowjetischen Deklaration gewesen sei¹³², so ist es nicht ausgeschlossen, daß er das Wilna-Problem bewußt in einer öffentlichen Rede in den Zusammenhang mit der geplanten polnisch-sowjetischen Garantiedeklaration gebracht hat, um, die polnische Empfindlichkeit in dieser Frage kennend, zu provozieren und damit Polen einen willkommenen Anlaß für die Ablehnung des Vorschlages zu liefern. Auf diese Weise hatte sich eine heimliche litauisch-polnische Koalition zur Verhinderung der neuen sowjetischen Initiative gebildet¹³³. Der Wunsch, die litauische Unabhängkeit gesondert zu garantieren, entsprach durchaus sowjetischen Interessen, da nach Moskauer Auffassung wegen des Memelgebietes in erster Linie Litauen gefährdet war. Um Polen auf die neuen sowjetischen Pläne vorzubereiten, hatte das Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats, Boris S. Stomonjakov, am 13. Januar in einem langen Gespräch mit Łukasiewicz versucht, diesem die Gefahr vor Augen zu führen, die Deutschland für Litauen darstellte. Unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in Memel und angesichts möglicher Reaktionen von deutscher Seite befürchtete er, daß die "Hitlerowcy" einen Schlag gegen Litauen führen könnten¹³⁴. Litvinov wurde Łukasiewicz gegenüber noch konkreter. Er fragte ihn, ob die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung es Polen noch erlaube, "im Bedarfsfalle" aktiv auf einen deutschen Anschlag auf Litauen zu reagieren¹³⁵.

Die Sorge um die "Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Litauens" war eine der Stereotypen, die sowjetische Politiker polnischen Gesprächspartnern gegenüber häufig gebrauchten, sehr oft mit dem Zusatz: "Für uns ist es un-



³¹ Bericht des deutschen Gesandten Martius aus Riga vom 25. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten; DDF 1. V, Nr. 253, S. 500.

Der französische Gesandte berichtete, Zaunius habe ihm gesagt, daß das antideutsche Spiel der UdSSR klar sei; die Absichten Polens aber erschienen ihm sehr verdächtig; DDF 1. V, Nr. 262, S. 517.

Nach Zaunius' eigenen Worten hatte Litauen selbstverständlich nichts gegen zusätzliche Garantien seiner Sicherheit, "vorzugsweise" von den Großmächten und "insbesondere" von Deutschland, einzuwenden; DBFP 2. VII, Nr. 561, S. 637.

Politischer Bericht Łukasiewiczs vom 16.1. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. dazu Sergiusz Mikulicz, Kłajpeda w polityce europejskiej 1918–1939, Warschau 1976, S. 193 ff.; ADAP C II, Nr. 142, 214, 348

¹³⁵ Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3.2. 1934, AAN, MSZ 6764.

annehmbar, daß es [Litauen] von anderen Staaten geschluckt wird. an Damit sollte einerseits natürlich ein Hinweis auf mögliche deutsche Absichten in Litauen gegeben werden, andererseits aber auch eine deutliche Warnung an Polen ausgesprochen werden, die litauische Unabhängigkeit seinerseits nicht anzutasten. Im Zusammenhang mit dem neuen sowjetischen Vorstoß in Kaunas konnte die ständig wiederkehrende Formel aber auch als Angebot an Polen gedacht sein, gemeinsam mit der Sowjetunion die Unabhängigkeit Litauens zu garantieren bzw. darüber zu einer Übereinkunft zu gelangen. Darüber hinaus ließen sich mit einem solchen Abkommen auch deutsch-polnische Pläne hinsichtlich Litauens verhindern, denn ein Polen, das zusammen mit der Sowjetunion die Unabhängigkeit Litauens garantierte, konnte es nicht als Kompensation für den "Korridor" annektieren¹³⁷. Zu einem offiziellen Angebot an Polen, die Unabhängigkeit Litauens gesondert zu garantieren, kam es jedoch nicht. Moskau zweifelte daran, daß Polen ein solches Angebot annehmen würde, und war wohl auch nicht völlig überzeugt, daß Polen ernsthaft an einer Unabhängigkeit Litauens interessiert war.

Ob das bei der Sowjetunion der Fall war, erscheint allerdings ebenfalls zweifelhaft. Die Geschichte der Unabhängigkeit der baltischen Staaten ist auch die Geschichte der permanenten Versuche der Sowjetunion, Einfluß auf diese Staaten zu gewinnen¹³⁸. Für die Sowjetunion waren die baltischen Staaten der "wichtigste Schutzwall gegen den Westen", der sich aber auch als "Cordon oder Place d'Armes" gegen die Sowjetunion auswirken konnte¹³⁹. Die Sowjetunion war vor allem daran interessiert, daß die Unabhängigkeit des Baltikums nicht von außen, d.h. von Deutschland oder Polen bedroht wurde. In einer solchen Bedrohung von außen sah sie eine Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit. Eine sowjetische Einflußnahme in den baltischen Staaten war demnach nach sowjetischer Ansicht vor allem auch ein Akt der Selbstverteidigung¹⁴⁰. Sollte aber die Unabhängigkeit der "von der Entente geschaffenen Randstaaten"¹⁴¹ zur Diskussion stehen, so wollte die Sowjetunion unbedingt daran beteiligt sein. Da dieser Fall nach sowjetischer Auffassung eingetreten und ein polnisch-sowjetisches "Kondominium"¹⁴² am Widerstand Polens gescheitert war, kam



¹³⁶ Litvinovs Aufzeichnung über sein Gespräch mit Łukasiewicz am 20.2. 1934, Dokumenty i materiały VI, Nr. 109, S. 195; DVP XVII, Nr. 62, S. 156. Łukasiewiczs Aufzeichnung vom gleichen Tag, in: AAN, MSZ 6764.

¹³⁷ Darauf weist der deutsche Gesandte in Kaunas hin. Politischer Bericht Zechlins vom 26.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

¹³⁸ Vgl. dazu von Rauch, Geschichte, S. 99ff.

¹³⁹ So Karl Radek im Januar 1934 zu einem deutschen Journalisten in Moskau, ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

¹⁴⁰ Auch die Besetzung Afghanistans durch die Rote Armee im Dezember 1981 wurde als ein solcher Akt der Selbstverteidigung gesehen und offen zugegeben, Pravda vom 14.2. 1985.

¹⁴¹ So Radek einem deutschen Journalisten gegenüber, ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

¹⁴² Ausdruck des sowjetischen Gesandten in Kaunas, Karskij, zir. nach Zechlins politischem Bericht vom 10.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

Jürgen Pagel

als neuer Partner für die Durchsetzung der sowjetischen Ziele nur der zweite Interessent an den baltischen Staaten, Hitlerdeutschland, in Frage.

3. Die deutsch-sowjetischen "Protokoll"-Gespräche

Wieder war es Karl Radek, der den Boden für den neuen sowjetischen Vorstoß vorbereitete, und zwar wieder in einem Gespräch mit einem Journalisten, diesmal mit einem deutschen. Anfang Januar 1934 - die Gespräche mit Polen waren noch nicht gescheitert - sagte Karl Radek diesem Journalisten: "Wir wünschen eine Neutralisierung der baltischen Staaten durch einen internationalen Pakt. Das wäre eine Gelegenheit, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. So etwas ist ohne Deutschland nicht zu machen."143 Kaum hatte die polnische Regierung die Nichtangriffserklärung mit Deutschland unterzeichnet und ihr Desinteresse an einer konzertierten Aktion im Baltikum bekundet, begann man im sowjetischen Außenkommissariat zu überlegen, "welche Linie wir im Zusammenhang mit diesem Vertrag [der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung] in Bezug auf das Baltikum führen müssen"144. Die Überlegung mündete direkt in Litvinovs Garantievorschlag zugunsten der baltischen Staaten an Deutschland vom 28. März 1934¹⁴⁵. Das diesmal "Protokoll" genannte Dokument entsprach inhaltlich in etwa der Deklaration. Auch in dem Protokoll ging es um die "Erhaltung der vollen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten [...] die früher zum Bestand des ehemaligen russischen Reiches gehörten". Beide Regierungen sollten sich verpflichten, "in ihrer Außenpolitik unzerbrüchlich an der Notwendigkeit der Erhaltung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der erwähnten baltischen Staaten festzuhalten und jedwede Handlung zu vermeiden, die mittelbar oder unmittelbar dieser Unabhängigkeit Abbruch tun könnte".

Litvinov hatte aus der polnischen Absage gelernt. Das zeigte sich etwa daran, daß das Protokoll auch "anderen Ländern, die an dem vorliegenden Problem beteiligt sind, zum Beitritt" offenstehen sollte. Damit sollte dem Protokoll der Hauch der deutsch-russischen Exklusivität genommen und der Eindruck, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten sei ausschließlich eine deutsch-russische Angelegenheit, vermieden werden. Jedoch war Litvinov auch in der Endphase der polnisch-russischen

ADAP C II, Nr. 362, S. 666ff. Russischer Text in: PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Kurze Zusammenfassung des Inhalts auch in DVP XVII, S. 787, Anm. 99. Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 28.3. 1934, in: Ebenda, Nr. 94, S. 214f.



66

¹⁴³ ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

Stomonjakov in einem Brief vom 4.2. 1934 an Antonov-Ovseenko, DVP XVII, Nr. 42, S. 108. Der offizielle Herausgeber der DVP, das sowjetische Außenministerium, läßt seine Mitarbeiter hinter diesem zitierten Satz von Stomonjakov einen direkten Verweis auf die Dokumente Nr. 94 und 95 des Bandes machen, die den Vorschlag Litvinovs vom 28.3. 1934 an die deutsche Reichsregierung beinhalten, damit auf das Ergebnis des damaligen Überlegungsprozesses hinweisend, ebenda.

Verhandlungen über die Deklaration zu diesem Schritt bereit gewesen. Der Passus im Deklarationsentwurf, nach dem beide Staaten bei einer Gefährdung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten über die entstandene Situation beraten sollten (und der in den betroffenen Staaten wohl am meisten Mißtrauen geweckt hatte), war im Protokoll nicht mehr enthalten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Deklaration und Protokoll bestand ferner in der offiziellen sowjetischen Begründung für die Initiative. Während es nach Litvinovs Worten bei der Deklaration um "die Suche nach einer konkreten Form" zur Wahrung polnischer und sowjetischer Interessen im Baltikum gegangen war, sollte durch das Protokoll der beiderseitige "Wille nach guten Beziehungen zum Ausdruck gebracht" und konkretisiert werden.

Wie in der Deklaration, ging es auch im Protokoll "in erster Linie" um Estland, Lettland und Litauen¹⁴⁶. Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung meinte der deutsche Botschafter in Moskau, Rudolf August Nadolny, dazu, daß es wegen Estland und Lettland keine Schwierigkeiten geben würde, da diese Länder nur die Sowjetunion interessieren sollten. Anders verhalte es sich mit Litauen, das sich zwischen Deutschland und Polen befinde¹⁴⁷. Weitere Einwände erhob Nadolny wegen des Memel-Problems, "weil darin eine erneute Bekräftigung der Bestimmungen des Versailler Vertrags über das Memelgebiet erblickt werden könnte"¹⁴⁸. Wie Łukasiewicz bat Litvinov auch Nadolny "wiederholt um vertrauliche Behandlung" seines Vorschlags. Man müsse, so notierte Litvinov selbst, "die Zustimmung der baltischen Staaten kaum einholen, da das Protokoll ihnen in keinem Fall einen Nachteil bringt, sondern, im Gegenteil, ihre internationale Position stärkt"¹⁴⁹. Daß nach Litvinovs Meinung auch diesmal Eile geboten war, zeigt sein Wunsch, daß auch das Protokoll "in möglichst kurzer Frist" ratifiziert werden sollte¹⁵⁰.

Noch am selben Abend (28. März 1934), an dem der deutsche Botschafter mit Litvinov gesprochen hatte, gab Nadolny ein Essen zu Ehren des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten, Klimentij E. Vorošilov¹⁵¹, zu dem auch der stellvertretende Außenkommissar Nikolaj N. Krestinskij und andere führende sowjetische Vertreter geladen waren¹⁵². Nach dem Essen führten Vorošilov und Krestinskij mit Nadolny ein langes und interessantes Gespräch, das auch den Garantievorschlag Litvinovs vom gleichen Tag betraf, über den die sowjetischen Gäste Nadolnys unterrichtet waren, da sie "doch Mitglied[er] der Regierung" seien¹⁵³. Auch diesen Ge-



¹⁴⁶ ADAP C II, Nr. 362, S. 667.

¹⁴⁷ Diese Anmerkung befindet sich nicht in Nadolnys Aufzeichnung, ebenda. Aufzeichnung Litvinovs vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 94, S.214 f.

¹⁴⁸ Telegramm Nadolnys vom 28.3. 1934, ADAP C II, Nr. 362, S. 667.

¹⁴⁹ Aufzeichnung Litvinovs vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 94, S. 215.

¹⁵⁰ Telegramm Nadolnys vom 28.3. 1934, ADAP C II, Nr. 362, S. 667 f.

¹⁵¹ In einem Brief vom 23.1. 1934 an Staatssekretär von Bülow hatte Nadolny "die Rote Armee und ihren Chef, den mächtigen Woroschilow", "unsere Freunde" genannt; ADAP C II, Nr. 210, S. 399.

¹⁵² Nach Krestinskijs Aufzeichnung vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 95, S. 215.

¹⁵³ Telegramm Nadolnys vom 29.3. 1934, ADAP C II, Nr. 364, S. 669.

sprächspartnern gegenüber wiederholte Nadolny seine Bedenken wegen der Memelfrage. Ihn "verwirre", so notierte Krestinskij Nadolnys Bedenken, daß in dem Vertrag das Wort "Unversehrtheit" gebraucht werde. Für die deutsche Regierung sei das ein außergewöhnlich schwieriges Problem und kaum annehmbar. Gemäß Nadolnys Bericht habe Krestinskij daraufhin bemerkt, daß der Abschluß des Protokolls nicht an der Memelfrage zu scheitern brauche, "und beide Herren suchten mir das in längeren Ausführungen klarzumachen". Krestinskij habe dabei darauf hingewiesen, "daß [das] Protokoll von den ehemaligen Bestandteilen Rußlands spreche, worunter Memel nicht falle"154. Die "längeren Ausführungen", die Vorošilov und Krestinskij auf Nadolnys Einwand bezüglich der Memelfrage machten, lauteten: "Wir antworteten", so schrieb Krestinskij, "daß, wenn das Protokoll nur die Unabhängigkeit eines Staates garantiere, die Deutschen z.B. den Hafen von Libau einnehmen, ihn Lettland wegnehmen könnten. Die Unabhängigkeit Lettlands aber bliebe auch in den verkleinerten Grenzen ohne Libau bestehen. Ein solches Vorgehen, das eine völlig offenkundige Aggression gegenüber Lettland darstelle, würde in diesem Fall nicht dem Buchstaben dieses Protokolls widersprechen, da Lettland weiterhin unabhängig bliebe. Um die Möglichkeit einer solchen Auslegung des Protokolls auszuschließen, sprächen wir nicht nur von der Unabhängigkeit, sondern auch von der Unversehrtheit.

Nadolny sagte, daß, wenn die Nennung der Unversehrtheit erhalten bliebe, man einen Vorbehalt hinsichtlich des Memelgebiets machen müßte.

Wir sagten, daß ein solcher Vorschlag von deutscher Seite einen günstigen Verlauf der Gespräche kaum fördern würde. Wir äußerten dabei unsere Verwunderung, daß Deutschland sich so stark an einen unbedeutenden Fetzen seines früheren Territoriums klammere. Wir seien doch damit einverstanden, die Unversehrtheit der baltischen Staaten zu garantieren, ungeachtet dessen, daß Finnland, Estland und Lettland insgesamt und Litauen zum größten Teil auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches gelegen gewesen seien. Und Deutschland sei unentschlossen, unseren Vorschlag wegen des kleinen und unbedeutenden Memelgebietes anzunehmen.

Nadolny sagte, daß ihm die im Protokoll gebrauchte Formulierung ,die früher zum Bestand des Russischen Reiches gehörten' sehr gefalle. Diese Formulierung könnte Deutschland die Möglichkeit geben, ohne irgendwelche territorialen Vorbehalte auszukommen. Er persönlich sei sich darüber im klaren, welche Bedeutung der Abschluß des von Litvinov vorgeschlagenen Protokolls für die sowjetisch-deutschen Beziehungen habe. Er verstehe auch, wie eine negative Antwort Deutschlands ausgelegt werden würde. Deswegen werde er persönlich die deutsche Regierung zur Annahme unseres Vorschlages drängen."¹⁵⁵ Die von seinen Gesprächspartnern festgehaltenen Äußerungen entsprachen der politischen Überzeugung Nadolnys. Seit 1902 im Auswärtigen Dienst, deutschnational geprägt, stand Nadolny noch in der

¹⁵⁵ Aufzeichnung Krestinskijs über das Gespräch mit Nadolny vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 95, S 216ff



¹⁵⁴ Ebenda, S. 669 f.

Tradition der deutsch-russischen Zusammenarbeit. Seit November 1933 neuer Botschafter in Moskau, sah er seine Hauptaufgabe darin, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern und für eine deutsch-sowjetische Verständigung zu wirken¹⁵⁶. Da er Deutschland für eine Großmacht hielt und davon überzeugt war, daß auch die Sowjetunion "wieder ein Großfaktor der allgemeinen Politik" geworden war¹⁵⁷, meinte er, daß die deutschen außenpolitischen Ziele, wie er sie verstand, nur zusammen mit der Sowjetunion erreicht werden könnten. Diese Ziele waren seiner Meinung nach: "1. Ein Deutschland von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, 2. ein Mitteleuropa unter Deutschlands Führung und 3. eine Welt, in der Deutschland gleichberechtigte Großmacht ist"¹⁵⁸.

Daß zur Erreichung dieser Ziele sowohl "Polen und vielleicht auch noch Litauen Objekte unserer nationalen und mitteleuropäischen Ansprüche sein können", verstand sich für Nadolny von selbst. Ebenso selbstverständlich war es für ihn, daß als Partner "hinsichtlich des Ostens" nur die Sowjetunion in Frage kam¹⁵⁹. Das könnte seine Offenheit gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern erklären, die jedoch nicht in seinen entsprechenden Berichten nach Berlin zu Tage trat. Seit seinem Amtsantritt hatte er mit ansehen müssen, daß sich das Auswärtige Amt mehr und mehr aus der aktiven Rußlandpolitik zurückzog¹⁶⁰; Partei und Propagandaministerium übernahmen dessen Rolle. Die Devise des Auswärtigen Amtes gegenüber der Sowjetunion lautete fortan: "Kühle Reserve", die gleichzeitig auch als Anweisung an Nadolny erging¹⁶¹.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß Nadolny in den Berichten über seine Gespräche mit Litvinov und Vorošilov äußerst behutsam vorging¹⁶². Er hielt, so schrieb er, das Angebot Litvinovs "aus mancherlei Gründen" für "bedenklich", fügte aber hinzu: "Gleichwohl ist eine Ablehnung doch wohl nicht gut möglich." Er empfahl, der Sache "eine andere Wendung" zu geben, etwa "eine Erweiterung oder Vervollständigung des Berliner Vertrags"¹⁶³. Trotz Nadolnys leidenschaftlichem Engagement für irgendeine konstruktive Antwort an die Sowjetunion¹⁶⁴ gelang es ihm



¹⁵⁶ Rudolf Nadolny, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 145. Vgl. auch Mcmurry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 148.

¹⁵⁷ Politischer Bericht Nadolnys vom 9.1. 1934, ADAP C II, Nr. 171, S. 316.

¹⁵⁸ Nadolnys Aufzeichnung "Unser Verhältnis zu Sowjetrußland" als Anlage zu ebenda, S. 317.

Ebenda. Über Polen notierte Nadolny weiter: "Der heutigen Lage nach aber ist wohl Polen ein Gegenstand unserer Ansprüche, Rußland dagegegen nicht", ebenda, S. 318. Nadolny mußte sich daraufhin die Belehrung von Bülows gefallen lassen, "daß unser Blickfeld (und Sorgenkreis) größer ist". Brief von Bülows an Nadolny vom 12.2. 1934, ADAP C II, Nr. 251, S. 463.

¹⁶⁰ Dazu vor allem die Arbeit von Mcmurry, Deutschland und die Sowjetunion, S. 143 ff.

¹⁶¹ Weisung Neuraths an Nadolny vom 17.1. 1934, ADAP C II, Nr. 190, S. 366.

¹⁶² Nadolnys Bericht über sein Gespräch mit Vorošilov und Krestinskij umfaßt lediglich eine halbe Seite, Krestinskijs Aufzeichnung darüber 41/2 Seiten. Nadolny scheint über das Gespräch keinen weiteren offiziellen Bericht angefertigt zu haben.

¹⁶³ Telegramm Nadolnys vom 28.3. 1934, ADAP C II, Nr. 362, S. 668. Nadolnys Reaktion auf das Angebot Litvinovs glich der Reaktion Łukasiewiczs. Die Beweggründe beider dafür waren jedoch sehr unterschiedlich.

¹⁶⁴ ADAP C II, Nr.n. 375, 376, 382, 390, 391, 396, 398.

nicht, die endgültige deutsche Absage zu verhindern, die er dann am 14. April 1934 Litvinov überbrachte¹⁶⁵. Hatte Litvinov am Beginn der Gespräche um Vertraulichkeit gebeten, so war es nach der deutschen Absage Nadolny, der Litvinov gegenüber "die Zuversicht ausdrückte", daß die sowjetische Seite "die Sache nicht veröffentlichen werde". Man fürchtete nämlich, die Sowjets könnten die deutsche Ablehnung propagandistisch für sich ausnutzen. Litvinov sah es jedoch als seine "Pflicht an, die interessierten Staaten zu benachrichtigen", worauf Nadolny ihn "erregt zu überzeugen versuchte", dies nicht zu tun¹⁶⁶. Moskau ließ sich dadurch nicht beeindrucken. Die sowjetischen Gesandten informierten wiederum z.T. vor deren deutschen Kollegen die interessierten Staaten. In Kaunas setzte Karskii wahrscheinlich Außenminister Zaunius davon in Kenntnis, daß Deutschland den sowjetischen Vorschlag "nur wegen Litauen" abgelehnt habe167. Wie beim polnisch-sowjetischen Deklarationsvorschlag kam das positivste Echo auf die deutsche Ablehnung aus Helsinki¹⁶⁸. Die Regierungen in Riga und Tallinn äußerten zwar mehr oder weniger Verständnis für die deutsche Haltung, wollten aber die Gelegenheit nutzen, die deutsche Regierung zu einer positiven Stellungnahme zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu veranlassen¹⁶⁹. Die deutsche Regierung versuchte jedoch, einer solchen Stellungnahme mit dem Hinweis auszuweichen, sie habe in ihrer Antwort an die sowjetische Regierung festgestellt, daß "die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten nach Ansicht der deutschen Regierung in keiner Weise bedroht" sei, und sie ließ den deutschen Gesandten in Riga wissen, daß sie nicht die Absicht habe, über diese Feststellung hinaus "den russischen Gedanken auf andere Weise weiter zu verfolgen"¹⁷⁰. Nicht zuletzt diese durchsichtige deutsche Haltung veranlaßte die lettische Regierung, an die Öffentlichkeit zu treten, um die deutsche Regierung durch öffentlichen Druck doch noch zu der von ihr gewünschten Stellungnahme zu zwingen. Am 25. April veröffentlichte die lettische Nachrichtenagentur eine amtliche Meldung zum russischen Garantievorschlag und der ablehnenden deutschen Haltung¹⁷¹.

Unter der Überschrift "Hitlerdeutschland weigert sich, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten anzuerkennen. Eine Warnung an die baltischen Staaten" eröffnete noch am gleichen Tag der in Riga erscheinende Sozialdemokrats¹⁷² eine mehrwöchige Kampagne vor allem in der baltischen, aber auch in der deutschen Presse über



Ebenda, Nr. 390, 398, 401. Russischer Text der deutschen Absage in DVP XVII, Nr. 139, S. 284ff. Litvinovs Gesprächsaufzeichnungen vom 14.4. und 21.4. 1934, ebenda, Nr. 126 und Nr. 140, S. 260f. bzw. S. 286f. Vgl. auch Nadolny, Mein Beitrag, S. 167ff.; ADAP C II, Nr. 488, S. 863 sowie Anm. 3, S. 864.

Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 21.4. 1934, DVP XVII, Nr. 140, S. 287; ADAP C II, Nr. 414, S. 746 sowie Anm. 2, S. 745, Nr. 425, S. 758 f.

¹⁶⁷ ADAP C II, Nr. 416, S.747; vgl. auch DVP XVII, Nr. 143, S. 293 f. sowie Anm. 133, S. 793 f.

¹⁶⁸ ADAP C II, Nr. 421, \$.752.

¹⁶⁹ Ebenda, Nr. 417, S. 748 f.; Nr. 418, S. 749 f.; Nr. 430, S. 769 f.

¹⁷⁰ Ebenda, Nr. 425, S. 759; vgl. auch Nr. 430, S. 769 f.

Wortlaut der LTA-Meldung, in: PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-so-wjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

¹⁷² Wortlaut des Artikels in deutscher Übersetzung, ebenda.

den sowjetischen Vorschlag und die deutsche Haltung dazu. Die in Riga erscheinende Latvia schrieb unter der Überschrift "Sonderbare Verhandlungen der 'fürsorglichen Onkel' über das Wohl der Baltischen Staaten":

"Es ist sonderbar, daß die baltischen Staaten bei den stattgefundenen deutsch-russischen Verhandlungen überhaupt nicht zur Teilnahme aufgefordert worden sind, sondern daß diese immer hinter ihrem Rücken stattgefunden haben, wobei die 'fürsorglichen Onkel' sich ihrer immer erst dann erinnert haben, wenn die Verhandlungen ohne jegliches Resultat verlaufen waren."¹⁷³

Das Waba Maa aus Tallinn erinnerte an den gescheiterten sowjetischen Deklarationsvorschlag an Polen und stellte dann fest, daß man es in beiden Fällen nicht für nötig gefunden habe, die beteiligten baltischen Staaten zu informieren oder ihr Einverständnis einzuholen. In beiden Fällen seien die "Vormünder" augenscheinlich nicht so sehr an der Garantie der baltischen Staaten interessiert gewesen, als vielmehr daran, sich durch diese Aktion gewisse Spielräume zu eröffnen. Rußland habe öffentlich gesagt, daß es durch das Garantieprotokoll seine Beziehungen zu Deutschland regeln und vorbessern wolle¹⁷⁴. Auch Waba Söna stellte fest, daß nicht die Garantie der Selbständigkeit der baltischen Staaten Objekt der Verhandlungen gewesen sei, sondern die russisch-deutschen Beziehungen als solche oder, richtiger, ein Teil derselben, nämlich die baltische Politik dieser Staaten. Zu den sowjetischen Beweggründen, die dieser Initiative zugrundelagen, meinte das Blatt, daß der in Deutschland herrschende "Drang nach Osten" zur Eroberung der baltischen Staaten führen könne; da Rußland es für wichtig halte, daß keine andere Großmacht ihm in der Ostsee zu nahe rücke, sei es natürlich alarmiert gewesen. Daher habe es das Übel an der Wurzel packen wollen und Deutschland ehrlich und offen erklärt: "Wir fürchten, daß ihr das Baltikum erobern wollt, womit wir uns niemals abfinden können. Ihr fürchtet dasselbe von uns. Wir wollen uns einigen, daß keiner die baltischen Staaten zu erobern oder sonstwie unter seinen Einfluß zu bringen versuchen wird."175

Das Waba Söna hatte damit die Interessenlage der Sowjetunion zwar richtig erkannt, ob diese aber ihre Interessen im Baltikum durch die Schaffung einer "indirekten Interessenssphäre" tatsächlich als gesichert ansah, erscheint zweifelhaft. Moskau ging es in erster Linie um die Anerkennung der baltischen Staaten, "die früher zum Bestand des ehemaligen russischen Reichs gehörten", als ihre direkte Interessenssphäre. Der Hinweis auf die frühere Zugehörigkeit zum Zarenreich sollte einerseits die besondere Fürsorgepflicht auch der Sowjetunion gegenüber diesen Staaten unterstreichen, andererseits aber dem deutschen Partner eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessenssphären andeuten. Der Hinweis des stellvertretenden Außenkommissars Krestinskij dem deutschen Botschafter Nadolny gegenüber, daß das im Protokoll umschriebene Terri-



¹⁷³ Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Riga vom 26.4. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Sraaten.

¹⁷⁴ Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Tallinn vom 28.4. 1934, ebenda.

¹⁷⁵ Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Tallinn vom 30.4. 1934, ebenda.

torium das Memelgebiet nicht einschließe, sollte eine Interpretationshilfe darstellen. Der Sowjetunion ging es weniger um eine Garantie der Unabhängigkeit der "von der Entente geschaffenen Randstaaten" (Radek)¹⁷⁶ als vielmehr um das Territorium dieser Staaten, das früher zum Zarenreich gehört hatte. Auch Krestinskijs Erläuterungen auf Nadolnys Einwand, daß ihn das Wort "Unversehrtheit" störe, lassen die sowjetischen Absichten erkennen. Als Beispiel dafür, daß die Unabhängigkeit eines Staates auch erhalten bliebe, falls dessen Unversehrtheit durch Deutschland angetastet werde, nannte Krestinskij nicht Memel und Litauen, was in diesem Fall nahegelegen hätte, sondern Libau und Lettland. Damit zog der stellvertretende Außenkommissar eine klare Grenze zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Interessensgebiet: Memel bleibe Deutschland überlassen, über den eisfreien "Hafen Libau" aber lasse die Sowjetunion nicht mit sich reden, das sei sowjetisches Interessensgebiet¹⁷⁷. Angesichts dieses Verständnisses des sowjetischen Vorschlags konnte Krestinskij seine Anmerkung, daß Deutschland sich mit Memel an einen "unbedeutenden Fetzen" klammere, während die Sowjetunion doch einverstanden sei, die "Unversehrtheit der baltischen Staaten zu garantieren, ungeachtet dessen, daß Finnland, Estland, und Lettland insgesamt und Litauen zum überwiegenden Teil auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches gelegen" gewesen seien, nur als Ironie verstanden haben. Denn nachdem Krestinskij Memel bereits vorher als deutsches Interessensgebiet anerkannt und hiermit noch einmal betont hatte, daß das Memelgebiet nicht zum Territorium des ehemaligen russischen Reiches gehört habe, war es in der Tat lächerlich, sich daran noch zu klammern; das Protokoll sollte es Deutschland gegebenenfalls ja gerade ermöglichen, seine Ansprüche auf das Memelgebiet zu verwirklichen - ebenso wie der Sowjetunion seine Ansprüche auf die baltischen Staaten.

Daß dies auch auf deutscher Seite so gesehen wurde, zeigen nicht nur die Äußerungen Nadolnys. Der Berliner Korrespondent der in Helsinki erscheinenden Uusi Suomi bekam von "offizieller deutscher Stelle" zum sowjetischen Garantieangebot folgende Stellungnahme: "Wenn irgendeine Macht sich anbietet, die Selbständigkeit kleiner Länder zu garantieren, ohne von diesen darum gebeten worden zu sein, scheint uns das höchstens Großmannssucht bei demjenigen [zu sein], von dem das Angebot ausgeht; denn die Übernahme des Postens als Vormund stärkt ja nur den Vormund selbst. Sofern die Selbständigkeit der fraglichen Länder später etwa in Gefahr geraten könnte, könnte es natürlich in erster Linie seitens des Vormunds selbst schon dadurch erfolgen, daß der Vormund in seiner Vormundstellung seinen Mündeln Direktiven diktieren könnte."¹⁷⁸

¹⁷⁸ Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Helsinki vom 27.4. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.



¹⁷⁶ ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

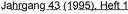
Deutsche Pläne aus dem Jahre 1939 sahen vor, daß "nördlich Rigas Breitengrad [...] Rußlands Lebensraum sein (soll), Riga und südlich davon der unsere". Libau hätte demnach zum deutschen "Lebensraum" gehört. Vgl. Leonidas E. Hill (Hrsg.), Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974, S. 157. Vgl. auch Pagel, Polen und die Sowjetunion, S. 256 ff.

Deutschland war im April 1934 jedenfalls noch nicht bereit, eine solche Vormundschaft über die baltischen Staaten zu übernehmen. In einem Brief an Nadolny stellte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, fest: "Vom Standpunkt unserer Gesamtpolitik ist der Zeitpunkt für eine aktive Rußlandpolitik jedenfalls noch nicht gekommen, weder innenpolitisch noch außenpolitisch. [...] Unser Schifflein ist schon so schwer genug beladen."¹⁷⁹ In der Tat hatte das NS-Regime noch alle Hände voll zu tun, um das System im Innern zu festigen und auszubauen. Außenpolitisch standen die Zeichen eher noch auf Konsolidierung. Hitler hatte gerade mit Polen seinen ersten außenpolitischen Erfolg errungen, den er nicht gefährden wollte und der den Ausgangspunkt für eine aktive Politik in Westeuropa darstellen sollte. "Gespräche über eine Revision von Versailles", so von Bülow weiter an Nadolny, drohten "unsere auf allgemeine Entspannung gerichteten Bemühungen zu sabotieren. Das Thema ist aber tabu. Wir lehnen jedes Gespräch darüber ab, auf allen Fronten."¹⁸⁰ Selbstverständlich schloß diese allgemeine Abneigung, zu diesem Zeitpunkt über Versailles zu sprechen, auch eine positive deutsche Stellungnahme dazu aus.

Die Taktik der baltischen Staaten, Deutschland durch öffentlichen Druck zu einer positiven Stellungnahme zur Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der baltischen Staaten zu veranlassen, mußte so mißlingen. Deutschland beabsichtigte nicht, dazu "mit neuen Erklärungen herauszutreten" oder sich "in eine Pressepolemik einzulassen"¹⁸¹.

"Politische Kreise" in Berlin vertraten jedoch die Ansicht, "daß Deutschland sich auch noch aus dem Grunde nicht in der Lage sieht, auf die vorgeschlagene Garantie einzugehen, weil das zu unterschreibende Garantieprotokoll das Memelgebiet garantieren würde, also dasjenige Gebiet, dem nach deutscher Ansicht Ungerechtigkeit widerfahren ist und welches zu den noch zu revidierenden Gebieten gehört"¹⁸². Selbst Außenminister von Neurath hielt das Memelargument "an sich" für richtig¹⁸³; Anfang Januar 1934 hatte er zwar dem polnischen Gesandten Józef Lipski gesagt, daß er die Unabhängigkeit der baltischen Staaten "im Einklang mit den deutschen Interessen" so lange wie möglich erhalten wissen wollte. Aus seinen Worten war Lipski allerdings "klar" geworden, daß der deutsche Außenminister deren Unabhängigkeit auf lange Sicht aber für zweifelhaft hielt¹⁸⁴ – eben nur so lange, wie deren Unabhängigkeit "mit den deutschen Interessen" in Einklang zu bringen war.

Der sowjetischen Seite aber ließ die deutsche Absage keine Ruhe. Sie wollte zu gerne erfahren, "was in Wirklichkeit der Hauptgrund" für die deutsche Absage ge-





¹⁷⁹ ADAP C II, Nr. 251, S. 465.

¹⁸⁰ Ebenda.

¹⁸¹ ADAP C II, Nr. 437, S. 778.

Bericht des Berliner Korrespondenten der Uusi Suomi, zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft Helsinki vom 27.4. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

¹⁸³ ADAP C II, Nr. 390, S. 715.

¹⁸⁴ Politischer Bericht Lipskis vom 11.1. 1934 über seine Unterredung mit von Neurath, in: Jedrzejewicz (Hrsg.), Diplomat in Berlin, S.132.

Jürgen Pagel

wesen war. "Vielleicht gelingt es Ihnen, Bessonov oder Vinogradov", so schrieb Krestinskij an seinen Botschafter, Lev M. Chinčuk, in Berlin, "dies in nichtoffiziellen Gesprächen, ohne die Frage direkt zu stellen, herauszufinden."¹⁸⁵ Am 24. April 1934 bekam der sowjetische Botschaftsrat in Berlin, S. A. Bessonov, die Gelegenheit dazu. In einem Gespräch mit dem Leiter der Abteilung IV des Auswärtigen Amtes, Richard Meyer, kam dieser auch auf die deutsche Protokollabsage zu sprechen. Neben den offiziellen Argumenten für die Absage führte Meyer einen weiteren Grund an: "Deutschland will unter keinen Umständen, in welcher Form auch immer, Versailles noch einmal sanktionieren, und die Unterzeichnung des baltischen Garantiepaktes würde geradezu eine indirekte Bestätigung von Versailles bedeuten."¹⁸⁶ Deutschland hatte der Sowjetunion damit auch offiziell zu verstehen gegeben, daß es an dem baltischen Problem auch weiterhin interessiert war und zu gegebener Zeit darauf zurückkommen werde.



74

¹⁸⁵ DVP XVII, Nr. 128, S. 263.

¹⁸⁶ Ebenda, Anm. 123, S. 791.

SEBASTIAN SCHOEPP

DAS ARGENTINISCHE TAGEBLATT 1933-1945

Eine "bürgerliche Kampfzeitung" als Forum der Emigration

Das "Argentinische Tageblatt" (AT), das seit 105 Jahren in Buenos Aires erscheint, nimmt eine Sonderstellung ein unter den deutschsprachigen Zeitungen im Ausland. "Nichts aber auch gar nichts" habe die Vermittlungspraxis und die Weltanschauung des AT mit der "in auslandsdeutschen Blättern üblichen nationalistischen Gefühlsduselei zu tun", schrieb Redakteur Peter Bussemeyer zum 50jährigen Jubiläum seines Blattes am 29. April 1939¹, 1933 sprach sich das 1889 von dem liberalen Schweizer Einwanderer Johann Allemann gegründete AT entschieden gegen den Nationalsozialismus aus und geriet damit in erbitterten Gegensatz zur nationalsozialistisch eingestellten Mehrheit der sogenannten "deutschen Kolonie" in Argentinien, die zu diesem Zeitpunkt etwa eine viertel Million Menschen zählte und die sich größtenteils widerstandslos unter dem Hakenkreuz gleichschalten ließ. NS-Sympathisanten versuchten, das AT durch Bombenattentate und Überfälle mundtot zu machen, von der deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires wurde es mit Drohungen, Prozessen und Intrigen verfolgt. Einen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung nach 1943, als eine unverhohlen achsenfreundliche Militärregierung in Argentinien die Macht übernahm. Zum natürlichen Verbündeten und Sprachrohr wurde das AT durch seine liberale und demokratische Haltung jedoch für die antinationalsozialistischen Emigranten, von denen von 1933 bis 1945 fast 50 000 in Argentinien Zuflucht fanden². Exilierte Journalisten und Schriftsteller der Weimarer Zeit machten das kleine Vereinsblatt zu einer vollwertigen und vielgelesenen Tageszeitung. Schriftlich und mündlich geäußerte Reaktionen von Exilierten belegen die außergewöhnliche Bedeutung, die die Existenz des AT für die Emigration hatte. Dabei spielte eine besondere Rolle, daß das AT eben keine



¹ Peter Bussemeyer, 50 Jahre Argentinisches Tageblatt. Werden und Aufstieg einer auslandsdeutschen Zeitung, Buenos Aires 1939, S. 36. Die Chronik erschien zuerst als Sonderdruck in der Beilage des AT zum 50jährigen Jubiläum am 29.4. 1939.

² Asociación filantropica israelita, Zehn Jahre Aufbauarbeit in Südamerika 1933–1943, Buenos Aires 1943, S.11. Die Asociación (deutscher Name: "Hilfsverein deutschsprechender Juden") wurde 1933 in Buenos Aires gegründet, um den aus Europa eintreffenden jüdischen Flüchtlingen Arbeitsplätze und Unterkünfte zu vermitteln. In seiner Chronik nennt der Hilfsverein für die Zeit von 1933 bis 1943 eine Zahl von 45 000 jüdischen Einwanderern. Die rein politischen Flüchtlinge aus Deutschland wurden nicht erfaßt. Im allgemeinen nimmt man jedoch an, daß die Zahl der politischen Emigranten etwa zehn Prozent der jüdischen Emigration erreichte.

von Emigranten selbst gegründete Zeitung war, sondern zum Zeitpunkt der Machtergreifung Hitlers bereits 44 Jahre existierte. Weder war es deshalb einer bestimmten Position innerhalb des Grabenkampfes verpflichtet, den die politisch engagierten Emigranten der verschiedenen Lager untereinander ausfochten, noch hatte es mit den typischen Schwierigkeiten und Repressalien zu kämpfen, denen Zeitungsgründungen von Exilierten in den Aufnahmeländern sonst gewöhnlich unterworfen waren.

Herausgeber Ernesto Alemann – Enkel des Zeitungsgründers Johann Allemann³ – war eine angesehene Persönlichkeit im gesellschaftlichen und politischen Leben von Buenos Aires. Bei Anfeindungen und Sabotageversuchen seiner Gegner nutzte Alemann immer wieder seine guten Beziehungen zu Politik, Presse und Justiz, um dem AT den Rücken freizuhalten. Alemanns offenes publizistisches Konzept ermöglichte es, daß das AT zu einer Art "Forum" der Meinungen wurde, die von 1933 bis 1945 innerhalb des deutschen antinationalsozialistischen Exils bestanden. Die Spannbreite der diskutierten Meinungen reichte von marxistischen Standpunkten bis zur Position der NS-Dissidentenorganisation "Schwarze Front". Als Reaktion auf die Gleichschaltung der deutschen Vereine und Institutionen gründete Alemann 1934 in Buenos Aires die "Pestalozzi-Schule", die heute noch existiert; zugleich war er maßgeblich beteiligt an der Schaffung der "Freien Deutschen Bühne" Buenos Aires.

Alemanns Position war in ihrer Kompromißlosigkeit dem Nationalsozialismus gegenüber wohl einzigartig unter den Verlegern auslandsdeutscher Zeitungen. Rund um den Erdball bekannten sich nach 1933 so ziemlich alle bis dato existierenden Publikationen deutscher Sprachgemeinschaften mehr oder minder offen zum "neuen Deutschland" – unter anderem auch das innerargentinische deutschsprachige Konkurrenzblatt des AT, die "Deutsche La Plata Zeitung", die ab 1933 "hundertprozentig den Standpunkt des Reiches und des Nationalsozialismus" vertrat⁴. So ist es nicht übertrieben zu sagen, daß das AT die einzige auslandsdeutsche Tageszeitung der Welt war, die dem Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 durchgehend von Anfang bis Ende und in aller Konsequenz widerstand⁵. Zum 50jährigen Jubiläum 1939

Diese Einschätzung, die auch das AT selbst immer wieder mit Stolz verbreitete, wird bestätigt durch eine Durchsicht des 1935 in Berlin erschienenen Handbuchs deutschsprachiger Zeitungen im Ausland des Zeitungswissenschaftlers Walter Heide. In einem geheimen Zusatzheft mit dem Titel Vertrauliche Mitteilungen über die deutschsprachigen Zeitungen im Ausland gibt Heide eine Einschätzung der angeführten Publikationen aus nationalsozialistischer Sicht. Dem AT wird darin als einziger auslandsdeutscher Tageszeitung zugeschrieben, es sei "gegen das neue Deutschland" und verbreite "Greuelpropaganda" (S.27). In der Anthologie Karl J. Arndt/May E. Olson, Die deutschsprachige Presse der Amerikas 1732–1968. Geschichte und Bibliographie, München/Pullach 1973, wird der US-Historiker R. E. Cazden mit der Aussage zitiert, das AT sei "the only daily anti-Nazi German newspaper in the western hemisphere" gewesen (S. 43).



Johann Allemann strich kurz nach seiner Einwanderung das zweite "I" in seinem Namen, um der Phonetik des argentinischen Spanisch gerecht zu werden. Doppel-"I" wird in Argentinien wie [sch] ausgesprochen. Mit einfachem "I" klang der Familienname wie vorher.

⁴ Heinrich Volberg, Auslandsdeutschtum und Drittes Reich: Der Fall Argentinien, Köln/Wien 1981, S.X.

gratulierte dem AT so ziemlich alles, was in der Emigration Rang und Namen hatte: Stefan Zweig, die Gebrüder Mann, Lion Feuchtwanger, Albert Einstein, Sigmund Freud, Oskar Maria Graf u.v.a. schickten Telegramme, in denen sie der Zeitung Anerkennung für ihre Haltung zollten. Stefan Heym, damals Redakteur des "Deutschen Volksechos" in New York, schrieb: "So sonderbar es klingen mag – wir in New York beneiden Sie in Argentinien um das Argentinische Tageblatt, denn Sie haben es geschafft, im Kampf für die Demokratie und gegen den Nazismus eine wirkliche deutsche Tageszeitung aufzubauen und zu erhalten (...)."⁶

Angesichts der interessanten Rolle und historischen Relevanz des AT überrascht es, daß bisher keine umfassende Untersuchung der Geschichte des Blattes von 1933 bis 1945 vorgenommen wurde. Abgesehen von einem knappen Aufsatz von Arnold Spitta⁷, erscheinen verstreute Hinweise auf das AT nur in den Standardwerken über Auslandsdeutschtum und Emigration in Lateinamerika⁸.

Teilweise ist diese Forschungslücke mit der schlechten Zugänglichkeit der Quelle zu erklären. Kein deutsches Archiv besitzt eine vollständige Sammlung der AT-Jahrgänge von 1933 bis 1945, da die Einfuhr der Zeitung während der Nazizeit verboten war. Nur das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart verfügt über eine verhältnismäßig umfangreiche wenn auch lückenhafte Auswahl der fraglichen Jahrgänge. So bleibt nur der beschwerliche Weg nach Buenos Aires, um die im Verlagsarchiv langsam zerfallenden alten Ausgaben zu studieren.

1. Die Familie Alemann - liberale Schweizer Verleger in Argentinien

Die eindeutige Stellungnahme des Argentinischen Tageblatts (AT) gegen den Nationalsozialismus lag in der Geschichte des Blattes begründet, die am 29.4. 1889 ihren Ausgang nahm. In ihrer ersten Ausgabe setzte sich die neue Zeitung zum Ziel, "mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen". Dieser Satz steht bis heute im Impressum des AT.



Jahrgang 43 (1995), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁶ Das Deutschland, das wir lieben, spricht, AT, 29.4. 1939.

⁷ Arnold Spitta, Beobachtungen aus der Distanz. Das Argentinische Tageblatt und der deutsche Faschismus, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 8: Politische Aspekte des Exils. Hrsg. von Thomas Koebner, Wulf Köpke und Claus-Dieter Krohn, München 1990, S. 185–202.

⁸ Vgl. u. a. Arnold Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien. Die diplomatischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik 1933–1939, Köln/Wien 1971; Carlota Jackisch, El Nazismo y los refugiados alemanes en la Argentina 1933–1945, Buenos Aires 1989; Wolfgang Kießling, Exil in Lateinamerika. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945, Bd. 4, Leipzig, 1980, S. 85–92; Werner Mittenzwei, Carl Meffert/Clement Moreau. Ein Leben auf der Suche nach Brüderlichkeit zwischen den Menschen, Berlin (Ost) 1977, S.71ff.; Patrik von zur Mühlen, Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933–1945: politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988; Uwe Naumann (Hrsg.), Paul Walter Jacob. Ein Theatermann im Exil, Hamburg 1985, S.97–100; Ronald C. Newton, German Buenos Aires 1900–1933. Social Change and Cultural Crisis, Austin, Tex./London 1977; Arnold Spitta, Paul Zech im südamerikanischen Exil 1933–1946, Berlin 1978; Stewart E. Sutin, The Impact of Nazism on the Germans in Argentina, Austin, Tex. 1975.

Der 1826 bei Bern geborene Zeitungsgründer Johann Allemann⁹ entstammte dem liberalen Schweizer Bürgertum und war von der Ideenwelt der europäischen Emanzipationsbewegungen des Jahres 1848 beeinflußt. In Bern schloß er sich liberalen Zirkeln an und wurde 1870 Redakteur der "Berner Tagespost". Nebenbei betrieb Allemann eine Auswandereragentur und gab die "Schweizerische Auswandererzeitung" heraus, die Informationen über die damals gängigen Emigrationsziele verbreitete. Als nach Ende des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 eine Krise das schweizerische Pressewesen erfaßte, geriet Allemann in finanzielle Schwierigkeiten. Schließlich entschloß er sich im Jahre 1874, das zu tun, wofür er seit Jahren Werbung betrieb: auszuwandern.

Durch seine Tätigkeit im Auswandererverein hatte Allemann Kontakte mit dem argentinischen Präsidenten Sarmiento hergestellt. Sarmiento bezahlte Allemann die Passage nach Argentinien und ermunterte ihn, eine Zeitung für die Schweizer Immigranten zu gründen. Nach einigen erfolglosen Anläufen rief Allemann 1878 schließlich das "Argentinische Wochenblatt" (AW) ins Leben, das sich ausdrücklich an alle Deutschsprechenden richtete, die nun – bedingt durch die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umstände in Europa – zu Zehntausenden ins Land strömten.

Das Unternehmen hatte deshalb Aussicht auf Erfolg, weil es in Argentinien – anders als etwa in den USA – nicht üblich war, daß Einwanderer sich so schnell wie möglich assimilierten¹⁰. Vor allem die sich formierende "deutsche Kolonie" war äußerst rege bei der Gründung von Vereinen und Institutionen. 1933 existierten in Argentinien mehr als 200 deutsche Vereine und 176 deutsche Schulen mit insgesamt fast 13 000 Schülern. In Buenos Aires gab es ein deutsches Hospital¹¹. Die erste große deutschsprachige Tageszeitung in Argentinien war die 1874 gegründete "Deutsche La Plata Zeitung". Diese war jedoch mit ihrem monarchistisch-konservativen Kurs das Organ der wirtschaftlichen Elite der Kolonie, die anfangs vornehmlich aus Handelsvertretern deutscher Firmen bestand.

Da Alemann gemäß seiner politischen Herkunft eine Position zwischen bürgerlichem Liberalismus und gemäßigter Sozialdemokratie vertrat¹², wurde seine Zeitung vor allem von den unteren Schichten der deutschen Sprachgemeinschaft – Handwerkern, Bauern, kleinen Händlern und Arbeitern – gekauft¹³. Einen Leserschub erhielt das AW in Gestalt der deutschen Sozialdemokraten, die durch Bismarcks Sozialisten-



Die folgenden biographischen Daten stammen – wenn nicht anders angegeben – aus Bussemeyer, 50 Jahre AT.

Dies läßt sich nicht zuletzt an der Vielfalt fremdsprachiger Zeitungen ablesen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Argentinien erschienen. Eine Zählung der Nationalbibliothek ergab, daß 1936 insgesamt 151 nicht-spanischen Tageszeitungen im Lande erschienen, Vereins-, Kirchen- und Geschäftsblättchen nicht mitgezählt; Juana Lesser, Die Argentinische Presse. Ihr Einfluß in der Entwicklung und dem Fortschritt des Landes, Berlin 1937, S. 167 f.

¹¹ Vgl. Sutin, The Impact of Nazism, S. 36f.

¹² In der Jubiläumsausgabe des AT zum 100jährigen Bestehen der Zeitung vom 29.4. 1989 stand die Überschrift zu lesen: Der Gründer des Argentinischen Tageblattes war ein Sozialliberaler.

¹³ Vgl. Auftakt zu unserem 100. Jahrgang, AT, 29.4. 1988.

gesetze zur massenhaften Auswanderung getrieben wurden¹⁴, und Alemann 1889 ermunterten, auf tägliches Erscheinen umzustellen: Das "Argentinische Tageblatt" (AT) war geboren¹⁵. Neben dem politischen Teil enthielt das AT zu dieser Zeit vor allem landwirtschaftliche und technische Informationen für Kolonisten.

Seine antimonarchistische Haltung brachte dem AT bereits 1889 den ersten Boykott von seiten der wilhelminisch orientierten Kreise in der "deutschen Kolonie" ein. Johann Alemann schlug zurück, indem er die Boykotteure als "Jammermenschen" bezeichnete, denen "in ihrem angestammten und mageren Bediententum jeder freie Gedanke ein Gräuel" sei. Weiter hieß es: "Der Ärger der Herren kommt daher, daß wir nicht Autoritätenanbeter und Verehrer politischer Götzenbilder sind und daß uns die innere Politik des deutschen und österreichischen Kaiserstaates nicht zum Vortheile des Volkes geartet scheint."¹⁶

Trotzdem schlug sich Johann Alemanns Sohn Theodor, der die Leitung der Zeitung 1905 übernommen hatte, im Ersten Weltkrieg ganz auf die Seite des Deutschen Reiches - obwohl er Schweizer Herkunft und naturalisierter Argentinier war. Dies wird weniger verwunderlich, wenn man bedenkt, daß das AT damit eigentlich nur den Kurswechsel mitmachte, den die Sozialdemokratie in Deutschland vollzog, mit der das Blatt sich ja weitgehend identifizierte. Die Gewährung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Berlin wurde denn auch euphorisch begrüßt¹⁷. Als das Generalkonsulat des Reiches in Buenos Aires alle reichsdeutschen Männer im wehrfähigen Alter aufforderte, sich zum Kriegseinsatz zu melden, schrieb das AT: "Da war keiner (...), der nicht mit militärischer Disziplin es für selbstverständlich hielt, daß er sich seiner Regierung zur Verfügung stellte. Nirgends mißmutige Gesichter, durch alle sich Meldenden ging eine ehrliche Begeisterung, die (...) tief aus dem Herzen kam. Wenn ein Volk so sicher und ruhig zu seiner Pflicht schreitet (...), so kann man sagen: "Lieb Vaterland magst ruhig sein". "18 AT-Redakteur Bussemeyer versuchte diese Haltung 25 Jahre später, am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, zu rechtfertigen: "Heute mag diese rückhaltlose Stellungnahme zu begeistert und einseitig erscheinen; das aufwühlende Erlebnis des Krieges erklärt sie." Deutschland sei nun einmal "das Mutterland der Sprache und der Kultur" des AT¹⁹.

Gegen Ende des Krieges ging das AT jedoch immer mehr von seinem "alldeutschen" Kurs ab, der der ureigenen Position des Blattes so wenig entsprochen hatte.



¹⁴ Vgl. Kießling, Exil, S. 77. Ausgewanderte deutsche Sozialdemokraten gründeten 1882 die erste sozialistisch ausgerichtete Organisation auf lateinamerikanischem Boden, den Verein "Vorwärts", der 1895 maßgeblich an der Schaffung der Sozialistischen Partei Argentiniens beteiligt war.

¹⁵ Das "Argentinische Wochenblatt" wurde für eine Zusammenfassung der wichtigsten Nachrichten der Woche beibehalten und in die argentinische Provinz verschickt, wo eine Tageszeitung wegen der Transportschwierigkeiten nicht rechtzeitig eintreffen konnte. Die Wochenausgabe existierte bis 1957.

¹⁶ AT, 1.7. 1889.

¹⁷ AT, 10.8. 1914.

¹⁸ AT, 4.8. 1914.

¹⁹ Bussemeyer, 50 Jahre AT, AT, 29.4. 1939.

Bedingt wurde dieser Kurswechsel nicht zuletzt durch die Rückkehr von Theodor Alemanns Sohn Ernesto nach Buenos Aires im Jahre 1916.

Der 1893 in Buenos Aires geborene Ernesto Alemann hatte von 1911 bis 1915 in Heidelberg und Berlin Volkswirtschaft studiert und danach bei der "Münchner Zeitung" ein Volontariat abgeleistet. Der Rückkehrer kam aus eigener Anschauung bezüglich der Situation in Europa zu ganz anderen Ergebnissen als seine deutschsprechenden argentinischen Landsleute, die eine Niederlage Deutschlands für ausgeschlossen hielten. Schon zu Anfang des Krieges hatte ihn der nationalistische Taumel in Deutschland befremdet. "Am deutschen Wesen sollte die Welt genesen (...), obgleich das deutsche Volk schon damals weit eher der Heilung bedurft hätte"20, schrieb er später. Zurück in Argentinien beeilte er sich, die "alldeutschen Exzesse" in der Zeitung seines Vaters zu dämpfen²¹. Die Ereignisse vom November 1918 begrüßte er freudig²², so wie er auch ein begeisterter Anhänger der deutschen Republik wurde. Von Beginn an verteidigte er den Weimarer Staat in seiner Zeitung. Damit war das Blatt jedoch nur Sprachrohr einer kleinen demokratisch gesinnten Minderheit. Die meisten Deutschargentinier, die den Ersten Weltkrieg in materieller Geborgenheit und komfortabler Entfernung erlebt hatten, traf die Nachricht von der Niederlage des Reiches wie ein "Blitz aus heiterem Himmel"²³. Die Dolchstoßlegende fiel auf fruchtbaren Boden.

Die nunmehr eintretende Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze sowie die Verhärtung der Fronten²⁴ war nicht zuletzt auf den Einfluß eines neuen Schlages von Immigranten aus Deutschland zurückzuführen. Ernesto Alemann bezeichnete sie als eine "merkwürdige Sorte von Einwanderern: Ehemalige U-Boot-Kommandanten, Verschwörer, Fememörder, denen zuweilen ein weißer Rabe von republikanischem Staatsanwalt an den Kragen wollte, Taugenichtse, die den Weg ins bürgerliche Leben nicht mehr fanden. Sie kamen mit guten Empfehlungen, fanden in deutschen Häusern Stellung und wohlwollende Förderung, obwohl ihre gesellschaftliche Tauglichkeit mehr als zweifelhaft war und erzählten Schauerdinge von der nationalen Würdelosigkeit der Republik." Viele dieser Immigranten waren bereits mit dem Nationalsozialismus in Berührung gekommen und schleppten dessen Ideenwelt nun wie eine Epidemie in die ohnehin schon vom nationalen Bazillus befallene deutsche Kolonie ein.

Gespannt war das Verhältnis des AT aber auch zu den deutschen Gesandten, die Ernesto Alemann als "verkappte oder offene Monarchisten, die mit sehr gehemmter Begeisterung für die Republik eintraten"²⁵, charakterisierte. Die Atmosphäre, die dadurch entstand, sah er als "Nährboden für den Haßfeldzug gegen das AT"²⁶. In der



²⁰ Ernesto Alemann, Erinnerungen aus zwei Jahrzehnten, AT, 29.4. 1939.

²¹ Ebenda.

²² AT, 11.11.1918.

²³ Rolf Sengler, Das Auslandsdeutschtum in Ibero-Amerika und der Weimarer Staat, Inaugural-Dissertation, Leipzig 1926. Zit. aus der gekürzten Fassung von 1934, S. 12.

²⁴ Vgl. Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 25; Holger Meding, "Der Weg". Eine auslandsdeutsche Emigrantenschrift in Buenos Aires 1947–1957, Magisterarbeit, Köln 1988, S. 8.

²⁵ Ernesto Alemann, Erinnerungen, AT, 29.4. 1939.

²⁶ Ebenda.

Tat versuchten 1924 deutschnationale Kreise, das Blatt durch einen erneuten, großangelegten Anzeigenboykott wirtschaftlich zu ruinieren²⁷. Dies führte dazu, daß auch das AT in seinem publizistischen Vorgehen immer rabiater wurde und sich selbst in einer "Kampfstellung" umzingelt sah²⁸. Das Wort "Kampf" wurde von nun an zum zentralen Begriff in der Selbstdarstellung des AT, der das Blatt in seinen zahlreichen Jubiläums- und Sonderausgaben traditionell breiten Raum gewährt²⁹. Ernesto Alemann schrieb in seinen Lebenserinnerungen über den Boykott von 1924: "Es gab für uns keinen Ausweg. Nachgeben vor den schwarz-weiß-roten Reaktionären, die in einer unwiederbringlich verlorenen Vergangenheit lebten, stand für uns nicht zur Diskussion. Wir nahmen den Kampf auf, der in wechselnder Form mehr als drei Jahrzehnte dauern sollte."³⁰

Zuerst ging Ernesto Alemann daran, seine "Kampfstellung" auszubauen³¹, sprich die verlegerischen Aktivitäten so zu erweitern, daß die Zeitung von Inseraten deutscher Firmenniederlassungen unabhängig wurde. Er vergrößerte seine Akzidenzdruckerei, die 1928 durch den Kauf einer M.A.N.-Rotationsmaschine in den Kreis der großen Unternehmen ihrer Art in Argentinien aufstieg. So ist es nicht verwunderlich, daß die Alemanns später immer wieder behaupteten, der Boykott von 1924 habe ihrem Blatt eher genutzt als geschadet. Nur durch die rechtzeitige Modernisierung des Betriebes sei es möglich gewesen, auch die wesentlich massiveren Repressalien zu überstehen, die die Nazis und in den 40er Jahren der autoritäre Präsident Juan Domingo Peron gegen das Blatt verhängten³².

Ähnlich verhielt es sich mit dem Brand, der 1929 das alte dreistöckige Holzhaus des AT an der Calle Tucuman 307-313 vernichtete. Die Rotationsmaschine blieb dabei unversehrt, "wie durch ein Wunder", wie es später hieß³³. An der gleichen Stel-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Konkreter Auslöser für den Boykott waren Berichte des renommierten Berlin-Korrespondenten der großen argentinischen Zeitung "La Nacion", Alvarez de Vayo, die das AT seit 1920 zum Abdruck erhielt. Alvarez de Vayo war spanischer Sozialist und Bewunderer der Weimarer Republik. 1936 wurde er Außenminister der spanischen Republik.

²⁸ Theodor Alemann starb kurz nach Ausrufung des Boykotts. Ernesto Alemann warf den Boykotteuren daraufhin öffentlich vor, sie seien Schuld am Tode seines Vaters. Da dieser trotz aller Auseinandersetzungen immer noch eine angesehene Persönlichkeit in der Kolonie gewesen war, flachte der Boykott daraufhin tatsächlich ab (Das Programm, AT, 30.10. 1932).

Prominent aufgemachte Jubiläums- bzw. Sonderausgaben erscheinen noch heute zu jedem runden Geburtstag des AT, so am 30.10. 1932 (Eröffnung des neuen Verlagsgebäudes), am 29.4. 1939 (50. Jahrestag der Gründung), am 30.1. 1943 ("Zehn Jahre Kampf gegen Hitler"), am 29.4. 1949 (60. Jahrestag), am 29.4. 1964 (75. Jahrestag), am 9.12. 1965 (25 000. Ausgabe) sowie am 29.4. 1969, 1979 und 1989 (80., 90. und 100. Jahrestag).

³⁰ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

³¹ Die Formulierung stammt aus dem Artikel Das Programm, der am 30.10. 1932 in der Sonderausgabe des AT zur Einweihung des neuen Verlagsgebäudes erschien und die Position des Blattes darlegte.

³² Argentinisches Tageblatt im 100. Jahrgang 1889–1989, Sonderdruck aus der AT-Jubiläumsausgabe vom 29.4. 1988, S. 13.

³³ So stand es jedenfalls in der AT-Sondernummer zur Einweihung des neuen Gebäudes vom 10.10. 1932 zu lesen.

le, wo das alte Haus gestanden hatte, baute Alemann nun ein repräsentatives sechsstöckiges Verlagsgebäude, das am 30. Oktober 1932 eingeweiht wurde. Die gesamte hauptstädtische Presse berichtete über den Phönix, der aus der eigenen Asche auferstanden war³⁴. Auch in den folgenden Jahren erweiterte Alemann den Maschinenpark ständig. 1939 verfügte die Druckerei über zwei M.A.N.-Rotationsmaschinen, die 25 000 Zeitungsexemplare pro Stunde produzieren konnten, dazu Handsetzerei, Klischee-Werkstatt, 16 Setzmaschinen sowie Titel- und Reglettengießmaschinen. In Verwaltung und Druckerei waren mehr als 300 Mitarbeiter beschäftigt³⁵. Das Haus Alemann war zu dieser Zeit das größte deutsche Zeitungsunternehmen Süd- und Mittelamerikas³⁶. Wie Zeitzeugen bestätigen, stellte die Zeitung selbst spätestens seit Beginn der 30er Jahre fast nur mehr ein wirtschaftliches Nebenprodukt der Druckerei dar, blieb jedoch "ideelles" Herz des Betriebes³⁷.

Ernesto Alemanns weltanschauliche Haltung war einerseits bestimmt vom europäischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts, den sein Großvater mit nach Argentinien gebracht hatte. Von zur Mühlen, der die Sozialgeschichte der deutschen antinationalsozialistischen Emigration in Lateinamerika untersucht hat, schreibt, Alemann sei schon seiner Herkunft wegen gegen chauvinistische Ideologien gefeit gewesen³⁸. Andererseits war Alemann geprägt vom Individualismus des progressiven großstädtischen Bürgertums Argentiniens, dem die Familie angehörte. Dieser Individualismus war dem Nordamerikas nicht unverwandt; er hatte seinen Ursprung im Unternehmungsgeist der liberalen argentinischen Präsidenten des 19. Jahrhunderts, Sarmiento, Avellaneda und Rivadavia. Neben diesen nannte Alemann als seine weltanschaulichen Leitfiguren ausdrücklich Franklin D. Roosevelt und Theodor Heuss, den er auf einer Deutschlandreise im Jahre 1927 in Berlin auf einem Bankett der DDP kennenlernte und als freien Mitarbeiter für das AT gewann³⁹.

Auf dieser Reise, die für ihn nach eigener Aussage einer "Weichenstellung" gleichkam⁴⁰, knüpfte Alemann Kontakte mit zahlreichen deutschen Politikern und Journalisten, darunter Ernst Feder und Theodor Wolff vom "Berliner Tageblatt" (BT), mit denen er einen Nachrichtenaustausch vereinbarte⁴¹.

⁴¹ Vor allem Ernst Feder schrieb politische Beiträge für das AT, während Alemann als Südamerika-Korrespondent des BT fungierte. Ende September 1930 etwa berichtete Alemann über drahtlose



³⁴ Vgl. AT-Sonderausgabe zur Eröffnung des neuen Gebäudes vom 30.10. 1932.

^{35 1956} verfügte der Alemann-Verlag über die modernste Rotationsanlage in ganz Südamerika; Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

³⁶ Wie die Zeitung entsteht, AT, 29.4. 1939.

Walter Rosenberg, Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 29.2. 1991. Rosenberg emigrierte 1935 nach Argentinien. Maria O. Herzfeld, Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 16.1. 1991. Frau Herzfeld ist die Witwe des 1933 aus Deutschland geflüchteten Literaturwissenschaftlers und Publizisten Dr. Hans Herzfeld, der zahlreiche Leitartikel und Feuilletons für das AT schrieb. Roberto T. Alemann, Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 29.1. 1991.

³⁸ Vgl. Von zur Mühlen, Fluchtziel, S.140.

³⁹ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

⁴⁰ In dieser Richtung äußerte Alemann sich 1972 in einem Interview mit dem US-amerikanischen Historiker Stewart E. Sutin, in: The Impact of Nazism, S. 69.

In den Berichten, die Alemann an sein Blatt schickte, äußerte er sich vor allem kritisch über die politischen Machenschaften von ostelbischen Junkern, Großindustrie und Reichswehr⁴². Positive Erwähnung fanden SPD und DDP, überwiegend aber Einzelpersönlichkeiten, denen Alemann besondere Sachkompetenz zubilligte, darunter Stresemann, Severing, rückblickend Ebert, Rathenau und Erzberger, in späteren Artikeln auch Brüning. Aus Wien berichtete Alemann begeistert über die Errungenschaften der sozialistischen Stadtverwaltung⁴³. In München ging er zu einer Veranstaltung der Nationalsozialisten im Bürgerbräukeller, auf der auch Hitler sprach. Der Artikel, den Alemann 1927 über den künftigen "Führer" schrieb, zeigt jedoch, daß er ihm damals allenfalls die Rolle eines politischen Kuriosums zubilligte: "Der war Modesache und man mußte ihn gesehen und gehört haben. Hitler ist heute nicht mal mehr in der Position des umworbenen Clowns. Die Resonanz fehlt ihm."⁴⁴

Ein hundertprozentiger Liberaler war Alemann in seinen wirtschaftspolitischen Ansichten. In seinen Artikeln präsentierte er sich als erbitterter Gegner von Planwirtschaft und zentraler Lenkung⁴⁵. Seine Sparsamkeit und gewerkschaftsfeindliche Haltung brachte ihm von marxistischer Seite den Vorwurf ein, ein rücksichtsloser Geschäftsmann zu sein, der seine Angestellten und Arbeiter bedenkenlos ausbeute. Der jüdische Emigrant Walter Rosenberg, der 1935 nach Argentinien kam und als Maschinensetzer in den Alemann'schen Betrieb eintrat, berichtet, die Akkordarbeit in der Druckerei sei eine "beispiellose Schinderei" gewesen⁴⁶. Der Zeichner Clement Moreau urteilte über das AT und seinen Herausgeber: "Die Zeitung war zwar konsequent antifaschistisch, aber in ihr konnte man nichts sozialistisches finden. Im Wirtschaftsteil war sie sogar ausgesprochen konservativ. Sozialisten hatten es mit Alemann schwer. Ich habe mich ständig mit ihm gestritten. Ihn interessierte in erster Linie das Geschäftliche. (...). "47 Tatsächlich war Alemanns Führungsstil offensichtlich äußerst autoritär. Zeitzeugen berichten, er habe im Umgang mit Mitarbeitern eine bissige Schärfe und Unnachgiebigkeit an den Tag gelegt⁴⁸. Ernestos Neffe Peter Alemann, der von 1940 an in der Redaktion des AT arbeitete, berichtet: "Die Zeitung war selbstherrlich von Ernesto Alemann regiert, den die Redaktion ehrfurchtsvoll



Telephonverbindung als erster Korrespondent eines europäischen Blattes über den Putsch des Generals Uriburu, während die internationalen Nachrichtenagenturen noch unter strengster Zensur standen; Ernesto Alemann, Eine gesittete Revolution, Berliner Tageblatt, 5.10. 1930.

Ernesto Alemann, Bemerkungen aus Berlin, AT, 1.5. 1927; Um die Reichswehr, AT, 8.5. 1927; Das Gesicht der deutschen Politik, AT, 15.5. 1927.

⁴³ Ernesto Alemann, Wiener Lehren und Vorbilder, AT, 29.5. 1927.

⁴⁴ Ernesto Alemann, Nach Aschermittwoch in München, AT, 17.4. 1927.

⁴⁵ Vgl. die Aussagen Alemanns in seinen Lebenserinnerungen, Erinnerungen aus zwei Jahrzehnten, AT, 29.4. 1939 und Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

⁴⁶ Gespräch Rosenbergs mit dem Verfasser, 29.2. 1991.

⁴⁷ Zitiert nach: Mittenzwei, Carl Meffert, S.71.

⁴⁸ So die heutigen AT-Redakteure und Emigranten im Gespräch mit dem Verfasser; Peter Gorlinsky, Buenos Aires, 30.1. 1991, Werner Finkelstein, Buenos Aires, 15.1. 1991 und Günther G.Apt, Buenos Aires, 6.2. 1991.

den 'Doktor' nannte. Gegen seine Meinung kam niemand an, also gab es in der Redaktion auch keine Meinungsverschiedenheiten."49 Wechsel im Mitarbeiterstab waren daher nicht selten. Eine ausgesprochen "antikapitalistische" Kritik an Alemann stammte von dem Dichter Paul Zech, der 1933 nach Argentinien emigrierte und eine Reihe von Feuilletons und Gedichten für das AT verfaßte⁵⁰. Ansonsten jedoch erhielt Alemann für seine Haltung vornehmlich Lobeshymnen. Der Dramaturg und Schauspieler Paul Walter Jacob etwa, der 1939 mit publizistischer und organisatorischer Hilfe von Alemann das Emigrantentheater "Freie deutsche Bühne" in Buenos Aires gründete, nannte den AT-Herausgeber "Vater der Emigranten"51. Alfred Döblin, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Wilhelm Dieterle, Martin Gumpert und Alfred Polgar übermittelten dem argentinischen Verleger Alemann 1945 per Telegramm ihre "aufrichtigsten Grüße an einen Vorkämpfer (...) für Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde"52. Manfred George vom New Yorker "Aufbau" sprach Alemann 1964 zu, er habe "in der belagerten Festung seines Blattes die Ehre des deutschsprachigen Journalismus auf einem einsamen, manchmal verloren scheinenden Posten gerettet"53.

2. "Gegen die Nazioten": Das "Argentinische Tageblatt" und der Nationalsozialismus

Bereits in den 20er Jahren hatte das AT – vor allem über die Berichte seines Münchner Korrespondenten Carl Christian Bry⁵⁴ – vor der Gefährlichkeit Hitlers gewarnt, ohne ihn jedoch in letzter Konsequenz ernst zu nehmen. Bis zur Machtergreifung und auch kurz danach machte das Blatt in etwa den gleichen Fehler wie die bürgerlich-liberale Presse der Weimarer Republik: Die Absichten der Nationalsozialisten wurden in ihrer Tragweite unterschätzt. "Geändert hat sich durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nichts", hieß es am 1. Februar 1933 im AT. "Schon lange

Bry war ein Kommilitone Ernesto Alemanns aus Heidelberger Studientagen. Sein Buch Verkappte Religionen war die Standortbeschreibung eines wertkonservativen Liberalen und soll Anfang der 20er Jahre eine "offenbarungsartige Wirkung" auf Teile der intellektuellen deutschen Jugend gehabt haben; Ernst W. Eschmann, Vorwort zu Carl Christian Bry, Verkappte Religionen, hrsg. von Klaus Zippert, Lochham 31964, S. 13. Bry schrieb Hunderte von politischen Hintergrundberichten und Feuilletons für das AT, die gesammelt erschienen sind in dem Band Carl Christian Bry, Der Hitler-Putsch. Berichte und Kommentare eines Deutschland-Korrespondenten für das "Argentinische Tageblatt", hrsg. von Martin Gregor-Dellin, Nördlingen 1987.



⁴⁹ Peter Alemann, Brief an den Verfasser, 15.4. 1991.

Siehe den autobiographischen Roman von Paul Zech, Michael M. irrt durch Buenos Aires. Aufzeichnungen eines Emigranten, Rudolstadt 1985, S.224. Zur Person Zechs vgl. Spitta, Paul Zech. Zechs Kritik wurde von der kommunistischen Exilforschung gerne kolportiert. Vgl. Kießling, Exil, S. 85 ff., Mittenzwei, Carl Melfert, S. 68 ff.

⁵¹ Paul Walter Jacob, Theater im Exil, Rede vor dem Symposium der Akademie der Künste, Berlin 1973. Zitiert nach Franz J. Blum, Deutsches Theater im Exil, AT, 29.4. 1984.

⁵² Telegramm an Ernesto P. Alemann, AT, 3.7. 1945.

⁵³ Zit. aus der Sonderausgabe des AT zum 75. Jubiläum am 29.4. 1964.

vorher war Faschismus Trumpf. Papen und Schleicher waren Exponenten der faschistischen Reaktion, und daß jetzt auch noch Hitler in die Regierung genommen wurde, beweist höchstens, daß man sich sicher genug fühlte. (...) Die Ernennung Hitlers kann keinesfalls als Sieg des Nationalsozialismus gewertet werden. Sie ist eigentlich eine Niederlage, denn von der Parole 'Alles oder nichts' ist nur noch das Paktieren mit anderen Parteien übriggeblieben, die gestern noch als Feinde der Bewegung bekämpft wurden."55

Trotz der anfänglichen Unterschätzung der Nazis zögerte das Blatt 1933 keinen Augenblick, "den Überzeugungen treu, die in diesem Hause seit fünseinhalb Jahrzehnten ohne (...) Konzessionen hochgehalten werden, den Kampf gegen die unmenschliche Barbarei, die das Terrorregime Adolf Hitlers verkörpert, aufzunehmen"56. Doch schon die Reaktion der Nazis gegen diese publizistische "Kriegserklärung" zeigte dem AT, daß man hier offensichtlich einen anderen Gegner vor sich hatte als etwa die Regierungen Papen oder Schleicher, die es bis dahin als Hauptseinde der deutschen Demokratie angesehen hatte: Am 22. April 1933 wurde die Einfuhr des AT nach Deutschland verboten, eine Repressalie freilich, die die wirtschaftliche Stellung des Blattes kaum berührt haben dürfte⁵⁷.

Ernstere Schwierigkeiten drohten dem Blatt von den Machenschaften der Nazis in Argentinien selbst. Erklärtes Ziel des NS-Regimes war es nämlich, die im Ausland lebenden Deutschen unter dem "Führerprinzip" zusammenzufassen⁵⁸. Die Zuständigkeit für die Gleichschaltung der auslandsdeutschen Vereinigungen in aller Welt oblag der "Nationalsozialistischen Auslandsorganisation" (AO), die unter Leitung Ernst Wilhelm Bohles stand. Vor allem Argentinien, wo zu diesem Zeitpunkt eine viertel Million Deutschsprechender lebte, sollte dem Nationalsozialismus als Brükkenkopf für wirtschaftliche und politische Einflußnahme jenseits des Atlantik dienen. Die deutschnational-monarchistische Atmosphäre unter den Argentiniendeutschen erleichterte den Nazis ihr Vorhaben entscheidend. Schon 1931 hatte die NSDAP in Buenos Aires eine "Landesgruppe Argentinien" gebildet. Noch 1933 ließen sich 103 von 119 deutschen Vereinen und 18 von 20 deutschen Schulen in Buenos Aires sowie das Deutsche Hospital widerstandslos gleichschalten. Während des Jahres 1933 rief die NSDAP-Landesgruppe "Ableger" von NS-Gruppierungen ins Leben: In die "Deutsche Arbeitsfront" wurde jeder gedrängt, der bei einer deutschargentinischen Firma arbeitete; der "Deutsch-Argentinische Pfadfinderkorps" war als Ersatz für die "Hitler-Jugend" gedacht; der "Opferring" schließlich organisierte gut besuchte Veranstaltungen im NS-Geist⁵⁹. Zur NS-Maifeier 1937 sollen angeblich



⁵⁵ Randglossen, AT, 1.2. 1933. Die Randglossen waren kurze, spitze Kommentare zum politischen Geschehen, die den täglichen Leitartikel im AT mal satirisch, mal polemisch, mal analytisch ergänzten.

⁵⁶ Befiehlt Hitler in Argentinien?, AT, 26.3. 1933.

⁵⁷ Vgl. die eher spöttisch-ironische Reaktion Das Verbot, AT, 23.4. 1933. Auch in: Willi Schaber/ Walter Fabian (Hrsg.), Leitartikel bewegen die Welt, Stuttgart 1964, S. 127-129, aufgenommen.

⁵⁸ Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 203.

⁵⁹ Newton, German Buenos Aires, S. 182.

17000 Anhänger und Sympathisanten des Nationalsozialismus in den "Luna Park" in Buenos Aires gekommen sein⁶⁰. 10000 feierten 1938 am gleichen Ort den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich⁶¹. Angelpunkt der NS-Tätigkeit war jedoch die deutsche Gesandtschaft, die 1937 zur Botschaft erhoben wurde. Daß als deutscher Gesandter im Dezember 1933 der SS-Offizier Edmund von Thermann nach Argentinien geschickt wurde, belegt die außerordentliche Rolle, die das Land in den Plänen der Nationalsozialisten spielte⁶².

Am 31. März 1933 rief die gleichgeschaltete Dachorganisation der deutschsprachigen Institutionen, der "Deutsche Volksbund in Argentinien", deutsche Vereine und Geschäftsleute zu einer Versammlung zusammen, in deren Verlauf die Erneuerung des seit 1924 mehr oder weniger eingeschlafenen Boykotts gegen das AT beschlossen wurde⁶³. Entsprechend entzogen am darauffolgenden Tag so gut wie alle deutschen Firmenfilialen, der größte Teil der von Deutschsprachigen geführten Betriebe sowie die meisten Freiberufler dem AT die Inserate⁶⁴. Im Reich wies die "Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern" ihre Partner an, sie sollten deutsche Handelsniederlassungen aufklären, "daß eine Werbung für deutsche Waren in diesem Blatt wenig Aussicht auf Erfolg hat, ganz abgesehen davon, daß es für eine anständige deutsche Firma Ehrensache ist, mit diesem Blatt keine Beziehungen zu unterhalten"⁶⁵. Diejenigen Betriebe, die sich dem Boykott verschließen wollten, wurden durch Drohungen bedrängt. Wer mit einer Ausgabe des AT in einer deutschen Firma angetroffen wurde, mußte mit Entlassung rechnen⁶⁶.

Das AT wehrte sich gegen die Repressalien, indem es seine verbliebene Leserschaft mit dem provozierenden, sechsspaltigen Titel "Befiehlt Hitler in Argentinien?" zur Solidarität und zum Gegenboykott aufrief, was eine gewisse Wirkung gehabt haben dürfte, da viele kapitalkräftige jüdische Geschäftsleute das Blatt bezogen. Dem sinkenden Inserentenvolumen versuchte das AT zu begegnen, in dem es



Volberg, Auslandsdeutschtum und Drittes Reich, S. 105. Die Angaben Volbergs sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Der Autor war Leiter der "Wirtschaftsstelle Argentinien" der nationalsozialistischen Auslandsorganisation (AO) und kann selbst als Exponent der NS-Agitation im Lande betrachtet werden. 1942 wurde er wegen Spionage ausgewiesen (Nazi-Spion Volberg ausgewiesen, AT, 19.5. 1942). Sein 1981 erschienenes Buch ist eher apologetischer Rechtfertigungsversuch als neutrale Darstellung.

⁶¹ Sutin, The Impact of Nazism, S.66.

⁶² Vgl. Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 82.

⁶³ Heute öffentliche Boykottversammlung gegen das Argentinische Tageblatt, AT, 31.3. 1933.

⁶⁴ In die Boykottfront reihten sich ein: Die Bankhäuser "Banco Germanico" und "Banco Aleman Transatlantico", das Warenhaus "Ribereña la Plata", die Schiffahrtsgesellschaften "Hapag Lloyd" und "Norddeutscher Lloyd", die Niederlassungen von "Siemens", "Thyssen", "Bayer" und "IG Farben", die Buchhandlung "Beutelsbacher" sowie die meisten deutschen Vereine, darunter der im Gesellschaftsleben führende "Deutsche Klub" (Entnommen aus der Boykottliste, die das AT von nun an wöchentlich bis Kriegsende veröffentlichte).

⁶⁵ Zit. nach Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 233.

⁶⁶ Bussemeyer, 50 Jahre AT, S. 115.

sich vor allem um Kleinanzeigen bemühte⁶⁷. Da sich viele Deutschstämmige aus Angst vor Repressalien nicht mehr trauten, die Zeitung zu abonnieren⁶⁸, zielte das AT nun vermehrt auf Absatz durch Straßenverkauf. Um dessen Anforderungen gerecht zu werden, paßte das AT sein äußeres Erscheinungsbild immer mehr dem Boulevardstil der überaus erfolgreichen Sensationsblätter "Critica" und "Noticias Graficas" an⁶⁹. Die Einnahmen aus dem florierenden Druckereigewerbe erlaubten dem Blatt sogar noch eine kurzzeitige Erweiterung seiner Seitenzahl⁷⁰, die jedoch wegen des chronischen Papiermangels bald wieder zurückgenommen werden mußte²¹.

Gleichzeitig verkündete die Redaktion von nun an in stoischer Wiederholung, die Leserschaft des AT steige ständig⁷². Allerdings wurde diese Behauptung nie mit Zahlen belegt und ist auch erst ab Mitte der 30er Jahre glaubhaft, als der Zustrom von insgesamt fast 50000 Emigranten dem Blatt ein reiches neues Leserreservoir ein-



Jahrgang 43 (1995), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁶⁷ Diese Kleinanzeigen stellen ein überaus interessantes Untersuchungsmaterial für die Exilforschung dar, da sie vor allem von Emigranten genutzt wurden und deren soziale Lage widerspiegeln. Typisch waren Stellengesuche wie dieses: "Wiener Ehepaar, Frau tüchtig im Kochen, Nähen und allen Hausarbeiten; peinlichst rein. Mann für alle geistigen, manuellen und Gartenarbeiten, suchen Posten in besserem Hause." (AT, 18.12. 1938). Zur sozialen Situation der Exilierten in Südamerika siehe vor allem Von zur Mühlen, Fluchtziel.

⁶⁸ Die Tricks, mit denen viele Deutschargentinier damals das AT rezipierten, hat Ernesto Alemann in seinen Erinnerungen beschrieben: "Ich konnte amüsiert beobachten, wie in den Vorortzügen Fahrgäste das AT in eine Landeszeitung steckten, die sie anscheinend lasen"; Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

Die Überschriftengrößen des AT wurden nun von maximal sieben auf dreizehn Millimeter vergrößert. Im Layout setzte die Redaktion in der Regel zwei dreispaltige Aufmacher nebeneinander. Nicht selten wurde eine sechsspaltige, bis zu 21 Millimeter hohe Dach-Überschrift mit der "letzten Meldung" über den Zeitungskopf gehoben. Auf der Titelseite fanden sich bis zu zwölf verschiedene Schrifttypen und manchmal 35 bis 40 Überschriften aller Art (von Titel- bis Zwischenzeile). Oft enthielten die fettgedruckten Überschriften mehr Wörter als der nachfolgende Artikel. Reichlich eingesetzt wurden graphische Mittel, wie Kästen mit fett gedruckter Schrift. Gerne verwendete die Redaktion Photos, nicht selten mit drastischem Inhalt. Ein von Nazi-Schlägern zu Tode mißhandelter polnischer Arbeiter wurde im März 1933 auf der ersten Seite groß abgebildet. Das Photo des von den Nazis ermordeten österreichischen Kanzlers Dollfuß mit deutlich sichtbarer Schußwunde erschien insgesamt gleich dreimal.

⁷⁰ Im Januar 1932 hatte das AT montags zehn, werktags zwölf und sonntags 16 Seiten. Mitte 1933 waren es jeweils zwei Seiten mehr.

⁷¹ Dies kann – so widersprüchlich dies auch anmutet – als Beweis für eine Erhöhung der Auflage gelten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde das AT von dem bei Verlegern gefürchteten "Papierpunkt" heimgesucht. Damit wird der Moment bezeichnet, in dem Auflagenzuwachs für eine Zeitung wirtschaftliche Verluste bringt, da der erhöhte Papierbedarf die Produktionskosten schneller steigen läßt als die Einnahmen durch den Mehrverkauf an Zeitungen. In einem Land wie Argentinien, das unter chronischem Papiermangel litt, war der "Papierpunkt" ein häufiges Phänomen. 1945 hatte das AT montags nur noch sechs, wochentags acht und sonntags zehn Seiten.

AT-Redakteur Bussemeyer sprach 1939 von einem "stürmischen Auflagenzuwachs", allerdings, ohne eine einzige Zahl zur Untermauerung zu nennen, vgl. ders., 50 Jahre AT, S. 116.

brachte. Überprüfbare Angaben liegen jedoch nicht vor⁷³. Nach Schätzungen dürften "Argentinisches Tageblatt" und "Argentinisches Wochenblatt" in den späten 30er Jahren zusammen etwa eine Auflage von 50000 Exemplaren gehabt haben⁷⁴.

Die inhaltliche Strategie des Blattes in seinem "Kampf" gegen die "Nazioten", wie es die Nazis zu nennen pflegte, fußte auf zwei Fundamenten: Einerseits wurden die Greueltaten der Hitler-Regierung in Deutschland und später in ganz Europa unablässig angeprangert. Andererseits setzte sich das AT gegen die Gleichschaltung der "deutschen Kolonie" in Argentinien zur Wehr. Während im zweiten Bereich vor allem journalistische Eigenproduktionen zum Einsatz kamen, nutzte das AT für internationale Berichte die Meldungen der US-Agentur "Associated Press" und des französischen Nachrichtenbüros "Havas"⁷⁵, Nachdrucke aus der europäischen Emigrantenpresse⁷⁶ und – vor allem in den späten 30er Jahren – Augenzeugenberichte eintreffender Emigranten, die gleich am Hafen interviewt wurden⁷⁷. Welchen Ursprungs die stets mit verschlüsselter Quellenangabe versehenen angeblichen "Korrespondenten"-Berichte aus Deutschland waren, die das AT in der ersten Zeit nach der Machtergreifung Hitlers abdruckte, kann nur gemutmaßt werden. Anzunehmen ist, daß es sich z.T. tatsächlich um Zusendungen der vormaligen AT-Mitarbeiter im Reich handelte, deren Namen nun beim Abdruck weggelassen wurden, um sie zu schützen. Ein gro-

Zuständig für diese Reportagen war vor allem die österreichische Journalistin Livia Neumann-Szekely, die 1938 nach Argentinien floh und für das AT unter dem Pseudonym L.Degner schrieb; Birgit Friedrich, Österreichische Publizistinnen und Publizisten im argentinischen Exil, in: IWF-Mitteilungen 3(1989), S.11 f.



⁷³ Die Familie Alemann hat aus der Auflage ihrer Zeitung immer ein Geheimnis gemacht, um die Boykotteure von der Erfolglosigkeit ihres Tuns zu überzeugen; Rosenberg, Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 29.2. 1991. Nach Auskunft von Roberto T. Alemann existieren für den Untersuchungszeitraum keine Aufzeichnungen über die Auflagenstärke des AT; Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 12.2. 1991.

⁷⁴ Zu dieser Schlußfolgerung kommt Arnold Spitta, Die deutsche Emigration in Argentinien, Arbeitspapiere Lateinamerikaforschung, Bielefeld, 14/1978, S.20 nach Auswertung der Daten des Zeitungswissenschaftlers Walter Heide, Handbuch der deutschsprachigen Zeitungen im Ausland, Essen 1940, S.60. Zu Recht merkt Spitta jedoch an, daß der in NS-Diensten stehende Heide kein großes Interesse daran gehabt haben dürfte, die Auflagenzahlen des antifaschistischen AT realistisch anzugeben oder gar zu übertreiben, vor allem da Heide keine Angabe über die Herkunft der von ihm genannten Zahlen macht. Somit ist anzunehmen, daß die Auflage des AT und des AW im Untersuchungszeitraum eher noch höher war.

⁷³ Nach der Kapitulation Frankreichs 1940 wechselte das AT "Havas" gegen die britische Agentur "Reuter" aus.

Das AT nutzte hier vor allem die Exilpublikationen Weimarer Journalisten, deren Zeitungen auch vor 1933 schon Hauptquellen des AT gewesen waren ("Berliner Tageblatt", "Vossische Zeitung", "Frankfurter Zeitung", "Münchner Neueste Nachrichten", "Münchner Zeitung", "Dortmunder Generalanzeiger", "Weltbühne" und "Tagebuch"). Entsprechend wurden nach 1933 vor allem Nachdrucke verwendet aus "Neue Weltbühne", "Neues Tagebuch", "Maß und Wert", "Pariser Tageblatt", "Pariser Tageszeitung" und dem New Yorker "Aufbau". Dazu kamen die Basler "Nationalzeitung" sowie bis 1938 die Wiener "Arbeiterzeitung" und das "Prager Tagblatt". An internationalen Zeitungen wurden vom AT besonders gern die "New York Times", die britische "Times", der "Manchester Guardian" sowie das französische "Oeuvre" zitiert.

ßer Teil aber dürfte einfach aus Briefen bestanden haben, die Argentiniendeutsche von Angehörigen aus dem Reich bekamen und an die Redaktion weitergaben.

Zusätzlich wurden Meldungen aus der gleichgeschalteten deutschen Presse zitiert und auf ihren realen Hintergrund untersucht, d.h. man versuchte, zwischen den Zeilen zu lesen. Insbesondere verwertete das AT - wie das auch bei Exilpublikationen üblich war⁷⁸ - allerlei Statistiken, Geschäftsberichte, Formulare und Zahlenkolonnen aus Deutschland, um dem NS-Regime Versorgungskrisen und Mißwirtschaft nachzuweisen. Auch wenn einige der dabei getroffenen Schlußfolgerungen tatsächlich als brillant zu bezeichnen sind⁷⁹, so wurde das Ausmaß der Krise im Reich gemeinhin - wohl aus einem gewissen Wunschdenken heraus - doch grob überschätzt. Glaubte man den AT-Berichten der Jahre 1933 bis 1939, so mußte man den Eindruck gewinnen, der wirtschaftliche Zusammenbruch des Reiches stehe unmittelbar bevor⁸⁰. Eine Revolte der Arbeiterschaft und der verarmten Massen wurde immer wieder vorausgesagt. Dabei verstrickte sich das AT mehr und mehr in den Widerspruch, pausenlos die Gefährlichkeit und Aggressivität des Reiches in hochdramatischen Tönen zu schildern, gleichzeitig aber die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands unentwegt herunterzuspielen⁸¹. Hier manövrierte sich das AT bald in ein ähnliches Dilemma wie viele Exilpublikationen⁸².

So oft sich das AT in seinen konkreten punktuellen Vorhersagen jedoch geirrt haben mag – was seine allgemeine Einschätzung der Pläne der Nazi-Regierung und ihrer Überlebensfähigkeit anging, erscheinen die Aussagen des Blattes oft geradezu als prophetisch. Peter Bussemeyer kommentierte bereits im Juli 1933: "Diktatoren haben ihre Schicksale. Vor dem Zusammenbruch kommt der Krieg, der ihr Ende um einige Zeit herausschieben soll. Diktaturen verfallen immer auf das gleiche Mittel,



⁷⁸ Vorbild war dem AT hier allem Anschein nach das in Paris erscheinende "Neue Tagebuch" Leopold Schwarzschilds.

⁷⁹ Eine in ihrer Komplexität beeindruckende Darstellung des Verrechnungsabkommens des Deutschen Reiches mit Argentinien gab AT-Wirtschaftskommentator Walter P. Schück in der Sonderausgabe des AT zum Kolumbustag 1941, Deutsche und nationalsozialistische Handelsmethoden, 12.10. 1941. Auch der eigentliche Beweggrund, der hinter der NS-Autarkiepolitik stand, nämlich die Kriegsabsicht, wurde immer wieder einleuchtend beschrieben; z. B. bei G. Schacher, Neudeutscher Autarkie-Wahn, 6. 8. 1933.

⁸⁰ Beispiele für Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen Lage in Deutschland waren Artikel wie Zehn Millionen Arbeitslose im Reich, 9.7. 1933; Löhne sinken, Preise steigen, 21.7. 1933; Ernährungssorgen und Mißernte in Deutschland, 1.8. 1934; Die Scheinkonjunktur im Dritten Reich, 7.7. 1935.

⁸¹ Dieser Widerspruch machte es den Nazis in Argentinien leicht, dem AT Falschinformation vorzuwerfen. Das Organ der NSDAP-Landesgruppe, "Der Trommler", schrieb: "Wir wollen nur kurz auf den Widersinn hinweisen, der darin besteht, daß auf der einen Seite das deutsche Volk als eine mit dem Hungertode ringende, sich von Abfällen ernährende Masse dargestellt wird, und auf der anderen Seite die friedsamen Demokratien von der gleichen Hetzquelle aus in dauerndem Alarmzustand gehalten werden vor der "deutschen Gefahr"; "Der Trommler", 11.11. 1937.

⁸² Siehe hierzu die Darstellungen der Exilpresse in Hans Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd.2: Exilpresse, Stuttgart 1978. Am meisten war diesem Konflikt wohl die "Neue Weltbühne" ausgesetzt, die auch die am häufigsten zitierte Exilquelle des AT darstellte.

sie vergessen nichts und lernen nichts. Sie lernen nicht, daß der Augenblickserfolg, begründet auf eine ungewöhnliche Machtkonzentration, begründet auf einer atavistischen Liebe zu dem – selbstverständlich – zur Verteidigung gezwungenen Vaterland, nur solange anhalten kann, wie die Psychose dauert. Diktaturen gewinnen keine Kriege, vor der Wirklichkeit stürzen die Trugbilder eines durch Gewalt zu erobernden größeren Vaterlandes, stürzt das lächerliche Theater der angekurbelten Volksseele zusammen. Diktaturen entscheiden sich immer für den Krieg und gehen unter."83

Nicht zimperlich war das AT in seinen Darstellungen der Greueltaten der Nazis in Deutschland. Hier wurde das Blatt inhaltlich dem Boulevardstil gerecht, dem es sich in seiner äußerlichen Aufmachung verschrieben hatte. Herausgeber Alemann schrieb später, man sei grundsätzlich bereit gewesen, dem NS-Regime "die letzten Scheußlichkeiten zuzutrauen"84. Regelmäßige Rubriken wie "Blutrausch im Dritten Reich", "Brauner Alltag" oder "Greuelmeldungen, die leider wahr sind" sollten den Deutschargentiniern das ganze Ausmaß der Nazi-Verbrechen möglichst drastisch nahebringen. Schilderungen von Verhaftungen, Mißhandlungen, Willkür und Hinrichtungen wurden bis ins letzte Detail wiedergegeben⁸⁵. Als ein Beispiel für viele sei hier ein Ausschnitt aus dem Bericht über den Leidensweg des "Reichsbanner"-Anwaltes Dr. Joachim wiedergegeben, der am 28. Mai 1933 im AT erschien. Nach den Folterungen durch die SA wurde laut AT "der Rechtsanwalt im Spittal gepflegt. Er konnte nicht mehr sprechen. Sein Körper fieberte, an vielen Stellen brach Eiter durch. Er stieß immer wieder furchtbare Schreie aus. Keine Stelle seines Körpers war unversehrt genug, um schmerzstillende Injektionen aufzunehmen. (...) Er war in eine furchtbare Angstpsychose gefallen. Immer mußte jemand bei ihm sein. Er glaubte, die Braunen kämen wieder, ihn zu holen. Am 25. März starb er. "86

Um die drastische Ausdrucksweise zu verdeutlichen, derer sich die AT-Redaktion in ihren Darstellungen des NS-Regimes meist befleißigte, soll eine Beschwerde der Gegenseite, sprich des Gesandten v. Thermann zitiert werden, die dieser im Februar 1934 gegen das AT beim argentinischen Außenministerium anstrengte. Darin listete er eine Sammlung von Ausdrücken auf, die das AT bis dato im Zusammenhang mit dem Nazi-Regime verwendet hatte: "Wie Eure Exzellenz bemerken können – um nur einige der im 'Argentinischen Tageblatt' angewendeten Ausdrücke zu zitieren – besitzt diese Zeitung die Kühnheit (...), die Reichsregierung als 'Verbrechergesellschaft, die ein Kulturvolk unterdrückt und ausbeutet' zu bezeichnen. Das Dritte

Wie Rechtsanwalt Joachim starb, AT, 28.5. 1933. Paul Zech, der 1933 bis 1935 auch für das AT schrieb, baute diese Schilderung später in seinen Roman "Deutschland, dein Tänzer ist der Tod" ein, Rudolstadt 1980.



⁸³ Bussemeyer, Am Ende steht der Krieg, AT, 21.7. 1933.

⁸⁴ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

Stacheldraht des Konzentrationslagers, 27.9. 1936; So sieht die Kultur des deutschen Reiches aus. 4.4. 1933.

Reich wird eine 'Räuberbande' genannt, wie es 'von einer Gesellschaft von Vorbestraften, Bestechlichen, Mördern und Meineidigen zu erwarten war'. Die Mitglieder der Reichsregierung werden als 'Brandstifter, Morphinisten, Mörder und Korrumpierte' gekennzeichnet und die Richter des Obersten Deutschen Gerichts als ihre 'gehorsamen Sklaven'. Die Fahne des neuen Reiches wird ein 'Hitlerlappen' und ein 'Symbol des blutigen Terrors' genannt; von der neuen Horst-Wessel-Hymne wird gesagt, sie sei ein 'Zuhältersong', der Minister Göring sei ein 'typischer Gangster' und 'Brandmeister', dessen Verbrechen nur mit denen der Borgia, Attilas und Dschingis Khans zu vergleichen seien. Ich persönlich werde als 'Lügner' und als 'Nutznießer des Hitler-Terrors' tituliert. (…)"87

Weniger polemisch gebärdete sich das AT bei seinen Erklärungsversuchen für das Aufkommen des Nationalsozialismus. Lange Zeit stand die Redaktion in relativer Einmütigkeit auf dem Standpunkt, das deutsche Volk sei im Prinzip unschuldig an den Taten der NS-Regierung. 1934 hieß es im AT: "Die Freunde des deutschen Volkes (...) haben nur eine Möglichkeit: täglich immer wieder zu sagen: das deutsche Volk ist seiner Rechte beraubt von einer Horde Verbrecher; das deutsche Volk ist ein willenloses Opfer in den Händen degenerierter Bestien; das deutsche Volk ist unschuldig an all den Greueln."88 Als Drahtzieher im Hintergrund wurden reaktionäre Militaristen und Monarchisten vermutet: "Junker und Industrielle waren es, die als Geldgeber Hitlers diesem die Aufputschung des deutschen Spießers ermöglichten und ihm schließlich die Macht in die Hand spielten", urteilte das AT nach den Reichstagswahlen vom März 193389. Diese Gruppen suchten laut AT "ihre Rettung gegen die wachsende Bedrohung der (...) ihrer Kraft bewußt gewordenen Arbeiterklasse im Faschismus"90. Die Nazis selbst waren für das AT nicht mehr als eine machthungrige Clique Zukurzgekommener, die, einmal an die Macht gelangt, ihre Komplexe gegenüber materiell und geistig Bessergestellten in Brutalität ummünzte. Diese Interpretation wird vor allem in den Erklärungsversuchen für den Antisemitismus sichtbar: "Brotneid ist die hervorstechende Eigenschaft der Hitler-Anhänger. Wenn ein Nazi im offenen Wettbewerb mit einem jüdischen Künstler, Gelehrten, Journalisten, Rechtsanwalt, Richter, Politiker, Kaufmann, Industriellen oder Beamten unterliegt, muß eben der Jude mit Gewalt entfernt werden, damit der unfähigere



⁸⁷ Das AT veröffentlichte diesen Brief, der ihm zugespielt wurde, am 31.10. 1937.

⁸⁸ Ernesto Alemann, Carl v. Ossietzky †, 24.1. 1934. Die Ermordung Carl v. Ossietzkys durch die Nazis vermeldete das AT gute zwei Jahre zu früh. Die Falschinformation war von dem angesehenen britischen Publizisten Wickham Steed in die Welt gesetzt und über die Agenturen verbreitet worden. Der Fehler offenbart das Dilemma, in dem das AT noch mehr als europäische Exil-Publikationen steckte: weit weg vom Schauplatz keinerlei Möglichkeiten zur Überprüfung der gemeldeten Nachrichten zu haben.

⁸⁹ H. G., Der Kampf wird fortgesetzt, AT, 6.3. 1933. Leitartikel waren im AT nur mit Kürzel gekennzeichnet, da die Redaktion hier den Eindruck größtmöglicher Geschlossenheit vermitteln wollte. Nicht alle Abkürzungen konnten entschlüsselt werden. Hinter "H. G." verbirgt sich wahrscheinlich Heinrich Groenewald.

⁹⁰ J. Riemer, Faschismus in Argentinien, AT, 2.3. 1933.

Nazi seinen Posten einnehmen kann. (...) Das nationale Mäntelchen vermag den Brotneid nicht zu verdecken."91

Eine deutliche Mitschuld am Aufkommen des Nationalsozialismus schrieb das AT seinem eigenen Lager – dem der gemäßigten Sozialdemokratie und des bürgerlichen Liberalismus – zu. Gerade die SPD habe zu lange versucht, den Nationalsozialisten mit rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen, wurde kritisiert⁹². Peter Bussemeyer merkte 1936 frustriert an: "Eine Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, um den Faschismus zu überwinden, ist widersinnig. Denn aus der zusammenbrechenden Demokratie entwickelt sich der Faschismus als letzte Stufe eines Systems. Ein Zurück kann es nicht geben, sondern nur ein neues Ziel, das hinter dem Faschismus liegt."⁹³ Diese – stark nach marxistischer Geschichtsauffassung klingende – Einschätzung war typisch für die Haltung des AT in den ersten Jahren nach 1933, als das Blatt sich auf der Suche nach neuen, schlagkräftigen Konzepten für den Kampf gegen den Faschismus befand.

Großen Erfolg dürfte das AT mit seiner Haltung bei den Argentiniendeutschen nicht gehabt haben. Leserzuschriften belegen, daß die wenigen Wankelmütigen eher abgeschreckt waren von den drastischen Schilderungen des Blattes. Ein Deutschargentinier aus der Provinz Misiones etwa behauptete in einem Brief, er habe das AT 20 Jahre lang bezogen. Doch: "Das können wir heute als Deutsche nicht mehr. Ihre Zeitung hat sich in der letzten Zeit zu einem derartigen Schund- und Lügenblatt entwickelt, daß sich der alte ehrwürdige Gründer Ihrer Zeitung im Grabe herumdrehen würde, wenn er eines von Ihren letzten Exemplaren lesen würde. (...) Wir sind absolut keine Freunde der Hitler-Regierung, aber dulden nicht, daß das ganze Volk in den Kot gezogen wird. Einer für viele."94

Selbst in alteingesessenen jüdischen Kreisen in Buenos Aires stieß die Vorgehensweise des AT auf Kritik. Als Beleg kann das Protokoll eines Gespräches dienen, das die AT-Mitarbeiterin Livia Neumann-Szekely auf der Überfahrt nach Argentinien mit einem deutschargentinischen jüdischen Geschäftsmann führte. Demnach soll dieser folgendes geäußert haben: "Na ja, das Tageblatt, kein feines Organ. Zu frei im Ton, zu grob im Ausdruck. Nun ja, ich gebe zu, die Gesinnung und so. Aber glauben Sie mir, das schadet oft mehr als es nützt. Wir haben noch ein deutsches Blatt in Buenos Aires. Mein Gott es ist zwar Nazifreundlich, aber immerhin. Der Ton ist seriöser (...). Also lesen tu ich die andere Zeitung ja auch nicht regelmäßig. Aber ich inseriere darin."95

⁹⁵ L. Degner, Erste Begegnung mit dem Argentinischen Tageblatt, AT, 29.4. 1939. Das AT veröffentlichte solche Artikel, um die unentschlossene Haltung vieler Deutschargentinier zum Hitler-Regime anzuprangern. Gewöhnlich verwendete die Redaktion zur beispielhaften Darstellung von Wankelmütigen das Stereotyp des "Herrn Leisetreter", der vor allem in den "Randglossen" auftauchte. Mit ihm führte die Redaktion fiktive "Zwiegespräche", in denen sie ihre Position darlegte.



⁹¹ Randglossen, AT, 28.3. 1933.

⁹² H.G., Wettlauf der Reaktionäre, AT, 11.2. 1934.

⁹³ Bussemeyer, Programm und Programm, AT, 14.1. 1936.

H. Nienhus, Brief an das AT vom 21.4. 1933. Leserbriefe druckte das AT praktisch nie ab. Auch die zitierte Zuschrift ist zwar im Archiv der Zeitung vorhanden, erschien aber nie im Druck.

Bei dem anderen deutschen Blatt, von dem hier die Rede ist, handelt es sich offensichtlich um die "Deutsche La Plata Zeitung" (DLPZ), mit dem das AT bereits seit 1918 in offener Feindschaft lag. Nach dem 30. Januar 1933 artete das Verhältnis zwischen beiden Zeitungen zu einem regelrechten Pressekrieg aus. Die DLPZ[%] hatte angesichts der Machtergreifung Hitlers gejubelt: "Daß Deutschland sich in seiner höchsten Not einen Hitler gebiert, das bezeugt sein Lebendigsein; desgleichen die Wirkungen, die von ihm ausgehen."⁹⁷ Vom AT wurde die DLPZ daraufhin nur mehr als "Antisemitenblatt", "Goebbels-Organ" oder – in Anspielung auf die monetäre Unterstützung, die die DLPZ von der Reichsregierung erhielt – als das "subventionierte-Papier"⁹⁸ bezeichnet.

Tatsächlich versuchten NS-Kreise, dem Niedergang des AT durchaus von außen nachzuhelfen. Dabei war der Boykott vom April 1933 nur die erste Maßnahme. An telephonische und briefliche Androhungen von Gewaltmaßnahmen war das AT bereits seit den 20er Jahren gewöhnt⁹⁹. Am 28. Mai 1934 trat die Auseinandersetzung in ein neues Stadium ein: Ein Nazi-Rollkommando überfiel eine Veranstaltung in der dem AT assoziierten "Pestalozzi-Gesellschaft", wurde jedoch von der Gegenwehr der Gäste in die Flucht geschlagen¹⁰⁰. Die von Ernesto Alemann gegründete "Pestalozzi-Schule" wurde mit Teerbomben beworfen, vor Alemanns Haus eine Strohpuppe an einem Galgen aufgeknüpft und angezündet¹⁰¹. Am 14. September 1934 gelang es einem Überfallkommando aus deutschen NS-Sympathisanten und argentinischen Faschisten trotz des Polizeischutzes, den der Alemann'sche Verlag inzwischen genoß, drei Brandbomben in die AT-Druckerei an der Calle Tucuman zu werfen. Der Brand konnte jedoch schnell gelöscht werden,



Die DLPZ war die meistgelesene deutschsprachige Zeitung Argentiniens, wahrscheinlich sogar ganz Lateinamerikas; Deutschtum im Ausland, Zeitschrift des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, 6(1938), S. 355. Herausgeber Emil Tjarks war gleichzeitig Leiter der propagandistisch ausgerichteten deutschen Nachrichtenagentur "Transocean". DLPZ-Redakteur R. Gerndt hatte 1931 über die Zeitung zur Gründung eines NSDAP-Ortsverbandes Buenos Aires aufgerufen; Sutin, The Impact of Nazism, S. 98. Im Oktober 1944 wurde die Zeitung wegen ihrer achsenfreundlichen Haltung auf Druck der Alliierten von der argentinischen Regierung verboten. Ein Jahr später entstand sie als "Freie Presse" neu. Diese wurde das Organ der nach 1945 ins Land geflohenen Nazis und existierte bis 1975. Chefredakteur war lange Jahre der ehemalige Goebbels-Mitarbeiter Wilfried v. Oven.

⁹⁷ Zit. nach Sengler, Das Auslandsdeutschtum, S. 11.

⁹⁸ Diese Subventionen gab es tatsächlich. Am 10.1. 1938 forderte der Geschäftsträger in Buenos Aires per Telegramm vom Auswärtigen Amt weitere Unterstützungen für die DLPZ, da die Zeitung andernfalls "ihr Erscheinen Ende der Woche" einstellen müsse, was "schwerwiegendste politische Folgen insbesondere für die Stellung hiesigen Deutschtums und das Ansehen des Dritten Reiches" haben würde. Gerade "jüdischen Kreisen" wäre ein Ende der DLPZ willkommene Propagandamunition; Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. V, Nr. 595.

⁹⁹ Bussemeyer, 50 Jahre AT, S. 115 f.

¹⁰⁰ Chronik in: Zehn Jahre Kampf gegen Hitler, AT, 30.1. 1943.

¹⁰¹ Aussage der Emigrantin Dorothea Jackisch im Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 10.12. 1990.

die Schäden hielten sich in Grenzen¹⁰². Einen Tag später wurden zwei Redakteure des AT auf dem Nachhauseweg von einem Nazi-Trupp angegriffen und zusammengeschlagen¹⁰³.

Außer mit physischer Gewalt versuchten deutsche Stellen gegen das AT auch auf gerichtlichem Wege vorzugehen. Drei Klagen der deutschen Gesandtschaft gegen die Zeitung in den Jahren 1933, 1934 und 1937 vor argentinischen Gerichten endeten mit Freispruch für das AT, was nicht zuletzt auf Alemanns gute Beziehungen zur Justiz zurückzuführen sein dürfte¹⁰⁴. Botschafter v. Thermann klagte 1938 in einem "politischen Bericht" an das Auswärtige Amt, "trotz größter Anstrengung" sei es nicht möglich gewesen, "der schamlosen Hetze" des AT ein Ende zu bereiten¹⁰⁵. Die Drahtzieher des Attentats von 1934 hingegen – ein Angestellter des "Banco Germanico" und seine argentinischen Komplizen – wurden 1937 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt¹⁰⁶.

Bei Angriffen nationalsozialistischer Kreise pflegte das AT sich der Unterstützung befreundeter Politiker und Journalisten zu versichern. Gegen den 1933 ausgerufenen Boykott protestierten u. a. die Abgeordneten Mario Bravo, Augusto Bunge, José Nicolas Matienzo, Francisco E. Correa, Enrique Dickmann, Julio A. Noble, Raul Ceballos Reves, Angel Saggese, Carlos Serrey, die Direktoren der Zeitungen "Noticias Graficas", "La Critica", "Buenos Aires Herald", "La Vanguardia", "Courrier de la Plata" und "Libertad" sowie der Präsident des berufsständischen Presseklubs "Circulo de la Prensa", Adolfo Lanús. Das AT publizierte die – meist von ihm selbst eingeholten – prominenten Stellungnahmen¹⁰⁷ in großer Aufmachung¹⁰⁸. Vor allem die Boulevardzeitung "La Critica" und die sozialistische "Vanguardia" berichteten immer wieder über die Rolle des AT¹⁰⁹.

Auch der Arm deutscher Stellen im Reich versuchte das AT zu treffen. Die reichsdeutschen Redakteure des Blattes wurden – wie die meisten Emigranten – allesamt ausgebürgert. Ernesto Alemann, der als argentinischer Staatsbürger auf diese Weise nicht zu treffen war, entzog die Universität Heidelberg 1938 seinen 1915 erworbe-

¹⁰⁹ Als der Redaktion im April 1933 das Gerücht zugespielt wurde, die NSDAP-Landesgruppe plane einen Anschlag gegen das AT, informierte sie sofort "La Critica", die daraufhin einen ganzseitigen Bericht unter dem Titel "Hasta en Buenos Aires presiona Hitler" (Sogar in Buenos Aires übt Hitler Druck aus) brachte; La Critica, 23.4. 1933.



¹⁰² Am nächsten Tag erschien im AT der Aufmacher: Nazi-Brandbombenattentat gegen das Argentinische Tageblatt, 15.9. 1934.

Auch über diesen Vorfall berichtete das AT in großer Aufmachung: Naziüberfall auf zwei Redakteure des Argentinischen Tageblatts, AT, 17.9. 1934.

¹⁰⁴ Der Bundesrichter Dr. Jantus, der in allen Fällen Recht zu sprechen hatte, war ebenso wie Ernesto Alemann Mitglied der antifaschistischen Vereinigung "Acción Argentina".

¹⁰⁵ Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Bd. V, Nr. 615.

¹⁰⁶ Chronik in: Zehn Jahre Kampf gegen Hitler, AT, 30.1. 1943.

¹⁰⁷ Ernesto Alemann pflegte bei allen Gelegenheiten sämtliche ihm nahestehende Prominenz von den wirklichen oder vermeintlichen Vorhaben der Nazis brieflich zu unterrichten.

¹⁰⁸ Argentinische Politiker und Intellektuelle zum Boykott gegen das Argentinische Tageblatt, AT, 2.4. und 16.4. 1933.

nen Doktortitel¹¹⁰. AT-Redakteur Dr. Alfred Dang hatte dieses Schicksal schon 1934 ereilt. Das AT pflegte – ähnlich wie schon bei dem Verbot seiner Verbreitung im Reich – solche Maßnahmen, die es natürlich nicht besonders hart treffen konnten, als "besondere Ehrenbezeugung" und "ausgezeichnete Propaganda" für sich selbst aufzufassen und groß herauszustellen. Die Ausbürgerung von Peter Bussemeyer etwa wurde auf der Titelseite gebracht und zum "Pour le merite des Dritten Reiches" gemacht¹¹¹.

3. Von der Volksfront bis Zionismus: Das AT und die antinationalsozialistische Emigration

Während sich das AT bei der großen Mehrheit der "deutschen Kolonie" Argentiniens nicht durchsetzen konnte, wurde es für die von 1933 bis 1945 ins Land strömenden Emigranten zum begeistert aufgenommenen Hoffnungsobjekt. Schriftliche und mündliche Äußerungen von Exilierten belegen die außergewöhnliche Bedeutung, die das Blatt für sie hatte und die sich bei manchen zu einer fast mythisch verklärten Zuneigung verdichtete¹¹². Als ein Beispiel für viele sei hier ein Leserbrief zitiert, den die Redaktion im Juli 1945 erhielt:

"Heute ist der Tag gekommen, an dem wir Ihnen (...) sagen wollen, wie dankbar wir Ihnen sind. (...) Für die schon lange hier Ansässigen war Ihre Zeitung Sprachrohr ihrer demokratischen Gefühle. (...) Aber für die anderen, die Tausende, die hier in Südamerika angeschwemmt wurden, wie ausgespuckt vom brodelnden Hexenkessel Europa, war sie mehr, Ihre Zeitung. Keiner derer, die hier ankamen, fast ohne Mittel, wird vergessen, als er zum ersten Mal irgendwo das Argentinische Tageblatt in die Hand bekam. So etwas gab es also doch noch, es wurden noch flammende Proteste gegen die Barbarei geschrieben, es gab noch Verteidiger, die in Wort und Schrift auftraten, das zu bekämpfen, was sich erfrechte, unter dem Mantel einer neuen Ordnung' uns mit Stumpf und Stiel auszurotten (...) Wir hatten nichts mehr und griffen nach Ihrer Zeitung wie nach einem Strohhalm. Sie war unsere Seelennahrung, unsere Hoffnung, unser Stolz. (...)"¹¹³ Die Vermutung liegt nahe, daß das AT ein so hohes Ansehen in der Emigration genoß, nicht obwohl, sondern eben weil es kein "echtes" Exilblatt war und sich so als unabhängiger Fürsprecher der aus Europa Verstoßenen präsentierte.

An die Adresse der argentinischen Regierungen etwa richtete das AT stetig den Appell, die seit 1930 Jahr für Jahr schärfer werdenden Einwanderungsrestriktionen zu lockern¹¹⁴. Im gleichen Atemzug verlangte das Blatt jedoch von den Emigranten,



¹¹⁰ Alemann erhielt seinen Titel 1965 zurück. Ein umfangreiches Entschuldigungsschreiben des Dekanats ging erst 1979 beim AT ein.

¹¹¹ Pour le merite des Dritten Reiches, AT, 12.6. 1935.

¹¹² Der heutige Chefredakteur des AT, der 1935 nach Südamerika emigrierte Peter Gorlinksy, sagte zum Verfasser, das AT sei für ihn und viele andere ein Mythos (Buenos Aires, 30.1. 1991).

¹¹³ E.B., Brief an das AT, AT, 3.7. 1945. Wer "E.B." war, konnte nicht festgestellt werden.

¹¹⁴ Josef Riemer, Argentinien braucht Einwanderer, AT, 18.7. 1938.

sie sollten sich für ihre Aufnahme in Argentinien durch größtmögliche Integrationsbereitschaft erkenntlich zeigen und beweisen, daß sie für das Gastland ein nützlicher Wirtschaftsfaktor seien¹¹⁵.

Außer auf publizistischem Gebiet unterstützten Ernesto Alemann und seine Zeitung die Emigration auch organisatorisch. Neben der bereits erwähnten "Freien deutschen Bühne"¹¹⁶ entstand im Umfeld des AT 1934 die "Pestalozzi-Schule", an die Alemann emigrierte Pädagogen aus den europäischen Exilländern holte, um ein Gegengewicht zu den gleichgeschalteten deutschen Schulen zu schaffen¹¹⁷. Darüber hinaus stellte er der Emigrantenorganisation "Das Andere Deutschland" (DAD) 1938 Räume im Verlagshaus und Platz in seiner Zeitung für Mitteilungen zur Verfügung. Viele Mitarbeiter des AT schrieben auch für die Zeitschrift, die "Das Andere Deutschland" herausgab¹¹⁸.

Bis 1933 hatte Ernesto Alemann die liberale Ausrichtung seines Blattes praktisch im Alleingang bestimmt. Diese weltanschauliche Grundhaltung erhielt durch die nun ins Land strömenden emigrierten Journalisten und Schriftsteller neue Facetten, wobei Alemann, was die inhaltliche Gestaltung des AT anging, immer das letzte Wort behielt. Seine liberale Grundeinstellung ermöglichte es jedoch, daß das AT zeitweise tatsächlich so etwas wie ein "Forum" für die in der Emigration vorherrschenden Meinungen war. Deutlich bevorzugte er bei der Auswahl seiner Mitarbeiter jedoch Emigranten, die aus dem liberalen und gemäßigt sozialdemokratischen Lager stammten.

Schon in den 20er Jahren war das AT kein typisches auslandsdeutsches "Vereinsblatt mit Blick in die Heimat" mehr, sondern eine vollwertige Tageszeitung mit Politik-, Wirtschafts-, Sport- und Kulturteil sowie wechselnden Spezialrubriken aller Art¹¹⁹. Die Bemühungen Ernesto Alemanns um eine Modernisierung der Zeitung hatten dem AT ein Netz von freien Korrespondenten rund um den Erdball eingetragen. Für viele ehemalige reichsdeutsche Mitarbeiter wurde das Blatt nach 1933 zum rettenden Anker, der ihnen Lebensunterhalt und Publikationsmöglichkeit bot. Allerdings hielt Alemann die Zahl der festangestellten Redakteure aus finanziellen Erwägungen immer möglichst niedrig. Der Redaktionsstab war nur um die zwölf Leute stark. Darüber hinaus schrieben jedoch zahlreiche, zum Teil namhafte Emigranten

¹¹⁹ Bis 1933 waren diese noch stark auf die Bedürfnisse der Kolonisten ausgerichtet (technische und landwirtschaftliche Tips etc.). Nach Hitlers Machtergreifung drängte die Politik die anderen Ressorts zurück.



¹¹⁵ Dr. H., Emigrantenprobleme, AT, 31.7. 1939. Das Kürzel "Dr. H." benützte wahrscheinlich Dr. Hans Herzfeld.

¹¹⁶ Vgl. Hans Christof Wächter, Theater im Exil. Sozialgeschichte des deutschen Exiltheaters 1933–1945, München 1973, S. 196ff.

¹¹⁷ Zur Pestalozzi-Schule siehe Hildegard Feidel-Mertz (Hrsg.), Schulen im Exil. Die verdrängte Pädagogik nach 1933, Reinbek 1983, S. 184ff.

¹¹⁸ Siehe dazu die Arbeiten von Manfred Pantförder, Das Andere Deutschland, Buenos Aires 1937–1949. Ein Beitrag zur deutschsprachigen Publizistik im Exil, Mag.Arb., Berlin 1986 und Winfried Seelisch, Das Andere Deutschland. Eine politische Vereinigung deutscher Emigranten in Südamerika, Diplomarb., Berlin 1969.

und demokratisch gesinnte Argentiniendeutsche regelmäßig auf Honorarbasis für das AT.

Chefredakteur war ab Mitte der 20er Jahre bis zu seinem Tode im Jahre 1934 der ausgewanderte österreichische Sozialist Leopold Gröbner. Ihm folgte der Argentiniendeutsche Josef Riemer nach, der 1941 verstarb. Von diesem Zeitpunkt an fungierte der ehemalige Redakteur der "Neuen Freien Presse" Wien, Theodor Brüll, als offizieller Chefredakteur. Er starb 1967¹²⁰. Alle drei waren wenig herausragende Persönlichkeiten und hauptsächlich für die Koordination des Arbeitsablaufes im Verlag zuständig. Weit nachhaltiger haben folgende Mitarbeiter das Gesicht des AT im Untersuchungszeitraum geprägt:

Peter Bussemeyer hatte in Berlin Geschichte und Philosophie studiert und war danach freier Mitarbeiter der "Frankfurter Zeitung" geworden, in deren Auftrag er 1932 nach Südamerika reiste. Er war ein hervorragender Kenner der lateinamerikanischen Politik¹²¹. In Abwesenheit wurde er im Reich des Hochverrats angeklagt; die Gründe sind unklar, doch dürfte eine Rolle gespielt haben, daß Bussemeyer eine Zeitlang der KPD nahegestanden hatte und Mitglied einer kommunistischen Studentengruppe gewesen war¹²². Einer Verurteilung entzog er sich durch Fernbleiben. 1933 trat er in die Redaktion des AT ein, wo er als führender Leitartikler eine Position zwischen linker Sozialdemokratie und gemäßigtem Marxismus vertrat. 1934 wurde er wegen seiner Mitarbeit "in der sozialdemokratischen Hetzzeitung antideutscher Tendenz "Argentinisches Tageblatt" aus dem Reich ausgebürgert¹²³. Wegen weltanschaulicher Differenzen, aber auch aufgrund seiner Alkoholprobleme geriet Bussemeyer zweimal so sehr in Streit mit Ernesto Alemann, daß er die Redaktion verließ¹²⁴. Er starb Mitte der 70er Jahre in Buenos Aires.

Hans Jahn war in den 40er Jahren einer der intellektuellen Köpfe der AT-Redaktion. In der Weimarer Zeit war er wahrscheinlich SPD-Mitglied gewesen. 1933 wurde er von den Nazis verhaftet. 1935 gelang Jahn die Flucht nach Spanien, von wo er nach Paraguay weiterreiste¹²⁵. Von dort aus schickte er regelmäßig anonym Gedichte über das Schicksal der Emigration an das AT, die auch veröffentlicht wurden¹²⁶. 1942 ging er nach Buenos Aires und trat in die Redaktion des AT ein, wo er bald eine führende Stellung erlangte. Jahn schrieb die meisten Randglossen und war 1945 sogar kurzzeitig Herausgeber des AT. Nach dem Krieg wollte er in Deutschland wie-



¹²⁰ Seitdem leitet der 1933 emigrierte Peter Gorlinsky die Redaktion.

¹²¹ Dies wird aus seinen zahlreichen Leitartikeln über Lateinamerika-Themen im AT deutlich. 1964 schrieb er ein Buch über argentinische Geschichte; Peter Bussemeyer, Argentinien: 1810 bis zur Gegenwart. Geburt und Werden eines Staates, Buenos Aires 1965.

¹²² Vgl. International Biographical Dictionary of Central European Emigres, Vol. II, S. 176.

¹²³ Schreiben des Gestapo-Hauptquartiers Berlin an das Preußische Ministerium des Innern vom 18.11. 1934, Gez. Heydrich, IFZ MA 1500/9 (Bussemeyer).

¹²⁴ Roberto T. Alemann, Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 3.3. 1992.

¹²⁵ IFZ, MA 1500/28 (Jahn).

¹²⁶ Nach Ende des Krieges erschien ein Gedichtband von Hans Jahn: Es geht dich an. Gedichte/ Kommentare zur Zeit, Buenos Aires 1945.

der Fuß fassen, was jedoch mißlang¹²⁷. Wohl deswegen und aufgrund familiärer Probleme begann er zu trinken, nahm Aufputschmittel und verfiel Anfang der 60er Jahre in geistige Umnachtung¹²⁸. Er starb 1965¹²⁹.

Wohl der renommierteste deutschsprachige Journalist in Argentinien war in den 30er und 40er Jahren der Sozialdemokrat und Pädagoge Heinrich Groenewald. In der Weimarer Zeit hatte er an bildungspolitischen Konzepten der SPD mitgearbeitet und für sozialdemokratische Zeitungen geschrieben. 1933 mußte er nach Paris emigrieren, von wo ihn Ernesto Alemann wahrscheinlich 1935¹³⁰ als Lehrer an die "Pestalozzi-Schule" holte. Bald jedoch schrieb Groenewald hauptsächlich Leitartikel für das AT. Anfang der 40er Jahre sorgte er mit seinen Recherchen und Enthüllungsreportagen über die Machenschaften der vermuteten nationalsozialistischen "Fünften Kolonne" in ganz Argentinien für Aufsehen¹³¹. Zur Materialbeschaffung unterhielt er ein lateinamerikaweites Informantennetz. Darüber hinaus war Groenewald Chefredakteur der Emigrantenschrift "Das Andere Deutschland" und gab einen spanischsprachigen Pressedienst heraus¹³².

Ebenfalls in einer Doppelfunktion als AT-Journalisten und Lehrer an der "Pestalozzi-Schule" waren zwei weitere Emigranten tätig: Alfred Dang und August Siemsen. Alfred Dang war promovierter Germanist, Pädagoge und Mitarbeiter des sozialdemokratischen "Vorwärts". 1933 floh er in die Schweiz und berichtete für den "Sozialdemokratischen Pressedienst" über den Völkerbund. 1934 holte Alemann Dang nach Buenos Aires¹³³. Der gemäßigte Sozialdemokrat Dang war bis 1953 Direktor der "Pestalozzi-Schule" und einer der fleißigsten Leitartikler des AT.

August Siemsen war in der Weimarer Republik Bildungspolitiker der SPD. 1930 wurde er Reichstagsabgeordneter. 1932 trat er aus der SPD aus und gründete die "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands", die in ihren Positionen in etwa zwi-

¹³³ Alemann war auf Dang aufmerksam geworden, nachdem dieser als erster abfällige Äußerungen des NS-Politikers Ley über südamerikanische Staaten publik gemacht hatte.



^{127 1952} bat er Walter Berendsohn, mit dem er offensichtlich persönlich bekannt war, um Hilfe; IfZ, MA 1500/28 (Jahn).

¹²⁸ Peter Gorlinsky im Gespräch mit dem Verfasser, Buenos Aires, 30.1. 1991.

¹²⁹ Todesanzeige im AT, 22.1. 1965.

¹³⁰ Nach dem Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. I, S. 242, wanderte Groenewald 1935 nach Argentinien aus. Jedoch erschienen schon von Mitte 1933 an im AT Artikel mit dem Kürzel "H. G.", welches Groenewald in den späten 30er Jahren nachweislich benutzte. Ob Groenewald schon früher als 1935 nach Argentinien auswanderte oder seine Beiträge aus Paris an das AT schickte, konnte nicht geklärt werden.

Für das AT schrieb Groenewald Mitte 1940 eine Artikelserie über NS-Umtriebe in den argentinischen Nordprovinzen, die in zahlreichen spanischsprachigen Zeitungen nachgedruckt wurde und Anlaß für massiv vorgebrachte Forderungen an die argentinische Regierung war, dem ein Ende zu machen. Die angesehenste Zeitung Argentiniens, "La Prensa", interviewte Groenewald nach seiner Reise und veröffentlichte am 2.8. 1940 einen Leitartikel mit dem Titel "Für alle, die nicht an die Fünfte Kolonne glauben"; das AT druckte den Artikel am folgenden Tag in deutscher Übersetzung nach.

Die von Groenewald herausgegebenen "Informaciones para la prensa sudamericana" enthielten vor allem Material über die "Fünfte Kolonne".

schen SPD und KPD angesiedelt war. 1933 ging Siemsen in die Schweiz und 1934 nach Argentinien an die "Pestalozzi-Schule" und zum AT. Darüber hinaus war er einer der führenden Köpfe der Emigrantenorganisation "Das Andere Deutschland". Obwohl er in den 20er Jahren dem extrem linken Flügel der SPD angehört hatte, vertrat Siemsen in den 40er Jahren eine prononciert antisowjetische Position. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück¹³⁴. Da er sich in der Bundesrepublik nicht "seinen Verdiensten als Widerstandskämpfer entsprechend behandelt"¹³⁵ fühlte, siedelte Siemsen trotz seiner Ressentiments gegen den Kommunismus 1955 in die DDR über.

Eine herausragende Rolle beim AT spielte außerdem der Zeichner Carl Meffert alias Clement Moreau. Moreau war ein Schüler von Käthe Kollwitz und in der Weimarer Zeit als Karikaturist für die kommunistische Presse tätig. 1933 floh er in die Schweiz und von dort 1935 nach Argentinien, wo er sich sofort in die politische Linke des Landes integrierte¹³⁶. Er begann, für das AT und spanischsprachige argentinische Publikationen wie die linksliberale Zeitschrift "Argentina libre" Karikaturen zu zeichnen, in denen er die Nazi-Größen bevorzugt als wildgewordene Kleinbürger darstellte. Goebbels erschien in Zeichnungen und Linolschnitten Moreaus als hinkender, komplexbeladener Wicht, Hitler als grotesker Todesengel mit irrsinnig und leer stierenden Augen¹³⁷. 1938 war eine Moreau-Karikatur im AT Anlaß einer Klage der deutschen Gesandtschaft beim argentinischen Außenministerium. Die Zeichnung zeigt Hitler vor einem Schlachtfeld, das mit Orden, Schulterklappen, zerbrochenen Säbeln und Uniformfetzen übersät ist, und trägt die Unterschrift: "Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich!"¹³⁸ Gemünzt war sie auf die Entlassung der Generäle Fritsch und Blomberg aus der Wehrmacht. Die Klage wurde abgewiesen.

Der Verlust ihrer ureigenen Position – der der bürgerlichen Demokratie – stürzte die alteingesessene AT-Redaktion 1933 in eine Phase tiefer Orientierungslosigkeit. Damit verbanden sich die widerstreitenden Meinungen von Emigranten verschiedenster ideologischer Herkunft, die nun für das Blatt Beiträge lieferten. Angesichts dieser als schmerzhaft empfundenen Zersplitterung war dem AT erklärtermaßen besonders daran gelegen, auf eine Einigung der Emigration hinzuwirken, um dem Nationalsozialismus wirksam begegnen zu können: "Es wäre ein Fortschritt auf dem Weg zur Wiedervereinigung des Deutschtums, sich offen über die einzelnen Auffassun-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹³⁴ Vgl. Von zur Mühlen, Fluchtziel, S.119f.

¹³⁵ AT, 2.12. 1955.

¹³⁶ Vgl. Mittenzwei, Carl Meffert, S.72.

¹³⁷ Angeblich soll eine Moreau-Karikatur Bertolt Brecht als Inspiration für seinen "Arturo Ui" gedient haben. Sammlungen von Moreau-Werken, die im AT erschienen, enthalten u. a. folgende Bände: Mittenzwei, Carl Meffert; Mein Kampf: Text von Adolf Hitler. Vorwort von Max Frisch. Zeichnungen von Clement Moreau, München 1975. (Die "Mein-Kampf"-Karikaturen erschienen 1938/39 im AT erstmalig als Serie.) Nacht über Deutschland. Von Clement Moreau. 107 Linolschnitte aus den Jahren 1937–1938, eingeleitet von Heinrich Böll, München 1976. Clement Moreau/Carl Meffert, Grafik für den Mitmenschen, Berlin 1978. Mit dem Zeichenstift gegen den Faschismus. Clement Moreau: 99 ausgewählte politische Karikaturen von 1935–1945, Berlin 1980.

¹³⁸ Zit. nach Zehn Jahre Kampf gegen Hitler, AT, 30.1. 1943.

gen auseinanderzusetzen und aus der Gemeinsamkeit der Abwehr der Hitler-Methoden den Weg zur Verständigung und Aktionsgemeinschaft zu finden. (...) Das AT stellt seine Spalten für diese Diskussion zur Verfügung. "¹³⁹

Dies geschah etwa, als 1934 die NS-Dissidentenorganisation "Schwarze Front" versuchte, unter den Emigranten in Argentinien Fuß zu fassen. Ein AT-Mitarbeiter¹⁴⁰ machte den nationalsozialistischen Renegaten Bruno Fricke in Buenos Aires ausfindig und befragte ihn nach seinen Zielen. Gerechtfertigt wurde die Zurverfügungstellung von Platz für eine Position, die der des AT grundsätzlich wenig entsprach, folgendermaßen: "Man wird die Nazis mit ihren eigenen Waffen zu schlagen vermögen, mit den Waffen nämlich, die einstmals vornehmstes Gedankengut der Linken waren. Dieser Kampf wird heute schon von Menschen geführt, die in gläubigem Vertrauen in die nationalsozialistische Partei gekommen waren und die sozialistischen Ideen und den Antikapitalismus ihres Programms ernster nahmen, als die Führer. Diese revolutionären Nationalsozialisten haben sich um die "Schwarze Front" gruppiert; sie sind im Deutschen Reich heute genauso verfolgt und verfemt, wie nur irgendein Marxist (...)."¹⁴¹ Die Reaktion der Leser und der AT-Mitarbeiter, die sich zu dem Thema äußerten, war jedoch so ablehnend¹⁴², daß Ernesto Alemann die Position der "Schwarzen Front" schnell wieder aus seinem Blatt verbannte.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Kommunismus. Obwohl Ernesto Alemann später behauptete, das AT habe aus seiner "Ablehnung des sowjetischen Totalitarismus nie einen Hehl gemacht"¹⁴³, stand das AT der kommunistischen Internationale eine Zeitlang relativ offen gegenüber. Lobeshymnen auf die Errungenschaften von "16 Jahren Sowjetrußland"¹⁴⁴ oder Betonungen, daß die "durchaus defensive russische Politik (…) ein Faktor des Friedens gegenüber dem faschistischen Imperialismus sei", hatten 1939 durchaus Platz in den Spalten des Blattes. Vertreten wurden promarxistische Standpunkte vor allem von AT-Mitarbeitern wie Peter Bussemeyer, Balder Olden oder Paul Zech. Dabei hat zweifellos eine Rolle gespielt, daß der Kommunismus nach 1933 die einzige politische Kraft schien, deren Organisationsstruktur stark genug war, um dem Faschismus wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Schon 1932 war im AT öfter die Forderung nach einer antifaschistischen "Volksfront" der Arbeiterparteien laut geworden.

Zwischen den kommunistischen deutschen Emigranten in Argentinien und dem AT herrschte jedoch immer ein Klima abwartender Skepsis. Das ursprüngliche Mißtrauen der Mehrzahl der AT-Redakteure gegen die Sowjetunion brach dann anläßlich des Hitler-Stalin-Paktes wieder voll hervor. Stalin wurde zuerst als "Totengrä-



¹³⁹ H.G., Was kommt nach Hitler?, AT, 3.11. 1935.

¹⁴⁰ Wahrscheinlich Heinrich Groenewald.

¹⁴¹ H.G., Die Schwarze Front, AT, 4.1. 1934.

¹⁴² Z.B. Alfred Dang, Nur Krieg kann das Hitler-Regime stürzen, AT, 30.11. 35: "Schon allein der Umstand, daß die Männer der Schwarzen Front mit der Hitlerpartei zusammengearbeitet haben, beweist ja zur Genüge, welch Geistes Kind sie sind."

¹⁴³ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

¹⁴⁴ Louis Fischer, 16 Jahre Sowjetrußland, AT, 5.1. 1934.

ber des Kommunismus"¹⁴⁵ tituliert, und schließlich versah man den Namen des sowjetischen Diktators mit dem Zusatz "K.Pg." (= "kommunistischer Parteigenosse")¹⁴⁶. Erst nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion verbesserten sich die Beziehungen des AT zur kommunistischen Emigration wieder. Von 1942 bis 1944 erhielt das Blatt sogar regelmäßig Exklusivberichte über das Kriegsgeschehen an der Ostfront von den kommunistischen Emigranten Friedrich Wolf, Theodor Plivier, Georg Lukacs und Johannes R. Becher¹⁴⁷, die für Moskau propagandistisch tätig waren.

Eine erneute Kehrtwende in seinem Verhältnis zum Kommunismus vollzog das AT angesichts der sowjetischen Besetzung Osteuropas. Der eher liberal gesinnte antimarxistische Flügel im AT um Ernesto Alemann, Dr. Fritz Wertheimer und Franz Silberstein behielt von nun an eindeutig die Oberhand. Im August 1945 verurteilte das AT die Verwaltungen, die die UdSSR in den osteuropäischen Staaten aufbaute, als "totalitär". Dies sei der "Polizeistaat von dem Churchill sprach; der eiserne Vorhang, der Europa teilt"¹⁴⁸. Vor allem die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone war dem AT immer wieder Anlaß zu Kritik¹⁴⁹ und führte dazu, daß das Blatt sich zunehmend der entstehenden Bundesrepublik Deutschland zuwandte¹⁵⁰, während die Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone als diktatorisch gebrandmarkt wurde.

Beste Verbindungen unterhielt das AT zur jüdischen Emigration, was nicht zuletzt an dem guten Verhältnis lag, das Ernesto Alemann schon vor 1933 zu der kleinen jüdischen Kolonie Argentiniens gepflegt hatte. Von deutschnationalen und nationalsozialistischen Kreisen wurde das AT deshalb immer wieder als "Judenblatt" geschmäht. Das entspannte Verhältnis des AT zum Judentum war jedoch keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wenn man sich das krisenhafte Verhältnis besieht, das sonst zwischen politischer und jüdischer Emigration bestand. Emigrantenorganisationen wie "Das Andere Deutschland" warfen den Juden immer wieder vor, kein Interesse daran zu haben, auf eine Veränderung der Verhältnisse in Deutschland hinzuwirken. Tatsächlich hatten sich die meisten jüdischen Emigranten aufgrund des traumatischen Fluchterlebnisses von Deutschland gänzlich abgewandt und suchten nach einer neuen Identität in der Religion und in der Hinwendung zu Palästina¹⁵¹. Publi-



⁻d., Stalin, Totengräber des Kommunismus, AT, 24.2. 1940. Wer sich hinter dem Kürzel "-d." verbarg, konnte nicht herausgefunden werden.

^{146 &}quot;K.Pg. Stalin wird 60 Jahre alt", AT, 20.12. 1939. Angespielt wird hier auf den Usus im nationalsozialistischen Staat, "Parteigenosse" der NSDAP mit "P.g." abzukürzen. Das AT pflegte z.B. den deutschen Gesandten in Argentinien, Edmund v.Thermann, grundsätzlich nur "P.g. Thermann" zu nennen.

¹⁴⁷ Z.B. Georg Lukacs, Allgemeine Erschöpfung, AT, 30.1. 1943. Die Berichte wurden mit dem Vermerk "Spezialtelegramm, exklusiv für das Argentinische Tageblatt" versehen.

¹⁴⁸ Randglossen, AT, 18.8. 1945.

¹⁴⁹ Theodor Brüll, Die Sowjetisierung Ostdeutschlands, AT, 2.6. 1949.

¹⁵⁰ Randglossen, AT, 16.6. 1949. In den 50er Jahren favorisierte das AT eindeutig Kurt Schumachers SPD, bei der man von allen bundesdeutschen Parteien die wenigsten NS-Altlasten vermutete.

David Bankier, Die Beziehungen zwischen deutschen j\u00fcdischen Fl\u00fcchtlingen und deutschen politischen Exilierten in S\u00fcdamerika, in: Achim Schrader/Klaus Heinrich Rengstorf, Europ\u00e4ische Juden in Lateinamerika, St. Ingbert 1989, S. 213-225, hier S. 224.

kationen wie das in Buenos Aires erscheinende "Jüdische Wochenblatt" konterten mit dem Argument, die politische Emigration gebe sich bezüglich einer Rückkehr nach Deutschland idealistischen Träumereien hin¹⁵².

Das AT hingegen gestand den Juden nicht nur einen Anspruch auf Palästina zu, sondern äußerte auch Verständnis für ihre Abkehr von Deutschland, vor allem gegen Ende des Krieges¹⁵³. So vollbrachte das Blatt ein Kunststück, an dem die meisten politischen Exilschriften scheiterten: Forum für die politische und die jüdische Emigration zu sein. Jüdische und nichtjüdische Autoren arbeiteten gleichermaßen für das AT. Enge Beziehungen unterhielt es unter anderem zu der jüdischen Exilpublikation "Aufbau" in New York¹⁵⁴, was sich in einer gewissen Verwandtschaft in den Positionen beider Blätter ausdrückte¹⁵⁵.

Trotzdem zögerte man beim AT lange, die eintreffenden Meldungen über die Massenvernichtung der Juden überhaupt zu kommentieren. Den Grund nannte die Redaktion im April 1943: "Wir können solche gewaltigen Zahlen einfach nicht fassen (...)"156 Angesichts des Ausmaßes der Nazigreuel entpuppte sich die zu Anfang des NS-Regimes propagierte prinzipielle Unschuld des deutschen Volkes offenbar als Fehlschluß. Auch weitergehende Erklärungsversuche für das Aufkommen des Nationalsozialismus als eine Folge der anerzogenen Unmündigkeit und Autoritätshörigkeit der Deutschen – wie Ernesto Alemann noch 1939 argumentiert hatte¹⁵⁷ – erschienen nun als unzureichend. Zu den Berichten der vorrückenden Alliierten über die Zustände in befreiten Konzentrationslagern fielen der Redaktion jetzt vorderhand nur mehr Begriffe wie "sexualpathologischer Akzent", "Satanismus" und "Geisteskrankheits-Epidemie" 158 ein. Fassungslos suchte man die Ursache der Verbrechen im "deutschen Gemüt", das solche "wilden Gelüste der Ausrottung" offenbar als festen Bestandteil in sich trage. Als Konsequenz sei eine Umerziehung nie gekannten Ausmaßes nötig¹⁵⁹.

Eine Rückkehr nach Deutschland schien nach dem Holocaust völlig ausgeschlossen. Das AT wandte sich daher vorübergehend von dem Ursprungsland seiner meisten Mitarbeiter ab und propagierte eine größtmögliche "Argentinisierung" der Exilierten¹⁶⁰. Das Blatt verstand sich nun als Bestandteil einer internationalen antifa-

Zum "Kolumbustag" am 12.10.1941 etwa veröffentlichte das Blatt eine großangelegte panamerikanische Sonderausgabe mit dem Aufmacher "Altes Europa – neues Amerika", in dem Dr. Fritz



¹⁵² Jüdische Wochenschau, 5.2. 1943.

¹⁵³ Vor dem Ende des Leidens, AT, 18.9. 1944.

^{154 1941} warb das AT über den "Aufbau" um Abonnenten in Nordamerika; Arndt/Olson, Die deutschsprachige Presse der Amerikas, S. 43. Der Erfolg dieser Kampagne ist unbekannt, dürfte jedoch nicht sehr groß gewesen sein, da auch das "Argentimsche Wochenblatt" angesichts der kriegsbedingten Verschlechterung der Transportmöglichkeiten seine Leser nicht halbwegs zeitgerecht erreicht hätte.

¹³⁵ Zum "Aufbau" siehe Walter, Deutsche Exilliteratur, Bd. 4, S. 543-672.

¹⁵⁶ T.A., Der Todesmarsch der fünf Millionen Juden, AT, 19.4. 1942. Wer "T.A." war, konnte nicht mehr festgestellt werden.

¹⁵⁷ Ernesto Alemann, Erinnerungen, AT, 29.4. 1939.

¹⁵⁸ Randglossen, AT, 29.11.1944.

¹⁵⁹ Franz Silberstein, Menschlicher Film, AT, 3.12. 1944.

schistischen Front, die von den USA angeführt wurde. Roosevelt wurde als Vorreiter der freien Welt apostrophiert¹⁶¹.

Trotzdem warnte das AT nach Kriegsende davor, das besiegte Deutschland ganz der Aburteilung durch die Sieger zu überlassen. Keinesfalls dürfe die "Dolchstoßlegende neu aufpoliert" werden¹⁶². Aufmerksam verfolgte das Blatt die Entwicklung in Deutschland, dem es sich nun allmählich wieder zuwandte, und zwar in solchem Maße, daß es sich schließlich zu einer Rechtfertigung genötigt sah: "Die Haltung, die das AT seit Kriegsende gegenüber Deutschland einnimmt, ist von einigen Lesern nicht verstanden worden, die sich offenbar nicht darüber im Klaren waren, daß der (...) Kampf der Zeitung gegen das Dritte Reich ein Kampf für Deutschland war. Mit der Niederlage Hitlers beschränkt sich der Kampf auf die Vernichtung seiner Überbleibsel, auf die Verhinderung einer Wiedergeburt seiner verhängnisvollen Parolen. Gegenüber allen Rachetendenzen hat daher das Argentinische Tageblatt vom ersten Augenblick an das Lebensrecht des deutschen Volkes nicht nur als Gebot der Menschlichkeit, sondern auch als Forderung der wirtschaftlichen und politischen Vernunft verteidigt."¹⁶³

Über die Frage einer deutschen Kollektivschuld herrschte Uneinigkeit in der Redaktion. Während vor allem die zwischen 1933 und 1945 aus Deutschland geflohenen Redakteure immer wieder davor warnten, einen "Schleier des Vergessens" über das Geschehene zu legen¹⁶⁴, traten die alteingesessenen Argentiniendeutschen unter den AT-Mitarbeitern, die nicht direkt mit dem Nationalsozialismus in Berührung gekommen waren, für einen unbelasteten Neuanfang ein. Der ehemalige Korvettenkapitän Hermann Brunswig, der seit den 20er Jahren in Argentinien lebte, schrieb 1949: "Niemand kann Schuld tragen an Verbrechen, die er kaum geahnt, geschweige denn gekannt hat."¹⁶⁵

Grundsätzlich verstand sich das AT nun als der Mahner vor einem Wiederaufflammen des Faschismus. 1947 und 1948 unternahm Ernesto Alemann Reisen ins zerstörte Deutschland und knüpfte Kontakte mit Nachkriegspolitikern. In Artikeln für seine Zeitung schilderte er den offensichtlichen Hang der Mehrheit des deutschen Volkes, das Vergangene aus der Erinnerung zu tilgen¹⁶⁶. Ein diesbezüglicher Beitrag, den Alemann für die in München von der US-Militärverwaltung her-



Wertheimer mit dem zurückgelassenen Kontinent abrechnete und Amerika ein schnelleres kulturelles Wachstum zuschrieb, als es im alten Europa je gegeben habe.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Randglossen, 22.7. 1944.

¹⁶³ Jahn, 60 Jahre AT, AT, 29.4. 1949.

¹⁶⁴ Kurt Zornig, Der Schleier des Vergessens, AT, 28.8. 1949.

Hermann Brunswig, Die deutsche Schuld, AT, 28.8. 1949.

¹⁶⁶ Die Artikel vermitteln ein aufschlußreiches Bild über die geistige und materielle Lage in Deutschland während der ersten Nachkriegsjahre mit den Augen eines Außenstehenden, der sich aber doch mit dem Land in gewisser Weise identifiziert. Sie wurden als Bücher veröffentlicht und sind in der Münchner Staatsbibliothek ausleibar: Ernesto Alemann, Reise durch Deutschland, Buenos Aires 1947, und Deutschland heute. Reise durch vier Zonen, Buenos Aires 1948.

ausgegebene "Neue Zeitung" schrieb, löste eine Lawine von Leserbriefen aus, in denen Deutsche hartnäckig behaupteten, von Nazi-Verbrechen nichts gewußt zu haben¹⁶⁷.

Angesichts dieser Tatsachen mehrten sich im AT Ende der 40er Jahre die Stimmen, die vor einer Rückkehr nach Deutschland warnten. Prominente Emigranten, die diesen Schritt gewagt hatten, wie etwa Paul Erich Marcus, schrieben, niemand interessiere sich in Deutschland für die Emigration, sie sei im Gegenteil als eine Art personifiziertes schlechtes Gewissen dort sogar ziemlich unerwünscht¹⁶⁸. So polierte das AT sein während der letzten Kriegsjahre erprobtes Konzept der größtmöglichen Integration neu auf. Das Blatt hat sich dabei in eine etwas kuriose Doppelrolle manövriert: Einerseits identifiziert es sich durchaus mit dem Herkunftsland seiner Sprache und seiner Kultur, wofür allein die detaillierte Deutschland-Berichterstattung spricht, andererseits jedoch bemüht das AT sich, keinen Zweifel an seiner "Argentinität" aufkommen zu lassen¹⁶⁹.

4. Der "Fünften Kolonne" auf der Spur: Das AT und die argentinische Innenpolitik

Schon vor 1933 hatte das AT immer hervorgehoben, keine deutsche Zeitung in Argentinien zu sein, sondern eine argentinische Zeitung, die in deutscher Sprache erscheint¹⁷⁰. Seine Verwurzelung im Lande bewies das Blatt durch umfangreiche Kommentierung der argentinischen Innenpolitik. Daß dabei nach Hitlers Machtergreifung meist die Herausstellung der Einflußnahme nationalsozialistischer Kreise in der politischen Szene Argentiniens im Vordergrund stand, belegt jedoch, daß diese prononcierte "Argentinität" durchaus differenziert zu bewerten ist.

Innenpolitisch stand das Blatt vor allem der kleinen Sozialistischen Partei nahe, die sich trotz ihres Namens eher humanistisch-liberal als klassenkämpferisch gebärdete und vor allem im intellektuellen Bürgertum der Hauptstadt wurzelte¹⁷¹. Mit den Führungsfiguren der Partei, Alfredo Palacios und Nicolas Repetto, war Ernesto Alemann persönlich befreundet. Beide kamen immer wieder im AT zu Wort, vor allem wenn es darum ging, die Machenschaften einer vermuteten nationalsozialistischen "Fünften Kolonne" in Argentinien anzuprangern¹⁷².

¹⁷² Der Begriff "Fünfte Kolonne" stammt aus dem spanischen Bürgerkrieg. Dort hatte Franco eine Infiltrationstruppe, eine "Quinta columna", ins republikanisch verteidigte Madrid geschickt, um den Widerstand zu schwächen. Diese diente fortan als Namensgeber für verdeckte faschistische Einflußnahme, vor allem in den Staaten Lateinamerikas.



¹⁶⁷ Ernesto Alemann, Deutschland, ein Jahr später, AT, 5.9. 1948.

¹⁶⁸ PEM, Die Deutschen und ihre Emigranten, AT, 20.9. 1947.

Herausgeber Roberto T. Alemann versicherte dem Verfasser bei einem Gespräch am 2.3. 1991 in Buenos Aires nachdrücklich, das AT sei vor allem eine argentinische Zeitung.

¹⁷⁰ Das Argentinische Tageblatt in der argentinischen Politik, AT, 30.10.1932.

¹⁷¹ Alberto Ciria, Partidos y poder en la Argentina moderna (1930–1946), Buenos Aires ³1986, S.175–182.

Keine endgültige Aussage kann an dieser Stelle darüber getroffen werden, wie weit die politische Einflußnahme deutscher Stellen in Argentinien von 1933 bis 1945 wirklich ging. Die historische Forschung ist in dieser Frage so uneinig, daß jede diesbezügliche Schlußfolgerung in unbelegten Vermutungen steckenbleiben muß¹⁷³. Tatsache ist, daß das Reich an intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten interessiert war und 1935 auch ein sogenanntes "Verrechnungsabkommen" über Rohstofflieferungen mit Argentinien schloß¹⁷⁴. Das zweite Ziel des Reiches, mit dem Land auch politisch in einem Zustand "befreundeter Neutralität" zu verbleiben, wurde bis kurz vor Kriegsende ebenfalls erreicht.

Für die Emigration und proalliierte argentinische Kreise war die "Fünfte Kolonne" jedenfalls ein Faktum, das sie mit allen Mitteln aufspüren und bekämpfen wollten. Von zur Mühlen urteilt: "Wenngleich man feststellen kann, daß zeitgenössische Darstellungen (...) die reale Gefahr dieser "Fünften Kolonne" stark übertrieben haben, so ist unstrittig, daß die Aktivitäten auslandsdeutscher und einheimischer NS-Sympathisanten den Emigranten das Leben schwer machten und sie bedrohten."¹⁷⁵ So ist nicht verwunderlich, daß die "Fünfte Kolonne" zentrales Thema der innenpolitischen Berichterstattung des AT war.

Der für diese Untersuchung relevante Zeitraum ist in die argentinische Geschichte als "La decada infame" eingegangen, in der mehr oder minder korrupte und autoritäre Regierungen die begonnene demokratische Entwicklung des Landes so weit demontierten, daß es sich nie mehr davon erholt hat¹⁷⁶. 1930 stürzte der rechtsgerichtete General Felix Uriburu die zwar von Korruption und Mißwirtschaft gezeichnete, aber gewählte Regierung des Präsidenten Hipolito Yrigoyen¹⁷⁷. In Uriburus Fahrwasser segelten zahlreiche rechtsextreme Organisationen, wie etwa die "Legión Civica", die eine argentinische Variante des italienischen Faschismus, den sogenannten "fascismo criollo", propagierte. Abgesandte der "Legión" begrüßten den deutschen Botschafter Edmund v. Thermann bei dessen Ankunft im Hafen von Buenos Aires im Dezember 1933 mit Hitler-Gruß. Das AT wies immer wieder auf solche Verbin-



¹⁷³ Vgl. dazu die Ausführungen von Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien; Jackisch, El Nazismo; Von zur Mühlen, Fluchtziel, sowie vor allem die in Vorbereitung befindliche Doktorarbeit von Jürgen Müller, Universität Heidelberg, der die Machenschaften nationalsozialistischer Organisationen in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko untersucht.

Reiner Pommerin, Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1933–1942, Düsseldorf 1977, S.21f., 300–323. Bis dato hatten die USA und Großbritannien die Handelsbeziehungen zu Lateinamerika kontrolliert. In den 30er Jahren gewannen jedoch vor allem in Argentinien nationalistische Strömungen an Bedeutung, die den angloamerikanischen Einfluß zurückdrängen wollten und für die das Deutsche Reich zum "natürlichen Verbündeten" wurde. Diesen Kreisen entstammte auch der spätere Präsident Juan Domingo Peron.

¹⁷⁵ Von zur Mühlen, Fluchtziel, S. 112.

¹⁷⁶ Robert A. Potash, El ejercito y la politica en la Argentina (I): De Yrigoyen a Peron, Buenos Aires 31985, S. 15.

Über die Schreibweise des Namens Yrigoyen besteht Uneinigkeit. Ursprünglich schrieb sich der Präsident mit der Initiale "I". Da er jedoch selbst bei Unterschriften das "Y" bevorzugte, wurde diese Version von den meisten Historikern übernommen, ebenda, S. 15.

dungen hin und setzte sich dadurch auch den Drohgebärden argentinischer faschistischer Gruppen aus¹⁷⁸.

Während General Uriburu aus der bürgerlichen Demokratie Argentiniens noch einen Ständestaat nach faschistischem Muster machen wollte¹⁷⁹, gebärdete sich sein Nachfolger, General Augustin P. Justo (er regierte von 1932 bis 1938) weit pragmatischer. Justo bildete eine gemischte Regierungsmannschaft aus Fachleuten und Vertretern verschiedener Parteien. Jedoch waren auch in seiner Amtszeit Wahlbetrug und Ausnahmezustand an der Tagesordnung. Der von 1938 an regierende zivile Präsident Roberto M. Ortiz bemühte sich – obwohl wie Justo durch Wahlfälschung an die Macht gekommen – um eine weitgehende Wiederherstellung der Demokratie, mußte jedoch wegen Krankheit 1941 die Amtsgeschäfte an den rechtsgerichteten Vizepräsidenten Ramon S. Castillo abgeben, der die Oligarchie repräsentierte und im Krieg trotz der offiziellen Neutralität seines Landes eindeutige Sympathien für die Achsenmächte zeigte.

Bis zu Castillos Sturz durch die Militärs 1943 blieben Repression und Zensur jedoch so ungerichtet und wilkürlich, daß die liberale Presse kaum in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt wurde¹⁸⁰. Die großen Verlegerfamilien verfügten im oligarchisch strukturierten argentinischen Politikapparat über genügend Einfluß, um sich ihre Unabhängigkeit weitgehend zu erhalten. Die weltanschauliche Ausrichtung der jeweiligen Regierungen gab in sich ein wenig einheitliches Bild ab; dominierend waren Eigennutz und Standesinteresse. Achsenfreundliche und -feindliche Kreise hielten sich in der Administration in etwa die Waage, was die undurchsichtige Haltung der argentinischen Behörden gegenüber den Machenschaften der Nazis erklärt. Unzweifelhaft ist jedoch, daß das restriktive politische Klima im Argentinien der 30er Jahre, vor allem aber die vorherrschende Furcht vor dem Kommunismus der NS-Agitation Vorschub leisteten¹⁸¹. Bei seiner Beschwerde gegen das AT beim argentinischen Außenministerium wies der deutsche Gesandte v. Thermann unter anderem darauf hin, daß der "gegenwärtige Belagerungszustand Erleichterungen zum Eingreifen" gegen die Zeitung "gewähren könnte"¹⁸².

Gegen solche Bestrebungen schützten das AT die bereits angesprochenen guten Beziehungen der Familie Alemann zur einheimischen Politik, Justiz und Presse. So hatte etwa Ernesto Alemanns Bruder Maximo unter den Präsidenten Justo¹⁸³, Ortiz

Das AT verhielt sich Justo gegenüber relativ wohlwollend. Ernesto Alemann beschrieb den General in seinen Erinnerungen als "gerissenen Politiker, der es verstand, trotz dem nicht einwandfreien Ursprung seiner Präsidentschaft" (die stärkste Partei des Landes, die Union Civica Radical, war 1932 von den Wahlen ferngehalten worden, Anm.d. Verf.) "die Staatsverwaltung ausgezeichnet zu führen, indem er sich mit hervorragenden Ministern umgab"; Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, 29.4. 1964.



¹⁷⁸ Josef Riemer, Faschismus in Argentinien, AT, 2.3. 1933.

¹⁷⁹ Jackisch, El Nazismo, S. 191f.

¹⁸⁰ Pablo Sirven, Peron y los medios de comunicación 1943-1955, Buenos Aires 1984, S. 15.

¹⁸¹ Kießling, Exil, S. 68 f.

¹⁸² Zit. nach AT, 31.10. 1937.

und Castillo den Posten eines Finanzministers inne. Eng befreundet war Alemann zudem mit dem Herausgeber der ungemein erfolgreichen Boulevardzeitung "La Critica", Natalio Botana. Die "Critica" erreichte Auflagen von bis zu einer halben Million Exemplaren und stand der Sozialistischen Partei nahe. Beide Zeitungen pflegten einen regen Nachrichtenaustausch und führten von 1933 an einen "zwar wortgewaltigen, aber ziemlich erfolglosen Kampf" gegen die Nazis in Argentinien und deren Verbindungen zu Regierungskreisen¹⁸⁴.

Die argentinische Öffentlichkeit verhielt sich anfangs den Nazis gegenüber relativ indifferent. Erst als die NS-Verbände sich immer massiver in der Öffentlichkeit präsentierten, begann das Meinungsbild umzuschlagen. Durch ihr "unverfrorenes Auftreten und ihre Veranstaltungen verstieß die NSDAP-Landesgruppe wiederholt gegen argentinische Sitten und Interessen und forderte somit Opposition heraus⁴¹⁸⁵. Eine regelrechte Massenhysterie¹⁸⁶ vor einer vermuteten nationalsozialistischen "Fünften Kolonne" im Lande machte sich infolge der Einmischung Deutschlands im spanischen Bürgerkrieg breit. Die Nazi-Kundgebung zum Anschluß Österreichs 1938 forderte dann schon eine massive Gegendemonstration heraus, die mit einer Straßenschlacht und der Demolierung deutscher Geschäfte endete¹⁸⁷. Nachdem Hitler sich in der Tschechoslowakei bei seinen Eroberungsplänen auf eine deutsche Bevölkerungsminderheit gestützt hatte, wurde nun auch die "deutsche Kolonie" Argentiniens verdächtigt, als Brückenkopf für eine deutsche Eroberung Südamerikas zu dienen. Immer wieder wies das AT die wankelmütigen Mitglieder der "deutschen Kolonie" darauf hin, wie sehr sie sich in den Augen der argentinischen Öffentlichkeit selbst schadeten, wenn sie mit den Nazis sympathisierten 188.

Die Enthüllungsreportagen des AT über die nationalsozialistischen Aktivitäten im Lande¹⁸⁹ stießen plötzlich auf größte Aufmerksamkeit auch in der spanischsprachigen Presse, die wiederholt Berichte des Blattes übersetzte und nachdruckte. Auch linksliberale argentinische Politiker wurden auf die "Fünfte Kolonne" aufmerksam. Vertreter der Sozialistischen Partei, liberale Journalisten und Intellektuelle der Hauptstadt schlossen sich zu der antifaschistischen Organisation "Acción Argentina" zusammen¹⁹⁰. Abgeordnete der Sozialistischen Partei forderten von 1938 an unablässig die Bildung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁸⁴ Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien, S. 303.

¹⁸⁵ Ebenda, S. 291.

¹⁸⁶ So jedenfalls die Darstellungen von Pommerin, Das Dritte Reich und Lateinamerika, S. 133.

¹⁸⁷ Hakenkreuzfahnen verbrannt, deutsche Schaufenster eingeschlagen, AT, 11.4. 1938.

¹⁸⁸ Druck erzeugt Gegendruck, AT, 10.4. 1938. Der Untertitel des Artikels lautete: Nazis untergraben deutsches Ansehen in Argentinien.

¹⁸⁹ Z.B. Josef Riemer, Hände weg von Südamerika, AT, 23.3. 1938; Nazischulen in Argentinien, AT, 10.8. 1941; Argentinier werden deutsche Nazis, AT, 29.4. 1939. Heinrich Groenewald, Nazi-Verschwörung in Eldorado, AT, 28.7. 1940.

¹⁹⁰ Auch Ernesto Alemann und AT-Zeichner Clement Moreau waren Mitglied und veröffentlichten häufig Beiträge in der gleichnamigen Zeitschrift sowie in der ähnlich orientierten Publikation "Argentina libre".

NS-Aktivitäten im Lande. Der Deputierte Enrique Dickmann – Abkömmling deutsch-jüdischer Einwanderer – erklärte später, das AT sei bei der Untermauerung seiner Anträge eine der Hauptquellen gewesen¹⁹¹.

Erst 1941, unter dem Eindruck der Versenkung des argentinischen Dampfers "Uruguay" durch ein deutsches U-Boot, konnte die konservative Mehrheit im Parlament dem öffentlichen Druck nicht länger widerstehen und stimmte der Bildung einer "Comisión especial investigadora de actividades antiargentinas" ("Kommission zur Untersuchung antiargentinischer Umtriebe") zu, die unter Leitung des Sozialisten Antonio Solari stand. Das AT begleitete die Arbeit der Abgeordneten mit täglichen Berichten. In den sechs "Informes", die die Kommission 1941 und 1942 über die NS-Agitation im Lande veröffentlichte, fanden sich zahlreiche Dokumente, die das AT bereits publiziert hatte, so etwa der Brief eines in Argentinien internierten Matrosen des gesunkenen deutschen Kreuzers "Graf Spee"192", in dem dieser kundtat, das "einzig richtige" wäre seiner Meinung nach, daß "Deutschland in Argentinien einmarschiert und den Staat neu kultiviert". Zum Glück gebe es "herrlich viele Nationalsozialisten" im Lande¹⁹³.

Zwischen 1938 und 1943 überschlugen sich die Berichte im AT über die Aktivitäten der vermuteten "Fünften Kolonne". In ihnen spiegelte sich die Konfusion wider, die in der Emigration, aber auch der argentinischen Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Tätigkeit des "Dritten Reiches" herrschte. Nicht müde wurde das AT, auf Verbindungen zwischen Nazi-Emissären und nationalistischen Kreisen der argentinischen Armee und Politik hinzuweisen¹⁹⁴.

Dabei geriet das AT regelmäßig in den Konflikt, von argentinischen Politikern einerseits Maßnahmen gegen die NS-Organisationen im Lande zu fordern, andererseits aber – allein schon aus Selbstschutz – vor einer Übertreibung der Repression gegen Deutschsprechende allgemein warnen zu müssen. Als dann im Mai 1939 die NS-Gruppierungen im Lande verboten wurden, kritisierte das AT, die Maßnahmen seien "so gehalten, daß die Nazioten sich mit Leichtigkeit tarnen und ihre landesfeindliche Wühlarbeit unter anderem Namen und unter peinlich genauer Einhaltung der Vorschriften fortsetzen können" 195. Tatsächlich formierten sich die nazistischen Organisationen kurz darauf unter anderem Namen neu: Aus der NSDAP-Landesgruppe



¹⁹¹ Dies schrieb Dickmann in einer Glückwunschadresse an das AT zu dessen Jubiläumsausgabe "Zehn Jahre Kampf gegen Hitler" vom 30.1. 1943.

¹⁹² Die 1000 Mann starke Besatzung der "Graf Spee" war im Dezember 1939 in Buenos Aires an Land gegangen, nachdem sie ihr von einer britischen Flotte kampfunfähig geschossenes Schiff im Rio de la Plata selbst versenkt hatte. Die Mannschaft wurde zwar formal interniert, konnte sich jedoch relativ frei bewegen und galt für die deutsche Emigration als Kern der NS-Spionage in Argentinien.

¹⁹³ Zit. nach AT, 20.5. 1940.

¹⁹⁴ Z.B. Nazigeist in der Luftwaffe, AT, 2.10. 1941. Am 7.11. 1940 berichtete das AT über ein Bankett, das General Molina, der als Kopf der Nationalisten galt, für den deutschen Botschafter v. Thermann gegeben hatte.

¹⁹⁵ Randglossen, AT, 17.5. 1939.

wurde der "Circulo de beneficiencia y cultura", die "Deutsche Arbeitsfront" benannte sich in "Union alemana de gremios" ("Bund der schaffenden Deutschen") um. Beide übten aber im wesentlichen die gleichen Funktionen aus wie vorher. Als Antonio Solari daraufhin aber im Parlament Maßnahmen forderte, die auf eine weitgehende Unterdrückung des deutschen Elements überhaupt in Argentinien hinausgelaufen wären, mahnte das AT den Abgeordneten: "So geht es nicht, Herr Solari!"¹⁹⁶ Man dürfe das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Engagiert verwies das Blatt nun auf die Leistungen der Deutschargentinier beim Aufbau des Landes. Daß Nazis und Deutsche auf keinen Fall in einen Topf zu werfen seien, wurde zur meistverkündeten These der Zeitung.

Viel zu befürchten hatten vorläufig jedoch weder das AT noch die Nazis selbst von den argentinischen Behörden. Die Kommissionsberichte wurden von dem achsenfreundlichen Präsidenten Castillo weitgehend ignoriert, lediglich der von den Vorwürfen stark belastete Botschafter v. Thermann und einige NS-Spitzenfunktionäre verließen bis 1943 vorsichtshalber das Land, dies allerdings auf Anordnung des Auswärtigen Amtes, das den Zündstoff aus der Diskussion nehmen wollte.

Eine grundsätzliche Wandlung der Verhältnisse bahnte sich im Juni 1943 an. Eine Offiziers-Junta stürzte den korrupten Präsidenten Castillo und errichtete erstmals in der argentinischen Geschichte ein lückenloses Zensursystem. Von einem Tag auf den anderen verschwand die lebhafte innenpolitische Debatte aus den Spalten des AT. Befreundete liberale Politiker wie Antonio Solari, Nicolas Repetto, Enrique Dickmann oder Damonte Taborda gingen ins Exil. Im AT war man überzeugt, daß deutsche Kreise an dem Umsturz beteiligt waren¹⁹⁷, um die achsenfreundliche Haltung Argentiniens zu zementieren, die vorher durch rege Tätigkeit der Opposition immer wieder in Gefahr schien. "Der Faschismus war über uns hereingebrochen. Die systematische Nazipropaganda hatte vor allem im Heer einen fruchtbaren Nährboden gefunden", schrieb Ernesto Alemann später¹⁹⁸. Das AT war nun in seiner innenpolitischen Kommentierung auf Nachdrucke aus der internationalen Presse angewiesen, die von der Zensur toleriert wurden¹⁹⁹. Thema war darin vor allem die fortschreitende internationale Isolierung Argentiniens, dessen Militärregierung eine betont nationalistische, dem deutschen Vorbild nicht unähnliche Autarkiepolitik betrieb.

Durch versteckte Hinweise "zwischen den Zeilen" machte das AT seine Leser darauf aufmerksam, wer die eigentlichen Drahtzieher in der Putschregierung waren: Nationalistisch orientierte Obristen um den späteren Präsidenten Juan D. Peron²⁰⁰, der das Arbeitsministerium unter sich hatte. Diesen scheinbar nebensächlichen Posten baute Peron durch Lohngeschenke an die Arbeiter und fortschrittliche Sozialmaß-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁹⁶ Bussemeyer, So geht es nicht, Herr Solari!, AT, 22.10. 1940.

¹⁹⁷ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

¹⁹⁸ Ebenda

¹⁹⁹ Kommentare vor allem US-amerikanischer Medien, die in etwa die Position des AT ausdrückten, wurden unter Rubriken wie "Die ausländische Presse über Argentinien" veröffentlicht.

²⁰⁰ Hinweise darauf fanden sich verklausuliert in Artikeln wie "Erklärungen des Obersten Peron über die Innenpolitik", AT, 12. 11. 1943.

nahmen zu einer schlagkräftigen Propagandawaffe auf, die ihn in kurzer Zeit zum Volksliebling machte und seinen überragenden Wahlsieg im Jahre 1946 vorbereitete. Ob Peron tatsächlich ein "Faschistenschüler" war²⁰¹, wie das AT und antinationalsozialistische Emigration später immer wieder behaupteten, kann in diesem Rahmen nicht diskutiert werden²⁰². Fest steht, daß Perons Staatsaufbau, insbesondere die Presselenkung gewisse Ähnlichkeiten mit dem System aufwies, das Mussolini in Italien errichtet hatte²⁰³. Erst auf massivsten internationalen Druck hin brach die Militärregierung im Frühjahr 1944 die Beziehungen zu den Achsenmächten ab. Als letztes Land überhaupt erklärte Argentinien Deutschland am 27. März 1945 den Krieg, nicht zuletzt wohl, um sich einen Anteil an der Siegesbeute – sprich den potenten deutschen Firmenniederlassungen im Lande – zu sichern.

Trotz aller Vorsicht wurde das AT zwischen 1943 und 1945 dreimal verboten. Das erste Mal vom 20. bis 24. November 1943. Als Grund wurde ein "ehrabschneidender" Artikel von Eugen Lennhoff über den ungarischen Reichsverweser Horthy vom 7. Oktober 1943 genannt. Das zweite Verbot stand im Zusammenhang mit der Bestimmung der Zensurbehörde vom September 1943, daß Leitartikel von nun an ins Spanische zu übersetzen seien. Das AT versteckte seine Leitartikel daraufhin im Feuilleton und setzte an deren alten Platz belanglose "Editoriales" aus dem Agenturmaterial. Die Zensur brauchte ein halbes Jahr, bis es dem Trick auf die Spur kam, und verbot das AT am 20. Februar 1944, ebenfalls für fünf Tage. An seiner Praxis änderte das Blatt deswegen jedoch nichts. "Ich hatte nichts zu verlieren", schrieb Alemann später in seinen Erinnerungen²⁰⁴. Zum drittenmal am Erscheinen gehindert wurde das AT dann erst am Tage der Kriegserklärung Argentiniens an die Achsenmächte. Zugleich verbot die Regierung alle deutsch-, japanisch- und ungarischsprachigen Publikationen. Das AT durfte auf die Fürsprache internationaler Pressevertreter hin, und nachdem es eine großangelegte "Prinzipienerklärung" abgegeben hatte²⁰⁵, am kommenden Tag wieder erscheinen²⁰⁶. Ernesto Alemann hegte keine Zweifel, wer hinter den Verboten steckte: "Ich war überzeugt, daß die Militärregierung auf nazistische Einflüsterungen hin dem Argentinischen Tageblatt den Lebensfaden abschneiden wollte."207 Inwieweit diese Vermutung berechtigt war, kann heute anhand des wenigen vorliegenden Quellenmaterials nicht mehr hinreichend geklärt werden. Wahrscheinlich ist es allemal.

Während einer vorübergehenden Lockerung der Zensur im Sommer 1945 äußerte das AT Vermutungen über die Nazifreundlichkeit der Regierung. Vor allem die Besat-



²⁰¹ Peron war Ende der 30er Jahre an der argentinischen Botschaft in Italien akkreditiert gewesen.

²⁰² Spitta, Paul Zech im südamerikanischen Exil, S.31, meint, es habe sich dabei um eine "subjektiv verständliche Vereinfachung" gehandelt.

²⁰³ Die peronistische "Secretaria de Prensa y Difusion" war deutlich dem faschistischen "Sottosegretariato per la stampa e propaganda" nachempfunden; vgl. Sirven, Peron.

²⁰⁴ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

²⁰⁵ Diese mußte in spanischer Sprache auf der Titelseite abgedruckt werden, Declaración de Principios, AT, 29.3, 1945.

²⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁷ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

zung zweier geheimnisvoller deutscher U-Boote, die im August 1945 in Argentinien anlegten, gaben Anlaß für – wohl berechtigte – Spekulationen, was die Aufnahmefreudigkeit der argentinischen Behörden gegenüber geflüchteten NS-Größen anging²⁰⁸. Als Juan D. Peron sich im Frühjahr 1946 zur Wahl stellte, verglich ihn das AT direkt mit Hitler: "Das Hitler-Regime ist in Deutschland gefallen, aber leider ist es in Amerika auferstanden."²⁰⁹ Das Blatt setzte im Wahlkampf alles auf eine Karte: Perons Gegenkandidat Tamborini, auf den sich alle bestehenden Altparteien geeinigt hatten, wurde rückhaltlos unterstützt. Das "Argentine Blue Book", welches das US-State Department 1946 aus deutschen Quellen zusammenstellte, um Peron Verbindungen zu den Nazis nachzuweisen, druckte das AT von 13. bis 18. Februar 1946 komplett ab.

Die Ressentiments des AT gegen Peron gründeten sich jedoch nicht nur auf dessen vermutete Beziehungen zu den geschlagenen Achsenmächten, sondern vor allem auch auf seine Gewerkschaftspolitik. Peron nutzte die von ihm organisierten Gewerkschaften als politischen Stoßkeil. Zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte gelang es einem Präsidentschaftskandidaten, die Industrie- und Landarbeiter in ihrer großen Masse zum Wählen zu animieren²¹⁰. Dem liberalen Unternehmer Ernesto Alemann hingegen waren Gewerkschaften immer ein Dorn im Auge gewesen²¹¹. Streikende Arbeiter pflegte er zu entlassen, wie er selbst in seinen Memoiren schrieb²¹². Entsprechend war der Alemann'sche Betrieb eines der Hauptziele peronistischer Gewerkschaftsarbeit, die in ihren Methoden nicht zimperlich war.

Das AT war von einem Wahlerfolg der Altparteien überzeugt. "Ein Sieg Perons kann nicht das Ergebnis freier Wahlen sein", schrieb das Blatt am Tag vor der Stimmabgabe. Tags darauf vermeldete es einen "mustergültigen Verlauf der Wahlen im ganzen Lande" - das erste Mal seit 1928. Als nach dreiwöchiger Stimmenauszählung der Sieg Perons feststand, war das AT schlichtweg sprachlos. Das Ereignis wurde über eine Meldung auf Seite 3 bekanntgegeben, eigene Kommentare blieben aus. Dies hatte nicht zuletzt mit der sofort wieder verhängten strengen Zensur zu tun, die nur für die Zeit der Wahlen aufgehoben worden war, um internationale Beobachter zufriedenzustellen. Deshalb gab es im AT bis zum Sturz Perons 1955 auch kaum Berichte über eintreffende Nazi-Flüchtlinge oder die Einbeziehung ehemaliger deutscher Fachleute in die argentinische Administration zu lesen. Erst 1964 traute Alemann sich, auf die vielfältigen Verfilzungen zwischen argentinischer Politik und geflohenen NSDAP-Bonzen nach dem Krieg hinzuweisen: "Nazis waren nicht nur haufenweise geblieben, sondern dank gütiger Unterstützung durch den Diktator Peron auch massenhaft eingewandert. Sie fanden Stellungen bei der Polizei, beim Presseamt, bei der Luftwaffe und den vom Militär betriebenen Fabriken."213



²⁰⁸ Randglossen, AT, 18.8. 1945.

²⁰⁹ Interview mit Dr. Alfredo Palacios, AT, 20.2. 1946.

²¹⁰ Potash, El ejercito (II), S. 13 ff.

²¹¹ Ernesto Alemann, Im Kampf um die Freiheit, AT, 29.4. 1964.

²¹² Ebenda.

²¹³ Ebenda.

Vor allem das peronistische Presseamt setzte dem AT mit Verboten, Papierrationierung und Zensur zu. 1950 sollten die Alemanns durch ein zweimonatiges Verbot gezwungen werden, die Mehrheitsanteile ihres Verlages an den Pressetrust abzugeben, den Peron nach nationalsozialistischem Vorbild zu schaffen im Begriffe war. Die Verlegerfamilie bezahlte ihre Weigerung mit Millionverlusten, die das Unternehmen noch jahrzehntelang belasteten. Die geplante Zwangsübernahme des Betriebes 1955 wurde im letzten Moment durch den Sturz Perons verhindert²¹⁴.

Bis heute hat sich die erbitterte Feindschaft zwischen AT und den nach wie vor peronistisch geführten Gewerkschaften erhalten. Erst im Juni 1974 wurde der Alemann'sche Betrieb sechs Tage lang von peronistischen Gewerkschaftlern besetzt, um Lohnforderungen für die Arbeiter durchzusetzen.

5. Gegenwart und Zukunft des AT

Die NS-Zeit stellte für das AT nur eine Episode in seiner nunmehr 105jährigen Geschichte dar. Da das Blatt keine Emigrantengründung war, verlor es 1945 auch nicht seine Existenzgrundlage. Jedoch hat diese "Episode" deutliche Spuren hinterlassen: Noch heute sind fast alle Mitarbeiter und Redakteure des AT ehemalige Emigranten, zumeist jüdischer Herkunft. Eine Gesamtuntersuchung der Geschichte des AT wäre deshalb ein lohnendes, wenngleich aufwendiges Forschungsunterfangen.

Das journalistische Niveau von einst hat das AT nicht halten können. Der Großteil des Inhalts besteht heute aus relativ lieblos zusammengewürfelten Agenturberichten und Übersetzungen aus den großen spanischsprachigen Zeitungen des Landes. Lediglich die Wirtschaftsseite, die Herausgeber Roberto Alemann – ein angesehener Wirtschaftsfachmann im Land²¹⁵ – selbst schreibt, findet ein gewisses Interesse bei deutschen Firmenniederlassungen und Auslandskorrespondenten²¹⁶. Auch seinen streng demokratischen Weg hat das AT zwischenzeitlich verlassen. Die geschichtlich begründete, erbitterte Gegnerschaft des AT zum Peronismus bewirkte, daß die Militärs, die 1976 die Peron-Witwe Isabella entmachteten, natürliche Verbündete der Herausgeberfamilie Alemann wurden. Roberto Alemann und auch sein Bruder Juan dienten der bis 1982 amtierenden Junta als Wirtschafts- und Finanzberater.

Seit 1982 ist das AT eine Wochenzeitung, die Auflage ist mit 18000 Exemplaren für eine auslandsdeutsche Zeitung immer noch beachtlich. Seit 1975 die neonazistische "Freie Presse" einging, ist das AT die einzige deutschsprachige Zeitung Argentiniens. Die Differenzen in der "deutschen Kolonie" sind zwar nach wie vor existent, jedoch haben sich die Gruppen im Laufe der Jahre weitgehend angenähert.

²¹⁶ Dies ergaben Gespräche des Verfassers mit deutschen Journalisten in Argentinien.



²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Roberto T. Alemann ist der älteste Sohn Ernesto Alemanns. Er war zweimal Wirtschaftsminister Argentiniens. Im Januar 1991 bot ihm Präsident Carlos Menem das Amt eines Zentralbankchefs an, um die marode Landeswährung "Austral" zu sanieren. Der 68jährige Alemann lehnte aus Altersgründen ab. Bei Bekanntwerden seiner Entscheidung erlitt der "Austral" gegenüber dem Dollar zweistellige Kursverluste.

Nichtspanisch-sprachige Blätter haben heute jedoch so gut wie keine Existenz-grundlage mehr in Argentinien. Im Gegensatz zu früher ist es nicht mehr üblich, daß die Immigrantengruppen ihre ethnische Identität pflegen und erhalten. So ist die Leserschaft des AT hoffnungslos überaltert. Die Nachkommen der Emigranten sind des Deutschen meist kaum noch mächtig und abonnieren das Blatt wenn, dann mehr aus Solidarität denn aus Interesse – in der Erinnerung daran, was das AT ihren Eltern und Großeltern bedeutete²¹⁷. Ähnliches gilt für die Redaktion: Eine Nachfolge für den über 80jährigen Chefredakteuer Peter Gorlinsky ist nicht in Sicht. Versuche, Nachwuchsjournalisten aus Deutschland zu Chefredakteuren aufzubauen, scheiterten zumeist an der bescheidenen Entlohnung, die das Blatt zahlen kann. So steht wohl zu befürchten, daß das AT – immerhin eines der ältesten und langlebigsten Erzeugnisse des deutschsprachigen Pressewesens – bald nicht mehr existieren wird.



²¹⁷ Dies ergaben Gespräche des Verfassers mit AT-Beziehern in Buenos Aires.

SYBIL MILTON

VORSTUFE ZUR VERNICHTUNG

Die Zigeunerlager nach 1933

Der "apokalyptische Fanatismus" des nationalsozialistischen Genozids führte während des Zweiten Weltkriegs zur Ermordung von einer viertel bis zu einer halben Million Roma und Sinti im deutschen Macht- und Einflußbereich. Die amerikanische Anklagevertretung in Nürnberg sah, daß Sinti und Roma, damals als Zigeuner bezeichnet und sich selbst so bezeichnend, zu jenen drei genetischen Gruppen gehörten (Juden, Sinti und Roma, Behinderte), deren Los die Ausgrenzung, Konzentrierung und Vernichtung war, und zwar als Resultat einer planvollen, "wissenschaftlich" konzipierten und bürokratisch exekutierten Politik². Die von ihnen beschlagnahmten deutschen Akten sowie die Aussagen aus dem Kreis der Täter hatten die anglo-amerikanischen Richter und Staatsanwälte von der Parallelität und Konvergenz der nationalsozialistischen Politik gegen diese drei Gruppen überzeugt; sie alle wurden aufgrund ihrer Erbmasse – aufgrund ihres "Blutes", wie die Nationalsozialisten sagten – als auszumerzende Fremdkörper in der deutschen nationalen Gemeinschaft definiert³.

Die Sinti und Roma, als nicht-kaukasische ethnische Minderheiten wegen ihrer dunkleren Hautfärbung mit Afro-Deutschen auf eine Stufe gestellt und wie die Juden als "artfremd" und kriminell angesehen, wurden in regelmäßigen Abständen von der fremdenfeindlichen Presse und Bürokratie angegriffen, die zur "Bekämpfung des Zigeunerunwesens" aufriefen⁴. Wie die Behinderten, so galten auch die Sin-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dieser Ausdrück stammt von Norman Cohn, The Pursuit of the Millenium. Revolutionary Messianism in Medieval and Reformation Europe and its Bearing on Modern Totalitarian Movements, New York 1961.

² Telford Taylor, The Anatomy of the Nuremberg Trials. A Personal Memoir, New York 1992, \$ 103

³ Vgl. Henry Friedlander, Das nationalsozialistische Euthanasieprogramm, in: Aurelius Freytag/Boris Marte/Thomas Stern (Hrsg.), Geschichte und Verantwortung, Wien 1988, S.277ff.; ders., Euthanasia and the Final Solution, in: David Cesarani (Hrsg.), The Final Solution: Origins and Implementation, London/New York 1994, S.51-61.

⁴ Zur Behandlung der Sinti und Roma in der Holocaust-Historiographie vgl. Sybil Milton, The Context of the Holocaust, in: German Studies Review 13 (1990), S. 269–283; dies., Gypsies and the Holocaust, in: The History Teacher 24 (1991), S. 375–387; dies., Correspondence, in: Ebenda 25 (1992), S. 515–521; dies., Nazi Policies toward Roma and Sinti 1933–1945, in: Journal of the Gypsy Lore Society, Reihe 5, 2 (1992), S. 1–18; dies., Holocaust. The Gypsies, in: William S. Parsons/

ti und Roma als unproduktiv und minderwertig, weshalb ihnen gleichartige eugenische Restriktionen drohten. Obwohl Sinti und Roma nur etwa 0,05 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachten und man sie auch als marginale soziale Gruppe einstufte, sahen sie sich als Rassenfremde gebrandmarkt. Während aber das Schicksal der Juden in zahlreichen Berichten Überlebender und in einer stattlichen wissenschaftlichen Literatur eine ausführliche Behandlung gefunden hat, ebenso die sogenannte Euthanasie, fand das Geschick der Sinti und Roma weit geringere Aufmerksamkeit. Die verstreuten Artikel und Monographien, die zu diesem Thema in kleinen Verlagen erschienen sind, haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch keinen Eingang in den Hauptstrom der Holocaust-Historiographie gefunden. Daher erfordert ein volles Verständnis des nationalsozialistischen Genozidprogramms eine detaillierte Untersuchung der zigeunerfeindlichen Politik des Dritten Reiches von 1933 bis 1939.

Nach Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933 beeilte sich die deutsche Bürokratie, die von den Nationalsozialisten geforderte Rassengesetzgebung einzuführen. Dazu gehörten die Ausdehnung und Verschärfung etlicher im wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik erlassener Gesetze, die bereits die willkürliche Verhaftung, die präventive Festsetzung und die Registrierung seßhafter oder wandernder deutscher Sinti und Roma wie auch die Ausweisung ausländischer und staatenloser Sinti und Roma ermöglicht hatten. Die "Ländervereinbarung zur Bekämpfung der Zigeunerplage" vom 18. März 1933 vereinigte und erweiterte das bayerische "Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen" von 1926 und den "Erlaß über die Ausgabe von Bescheinigungen" als Sonderausweise für Sinti und Roma, in dem das preußische Innenministerium 1927 die Betroffenen als Gewohnheitsverbrecher, soziale Schädlinge und Vagabunden stigmatisiert hatte⁵. Die "Ländervereinbarung" enthielt Bestimmungen, die für Sinti und Roma die Ausgabe und Erneuerung von Erlaubnisscheinen zur Ausübung von Wandergewerben beschränkte, was Arbeitslosigkeit und Armut zu einer Zeit vermehrte, da die Kommunen aufgrund der Wirtschaftskrise ihre Wohlfahrtszahlungen reduziert hatten. Ferner wurden Zigeunerkinder im schulpflichtigen Alter der Aufsicht der städtischen Wohlfahrtsämter unterworfen, die berechtigt waren, Schulschwänzer in spezielle Jugendheime und Kinder ohne Deutschkenntnisse in Sonderschulen für Zurückgebliebene einzuweisen. Bei ihren Wanderungen sahen sich die Zigeuner nun auf

⁵ Ludwig Eiber (Hrsg.), "Ich wußte, es wird schlimm". Die Verfolgung der Sinti und Roma in München 1933–1945, München 1993, S. 43 ff. Zur Entwicklung der polizeilichen und psychiatrischen Registrierungspraxis vgl. Susanne Regener, Ausgegrenzt. Die optische Inventarisierung der Menschen im Polizeiwesen und in der Psychiatrie, in: Fotogeschichte 10 (1990), Heft 38, S. 23–38.



Israel Charny/Samuel Totten (Hrsg.), Genocide in the Twentieth Century. An Anthology of Critical Essays and Oral History, New York 1994. Vgl. auch Michael Zimmermann, Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma, Essen 1989, S. 87 ff.; Kirsten Martins-Heuß, Zur mythischen Figur des Zigeuners in der deutschen Zigeunerforschung, Frankfurt a. M. 1983; Benno Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945, Reinbek 1984.

bestimmte Routen verwiesen, die von der Polizei festgelegt wurden, und ein Zigeuner ohne Beschäftigungsnachweis kam in Arbeitshäuser oder Zwangsarbeitslager. Auch hieß es in der "Ländervereinbarung", daß jedes Land zusätzliche Verordnungen erlassen könne⁶. Die Länder zögerten nicht lange. So verabschiedete der Stadtstaat Bremen am 10. August 1933 ein "Gesetz zum Schutze der Bevölkerung vor Belästigung durch Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheue", und der Düsseldorfer Regierungspräsident erließ am 7. Juli 1933 eine Verordnung zur "Bekämpfung des Zigeunerunwesens".

Dieses kunterbunte Nebeneinander regionaler und lokaler Gesetze und Verordnungen lieferte die Muster für die Synchronisierung und Radikalisierung der zigeunerfeindlichen Maßnahmen ab 1935. Wenn auch die Länder und Regierungsbezirke unter der NS-Herrschaft ihre Eigenständigkeit verloren, blieben sie als Verwaltungseinheiten bestehen und konnten aus eigenen Initiativen agieren, solange sie damit nicht in Konflikt mit einer gesamtstaatlichen Linie gerieten. So bestand die kumulative Wirkung des regionalen und lokalen Vorgehens darin, daß die deutschen Sinti und Roma unter schärfere Polizeikontrolle gestellt und in Angst vor willkürlicher Verfolgung gehalten wurden. Ihrer Bewegungsfreiheit und Arbeitsmöglichkeit wurden enge Grenzen gesetzt. Außerdem diente die "Zigeunerpolizeizentrale beim Polizeipräsidenten von München" – von der bayerischen Legislative 1899 geschaffen und 1926 vergrößert – als Prototyp für die "Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens", die 1936 als gesamtstaatliche Datenbank zu Sinti und Roma unter der Jurisdiktion des Reichskriminalpolizeiamts (RKPA) und des Reichsinnenministeriums eingerichtet wurden.

Diese anfänglichen Verordnungen erleichterten auch die Ausweisung staatenloser und ausländischer Sinti und Roma, ein Vorspiel der späteren Austreibung rassischer Gruppen, die für "unerwünscht" erklärt wurden⁹. Im Juli 1933 fanden sich Sinti



⁶ Karola Fings/Frank Sparing, Nur Wenige kamen zurück. Sinti und Roma im Nationalsozialismus, Köln 1990, S.3; dies., "z. Zt. Zigeunerlager". Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus, Köln 1992, S.17 ff., 111.

Jinge Marßolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986, S. 334f.; Fings/Sparing, "z. Zt. Zigeunerlager", S. 19.

Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern betr. Bekämpfung der Zigeunerplage, 5.6. 1936 (III C II 20, Nr. 8/36), in: Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, Jg. 1 vom 17.6. 1936, S. 783.

⁹ Zur Ausweisung der russischen, rumänischen, polnischen und staatenlosen Juden aus Deutschland im Jahre 1938 vgl. Sybil Milton, The Expulsion of the Polish Jews from Germany 1938, in: Leo Baeck Yearbook 29 (1984), S. 169–199; dies., Menschen zwischen Grenzen. Die Polenausweisung 1938, in: Siegwald Ganglmair/Regina Forstner-Karner (Hrsg.), Der Novemberpogrom 1938. Die "Reichskristallnacht" in Wien, Wien 1988, S. 46–52; Jacob Toury, Ein Auftakt zur Endlösung. Judenaustreibungen über nichtslavische Reichsgrenzen 1933–1939, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über Nationalsozialismus, 2 Bde., Hamburg 1986, Bd. 2, S. 164–197. Zur Austreibung von "Juden, Zigeunern, Schwarzen, fremdrassigen Elementen und unheilbar Kranken" aus dem Elsaß ins unbesetzte Frankreich zwischen Juli und Dezember 1940 vgl. Office of the United States Chief of Counsel for Prosecution of Axis Criminality,

und Roma im "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" als "Asoziale" klassifiziert, ebenso im "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher", das im November 1933 erlassen wurde. Das erste Gesetz führte zu ihrer zwangsweisen Sterilisierung¹⁰, während das zweite ihre Einweisung in Konzentrationslager erlaubte. Das "Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" vom 14. Juli 1933 und das "Gesetz über Reichsverweisungen" vom 23. März 1934, ursprünglich gegen "Ostjuden" gerichtet, dienten ebenfalls dazu, ausländische und staatenlose Zigeuner vom deutschen Boden zu vertreiben.

Schon 1933 waren mehrere Sinti festgenommen und in lokale Konzentrationslager verbracht worden. Zwei männliche Sinti hatten sechs Wochen im Konzentrationslager Osthofen bei Worms zubringen müssen, und ein Düsseldorfer Sinto, ohne Papiere "als Gefahr für die öffentliche Sicherheit" verhaftet, war fünf Monate lang im Konzentrationslager Brauweiler, einem umgewandelten Arbeitshaus bei Köln, festgehalten worden¹¹. Zu der Zahl von Sinti und Roma, die während reichsweiter Polizeirazzien, so während einer einwöchigen Kampagne von Polizei, SA und SS gegen "Bettler und Landstreicher" (18. bis 25.September 1933), festgenommen und dann in Besserungs- oder Strafanstalten und in Konzentrationslagern festgesetzt wurden, gibt es keine genauen Statistiken, wenn es auch außer Zweifel steht, daß sich unter den verhafteten Landstreichern Sinti und Roma befunden haben und beide Gruppen als "Parias" der deutschen Gesellschaft behandelt wurden¹².

Wolfgang Ayaß, Die Verfolgung von Bettlern und Landstreichern im Nationalsozialismus, in: Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.), Wohnsitz Nirgendwo. Vom Leben und Überleben auf der Straße, Berlin 1982, S. 405-413; ders., Die Verfolgung der Nichtseßhaften im Dritten Reich, in: Ein Jahrhundert Arbeiterkolonien, "Arbeit statt Almosen". Hilfe für obdachlose Wanderarme 1884-1984, Freiburg 1984, S. 87 ff.; Fings/Sparing, "z. Zt. Zigeunerlager", S. 19, 111 f.



Nazi Conspiracy and Aggression (Red Series), 8 Bde. und 2 Beibände, Washington 1946–1948, Bd. 8, S. 122 (Dok. R-114). Zu den Gesetzen und Verordnungen betr. die Behinderten vgl. Control Commission for Germany (British Element), Legal Division, British Special Legal Research Unit, Translations of Nazi Health Laws Concerned with Hereditary Diseases, Matrimonial Health, Sterilization and Castration (8.11. 1945); zur antijüdischen Gesetzgebung Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung, Heidelberg/Karlsruhe 1981; zur zigeunerfeindlichen Gesetzgebung vgl. die Dokumentensammlung der Staatsanwaltschaft (StA) Hamburg, Akten des Verfahrens gegen Dr. Ruth Kellermann u. A., 2200 Js 2/84, dazu die Fojn-Felczer Collection, in: United States Holocaust Memorial Research Institute Archive (USHMRI), Washington, D. C.

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, RGBl. 1933, I, S. 529; vgl. auch Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 361–368, 452–456; dies., Racism and Sexism in Nazi Germany. Motherhood, Compulsory Sterilization and the State, in: Renate Bridenthal/Atina Grossmann/Marion Kaplan (Hrsg.), When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984, S. 279–289.

¹¹ Zu den Sinti in Osthofen Michail Krausnick (Hrsg.), "Da wollten wir frei sein!" Eine Sinti-Familie erzählt, Weinheim/Basel 1993, S. 73; zu den Sinti in Brauweiler Fings/Sparing, "z. Zt. Zigeunerlager", S. 19; Josef Wißkirchen, Das Konzentrationslager Brauweiler 1933–1934, in: Pulheimer Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde 13 (1989), S. 153–196.

Nachdem die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 erlassen worden waren, stuften halb-offizielle Kommentare zu diesen Gesetzen die Zigeuner, zusammen mit Juden und Negern, als rassische Minderheiten mit "artfremdem Blut" ein¹³. Die Verabschiedung des sog. "Ehegesundheitsgesetzes", einen Monat nach den Nürnberger Gesetzen (18. Oktober 1935), hatte weitere Auswirkungen¹⁴. Alle Eheschließungen erforderten die Genehmigung durch die Gesundheitsämter, und jede Person, die eine Ehe eingehen wollte, mußte in einem "Ehetauglichkeitszeugnis" die "Erbgesundheit" etwaiger Nachkommen nachweisen. Ehen, die man als schädlich für die Erbgesundheit der Nation ansah, wurden verboten. Damit war von der Eheschließung eine noch größere Gruppe ausgeschlossen als die vom Sterilisierungsgesetz Betroffenen¹⁵. Die nun von den Gesundheitsämtern gesammelten Informationen nahmen einen enormen Umfang an. Das Endziel war ein umfassendes Registrierungssystem mit eugenischen Daten aller Individuen. Der NS-Staat strebte eine "erbbiologische Bestandsaufnahme" an16. Und am 26. November 1935 untersagte ein Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern an alle Standesämter die Eheschließung zwischen sogenannten "Deutschblütigen" und "Zigeunern, Negern oder ihren Bastarden"¹⁷.

Mit der ständig eskalierenden Reihe ineinandergreifender Bestimmungen, die der Durchführung der Nürnberger Rassegesetze dienten, wurden sowohl die Zigeuner wie die Juden allmählich ihrer Bürgerrechte beraubt. So nahm das Gesetz über das Reichstagswahlrecht vom 7. März 1936 beiden Gruppen das Wahlrecht¹⁸, und auch an der Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs, die am 10. April 1938 stattfand, durften weder Juden noch Zigeuner teilnehmen; diese Verordnung wurde am 23. März 1938 erlassen, zehn Tage nach dem Anschluß¹⁹.



Wilhelm Stuckart/Hans Globke, Kommentar zur deutschen Rassengesetzgebung, München/Berlin 1936, S. 55, 153; Arthur Gütt/Herbert Linden/Franz Massfeller, Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetz, München ²1937, S. 16, 21, 150, 226.

¹⁴ Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes, RGBl. 1935, I, S. 1246.

¹⁵ Gerhard Friese, Das Ehegesundheitsgesetz. Schriftenreihe des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst Nr. 17, Berlin 1938, S. 9–12 (Kopie im Österreichischen Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel Akte, Nr. 2354).

¹⁶ Götz Aly/Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984, S. 96 ff.; David Martin Luebke/Sybil Milton, Locating the Victim. An Overview of Census-Taking, Tabulation Technology, and Persecution in Nazi Germany, in: Institute of Electrical and Electronics Engineers (IEEE), Annals of the History of Computing 16 (1994), S. 25–39.

¹⁷ Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 26.11. 1935, Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, 1935, S. 1429ff.

¹⁸ Walk, Sonderrecht, Nr. 127, S. 156.

¹⁹ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien (DÖW), Nr. 11151, enthält den Durchführungserlaß des Bundeskanzleramtes (Inneres) vom 23.3. 1938, ergangen an alle Bezirksverwaltungsbehörden einschließlich der Bezirkshauptmannschaften Wien, betr. die Durchführung der Volksabstimmung über die "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" am 10.4. 1938; vgl. Elisabeth Klamper, Persecution and Annihilation of Roma and Sinti in Austria 1938–1945, in: Journal of the Gypsy Lore Society, 5. Reihe, 3 (1993), S. 55–65.

Im Jahre 1934 begann das Rassenpolitische Amt der NSDAP in Zusammenarbeit mit der Gestapo "Asozialenkarteien" anzulegen, d.h. umfassende Listen sog. antisozialer Elemente. Die Polizei- und Gesundheitsbehörden des NS-Regimes setzten also in ständiger Erweiterung jene systematische Registrierung der Sinti und Roma als potentielle - und als rassisch definierte - Kriminelle fort, die schon in der Weimarer Republik begonnen hatte²⁰. So charakterisierte die "erb- und rassenbiologische" Erfassung und Begutachtung die Zigeuner als "ein rassenbiologisches Problem", als "minderwertige Kriminelle und Asoziale" asiatischer Herkunft²¹. Anthropologen, Psychiater und Genetiker leiteten, gewöhnlich von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert, reichsweite Untersuchungen zur Erbgesundheit von Zwillingen, Familien und kleinen Gemeinschaften ein, konzentriert auf Sinti, Roma und Behinderte. Dr. Robert Ritter, der führende Spezialist der Zigeunerforschung, sammelte ein Team von Assistenten und eröffnete nach dem Frühjahr 1936 die systematische genealogische und genetische Überprüfung von Zigeunerfamilien; dies war Teil seiner Aufgaben bei der "Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle", auch bekannt als "Untergruppe L 3" des Reichsgesundheitsamts²². Ritter und seine Leute erhielten den Auftrag, die annähernd 30 000 Zigeuner und Zigeuner-Mischlinge in Deutschland (und Österreich) zu registrieren, um genealogische und rassische Daten für ein neues "Reichszigeunergesetz" zu liefern. Ritters Gruppe zielte auf den Nachweis ab, daß bei Zigeunern kriminelles und asoziales Verhalten erblich sei23.

Ritter, Die Bestandsaufnahme der Zigeuner und Zigeunermischlinge in Deutschland, in: Der öffentliche Gesundheitsdienst 6, Heft 21 vom 5.2. 1941, S.477-489; ders., Die Aufgaben der Kriminalbiologie und der kriminalbiologischen Bevölkerungsforschung, in: Kriminalistik 15 (1941), Heft 4, S.1-4; ders., Primitivität und Kriminalität, in: Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform 31 (1940), Heft 9, S.197-210. BA, ZSg 149/22, Ritters Bericht für DFG in der Hermann-Arnold-Sammlung.



²⁰ Franz Calvelli-Adorno, Die rassische Verfolgung der Zigeuner vor dem 1. März 1943, in: Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht (1961), Heft 12, S. 121-142.

Heinrich Wilhelm Kranz, Zigeuner, wie sie wirklich sind, in: Neues Volk 5 (1937), Heft 9, S. 21–27. Heinrich Wilhelm Kranz (1897–1945), ein Ophthalmologe, hatte sich schon vor 1933 der NSDAP und dem NS-Ärztebund angeschlossen. An die Universität Gießen berufen, um Rassenkunde zu lehren, erhielt er dort 1938 den neugeschaffenen Lehrstuhl für Rassenlehre. 1940 wurde er Rektor der Universität Gießen. Er leitete dort auch das Rassenpolitische Amt des NSDAP-Gaues Hessen-Nassau. 1940/41 publizierte er zusammen mit Siegfried Keller das dreibändige Opus "Die Gemeinschaftsunfähigen", in dem für "Asoziale" Sterilisierung, Eheverbot und Einweisung in Arbeitslager propagiert wurden. Biographische Angaben in: Berlin Document Center, Personalakt Kranz. Zu Ritters Stellung im Reichsgesundheitsamt vgl. Bundesgesundheitsblatt (1989), Heft 32, Sondernummer "Das Reichsgesundheitsamt 1933–1945. Eine Ausstellung".

²² Zu Ritter vgl. Bundesarchiv Koblenz (BA), R 73/14005, Ritter an DFG, 2.2. 1938, 22.2. 1939, 25.6. 1940; Ritters Bericht für DFG und Reichsforschungsrat, 31.1. 1944. Vgl. auch Hans Reiter, Das Reichsgesundheitsamt 1933–1939, Berlin 1939, S.356ff.; Joachim S. Hohmann, Robert Ritter und die Erben der Kriminalbiologie. "Zigeunerforschung" im Nationalsozialismus und in Westdeutschland im Zeichen des Rassismus, Frankfurt a. M. 1991; Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Bd.6 der Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Berlin 1988.

Außerdem resultierte die nationalsozialistische Sozialpolitik hinsichtlich der Zigeuner in einer Reduzierung der Wohlfahrtsausgaben; die Unterstützung einer wachsenden Zahl verarmter Juden wurde der Reichsvertretung der Juden in Deutschland – nach 1939 Reichsvereinigung der Juden in Deutschland – übertragen, während bedürftige Sinti und Roma von den städtischen Behörden immer weniger finanzielle Hilfe bekamen²⁴. Die nämlichen städtischen Beamten internierten in der Folgezeit Sinti und Roma in sogenannten Zigeunerlagern, wo die nationalsozialistische Rassen- und Erbgesundheitspolitik manchmal zur Sterilisierung von Insassen führte.

Am 6. Juni 1936 erließ das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern eine Verordnung, die neue Direktiven für einen Runderlaß betreffend die Bekämpfung der Zigeunerplage enthielt25. Die Verordnung brachte auch die rückwirkende Autorisierung für den Berliner Polizeipräsidenten, in ganz Preußen einen "Landfahndungstag nach Zigeunern" zu exekutieren und vor den Olympischen Spielen alle Zigeuner festzusetzen. Einige Familien kamen Ende Mai 1936 in den sogenannten "Rastplatz" Marzahn, und am 16. Juli wurden 600 Sinti und Roma in Berlin festgenommen, was den "Berliner Lokalanzeiger" veranlaßte, einen Bericht über "Berlin ohne Zigeuner" zu bringen. Die verhafteten Sinti und Roma sahen sich unter Polizeibewachung in ihren pferdebespannten Wagen abgeführt bzw. auf Tiefladern zu einem Abfallplatz beim städtischen Friedhof im Berliner Vorort Marzahn geschafft²⁶. Obschon die Nähe sowohl eines Abfallplatzes wie von Gräbern kulturelle Tabus von Zigeunern verletzte, wurde Berlin-Marzahn zum größten Zigeunerlager. Von einer mit Hunden ausgestatteten Einheit der preußischen Schutzpolizei bewacht, bestand das Lager aus 130 Wohnwagen, die vom Reichsarbeitsdienst als unbewohnbar ausgeschieden worden waren. Die hygienischen Einrichtungen waren höchst unzulänglich; es gab nur drei Wasserhähne und zwei Toiletten. Überbelegung und ungesunde Verhältnisse waren die Regel; zum Beispiel meldeten die städtischen Behörden im März 1938 nicht weniger als 170 Fälle von Ansteckungskrankheiten.

Anfänglich ohne Einzäunung, wurde Marzahn dann bald mit Stacheldraht umgeben. Frauen durften das Lager nur verlassen, um Einkäufe für den Haushalt zu machen, da im Lager selbst keine Ausgabestelle zur Verfügung stand. Obwohl größere



²⁴ Ebenda, R 36/1022 und 1023: Deutscher Gemeindetag, Fürsorge für Juden und Zigeuner. Die in Anstalten untergebrachten Behinderten erfuhren eine ähnliche Verschlechterung der Verhältnisse. Vgl. Angelika Ebbinghaus, Kostensenkung, "Aktive Therapie" und Vernichtung, in: Dies./Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 136–146.

²⁵ StA Hamburg, Verfahren 2200 Js 2/84, Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern, Runderlaß betr. Bekämpfung der Zigeunerplage, 6.6. 1936 (III C II 20, Nr. 10/36), auch in Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, Jg. 1 vom 17.6. 1936, S. 785.

Wolfgang Wippermann/Ute Brucker-Boroujerdi, Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin, III. Das "Zigeunerlager" Marzahn, in: Berlin Forschungen 2 (1987), S. 189-201; dies., Das "Zigeunerlager" Berlin-Marzahn 1936-1945. Zur Geschichte und Funktion eines nationalsozialistischen Zwangslagers, in: Pogrom 18 (1987), Heft 130, S. 77-80; Reimar Gilsenbach, Marzahn. Hitlers erstes Lager für "Fremdrassige". Ein vergessenes Kapitel der Naziverbrechen, in: Ebenda 17 (1986), Heft 122, S. 15 ff.

Familien gelegentlich in kleinen Gruppen zusammen angereist waren, verwandelte die große Anzahl stationärer Wohnwagen dieses Lager in ein bedrückendes Getto, das praktisch keine Aussicht mehr auf Entkommen bot. Anders als bei den früheren Festnahmen einzelner Sinti und Roma war Marzahn ein "Familien-Lager", wo die Internierten gesammelt, konzentriert und festgesetzt wurden, d.h. das Lager diente auch als Depot für spätere Deportationen.

In Berlin-Marzahn wurden die Sinti und Roma zu Zwangsarbeit herangezogen. Das Reichsgesundheitsamt nötigte sie außerdem, der Polizei und den Gesundheitsbehörden detaillierte Daten für anthropologische und genealogische Registrierung zu liefern. Diese Daten wiederum dienten dann als Vorwand für Ausbürgerung und Zwangssterilisierung. Am Beispiel des Zigeunerlagers Berlin-Marzahn zeigte sich eine zunehmend institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsämtern und Polizei – eine wesentliche Voraussetzung der späteren Entwicklung, die mit Deportation und Massenmord endete²⁷. Die anthropologischen Messungen an den Roma- und Sinti-Häftlingen in Marzahn nahm Gerhard Stein vor, ein Schüler des Frankfurter Rasseforschers Otmar v. Verschuer.

Gerhard Stein hatte sich auf das Studium der Zwillinge, der Sterilisation und der erbbiologischen Eignung für Eheschließung spezialisiert. 1910 in Bad Kreuznach geboren, trat er 1931 als Tübinger Student in die NSDAP und in die SA ein. Er vollendete seine ärztliche Ausbildung an den Universitäten Würzburg, Innsbruck, Tübingen und Frankfurt, wo er 1937 das medizinische Staatsexamen ablegte. 1936 und 1937 arbeitete er als Angehöriger des Ritterschen und dem Reichsgesundheitsamt unterstehenden Teams in Marzahn, und 1938 verbrachte er sechs Monate in Professor v. Verschuers Frankfurter Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene. Stein baute die Ergebnisse seiner Marzahner Untersuchungen in seine 1938 entstandene Dissertation "Zur Physiologie und Anthropologie der Zigeuner in Deutschland" ein, die Verschuer akzeptierte; 1941 erschien sie als ein mit Tabellen und Fotos ausgestatteter Aufsatz von 43 Seiten Länge in der "Zeitschrift für Ethnologie "28. In seinem ersten Bericht aus Marzahn, der das Datum 1. September 1936 trägt, erwähnte Stein "die Wildheit und Zügellosigkeit des zigeunerischen Wesens" und kommentierte, daß "die Bastarde allgemeingefährlich und von Natur aus Verbrecher sind". Obwohl von der Notlage der festgesetzten Sinti und Roma nicht sonderlich bewegt, konnte Stein nicht umhin, die katastrophale Armut und die erschreckenden sanitären Verhältnisse zu erwähnen, die im Lager Marzahn herrschten²⁹.

In offiziellen Publikationen ist der Transfer nach Marzahn kaschiert worden, indem man für das Lager die bewußt irreführende harmlose Bezeichnung "Rastplatz" gebrauchte. Die Nationalsozialisten verwandten den Begriff herabsetzend und iro-



²⁷ BA, ZSg 142/23, Berichte von Gerhard Stein über das Zigeunerlager Marzahn, 1.9. 1936, 5 S., und Gerhard Stein, Untersuchungen im Zigeunerlager Marzahn, Frankfurt a. M., 26. 10. 1936, 8 S.

²⁸ Hohmann, Kriminalbiologie, S. 291-296.

²⁹ BA, ZSg 142/23.

nisch. Dem normalen Sprachgebrauch gaben sie bei der Benennung der von ihnen geschaffenen Opfer und Elendsstätten eine sarkastische Note, die Verachtung ausdrükken sollte³⁰. Als amtliche Rechtfertigung für die Deportation ganzer Sinti- und Roma-Familien von ihren rechtmäßig gemieteten und registrierten Berliner Domizilen und Lagerplätzen wurde angeführt, daß in der Hauptstadt vor Beginn der Olympischen Spiele von 1936 Kriminalität und Bettlerunwesen unter Kontrolle gebracht werden müßten³¹.

Im Hinblick auf die Olympischen Spiele geschaffen, wurde das Lager Marzahn jedoch zur permanenten Haftstätte für Sinti und Roma. Während des Krieges mußten die Insassen in den Steinbrüchen von Sachsenhausen und – nach alliierten Luftangriffen – beim Schutträumen in Berliner Straßen Zwangsarbeit leisten. 1943 sind schließlich die meisten nach Auschwitz deportiert worden.

Marzahn war nicht das einzige Zigeunerlager, wohl aber vermutlich das größte. Nach 1935 brachten etliche Stadtverwaltungen und lokale Wohlfahrtsämter die Polizei dazu, eine wachsende Anzahl deutscher Zigeuner in neugeschaffenen städtischen Zigeunerlagern einzusperren. Diese Lager waren im Grunde SS-Sonderlager: spezielle Internierungsstätten, die Elemente der Schutzhaftlager aufwiesen und zugleich embryonale Gettos darstellten; in ihnen lebten ganze Familien, einschließlich der Frauen und Kinder. Gewöhnlich an den Stadträndern gelegen, wurden die Lager von SS, Gendarmerie oder uniformierter städtischer Polizei bewacht. Sie dienten der genealogischen Registrierung, der Zwangssterilisierung und als Reservoir von Zwangsarbeitern. Zwischen 1933 und 1939 entstanden Zigeunerlager in Köln, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Magdeburg, Pölitz bei Stettin und anderen deutschen Städten. Nach 1939 verwandelten sich diese städtischen Internierungslager in Sammellager für die systematische Deportation in Konzentrationslager, Gettos und Tötungszentren³².



³⁰ Henry Friedlander, The Manipulation of Language, in: Ders./Sybil Milton (Hrsg.), The Holocaust. Ideology, Bureaucracy, and Genocide, Millwood, N.Y. 1980, S. 103-113.

³¹ Organisationskomitee f
ür die XI. Olympiade Berlin 1936 e. V. (Hrsg.), XI. Olympiade Berlin 1936, Amtlicher Bericht, Berlin 1937, Bd. 1, S. 446 ff.

Zu Köln Karola Fings/Frank Sparing, Das Zigeuner-Lager in Köln-Bickendorf 1935-1958, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 6 (1991), S. 11-40. Zu Düsseldorf Angela Genger (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933-1945, Düsseldorf 1990. Ferner Fings/Sparing, "z. Zt. Zigeunerlager". Zu Essen und Gelsenkirchen Michael Zimmermann, Von der Diskriminierung zum "Familienlager" Auschwitz. Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 87-114; ders., Verfolgt, vertrieben, vernichtet, S. 18 ff. Zu Frankfurt Wolfgang Wippermann, Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung, 2. Bd. der vierbändigen Untersuchung "Leben in Frankfurt zur NS-Zeit", Frankfurt a. M. 1986; Die Grünen im Landtag Hessen/Lothar Bembenek/Frank Schwalba-Hoth (Hrsg.), Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und Vergessen. KZs, Lager, Außenkommandos, Frankfurt a. M. 1984, S. 153-168; Eva von Hase-Mihalik/Doris Kreuzkamp, Du kriegst auch einen schönen Wohnwagen. Zwangslager für Sinti und Roma während des Nationalsozialismus in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1990. Zu Hamburg Rudko Kawczynski, Hamburg soll "zigeunerfrei" werden, in: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, S. 45-53.

In Frankfurt haben lokale Funktionäre – darunter Polizeipräsident Beckerle, Oberbürgermeister Krebs und Vertreter des Wohlfahrtsamts – im Frühjahr 1936 die bestehenden zigeunerfeindlichen Bestimmungen erweitert. Zu den neuen Maßnahmen gehörten: polizeiliche Durchsuchungen aller Zigeunerwohnungen dreimal in der Woche; ständige Prüfung der Papiere, um Staatenlose oder Ausländer herauszufinden, die für eine Ausweisung in Frage kamen; zwangsweise genetische und genealogische Registrierung durch städtische Behörden; Umsiedlung aller Sinti und Roma, die innerhalb der Stadtgrenzen entdeckt wurden, in das Frankfurter Zigeunerlager; Verhinderung der Vermietung lokaler Lagerplätze an Sinti und Roma außerhalb des städtischen Zigeunerlagers; Zurückweisung wandernder Sinti und Roma bei ihrer Ankunft an der Stadtgrenze³³.

Frankfurt ließ sich noch weitere Schikanen einfallen, gegen seßhafte wie gegen wandernde Zigeuner. So wurde die Ausgabe neuer Gewerbescheine an umherziehende Sinti und Roma eingeschränkt, womit man ihre Tätigkeit als Messer- und Scherenschleifer, Pferdehändler, Vertreter, Wahrsager, Musiker und Zirkusartisten verhinderte oder erschwerte; der Schulbesuch der Zigeunerkinder wurde kontrolliert, und Schulschwänzer sahen sich durch die Verbringung in städtische Jugendanstalten bestraft; alle von der Polizei festgenommenen oder verhafteten Zigeuner wurden zwangsweise registriert. Flucht aus einem Zigeunerlager wurde durch automatische Überstellung in ein Konzentrationslager geahndet³⁴.

Im Düsseldorfer Lager Höherweg mußten die Sinti und Roma sechs Mark pro Monat für minderwertige Unterbringung in Baracken zahlen, die nicht einmal elektrisches Licht hatten; sie waren jedoch andererseits vom Empfang von Arbeitslosenunterstützung oder Wohlfahrtshilfe ausgeschlossen. Der Lagerführer verhängte außerdem rigide Ausgangssperren, verbot den Kindern das Spielen auf dem Lagergelände und untersagte den Besuch von Verwandten, die keine Zigeuner waren³⁵.

Ähnlich war die Situation in Köln. Am 28. Februar 1938 unterrichtete der "Geschäftsführende Präsident des Deutschen Gemeindetags" den Oberbürgermeister von Hindenburg in Oberschlesien, "in Köln werde dem sog. 'Fahrenden Volk', den Zigeunern und ihren Bastarden, den Korb- und Schirmmachern, im Einvernehmen mit der Polizei am Rande der Stadt ein Platz zum Aufenthalt mit ihren Wagen angewiesen. An einer anderen Stelle dürften sie sich nicht aufhalten. Die Unterstützungszahlung, fast ausschließlich in Naturalien, werde hiervon abhängig gemacht." Das Kölner Zigeunerlager an der Venloerstraße 888 war im Mai 1935 eingerichtet wor-

³⁶ BA, R 36/881, S.28ff., Brief im Auftrag von Zengerling unterzeichnet, Der Geschäftsführende Präsident des Deutschen Gemeindetages in Berlin, An den Herrn Oberbürgermeister von Hindenburg O.S., 28.2. 1938. Vgl. auch Karola Fings/Frank Sparing, ... tunlichst als erziehungsunfähig hinzustellen. Zigeunerkinder und -jugendliche. Aus der Fürsorge in die Vernichtung, in: Dachauer Hefte 9 (1993), S.159–180.



³³ Stadtarchiv Frankfurt, Mag. Akte (Stadtkanzlei) 2203, Bd. 1, Niederschrift über die Sitzung vom 20.3. 1936 im Frankfurter Polizeipräsidium, betr. Maßnahmen gegen das Zigeunerwesen.

³⁴ Hase-Mihalik/Kreuzkamp, Wohnwagen, S. 42.

³⁵ Fings/Sparing, "z. Zt. Zigeunerlager", S. 36 f.

den. Es galt als das Muster für Zigeunerlager in anderen deutschen Städten, und so machte der Deutsche Gemeindetag die Kölner Erfahrungen und Daten den übrigen städtischen Verwaltungen im Reich zugänglich.

Ein im März 1936 für Staatssekretär Hans Pfundtner im Reichsinnenministerium ausgearbeitetes Memorandum enthielt die ersten Hinweise auf die Vorbereitung eines Reichszigeunergesetzes und auf die einem solchen Gesetz entgegenstehenden Schwierigkeiten: "Auf Grund aller bisherigen Erfahrungen muß jedenfalls vorweg festgestellt werden, daß eine restlose Lösung des Zigeunerproblems weder in einem einzelnen Staate noch international in absehbarer Zeit möglich sein wird." Die Empfehlungen für die Zwischenzeit, die das Memorandum gab, umfaßten die Ausweisung staatenloser und ausländischer Zigeuner, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Ausgabe von Wandergewerbescheinen, verschärfte Polizeikontrolle, Sterilisierung der Zigeuner gemischer Herkunft, der sog. Mischlinge, vollständige Erfassung und Registrierung aller Zigeuner im Reich und ihre Unterbringung in einem eigenen Zigeunerreservat³⁷. Der fehlgeschlagene Versuch, eine gesamtstaatliche Zigeunerpolitik zu formulieren, war nur insofern erfolgreich, als er zur Konsolidierung der Polizeiarbeit und zunehmend zur Koordinierung der städtischen Zigeunerlager durch den Deutschen Gemeindetag führte.

Eine Überprüfung der existierenden historischen Literatur zeigt die Parallelen zwischen den Zigeunerlagern und dem Konzentrationslagersystem. Im übrigen sind Sinti und Roma auch in die größeren Konzentrationslager verbracht worden. So kamen im Juli 1936 vierhundert bayerische Sinti und Roma nach Dachau. Diese Verhaftungsaktion geschah fast zeitgleich mit der Festnahme Berliner Sinti und Roma und deren Verbringung nach Marzahn. Weitere 1000 "arbeitsfähige" Sinti und Roma wurden in Razzien Mitte Juni 1938 festgenommen und in Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen eingeliefert; Frauen wurden in das sächsische Konzentrationslager Lichtenburg gesteckt³⁸. Grundlage der Aktionen des Jahres 1938 war eine im Dezember 1937 erlassene Verordnung zur "vorbeugenden Verbrechensbekämpfung". Die Verordnung dehnte die Verhängung vorbeugender Haft auf alle Personen aus, deren asoziales Verhalten vorgeblich das Gemeinwohl bedrohte, ohne Rücksicht darauf, ob ein Vorstrafenregister vorlag. Sie wurde gegen fahrende und arbeitslose Zigeuner angewandt, gegen sog. Asoziale, Beschäftigungslose, Berufsverbrecher, obdachlose Bettler und Juden, die schon einmal zu mehr als dreißig Tagen Haft verurteilt worden waren (Strafen für Verkehrsvergehen eingeschlossen). Die Festnahmen wurden nicht von der Gestapo, sondern von der Kriminalpolizei vorgenommen und lieferten dem expandierenden Lagersystem potentielle Sklavenarbeiter³⁹.



³⁷ BA, R 18/5644, Begleitbrief und sechsseitiges Memorandum von ORR Zindel an Staatssekretär Pfundtner, Gedanken über den Aufbau des Reichszigeunergesetzes, 4.3. 1936.

³⁸ Zum Frauenkonzentrationslager Lichtenburg Sybil Milton, Women and the Holocaust. The Case of German and German-Jewish Women, in: When Biology Became Destiny, S. 305 ff.

³⁹ StA Hamburg, 2200 Js 2/84, Verordnung des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern zur Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei, 14.12. 1937, und Richtlinien, 4.4. 1938. Zu den Razzien gegen "Asoziale" Wolfgang Ayaß, "Ein Gebot der nationalen Arbeitsdiszi-

Nach dem "Anschluß" wurden auch in Österreich Zigeunerlager eingerichtet, die größten bei Maxglan in der Nähe von Salzburg und bei Lackenbach im Burgenland. Ferner kamen auch österreichische Zigeuner in Konzentrationslager, so nach Mauthausen und Ravensbrück. Schon im Sommer und Herbst 1938 sind rund 3000 angeblich "arbeitsscheue" Sinti und Roma festgesetzt worden: 2000 männliche Zigeuner, die älter als 16 waren, kamen nach Dachau, später nach Buchenwald, und 1000 Zigeunerinnen, die älter als 15 waren, nach Ravensbrück⁴⁰.

In den Jahren 1938 und 1939 erreichte die ideologische Besessenheit der Nationalsozialisten mit den Zigeunern eine Schärfe und Aggressivität, die fast der Wut der
Kampagne gegen die Juden gleichkam⁴¹. Im August 1938 wurden die Sinti und
Roma als militärischer Risikofaktor aus den linksrheinischen Grenzzonen ausgewiesen, und nach Kriegsbeginn untersagte man ihnen das "Umherziehen" in allen westlichen Gebieten. Im Mai 1938 ordnete Himmler die Umbenennung des Münchner
Amts für Zigeunerangelegenheiten in "Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens" an, die dann dem RKPA in Berlin eingegliedert wurde, und am
8. Dezember 1938 folgte Himmlers Runderlaß zur "Bekämpfung der Zigeunerplage", die sich auf Robert Ritters Forschungen und "Erkenntnisse" stützte.

Himmlers Verordnung empfahl, "die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen", und schrieb vor, alle Zigeuner im Reich, die älter als sechs Jahre waren, in drei rassische Gruppen einzustufen: "Zigeuner, Zigeuner-Mischlinge und nach Zigeunerart umherziehende Personen". Die Ausführungsbestimmungen vom 1. März 1939 stipulierten, das "Ziel der staatlichen Maßnahmen zur Wahrung der Einheit der deutschen Volksgemeinschaft" müsse sein "einmal die rassische Absonderung des Zigeunertums vom deutschen Volkstum, sodann die Verhinderung der Rassenvermischung und schließlich die Regelung der Lebensverhält-

⁴¹ Z.B. Fahrendes Volk. Die Bekämpfung der Zigeunerplage auf neuen Wegen, in: NS-Rechtsspiegel, München, 21.2. 1939; Faksimile bei Sybil Milton/Roland Klemig (Hrsg.), Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Bd.1 der Reihe Archives of the Holocaust, New York 1990, Teil 1, Abb. 150f.; Die Zigeuner als asoziale Bevölkerungsgruppe, in: Deutsches Ärzteblatt 69 (1939), S. 246f.; Die Zigeunerfrage in der Ostmark, in: Neues Volk 6 (September 1938), Heft 9, S. 22-27.



plin". Die Aktion "Arbeitsscheu Reich" 1938, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheitspolitik, Bd.6, Berlin 1988, S. 43–74. Zum Konzentrationslagersystem vgl. Henry Friedlander, The Nazi Concentration Camps, in: Michael Ryan (Hrsg.), Human Responses to the Holocaust, New York/Toronto 1981, S. 33–69; Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978; Klaus Drobisch/Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933–1939, Berlin 1993, S. 284–289.

Die Verfolgung von Zigeunern im angeschlossenen Österreich ist relativ gut dokumentiert: Selma Steinmetz, Österreichs Zigeuner im NS-Staat, Wien/Frankfurt a. M./Zürich 1966; Erika Thurner, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien/Salzburg 1983; Andreas Maislinger, "Zigeuneranhaltelager und Arbeitserziehungslager" Weyer. Ergänzung einer Ortschronik, in: Pogrom 18 (1987), Heft 137, S.33-36; Erika Weinzierl, Österreichische Frauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: Dachauer Hefte 3 (1987), S.198-202. Weinzierl sagt (S.199), zwar könnten die Zahlen aus den fragmentarischen Lagerunterlagen nicht als definitiv bestätigt werden, doch seien 440 Zigeunerinnen aus Wien, Niederösterreich und Burgenland am 29.6. 1939 bei der Ankunft im Konzentrationslager Ravensbrück registriert worden.

nisse der reinrassigen Zigeuner und der Zigeunermischlinge. Die erforderliche Rechtsgrundlage kann nur durch ein Zigeunergesetz geschaffen werden, das die weiteren Blutvermischungen unterbindet und alle wichtigen Fragen, die das Leben der Zigeunerrasse im deutschen Volksraum mit sich bringt, regelt."⁴² Eine komplette Registrierung der Zigeuner nach Wohnsitz und Herkunft, durchzuführen von den örtlichen Polizei- und Gesundheitsbehörden, wurde angeordnet, und alle Zigeuner bzw. Zigeunermischlinge sollten mit Lichtbild versehene Ausweise erhalten. Die Verwirklichung der Himmlerschen Verordnung war in der Tat umfassend und führte zum Beispiel zum Ausschluß einiger Dutzend Zigeunermusiker aus der Reichsmusikkammer⁴³.

Die Deportation deutscher Sinti und Roma setzte kurz nach Kriegsbeginn ein. Am 17. Oktober 1939 gab Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), den sog. Festsetzungserlaß heraus, der es allen Sinti und Roma, die noch nicht interniert waren, untersagte, ihren gemeldeten Wohnsitz zu verlassen; diese Maßnahme war eine wesentliche Voraussetzung für die Deportationen⁴⁴.

In der zweiten Oktoberhälfte suchte Arthur Nebe, der Chef des RKPA (Amt V des RSHA), die Deportation der Berliner Zigeuner zu beschleunigen. Er fragte am 13. Oktober bei Eichmann an, "wann er die Berliner Zigeuner schicken kann. Sollte sich der Abschub besonders der Berliner Zigeuner noch längere Zeit hinziehen, so wäre die Stadt Berlin gezwungen, besondere Lager für die Zigeuner zu erbauen, was sich nur mit großen Kosten und noch größeren Schwierigkeiten ermöglichen ließe". Am 16. Oktober machte Eichmann einen ersten Schritt, Nebes Wünschen zu entsprechen. In einem Telegramm an die Gestapoaußenstelle Mährisch-Ostrau gab er die Anweisung, daß mit den von Wien nach Nisko gehenden Judentransporten auch Zigeuner zu deportieren seien: "Bezüglich Abtransport Zigeuner wird mitgeteilt, daß am Freitag, den 20.10. 39, der 1. Judentransport von Wien abgeht. Diesem Transport können 3-4 Waggon Zigeuner angehängt werden."⁴⁵



⁴² Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Ministerium des Innern, 8.12. 1938, betr. Zigeunerplage, in: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 51 (1938), S.2105-2110. Vgl. auch Ausführungsanweisung des RKPA, 1.3. 1939, in: Deutsches Kriminalpolizeiblatt 12 (1939), Sondernummer vom 20.3. 1939.

National Archives and Records Administration, Washington, D.C., Microfilm Publication T-70, reel 109, frames 3632755f. Peter Raabes Bemerkungen als Präsident der Reichsmusikkammer in: Amtliche Mitteilungen der Reichsmusikkammer, 1.5. 1939. Die Listen der ausgeschlossenen Zigeuner sind zwischen Februar und Dezember 1940 veröffentlicht worden; ebenda, frames 3632796ff. mit der am 15.2. 1940 veröffentlichten Liste. Dieses Material auch bei Alan E.Steinweis, Art, Ideology, and Economics in Nazi Germany. The Reich Chambers of Music, Theater, and the Visual Arts, Chapel Hill/London 1993, S.126f., 132. Vgl. auch die Autobiographie von Alfred Lessing, Mein Leben im Versteck. Wie ein deutscher Sinti den Holocaust überlebte, Düsseldorf 1993.

⁴⁴ StA Hamburg, Verfahren 2200 Js 2/84, RSHA-Schnellbrief an Kripo(leit)stellen, 17.10. 1939.

⁴⁵ Kopien des Schriftwechsels zwischen Eichmann und RKPA befinden sich in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg, Slg. CSSR, Bd. 148, S. 55 ff., und Bd. 332, S. 289–300, 306, teilweise als Faksimile bei Henry Friedlander/Sybil Milton, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, New York 1993. Vgl. auch Jonny Moser, Nisko. The First Experiment in Deportation, in: Simon Wiesenthal Center Annual 2 (1985), S. 1–30.

Nebes Ansuchen, 30000 Berliner Zigeuner zu deportieren, war irreal, da sich die Zahl aller Zigeuner in "Altreich" und "Ostmark" zusammen auf rund 30000 belief. Auch waren die meisten Berliner Zigeuner bereits in Marzahn interniert, und das Scheitern des Nisko-Umsiedlungsplans Ende 1939 schloß die baldige Deportation von 30000 Zigeunern aus dem deutschen Staatsgebiet ins Generalgouvernment aus⁴⁶. Zu dieser im Oktober 1939 unterbliebenen Deportation kam es dann verspätet im Mai 1940, als 2800 deutsche Zigeuner von sieben Sammelzentren im Reich nach Lublin verbracht wurden⁴⁷. In Österreich plante man die Deportationen nach Polen für die zweite Hälfte des August 1940, doch mußte die Durchführung verschoben werden⁴⁸. Die Regeln, nach denen Zigeuner für die Deportation vorgesehen oder von ihnen ausgenommen werden sollten, stellten indes Muster für die später bei jüdischen Transporten angewandten Verfahren dar.

⁴⁸ DÖW, E 18518, Brief der Kripostelle Salzburg an den Reichsstatthalter z. Hd. des Regierungspräsidenten Dr. Reitter in Salzburg, 5.7. 1940, betr. die Deportation von Zigeunern nach Polen in der zweiten Augusthälfte 1940: "Eine vorherige Konzentration der Zigeuner ist in dem schon bestehenden, aber noch zu erweiternden Lager [...] erforderlich, da die vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD gestellten Bedingungen nur bei zentraler Zusammenfassung auf ihr Vorhandensein überprüft werden können und die angeordnete ärztliche Untersuchung auch hier nur durch-



BA, R 18/5644, Brief von Leonardo Conti, Staatssekretär für das Gesundheitswesen im Reichsministerium des Innern, an das Hauptamt Sicherheitspolizei, das RKPA und den Präsidenten des Reichsgesundheitsamts, Berlin, 24.1. 1940. In diesem Brief wird Massensterilisierung befürwortet: "Wie bekannt, sollte in einem Zigeunergesetz die Lebensweise der Zigeuner und Zigeunermischlinge geregelt werden. Es sollte ferner einer weiteren Vermischung von Zigeunerblut mit deutschem Blut entgegengetreten werden und es sollte gegebenenfalls auf gesetzlichem Wege die Grundlage zu einer Unfruchtbarmachung der Zigeunermischlinge geschaffen werden. Diese Fragen befanden sich bereits im Fluß, bevor der Krieg ausbrach. Die Kriegsereignisse haben nun plötzlich eine scheinbar neue Lage geschaffen, da jetzt die Möglichkeit ins Blickfeld rückte, die Zigeuner in das Generalgouvernement Polen abzuschieben. Sicherlich bietet diese Abschiebung für den Augenblick besondere Vorteile. M.E. würde aber die Verwirklichung dieses Planes bedeuten, daß wegen einer einfachen Gegenwartslösung eine wirkliche Radikallösung unterbleibt. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß eine endgültige Lösung des Zigeunerproblems nur durch Unfruchtbarmachung der Zigeuner hzw. Zigeunermischlinge erfolgen kann [...]. Dabei bin ich der Auffassung, daß die Zeit für eine gesetzliche Regelung nicht mehr gegeben ist, sondern daß versucht werden muß, entsprechend gewissen analogen Vorgängen die Unfruchtbarmachung der Zigeuner und Zigeunermischlinge als Sondermaßnahme sofort durchzuführen. Ob man dann nach Durchführung derselben noch eine Abschiebung vornimmt oder die Arbeitskraft dieser biologisch nunmehr unschädlich gemachten Personen nicht im Inlande ausnutzt, bleibt dahingestellt [...]."

⁴⁷ Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden (HHStA), 407/863. Vgl. auch Milton, Gypsies and the Holocaust, S. 380 f.; Zimmermann, Verfolgt, vertrieben, vernichtet, S. 43 ff.; Hans Buchheim, Die Zigeunerdeportation vom Mai 1940, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, 2 Bde., München 1958, Bd. 1, S. 51 ff.; Michail Krausnick, Abfahrt Karlsruhe 16.5. 1940. Die Deportation der Karlsruher Sinti und Roma. Ein unterschlagenes Kapitel aus der Geschichte unserer Stadt, Karlsruhe 1991. Die Deportation vom Mai 1940 hing mit Heydrichs Weisung an die Polizeichefs in Deutschland zusammen, dem sog. Umsiedlungserlaß vom 27.4. 1940, der die "Abschiebung [...] Festnahme [...] und [den] Transport der über 14 Jahre alten Zigeuner aus westlichen und nordwestlichen Grenzgebieten" vorsah; BA, R 58/473.

Das Vermögen und die Besitztümer der deportierten Zigeuner wurden eingezogen und die Deportierten gezwungen, Abtretungsformulare zu unterschreiben, auf denen sie den Transfer ihres Besitzes als "volks- und staatsfeindliches Vermögen" anerkannten, und zwar nach dem "Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens", das nach dem Juli 1933 zunächst für den Griff nach der Habe verurteilter und ausgebürgerter Personen benutzt worden war⁴⁹. Die gleiche Prozedur wurde bei den ersten Deportationen von Juden - bis zum Erlaß der 11. Verordnung - angewandt⁵⁰. Indes ist die Deportation der Sinti und Roma im Oktober 1940 wieder unterbrochen worden, weil die Verwaltung des Generalgouvernements dagegen protestiert hatte, mit rund 35 000 Zigeunern und überdies mit einer beträchtlichen Anzahl deutscher Juden belastet zu werden⁵¹. Im Juli 1941 wiederum hielt das RSHA die Deportation ostpreußischer Sinti und Roma an, vermutlich wegen des Angriffs auf die Sowjetunion, und bemerkte dazu, daß "eine allgemeine und endgültige Lösung der Zigeunerfrage ... im Augenblick nicht erfolgen" könne. Statt dessen schlug das RSHA vor, ein neues Zigeunerlager "auf einem geeigneten eingezäunten Platz in der Umgebung von Königsberg" einzurichten⁵². Über die Verhältnisse in diesem Lager, dem letzten städtischen Lager für Sinti und Roma vor der Schaffung des Zigeunerfamilienlagers in Auschwitz-Birkenau, ist nichts bekannt.

Die Zigeunerlager waren Parallelstrukturen neben dem Konzentrationslagersystem. Sinti und Roma wurden in diese städtischen Einrichtungen auf unbestimmte Zeit eingewiesen und gezwungen, dort in heruntergekommenen Behausungen und sowohl ohne ausreichende sanitäre Anlagen wie ohne zulängliche Ernährung zu existieren. Die Insassen litten außerdem unter den Beschimpfungen des Wachpersonals und unter den physischen Belästigungen durch sogenannte Anthropologen, Ärzte und Genetiker. Das Muster der Deportation und der Festsetzung der Sinti und Roma als Familieneinheiten begann mit den städtischen Zigeunerlagern der dreißiger Jahre, fand seine Fortsetzung in den Deportationen des ersten Kriegsjahres und endete mit dem Zigeunerfamilienlager (BHe) in Auschwitz-Birkenau. Ein paralleles System existierte in den größeren Konzentrationslagern, wo tausende deutscher und österreichischer Sinti und Roma eingesperrt waren. Insassen städtischer Zigeunerlager konnten jederzeit wegen Verstöße gegen irgendwelche Vorschriften oder wegen



führbar ist." StA Hamburg, Verfahren 2200 Js 2/84, RSHA-Schnellbrief an Kripo[leit]stellen Wien, Linz, Innsbruck, Salzburg, Klagenfurt und Graz, 31. 10. 1940.

⁴⁹ USHMRI, Fojn-Felczer Collection, Erlaß des Reichsministers des Innern, Berlin, 26.1. 1943, über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen zurückgebliebenen Vermögens, in dem es heißt, "daß die Bestrebungen der auf Befehl des Reichsführers SS vom 16.12. 1942 in ein Konzentrationslager einzuweisenden zigeunerischen Personen volks- und staatsfeindlich bzw. reichsfeindlich gewesen sind".

⁵⁰ Vgl. Henry Friedlander, The Deportation of the German Jews. Postwar German Trials of Nazi Criminals, in: Leo Baeck Institute Yearbook 29 (1984), S.212.

Werner Präg/Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Das Dienstragebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945, Stuttgart 1975, S. 93, 146f., 158, 262. Vgl. auch Friedlander, Deportation of German Jews, S. 209.

⁵² StA Hamburg, Verfahren 2200 Js 2/84, RSHA an Kripoleitstelle Königsberg, 22.7. 1941.

Sybil Milton

130

Fluchtversuche in Konzentrationslager überstellt werden, doch erfolgten die meisten Einweisungen nach 1938, um dem Konzentrationslagersystem Zwangsarbeiter zu liefern. Bei den städtischen Zigeunerlagern handelte es sich um frühe, dezentralisierte und provisorische Versuche, Sinti und Roma auszugrenzen, und sie dienten, wie später die Gettos in Osteuropa, am Ende lediglich als Zwischenstationen auf dem Weg zu den Tötungszentren.

(Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hermann Graml)



CARLOS COLLADO SEIDEL

ZUFLUCHTSSTÄTTE FÜR NATIONALSOZIALISTEN?

Spanien, die Alliierten und die Behandlung deutscher Agenten 1944-1947

Franco-Spanien und Hitler-Deutschland werden oft in einen engen Zusammenhang gebracht. Unmittelbar nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs begann Hitler, Franco in massiver Weise militärisch zu unterstützen. Die im Antikommunismus begründete ideologische Nähe zwischen beiden Regimen verfestigte sich dann in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs. Franco machte damals angesichts der erfolgreichen Blitzkriege Hitlers keinen Hehl aus seiner Sympathie für die Sache der "Achse". Unübersehbar wurde diese Einstellung, als Spanien nach dem Zusammenbruch Frankreichs und in offenkundiger Anlehnung an das Beispiel Mussolinis die Neutralität aufgab und Spanien als nichtkriegführende Nation erklärte. Konkret hieß das: Spanien trat zwar nicht in den Krieg ein, lieferte aber große Mengen des für die Rüstungsproduktion unverzichtbaren Rohstoffs Wolfram an Deutschland; außerdem kämpften viele Spanier in der División Azul an der Seite deutscher Soldaten gegen die Rote Armee. In Spanien selbst gestattete Franco den Aufbau eines umfangreichen deutschen Abhör- und Spionagenetzes. Polizei- und Geheimdienstabkommen gaben den deutschen Nachrichtendiensten auf der Iberischen Halbinsel die Möglichkeit, von dort aus nahezu ungehindert zu operieren.

Als jedoch 1942/43 deutlich wurde, daß es um die Sache der Achsenmächte nicht zum Besten stand, begann Franco um die Zukunft seines Regimes zu fürchten. Mit Hitler-Deutschland identifiziert zu werden, konnte für den Caudillo schwerwiegende Folgen haben. Er begann sich deshalb langsam anders zu orientieren. Spanien kehrte nun nicht nur zur strikten Neutralität zurück, sondern fing auch an, sich den Alliierten gegenüber wohlwollend zu verhalten, während sich die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abkühlten. Auf Druck der Alliierten stellte Franco die Wolframlieferungen ein und zog die División Azul von der Ostfront zurück. Die Alliierten forderten aber auch den Abbau des deutschen Spionage- und Sabotagenetzes sowie die Ausweisung aller Agenten aus Spanien, die in deutschen Diensten standen oder gestanden hatten. Diese Forderung wurde nach der Kapitulation des Deutschen Reichs sogar noch erweitert. Nun sollten alle Deutschen, die mit der NSDAP oder deutschen Staatsorganen in irgendeiner Form zusammengearbeitet hatten und sich in Spanien aufhielten, den alliierten Behörden überstellt werden. Diese Forderung zielte zum einen darauf, Kriegsverbrecher zu erfassen und zur Rechenschaft zu ziehen, Briten und Amerikanern ging es aber zum anderen auch darum, zu verhindern, daß in Spanien Nationalsozialisten untertauchten, von denen dann weitere politische Gefahren ausgehen konnten.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahrshefte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 43 (1995), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Franco befand sich angesichts dieser Forderungen zwischen zwei Fronten. Ihm mußte natürlich an weitgehend spannungsfreien Beziehungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten gelegen sein. Durfte diesem Wunsch aber die unmittelbare Vergangenheit so einfach geopfert werden? Die alliierte Auslieferungsforderung bezog sich ja auf viele Deutsche, die im Laufe der Jahre vielfältige freundschaftliche Bande mit führenden spanischen Politikern, Militärs und Wirtschaftskapitänen geknüpft hatten. Welchen Weg schlug Spanien ein, um dieses heikle Problem zu lösen? Wie groß war die Bereitschaft der spanischen Führung, sich für die mehr oder weniger belasteten Deutschen einzusetzen? Welche politischen Überlegungen standen hinter den jeweiligen Entscheidungen? Und wie schwer war es, diese Entscheidungen in der Praxis auch durchzusetzen? Die Entdekkung verschollen geglaubter Dokumente im Archiv des spanischen Außenministeriums läßt aufgrund der Vollständigkeit und Dichte des Materials einen genauen Einblick in Problematik und Verlauf dieser Angelegenheit zu¹. Damit wird es möglich, die Behauptung zu überprüfen, Spanien sei nach 1945 zum Asylland für Nazis geworden.

I.

Noch Anfang 1945, als die Kapitulation der deutschen Streitkräfte nur noch eine Sache weniger Monate war, waren alle großen Fragen im Hinblick auf das künftige Schicksal Deutschlands unbeantwortet. Einig waren sich die Großen Drei lediglich darin, daß von Deutschland nie wieder eine Bedrohung des Weltfriedens ausgehen dürfte. Die Kriegsindustrie sollte zerstört, Nationalsozialismus und Militarismus sollten ausgerottet, Kriegsverbrecher bestraft sowie für Kriegsschäden Reparationen geleistet werden. Diese Forderungen waren natürlich in erster Linie auf Deutschland selbst bezogen, sie galten aber ebenso für die Auslandsdeutschen und das deutsche Vermögen im Ausland. Am 22. Juli 1944 wurde in Bretton Woods ausdrücklich erklärt und am 11. Februar 1945 in der Abschlußerklärung der Konferenz von Jalta bekräftigt, daß die deutschen Auslandsgüter als Reparationen oder Kriegsbeute betrachtet werden sollten. Damit wollte man auch verhindern, daß deutsches Kapital nach der Zerstörung Hitler-Deutschlands weiterhin für nationalsozialistische Ziele eingesetzt werden konnte. Gleichzeitig war die Sorge der Alliierten groß, daß sich im Ausland, ihrer Kontrolle entzogen, nationalsozialistisches Gedankengut erhalten, revitalisieren und von dort aus seine Gefährlichkeit erneut entfalten könnte.

Besonderes Kopfzerbrechen bereitete den Alliierten in diesem Zusammenhang Spanien². Briten und Amerikaner waren sich bewußt, daß Franco, auch wenn er aus

² "If should any considerable portion of these groups remain in Spain continuance of German influence, Nazi ideology and subversive activities may be anticipated." The Ambassador in Spain (Armour) to the Secretary of State, 21.5. 1945, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), 1945, Bd. III, Washington 1968, S. 785.



An dieser Stelle möchte ich mich bei Rosa Pardo bedanken, deren Hinweis mich auf dieses Material stoßen ließ.

Selbsterhaltungsgründen den Alliierten gegenüber einige Zugeständnisse machen mußte, im Kern nach wie vor mit den Grundgedanken des Nationalsozialismus sympathisierte und daß er aufgrund der engen Kontakte, die zwischen Spanien und Deutschland geherrscht hatten, stark versucht sein könnte, Nationalsozialisten zu unterstützen³. Spekulationen darüber gab es auch in Spanien. In Madrid kursierten nach Kriegsende Berichte über eine geheimnisvolle Organisation Werwolf, deren Kopf in Spanien angeblich der Legationsrat an der deutschen Botschaft, Gottfried von Waldheim, war und die zur Aufgabe habe, die nationalsozialistischen Kräfte in Spanien zu sammeln und für die Fortexistenz der NS-Organisation zu sorgen⁴. Jacques Truelle, der Gesandte der provisorischen Regierung Frankreichs in Madrid, schrieb Anfang April 1945 nach Paris, daß Spanien, auf kurze Sicht gesehen, eines der wichtigsten Depots für deutsche Gelder werden könnte; diese finanziellen Mittel könnten nach dem Krieg vom Ausland aus für deutsche politische Ziele eingesetzt werden⁵. Dies zu verhindern, indem man das deutsche Vermögen in Spanien blockierte und auf nationalsozialistische Ursprünge hin überprüfte und zugleich die deutsche Kolonie in Spanien sorgfältig unter die Lupe nahm, sollte nach Kriegsende zur vordringlichsten Aufgabe der diplomatischen Vertretungen der Alliierten in Madrid werden.

In Spanien lebte in den dreißiger Jahren eine nicht unbedeutende deutsche Kolonie. Sie bestand in erster Linie aus Kaufleuten sowie kleinen und mittleren Unternehmern. Diese hatten sich in Spanien meist auf Dauer niedergelassen und widmeten sich vornehmlich dem Export traditioneller spanischer Ausfuhrwaren wie etwa Zitrusfrüchten, Wein, Trockenfrüchten, oder sie waren dort zeitlich befristet für die expandierende deutsche Industrie besonders im Bereich der Chemie und Elektrotechnik tätig. Nach dem Beginn des Bürgerkrieges kehrten viele nach Deutschland zurück oder wurden von ihren Arbeitgebern zurückgerufen. Manche kehrten aber auf Anweisung der deutschen Regierung rasch wieder nach Spanien zurück, um dort geheimdienstlich tätig zu werden, Warentransporte oder Rüstungsgüterlieferungen zu organisieren oder andere meist wirtschaftsstrategische Aufgaben zu erfüllen⁶. Besonderes Interesse galt der Rohstofförderung auf der Iberischen Halbinsel. Staatlich gelenkte Handelsgesellschaften, wie die Hisma, Rowak und später die Sofindus, bestimmten dabei fortan Verlauf, Umfang und Schwerpunkte des deutsch-spanischen Handels⁷.



³ Vgl. The Secretary of State to the Ambassador in Spain (Hayes), 4.9. 1944, in: Ebenda, 1944, Bd. I, Washington 1966, S. 1416 f.; The Secretary of State to the Ambassador in Spain (Hayes), 1.12. 1944, in: Ebenda, S. 1451.

Siehe hierzu den Bericht von P. Conrado Simonsen, 26. 1. 1946, in: Archivo del Ministerio de Asuntos Exteriores (AMAE), Leg. R-2159, Exp. 6.

Dokument zit. bei Jean-Marc Delaunay, La liquidation des avoirs allemands en Espagne (1945-1961), in: Consejo Superior de Investigaciones Científicas, Casa de Velázquez (Hrsg.), España, Francia y la Comunidad Europea, Madrid 1989, S. 219-245, hier S. 220.

⁶ Bericht Gustav Reders, eines Mitglieds der deutschen Kołonie, 28.1.1946, in: AMAE, Leg. R-2160, Exp. 4.

⁷ Vgl. hierzu Angel Viñas/Julio Viñuela/Fernando Eguidazu u.a., Política comercial exterior en España, 1931-1975, 2 Bde., Madrid 1979. Zur Zeit arbeitet Rafael García Pérez in Madrid an einer um-

Diese gezielte Penetration des spanischen Wirtschaftslebens sowie deutsche militärische und strategische Interessen bewirkten nach Beginn des Zweiten Weltkrieges ein starkes Ansteigen der Zahl der Deutschen, die sich in Spanien aufhielten. Amtlichen Angaben zufolge lebten Ende 1941 ungefähr 7500 Deutsche in Spanien⁸, 1945 wurde von bis zu 20000 gesprochen⁹. Sehr viele von ihnen arbeiteten vorrangig für deutsche Sicherheits- und Geheimdienste. Die Abwehr etwa hatte in ihrer Kriegsorganisation Spanien ihre stärkste Auslandsdependance. Nach Angaben von Heinz Höhne umfaßte sie 1943/44 etwa 250 Angehörige und 2000 V-Männer¹⁰. Auch ein Großteil des sehr umfangreichen Diplomatischen Korps widmete sich geheimdienstlichen Tätigkeiten. Allein in Madrid bestand der militärische geheimdienstliche Sektor, ohne die aktive Spionage und Gegenspionage mitzuzählen, nach Angaben des Chefs des Sicherheitsdienstes, Walter Schellenberg, aus rund hundert Angestellten, die in der deutschen Botschaft untergebracht waren und dort eine der umfangreichsten deutschen Funkabhör- und Dechiffrierstellen im Ausland bildeten¹¹.

Viele Deutsche, die in Spanien lebten, hatten bereits in der Legion Condor oder in den Armeen Francos im Bürgerkrieg gekämpft. Weite Teile der deutschen Kolonie und oft gerade deren exponierteste Vertreter hatten außerdem eine rege Betätigung in nationalsozialistischen Auslandsorganisationen gezeigt. Fidel Dávila, Chef des für die äußere Sicherheit zuständigen Alto Estado Mayor, meinte sogar, "daß nahezu alle Ausländer, die in Spanien leben, für ihre jeweiligen Länder nachrichtendienstlich arbeiten"¹². Hier ist allerdings anzumerken, daß dies nicht immer ganz freiwillig geschah. Die Überwachung der Deutschen durch die Botschaft, nationalsozialistische Auslandsorganisationen und andere Institutionen dürfte dieses Verhalten ebenso stark gefördert haben¹³ wie die Tatsache, daß die Erlaubnis, sich im vom Krieg verschonten Spanien aufhalten zu dürfen, häufig davon abhängig gemacht wurde, ob man sich dafür durch die Arbeit in Parteiorganisationen als würdig erwiesen hatte. Um etwa einer Einberufung und einem Einsatz an der Ostfront zu entgehen, war es durchaus nicht unüblich, sich zum Dienst bei der militärischen Abwehr in Spanien verpflichten zu lassen.

Als Spanien in der zweiten Kriegshälfte vom Deutschen Reich abzurücken begann und die spanische Regierung auf Druck der Alliierten einen Teil der Deutschen zur

Die deutsche Polizei, unter der Führung von Paul Winzer, war seit 1940 mit bis zu 24 bei der deutschen Botschaft offiziell akkreditierten Mitarbeitern vertreten. Vgl. den Brief von Innenminister Blas Pérez González an den Außenminister vom 18.1. 1944, in: Ebenda, Leg. R-1371, Exp. 1.



fangreichen Arbeit zu den deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkriegs.

Damals stellten die Deutschen nach den Portugiesen den größten Ausländeranteil. Die Zahlen sind Angaben des Statistischen Amtes in Madrid entnommen; vgl. AMAE, Leg. R-2161, Exp. 14.

Angaben hierzu schwanken beträchtlich. Manche Berichte bezweifeln, daß sich 1945 mehr als 12000 Deutsche in Spanien aufgehalten haben sollen.

Vgl. Heinz Höhne, Canaris. Patriot im Zwielicht, München 1976, S. 407 f.

¹¹ Vgl. Walter Schellenberg, Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler, Wiesbaden/München 1979, S. 112.

Geheimer Bericht Dávilas an den Außenminister vom 21.3.1944, in: AMAE, Leg. R-2159, Exp. 6.

Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen versuchte, sträubten sich die meisten von ihnen, Spanien zu verlassen. Zum einen waren natürlich diejenigen beunruhigt, die oft seit über zwanzig Jahren, manche sogar seit ihrer Geburt, im Lande lebten, mit einer Spanierin verheiratet waren und sich in Spanien eine neue Existenz aufgebaut hatten. Für diese Deutschen hätte eine zwangsweise Rückführung nach Deutschland einen drastischen Einschnitt dargestellt und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie es in Spanien oft zu behaglichem Wohlstand gebracht hatten, den sie bei einer Rückkehr nach Deutschland, wo sie oft über keinerlei Angehörigen mehr verfügten, gegen eine ungewisse Zukunft hätten hergeben müssen. Aber auch diejenigen, die erst im Bürgerkrieg oder nach Kriegsbeginn in Spanien eingetroffen waren und enge Beziehungen mit NS- und Geheimdienstorganisationen hatten, widersetzten sich einer Rückkehr nach Deutschland: Bis Mai 1945 wütete dort der Krieg, danach drohten ihnen Verhaftung und Strafverfahren wegen der ihnen von den Besatzungsmächten zur Last gelegten Taten. Das war erst recht der Fall, wenn die alte Heimat in den von der Roten Armee besetzten und von Vertreibung betroffenen Ostgebieten lag, zumal mancher befürchtete, wegen seiner Tätigkeit im Spanischen Bürgerkrieg mit zusätzlichen Repressalien rechnen zu müssen. Das Bestreben der Alliierten war es aber, gerade diese Agenten und Nazis, die sich im Krieg hervorgetan hatten und damit für die Zerstörung Europas mitverantwortlich waren, nach Deutschland zu bringen, damit sie dort das gleiche Schicksal wie ihre Landsleute traf. Es sollte diesen Deutschen, indem sie in Spanien ein sorgenfreies Leben weiterführten, nicht besser gehen als der Bevölkerung in Deutschland¹⁴.

II.

Spanien war aufgrund seiner strategischen Lage ein bedeutendes Einsatzfeld für den deutschen Geheimdienst. Die Einsatzleitung der militärischen Abwehr in Madrid unter der Führung von Gustav Lenz hatte Stützpunkte in Portugal, auf den Kanarischen Inseln sowie in Nord- und Südafrika. Die Abwehrabteilung in Spanien war außerdem entscheidend für den Einsatz der Luft- und U-Bootwaffe in der Biskaya und dem westlichen Mittelmeer¹⁵. Nach der alliierten Landung in Nordafrika im November 1942 erlangte Spanien zusätzliche Bedeutung, denn nun war eine neue Kriegsflanke entstanden, die von Afrika aus die Positionen der Achsenmächte bedrohte. Da das spanische Protektorat in Nordmarokko von den Operationen der Alliierten nicht betroffen war, nahm die deutsche Agententätigkeit vor allem in diesem Raum stark zu. Die militärische Aufklärung hatte jetzt alle Hände voll zu tun, um Bewegungen alliierter Truppenverbände zu beobachten, und die politische Propaganda war intensiv damit beschäftigt, bei der einheimischen Bevölkerung Nordafrikas Unruhe und antialliierte



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vgl. das Gesprächsprotokoll einer Unterredung zwischen dem spanischen Außenminister und den Botschaftern Großbritanniens und der Vereinigten Staaten am 12.11.1945, in: AMAE, Leg. R-4294, Exp. 16.

Vgl. Schellenberg, Aufzeichnungen, S. 112.

Reaktionen hervorzurufen. Einen besonderen Stellenwert hatte dabei die Arbeit des deutschen Generalkonsulats in Tanger. Dieses war aufgrund seiner strategischen Bedeutung schon Anfang 1942 aus dem Geschäftsbereich der deutschen Botschaft in Madrid herausgelöst worden und unterstand fortan direkt Weisungen aus Berlin. Im Zuge dieser Umstrukturierung war der Personalbestand in Tanger von 15 auf 50 Mitarbeiter aufgestockt worden¹⁶.

Die Alliierten standen zu dieser Zeit der deutschen Geheimdiensttätigkeit nahezu ohnmächtig gegenüber. Sie konnten nicht viel anderes tun, als regelmäßig Beschwerden an das spanische Außenministerium zu richten, in denen sie die Arbeit deutscher Geheimdienste auf spanischem Territorium geißelten und als Verstöße gegen die spanische Neutralität brandmarkten. Über ein Jahr lang beschwerte sich beispielsweise die britische Botschaft über die vermeintliche Tätigkeit eines deutschen Radio- und Abhörsenders unweit von Gibraltar, ohne jedoch eine klärende Stellungnahme zu erhalten. Die Ursache dafür lag allerdings weniger im spanischen Außenministerium als vielmehr am geringen Kooperationswillen der spanischen Sicherheitsstellen, die sich viel Zeit ließen, die Vorgänge in einer genau bezeichneten Finca in der Provinz Sevilla zu prüfen. Schließlich platzte Außenminister Graf Jordana der Kragen. Er beschwerte sich Ende Dezember 1943 über das Verhalten der Dirección General de Seguridad beim zuständigen Amtskollegen, dem Ministro de la Gobernación: "Wir sind da bereits nahezu ein Jahr lang dran, und es ist unfaßlich, daß die Dirección de Seguridad immer noch nicht in der Lage ist, die Anschuldigungen endlich zu überprüfen. Diese Angelegenheit ist von einer Person größter Vertrauenswürdigkeit zu erledigen, die sich auch nicht von der Gestapo beeinflussen lassen soll. Diese Sache kann uns ernsthafte Schwierigkeiten bereiten. "17

Offiziell bestritt das Außenministerium zwar nicht, daß Spanien zum Betätigungsfeld der Geheimdienste verfeindeter Nationen geworden war, es beteuerte aber, daß die spanische Regierung selbst darin nicht verwickelt sei¹⁸. Wahr ist aber, daß der deutsche und der spanische Geheimdienst auf vielen Gebieten eng zusammenarbeiteten und daß die deutschen Organisationen starken Einfluß auf spanische Stellen auszuüben vermochten. Ganz anders war hingegen das Verhalten der Spanier gegenüber der Geheimdiensttätigkeit der Alliierten. Während deutsche Agenten ihrer Arbeit nahezu unbehelligt nachgehen konnten und, falls sie von den Alliierten enttarnt und angezeigt wurden, die spanische Polizei nur sehr zögernd Maßnahmen gegen sie ergriff, gingen die Spanier gegen alliierte Agenten rasch und unverhältnismäßig hart vor¹⁹.

Nach der Kriegswende änderte sich auch die Einstellung der spanischen Regierungsstellen gegenüber den deutschen Geheimdiensten. Die Toleranz, die der Arbeit dieser

Vgl. das Gesprächsprotokoll der Unterredung zwischen dem spanischen Außenminister und dem Botschafter Großbritanniens am 21.3.1944, in: Ebenda, Leg. R-4294, Exp. 16.



Vgl. Klaus-Jörg Ruhl, Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das "Dritte Reich", Hamburg 1975, S. 147f.

¹⁷ Brief, personal y reservada, Jordanas an Blas Pérez González vom 29.12.1943, in: AMAE, Leg. R-2159, Exp. 1. Siehe dazu auch: Abschrift eines Polizeiberichts, der dem Außenminister zugeleitet wurde, o. Dat., in: Ebenda.

Vgl. den ministeriumsinternen Bericht über Spionage vom 28. 10. 1942, in: Ebenda.

Organisationen entgegengebracht worden war, nahm nun ab. Auch mußten die Spuren der Zusammenarbeit verwischt werden, um nicht selbst in den Untergang mithineingezogen zu werden. Diese Absicht geht deutlich aus einem vertraulichen Brief General Jordanas an den Luftfahrtminister, General Juan Vigón, hervor: "Hiermit sollen sie sehen, wie wir mit Nachdruck handeln müssen, um Dienste abzubauen, die eines Tages, verraten durch die Abgesandten, die jetzt ein Interesse an deren Bestehen haben, ans Tageslicht gelangen könnten – ähnlich dem, was mit Stalin geschehen ist. Und wenn das eintritt, werden all diejenigen entdeckt sein, die in jener geheimen Organisation die Finger mit im Spiel gehabt haben. Noch schlimmer ist aber, daß Spanien selbst dann in Verruf und in eine schwierige Situation geraten wird."²⁰

Auf den freundschaftlichen Umgang zwischen spanischen und deutschen Stellen hatte die Kurskorrektur jedoch zunächst keinen direkten Einfluß. Im Februar 1944 war dem spanischen Außenminister noch Unbehagen anzumerken, als der den deutschen Botschafter Dieckhoff darum bitten mußte, bestimmte Deutsche aus Spanien zurückzubeordern²¹. Erst ab der zweiten Hälfte des Jahres 1944 machten sich Veränderungen bemerkbar, erst jetzt wurde der Druck auf die deutsche Botschaft stärker²². Die deutsche Vertretung erreichte aber selbst jetzt noch oft die Aufschiebung der Ausweisung bestimmter Agenten oder wichtiger Botschaftsmitarbeiter, um dadurch die Funktionsfähigkeit der deutschen Geheimdienste noch möglichst lange zu gewährleisten²³.

Insgesamt läßt sich für die Zeit bis 1944 sagen, daß die Ausweisung der deutschen Geheimdienstmitarbeiter nur äußerst langsam vonstatten ging. So versuchte etwa die britische Botschaft ab Oktober 1942 die Ausweisung von zwei Agenten zu erwirken, die in Tetuan und Tanger für die Abwehr tätig waren. Protektion durch die spanischen Lokalbehörden in Nordafrika sowie die mangelnde Bereitschaft des Außenministeriums, in der Sache ernsthaft tätig zu werden, verschleppten die Angelegenheit bis Februar 1944. Die beiden Deutschen verließen das Protektorat; ihre geheimdienstliche Tätigkeit war damit allerdings noch lange nicht unterbunden, da beiden anstandslos die Genehmigung erteilt wurde, sich auf dem spanischen Festland unweit von Gibraltar niederzulassen²⁴. Schleppende Untersuchungstätigkeit von seiten offizieller Stellen, Ignoranz der



Jordana bezieht sich dabei auf die Zusammenarbeit zwischen Spaniern, die meist sogar aus den Reihen der spanischen Streitkräfte stammten, und Deutschen bei Sabotageaktionen gegen britische Einrichtungen und Schiffe in Gibraltar. Brief, confidencial, personal y reservada Jordanas an Vigón vom 27. 10.1943, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 1; vgl. auch den ministeriumsinternen Bericht zur Sabotage und Spionage, 30.12.1943, in: Ebenda.

²¹ Vgl. Brief Jordanas an Dieckhoff vom 17.2.1944, in: Ebenda.

²² Vgl. die Verbalnote des Außenministeriums (MAE) an die deutsche Botschaft vom 14.7.1944, in: Ebenda.

Vgl. die Anweisung von José María Doussinague, Generaldirektor für Auswärtige Politik, an Roberto Satorres, einen hohen Beamten im spanischen Außenministerium, vom 17.8.1944, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 3, sowie den Brief von Satorres an Germán Baraibar, Leiter der Europaabteilung im Außenministerium vom 13.9.1944, und den Brief des Polizeiattachés der deutschen Botschaft, Georg Vey, an den Director General de Seguridad, Francisco Rodríguez Martínez (Abschrift) vom 3.11.1944, beide in: Ebenda.

²⁴ Vgl. das Memorandum der britischen Botschaft vom 27.2.1944, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 1.

Lokalbehörden, Behinderungen durch die Gestapo und andere deutsche Dienste, die deutsch-spanische Zusammenarbeit im geheimdienstlichen Bereich oder das Eingreifen der deutschen Botschaft zugunsten bestimmter Landsleute – das waren die Ursachen dafür, daß die Ausweisungsgesuche der Alliierten nur selten von Erfolg gekrönt waren. Zwischen Juli 1943, als die Alliierten stärkeres Interesse an der Ausweisung deutscher Agenten erkennen ließen, und März 1944 mußten lediglich 14 Deutsche das Protektorat verlassen; weitere 14 waren von den Spaniern dazu aufgefordert worden. Gegen deutsche Agenten, die auf dem spanischen Festland agierten, war bis dahin überhaupt noch nichts unternommen worden²⁵. Die britischen und amerikanischen Forderungen verhallten immer wieder ergebnislos. Der Einfluß deutscher Stellen war noch zu groß. Erst als sich 1944 die Kriegslage rapide änderte, verbesserte sich die "Verhandlungsposition" Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Das ließ die Hoffnung aufkommen, nun effektiveren Druck auf die spanische Regierung ausüben zu können.

III.

Das am 2. Mai 1944 zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Spanien geschlossene Abkommen über "bestimmte Forderungen" markierte eine Wende in den gegenseitigen Beziehungen. Mit diesem Abkommen distanzierte sich Spanien nicht nur verbal vom Deutschen Reich, sondern ging nun auch konkrete Verpflichtungen ein, die einen Bruch mit der germanophilen Politik Francos darstellten. Dem Abkommen war ein zäher Streit über die spanischen Wolframlieferungen an Deutschland vorausgegangen. Dieses metallische Element war ein unerläßlicher Grundstoff für die Rüstungsproduktion, Spanien war einer der Hauptlieferanten des Deutschen Reichs. Lange Zeit kauften Briten und Amerikaner zu Höchstpreisen so viel wie möglich der spanischen Wolframförderung, um den Zugriff der Deutschen darauf zu verhindern. Anfang 1944 änderten die Allüerten jedoch ihre Wolframpolitik grundlegend. Nun forderten sie die Einstellung der spanischen Lieferungen an Deutschland, und um dieser Forderung genügend Gewicht zu verleihen, verfügten die Allierten im Januar 1944 die Einstellung der für Februar vorgesehenen Erdöllieferungen²⁶. Da Spanien Erdölderivate ausschließlich von den Alliierten bezog, war diese Maßnahme ein geeignetes Mittel, um Spanien unter Druck zu setzen. Was aber ursprünglich als ein flexibles Druckmittel gedacht war, um Madrid zum Einlenken zu bewegen, wurde für das State Department zu einer Angelegenheit nationalen Prestiges. Spanien sollte in die Knie gezwungen werden, die Amerikaner wollten keine wie auch immer geartete Kompromißlösung hinnehmen. Sie weigerten sich deshalb, die Öllieferungen wiederaufzunehmen, ehe nicht der Wolframexport nach Deutschland vollständig eingestellt war²⁷. Die



Vgl. die Verbalnote des MAE an die britische Botschaft vom 8. 3. 1944, in: Ebenda.

Vgl. die Erklärung des State Department vom 29.1.1944, in: FRUS, 1944, Bd. V, Washington 1965, S. 307.

²⁷ Vgl. The Memoirs of Cordell Hull, London 1948, Bd. II, S. 1329ff.

spanischen Generale waren aber zunächst nicht bereit, sich dem Diktat der Alliierten zu beugen²⁸. Nach monatelangem Hin und Her kam es doch noch zu einem Kompromiß, der es den Spaniern ermöglichte, das Gesicht zu wahren, da ihnen erlaubt wurde, unbedeutende Wolframmengen nach Deutschland zu liefern.

Das Abkommen vom 2. Mai 1944 regelte viele Anliegen der Alliierten: Zum einen verpflichteten sich die Spanier, das deutsche Generalkonsulat in Tanger zu schließen. Zum anderen sollten endlich alle deutschen Spionage- und Sabotageagenten aus dem spanischen Protektorat in Marokko und aus Spanien selbst ausgewiesen werden. Ferner wurde man sich im Streit um von Spanien festgehaltene italienische Kriegs- und Frachtschiffe einig. Schließlich stimmte die spanische Regierung zu, die allerletzten Reste der Blauen Division aus Rußland zurückzuziehen²⁹.

Nach Abschluß des Abkommens wurde das teilweise sehr gereizte Klima zwischen der spanischen Regierung und den Vertretern der Alliierten besser. Die Alliierten waren mit dem Vertragswerk zufrieden, in ihren Augen schienen die wichtigsten Reibungspunkte mit der spanischen Führung beseitigt zu sein. Der Druck auf Spanien ließ deshalb spürbar nach. So erklärt sich auch der im Vergleich zu früheren Forderungen und Protesten nun eher nachlässige Umgangston, als es darum ging, die Ausweisungen deutscher Agenten zu realisieren. Von britischer Seite hieß es beispielsweise, daß die Agenten zwar natürlich umgehend ausgewiesen werden sollten, man jedoch nicht erwarte, daß dies binnen weniger Tage geschehe³⁰. Dieser Tonfall änderte sich jedoch, als deutlich wurde, daß sich fast keine Fortschritte einstellen wollten; Briten und Amerikaner gingen bald wieder dazu über, mit massiven Protesten und Drohungen auf spanische Versäumnisse zu reagieren. Am 15. Juni 1944 sollte die britische Regierung im Parlament Rechenschaft über die Frage ablegen, wie weit die Ausweisung deutscher Agenten aus Spanien gediehen war. Das Foreign Office mußte dabei feststellen, daß bis zu diesem Zeitpunkt außer allgemeinen und vagen spanischen Angaben nichts vorlag, keine Namen und keine konkreten Zahlen über tatsächlich durchgeführte Ausweisungen³¹. Dabei hatten Briten und Amerikaner es sich aber schon Monate zuvor zur Regel gemacht, dem spanischen Außenminister Listen mit den Namen vermeintlicher deutscher Agenten, die ausgewiesen werden sollten, zu übergeben. Ende März 1944, also noch während den Verhandlungen zum Mai-Abkommen, lag dem spanischen Außenministerium bereits eine Liste mit 115 Namen vor. Nach Abschluß des Abkommens erweiterte die britische Regierung diese Liste auf 222 Namen; darunter waren auch die Angaben zu 42 Deutschen in Nordafrika, denen besondere Bedeutung beigemessen wurde³².



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vgl. das Gesprächsprotokoll einer Unterredung zwischen Jordana und Hoare vom 17.2.1944, in: AMAE, Leg. R-4294, Exp. 16, ferner die ausführliche Beschreibung bei Sir Samuel Hoare (Viscount Templewood), Gesandter in besonderer Mission, Hamburg 1949, S. 435 ff.

²⁹ Der Text des Abkommens in: FRUS, 1944, Bd. IV, Washington 1966, S. 410f., und AMAE, Leg. R-2421, Exp. 9.

Vgl. das Gesprächsprotokoll einer Unterredung zwischen Jordana und Hoare vom 21.3.1944, in: Ebenda, Leg. R-4294, Exp. 16.

Vgl. den persönlichen Brief Hoares an Jordana vom 7, 6, 1944, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 1.

Die Liste traf am 10.6. 1944 im Außenministerium ein; in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 3.

In der Folgezeit erweiterten und aktualisierten die Alliierten die von ihnen vorgelegten Listen in regelmäßigen Abständen. Sie gingen schließlich auch dazu über, drei, später vier Prioritätskategorien einzuführen, denen die einzelnen Deutschen gemäß der angenommenen Bedeutung ihrer geheimdienstlichen Arbeit zugeordnet wurden. Das Hauptinteresse der Allijerten konzentrierte sich selbstverständlich auf die ersten beiden Prioritätsgruppen, wo die Drahtzieher deutscher Agententätigkeit, später auch herausragende Mitarbeiter von NS-Parteiorganisationen und offiziellen deutschen Einrichtungen aufgeführt waren. Auf diese Listen antworteten die Spanier nach einiger Zeit mit eigenen Listen, in denen all iene Deutsche genannt waren, die ausgewiesen worden waren. Daraus entstand schließlich ein ewiges Jonglieren mit Namen und Zahlen ausgewiesener und auszuweisender Agenten. Über jede von den Spaniern vorgelegte Ausweisungsbilanz gab es Streit, vor allem über "verrechenbare" und "nicht-verrechenbare" Namen. An einer vom spanischen Außenministerium im Juni 1944 vorgelegten Liste mit 79 Namen hatte die britische Botschaft beispielsweise auszusetzen, daß darin auch 28 bereits vor Abkommensabschluß ausgewiesene Deutsche mit aufgenommen waren. Kritikwürdig war nach Ansicht der britischen Vertretung ferner, daß in der Gesamtbilanz auch die Zahl der Diplomaten aus Tanger berücksichtigt war; diese wurden zwar als Agenten bezeichnet, ihnen galt aber ein gesonderter Punkt im Abkommen vom 2. Mai, der nichts mit der Erfüllung des Absatzes über die deutschen Agenten zu tun hatte. Schließlich kam die britische Seite bei ihrer Prüfung der spanischen Bilanz zu dem Ergebnis, daß von allen angeführten Ausweisungen lediglich zwei als den Abkommensbedingungen entsprechend betrachtet werden könnten³³.

Das spanische Außenministerium wußte, daß bis dahin tatsächlich nur geringe Fortschritte bei der Ausweisung von Agenten vorzuweisen waren. Jordana betonte deshalb in seinen Schreiben an den britischen Botschafter Sir Samuel Hoare und Carlton J.H. Hayes, den amerikanischen Botschafter, insbesondere die Erfolge, die er bezüglich der anderen Abkommenspunkte (Wolfram, italienische Handelsschiffe, Rückzug der Blauen Division und Schließung des deutschen Generalkonsulats in Tanger) erzielt hatte³⁴. Im Hinblick auf die deutschen Agenten reagierte Jordana jedoch meist ausweichend: Die Listen seien offensichtlich zu schnell und überstürzt zusammengestellt worden und enthielten offenkundige Fehler. Viele der aufgeführten Personen seien spanische Staatsbürger oder Angehörige anderer Nationalitäten, gegen die natürlich nicht in gleicher Weise vorgegangen werden könne wie gegen Deutsche. Ferner sei bei vielen Namen nicht einmal der mutmaßliche Aufenthaltsort des Gesuchten angegeben worden, was die Ermittlungen der Polizei erheblich erschwerte.

Abgesehen von alledem behielt es sich die spanische Regierung, wie Jordana zu dieser Zeit Hoare gegenüber immer wieder betonte, zunächst grundsätzlich vor, gegen Mitglieder des deutschen Diplomatischen Korps vorzugehen³⁵. Um aber die Alliierten nicht zu verstimmen und den Willen zur Kooperation zu untermauern, betonte das Au-



³³ Vgl. das Memorandum der britischen Botschaft vom 20.6.1944, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 1.

³⁴ Vgl. den Brief Jordanas an Hoare vom 27.6. 1944, in: Ebenda.

³⁵ Vgl. den ministeriumsinternen Bericht vom 28.6.1944, in: Ebenda.

ßenministerium, daß die spanische Regierung nun gegen deutsche Agenten energisch vorgehe, alliierte Agenten aber unbehelligt arbeiten lasse. In diesem Zusammenhang hieß es aus Madrid ferner, daß die spanische Regierung Sabotageaktionen von britischen oder amerikanischen Staatsbürgern gegen spanische Einrichtungen nicht als unfreundliche Akte der jeweiligen Regierung werte, sondern lediglich als Taten einzelner Extremisten³⁶. Das spanische Außenministerium suchte durch Ausflüchte und Schmeicheleien dieser Art die Schwierigkeiten zu überspielen, die bei der Durchführung der Ausweisungen auftauchten. Die Listen wiesen aber in der Tat zunächst auch deutliche Mängel auf, die auf eine hastige Zusammenstellung hindeuteten. So bestanden etwa zeitweilig unterschiedliche Auffassungen zwischen amerikanischen und britischen Stellen, ob bestimmte Deutsche ausgewiesen werden sollten oder nicht. Einmal tauchten auf britischen Listen sogar die Namen zweier deutscher Abwehragenten auf, die Monate zuvor in Gibraltar von den Briten selbst bereits verhaftet und hingerichtet worden waren.

Das Spiel mit den Zahlen ging 1944/45 munter weiter. Am 19. Juli 1944 schickte das spanische Außenministerium der britischen Botschaft eine Liste mit den Namen von 75 Deutschen, die ausgewiesen worden seien und das Land inzwischen verlassen hatten. Bei weiteren 20 Personen hieß es, daß sie sich auf dem Weg von Nordafrika zur französischen Grenze befänden, und von weiteren 18 erwartete man, daß sie Spanien bald verlassen würden³⁷. Die Briten sahen das freilich ganz anders, nach ihrer Auffassung fielen nur fünf Agenten unter die Kriterien des Abkommens. Zum einen seien, so die Begründung der britischen Botschaft, erneut Mitglieder des ehemaligen deutschen Konsulats in Tanger aufgeführt worden. Zum anderen hätten die Spanier auch Ehefrauen und Kinder mitgezählt. Schließlich seien auf der Liste 25 Personen angeführt, die bereits vor dem 2. Mai das Land verlassen hatten – also auch nicht "verrechenbar" waren³⁸.

Obwohl nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in der Normandie die Arbeit deutscher Geheimdienste in Spanien an Bedeutung verlor, blieb der Druck der Alliierten in der Frage der Ausweisung unverändert hoch. Franco scheint diese Hartnäckigkeit unterschätzt zu haben. Als er während einer Audienz Mitte Juni 1944 von Hoare auf die Verzögerungen aufmerksam gemacht wurde, gab sich der Caudillo überrascht, daß sich die britische Regierung über diese Agenten überhaupt noch Sorgen machte, und spielte die Bedeutung der Forderungen der Alliierten herunter. "Es sei ja außerdem unmöglich, Geheimdienstarbeit als solche zu unterbinden, da in allen Kriegen die Bürger eines jeden Landes zu Agenten ihres eigenen werden würden, und es dabei sogar viele gäbe, die aus Gewinnsucht gleich für zwei Seiten arbeiteten"³⁹, setzte er dem britischen Botschafter entgegen und ließ dabei erkennen, daß er die Entschlossenheit der Alliierten, Nationalsozialismus und Militarismus auszurotten, nicht richtig einzuschätzen vermochte.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³⁶ Vgl. den Brief Jordanas an Hoare vom 27.6.1944, in: Ebenda.

³⁷ Vgl. Liste und Verbalnote des MAE an die britische Botschaft vom 19.7. 1944, in: Ebenda.

³⁸ Vgl. den Brief Hoares an Jordana (Übersetzung) vom 20.7.1944, in: Ebenda.

Gesprächsprotokoll der Unterredung zwischen Hoare und Franco vom 12.6.1944, in: Ebenda, Leg. R-4294, Exp. 16. Siehe außerdem Hoare, Gesandter, S. 454.

Nach dem Abschluß des Abkommens vom 2. Mai legten die Botschaften Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Madrid häufig Protest gegen die skandalös langsame Durchführung des Abkommens und gegen die ständigen Vorwände und Ausflüchte der Spanier ein. Woche für Woche beschwerten sich Hoare und Hayes über die Anwesenheit deutscher Agenten in Spanien und Nordafrika⁴⁰ - mit geringem Erfolg, was nicht zuletzt damit zu tun hatte, daß Spanien in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 wieder auf einen etwas unnachgiebigeren Kurs gegenüber den Alliierten zurückkehrte. Die Gefahr eines militärischen Eingreifens der Alliierten in Spanien schien gebannt. Es war deutlich geworden, daß die Alliierten keine gewaltsame Regimeveränderung anstreben würden, und Franco konnte es sich infolgedessen leisten, wieder etwas selbstbewußter aufzutreten. Im Sommer 1944 zeigte sich das ganz deutlich, als es darum ging, den Außenministerposten neu zu besetzen. Graf Jordana, der Exponent einer auf Ausgleich mit den Alliierten gerichteten politischen Strömung, war Anfang August unerwartet verstorben. Nach seinem Tod kam mit José Félix de Leguerica ein ganz auf die unangefochtene Führung Francos eingeschworener Diplomat an die Spitze des Außenministeriums⁴¹. Franco war offensichtlich nicht willens, einen proalliierten außenpolitischen Kurs weiterzuführen, dessen logische Konsequenz aus seiner Perspektive die Wiedereinführung der Monarchie bedeutet hätte. Er setzte vielmehr auf den seiner Ansicht nach unausweichlichen Konflikt der westlichen Welt mit dem Kommunismus, in dessen Verlauf Spanien unweigerlich – und ohne das Regime ändern zu müssen - in die neue westliche Staatengemeinschaft aufgenommen werden würde. In diesem Sinne schrieb er bereits im Oktober 1944 einen Brief an Churchill, in dem er dem britischen Premier Spanien als den Staat vorstellte, mit dem Großbritannien in der Abwehr des Bolschewismus vor allem zusammenarbeiten müßte: "After the terrific test Europe has gone through, those who have shown themselves strong and virile among the nations great in population and resources are England, Spain and Germany. But, once Germany is destroyed, England will have only one country left in Europe towards which she can turn her eyes – Spain. "42 Die Gefahr einer vollständigen Isolierung Spaniens gab es in seinen Augen nicht.

IV.

Nach britischer Zählung befanden sich im Juli 1944 noch 201 der 220 deutschen Agenten in Spanien oder Nordafrika, deren Ausweisung als vordringlich eingestuft worden war. Einige Monate später beklagte sich die britische Botschaft, daß noch nicht einmal die Hälfte der in den Listen aufgezählten Agenten Spanien verlassen habe. Vorwurfs-

Der Briefwechsel ist abgedruckt in: Sir Samuel Hoare (Viscount Templewood), Ambassador on Special Mission, London 1946, Appendix A, S. 300ff.



Siehe z. B. die Verbalnote der britischen Botschaft vom 3.8. 1944, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 1.

⁴¹ Lequerica, letzter Botschafter Francos in Vichy, hatte sich als Vermittler bei den Friedensgesprächen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich im Jahr 1940 hervorgetan.

voll stellte sie fest, daß der letzte deutsche Agent erst Mitte Juni 1945 aus Spanien verschwunden sein würde, wenn die Angelegenheit weiterhin so schleppend vonstatten gehen sollte⁴³. Selbst diese Prognose war, wie sich später zeigte, von der Realität noch weit entfernt. In seinen Memoiren bescheinigte Hoare dem spanischen Außenminister Jordana ein starkes persönliches Interesse an der Ausweisung der Deutschen. Er habe jedoch oft vergeblich gegen interne Schwierigkeiten ankämpfen müssen: "Jordana war persönlich sehr empört über diese Verzögerung und Umgehung der Gesetze. Er hatte seine Unterschrift im guten Glauben gegeben und wünschte ehrlich die schnelle Ausweisung jedes Deutschen durchzuführen. Aber die Nachlässigkeit und der hartnäckige Widerstand in den anderen Abteilungen waren zu stark, und ein Monat nach dem anderen verstrich. Indessen spielten die Deutschen ein munteres Versteckspiel mit der Polizei."⁴⁴

Jordana und seine Nachfolger stießen tatsächlich auf eine Unzahl von Hindernissen unterschiedlicher Art. Das Konsulat in Tanger war am 16. Mai 1944 durch die Entfernung der deutschen Hoheitszeichen zwar "symbolisch" geschlossen worden, die Deutschen durften von dort aus aber noch tagelang verschlüsselte Telegramme senden. Die Mehrzahl der deutschen Konsulatsmitarbeiter hatte noch Ende September 1944 Spanien nicht verlassen⁴⁵. Der spanische Hohe Kommissar für Nordafrika, General Luis Orgaz Yoldi, konnte sich einfach nicht dazu entschließen, "seine" Deutschen auszuweisen. Hoare beschwerte sich darüber und wies detailliert nach, zu welchen Tricks und Ausreden Orgaz griff. Einmal sei einer der betroffenen Deutschen nicht auffindbar gewesen, ein andermal habe der General die Beweise für nicht ausreichend erachtet, um eine Ausweisung zu veranlassen. Wieder ein anderes Mal habe Orgaz bedauernd angeführt, daß er nichts machen könne, ehe nicht eine Weisung aus Madrid eingetroffen sei, und ein viertes Mal behauptete der Hohe Kommissar sogar, daß ihm die besagte Person unbekannt sei⁴⁶. Der Außenminister konnte dagegen so lange nichts ausrichten, bis Franco nicht bereit war, ein Machtwort zu sprechen.

Aber auch Serrano Suñers⁴⁷ Hinterlassenschaft aus seiner Zeit als Innen- und Außenminister war noch deutlich zu spüren. Die spanische Verwaltung und insbesondere das Polizei- und Sicherheitswesen waren seit dem Bürgerkrieg und namentlich nach dem Abschluß von deutsch-spanischen Polizei- und Geheimdienstabkommen in den Jahren 1936 und 1940 von deutschen Kräften durchsetzt. Diese Polizei- und Sicherheitsdienste waren nun für die Ausweisungen verantwortlich, und es bereitete den deutschen Geheimdiensten so keine großen Schwierigkeiten, den Fortgang der Ausweisungen zu behindern. Aufgrund des engen Zusammenwirkens entstanden aber



⁴³ Vgl, das Aide-Mémoire der britischen Botschaft in Madrid vom 23. 10. 1944, in: AMAE, Leg. R-2159, Exp. 2.

⁴⁴ Hoare, Gesandter, S. 455 f. In Hoares Memoiren zeigt sich deutlich seine Enttäuschung darüber, daß sich nach dem Zweiten Weltkrieg das politische Regime in Spanien nicht verändert hatte.

⁴⁵ Vgl. die Note der britischen Botschaft vom 29. 9. 1944, in: AMAE, Leg. R-2159, Exp. 2.

⁴⁶ Die aufgezählten Beispiele in der Note der britischen Botschaft vom 29.9.1944, in: Ebenda.

⁴⁷ Ramón Serrano Suñer, von 1938–1941 Innenminister und von 1940–1942 Außenminister, war 1940–1941 außerdem Generalsekretär der Falange.

auch Interessenskonflikte innerhalb der spanischen Behörden: Viele Spanier hatten für deutsche Stellen gearbeitet, und eine nicht unbeträchtliche Zahl von Deutschen hatte den Spaniern wertvolle Hilfestellung geleistet. Das galt in ganz besonderem Maße für den Alto Estado Mayor (AEM), der für die militärische Sicherheit verantwortlich war. Während des Krieges plagte die spanische Regierung ständig die Sorge, die Iberische Halbinsel könnte Kriegsschauplatz werden. Der AEM hatte deshalb großes Interesse an Informationen über Truppenbewegungen, die um die Halbinsel herum stattfanden. Eine Zusammenarbeit mit der deutschen Aufklärung war damit von großer militärischer Bedeutung. Später fürchtete man in Spanien revolutionäre Aufstände der maquis, den nach dem Bürgerkrieg größtenteils nach Südfrankreich geflohenen Resten bewaffneter republikanischer Einheiten; auch darüber waren zuverlässige Informationen von (ehemaligen) Abwehrangehörigen wie etwa Alfred Gensorowsky, für den sich der AEM später besonders einsetzte, zu erhalten. "Gensorowsky ist, wie Sie wissen, für unsere Baskenlandsektion tätig, der er sehr gute Informationen über die Lage und Bewegungen der maquis in Frankreich liefert. Dabei bedient er sich jener Agenten, die er früher (vor der Besetzung Frankreichs durch die Alliierten) dort hatte. Er ist demnach ein hervorragender Mitarbeiter dieser Abteilung"48, wie in einem vertraulichen Schreiben vom 13. Dezember 1944 an den Chef des AEM stand. Natürlich genossen auch persönliche Freunde der höchsten Entscheidungsträger besonderen Schutz. So erhielten die Mitglieder des Ministerrats regelmäßig Kopien der alliierten Listen, auf denen sie diejenigen bezeichnen konnten, die "aufgrund ihrer Persönlichkeit oder ihrer Verdienste um Spanien" von einer Ausweisung ausgenommen werden sollten⁴⁹. Von dieser Möglichkeit machten aber nicht nur die Minister Gebrauch, sondern alle, die glaubten, auf den Entscheidungsprozeß Einfluß nehmen zu können. Staatssekretäre, Generale, Gouverneure, sogar Bischöfe und Prälaten wandten sich mit Empfehlungsschreiben entweder an den Außenminister selbst oder baten ihrerseits einflußreiche Freunde, sich beim Außenminister oder dem zuständigen Ressortleiter für eine bestimmte Person einzusetzen. Selbstverständlich hob jeder Fürsprecher ganz bestimmte Eigenschaften oder besondere Verdienste des Betroffenen hervor. Generale betonten die Meriten, die sich ihr Schützling im Bürgerkrieg auf der Seite der "glorreichen Nationalbewegung" im "Kreuzzug gegen die Roten" erworben hatte. Vertreter von Wirtschafts- und Finanzkreisen hoben die herausragenden Beiträge ihrer Schutzbefohlenen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hervor.

Doch hatte nicht jeder Fürsprecher auch die gleiche Aussicht, tatsächlich erhört zu werden. Lediglich die Anweisungen, die aus dem Privatsekretariat des Generalissimus kamen, wurden ohne Widerspruch und ohne Kommentar ausgeführt. Dabei ist aber zu sagen, daß Franco sich nur für wenige Deutsche einsetzte. Wenn er es tat, handelte es

⁴⁹ Am 23. 11. 1945 und am 6. 2. 1946 wurden Kopien der Listen an die Subsecretaria de la Presidencia del Gobierno und die Ministros del Ejército, Marina, Aire, Justicia, Industria y Comercio, Gobernación, Trabajo und Agricultura geschickt. In: Ebenda, Leg. R-2192, Exp. 17 und R-2160, Exp. 3.



Abteilungsinterner Brief des Alto Estado Mayor (AEM) an General Arsenio Martínez de Campos, zur Information an das MAE vom 13.12.1944, in: AMAE, Leg. R-2160, Exp. 4.

sich um Personen, die dem Staatschef zu Beginn und im Verlauf des Bürgerkrieges entscheidende Hilfe geleistet hatten, wie etwa im Fall von Johannes E. F. Bernhardt und Adolph Langenheim, die Hitlers Einwilligung zur Unterstützung der aufständischen Generale erwirkt hatten.

Während der Amtszeit Jordanas ging es den Alliierten vor allem darum, die Organisation der Abwehr und anderer deutscher Geheimdienste in Spanien zu zerschlagen. Die Ausweisungsforderungen bezogen sich zu dieser Zeit grundsätzlich auf aktive deutsche Agenten, weshalb sich zunächst auch vor allem deutsche wie spanische Geheimdienste aufgerufen fühlten, die Ausweisung bestimmter Mitarbeiter zu verhindern. Während der kurzen Amtszeit Lequericas (von August 1944 bis Juli 1945) änderte sich daran nicht viel. Anders als zu Zeiten Jordanas zeigte sich der neue Außenminister aber verständnisvoller gegenüber den Wünschen spanischer Sicherheitsstellen. Besonders oft mischte sich nach wie vor der Alto Estado Mayor ein. Durch einen Anruf bei seinem Duzfreund Lequerica konnte General Arsenio Martínez de Campos vieles erreichen und natürlich auch die Internierung von ihm nützlichen deutschen Agenten verhindern. Die beiden sprachen offen über die Möglichkeiten, verschiedene Schützlinge zu halten oder andere, für die sich der General vor Monaten noch stark gemacht hatte, zu "opfern", um damit nun andere zu "retten"⁵⁰.

Nach der endgültigen Zerschlagung von Faschismus und Nationalsozialismus geriet auch Spanien unter großen internationalen Druck. Franco sah sich veranlaßt, vor allem den katholischen Charakter des Regimes herauszustreichen, um wieder einigermaßen an Kredit zu gewinnen. Er tat das unter anderem dadurch, daß er am 20. Juli 1945 Alberto Martín Artajo, der bis dahin Leiter von Acción Católica, der bedeutendsten katholischen Laienorganisation, gewesen war, zum neuen Außenminister ernannte. Mit Artajo kam auch frischer Wind in die Ausweisungspolitik. Er war in dieser Frage daran interessiert, die Spreu vom Weizen zu trennen. Notorische Nazis sollten nicht in Spanien bleiben dürfen, das war schlecht für das spanische Image. Hingegen schätzte er die Bedeutung der deutschen Kolonie für den wirtschaftlichen Aufbau Spaniens hoch ein und war deshalb auch bereit, sich für diejenigen einzusetzen, die aufgrund ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten einen Gewinn für Spanien darstellen konnten. Um Informationen über solche Personen zu bekommen, setzte er vor allem auf vertraute Kreise. So hatte er immer ein offenes Ohr für Freunde von Acción Católica und Wünsche von Vertretern der Kirche. Er wandte sich auf Empfehlung seines Freundes Ruiz-Giménez und des Primas der katholischen Kirche in Spanien, Kardinal-Erzbischof Pla y Deniel, auch persönlich an die Leiter der deutschen katholischen Vereinigungen von Madrid-Barcelona und Bilbao, Joseph Boos und José-María Huber⁵¹, die das Informationsbedürfnis des Außenministers gerne stillten, wie aus einem Schreiben Hubers deutlich wird: "Herzlich gern stehe ich zur Verfügung Ihres Ministeriums, um in meiner Eigenschaft als Priester und Rektor der katholischen Vereinigung für Nordspanien jede Aus-



Briefwechsel zwischen Martínez de Campos und Lequerica vom 15.11., 22.12.1944, 24.1. und 27.1.1945, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 4.

⁵¹ Vgl. den Briefwechsel zwischen Artajo und Ruiz-Giménez vom 5. und 19.6.1946, in: Ebenda.

kunft zu geben, die von mir hinsichtlich aller mir bekannten Deutschen gewünscht wird. $^{\circ 52}$

Gegen die Schutzmaßnahmen zugunsten derjenigen, die Artajo am liebsten des Landes verwiesen hätte und deretwegen er ständig Ärger mit den Alliierten hatte, konnte iedoch auch er meist kaum etwas ausrichten. Die Alliierten hatten nach Kriegsende natürlich ein besonderes Interesse an der Repatriierung des deutschen diplomatischen Personals, besonderen Druck übten sie hinsichtlich der Militärattachés aus. Dem stand aber das Engagement der Minister der drei Waffengattungen entgegen, die die Streichung von fast allen ehemaligen Militärattachés aus den Ausweisungslisten wünschten⁵³. Auch Admiral Carrero Blanco, Subsecretario de la Presidencia del Gobierno und Francos "rechte Hand", lag das Schicksal der ehemaligen Marineattachés sehr am Herzen. Er setzte sich immer wieder nachdrücklich für sie ein⁵⁴ und protestierte, wenn schließlich doch einer "seiner" Marineoffiziere wie etwa Alfred Menzell⁵⁵ ausgewiesen werden sollte: "Sein Einschluß in die Liste muß auf einen Beamtenfehler zurückgehen", schrieb er am 4. September 1946 an Artajo, "und ich glaube, daß dieser um der Gerechtigkeit willen berichtigt werden müßte, zumal es sich dabei um jemanden handelt, der in unserem Krieg für uns gekämpft hat. Du kennst bereits meine persönliche Meinung in dieser Angelegenheit. Mein Engagement und meine Einmischung, die Du mir bitte in Hinblick auf meine guten Absichten entschuldigst, werden Dir daher nicht sonderbar erscheinen. Ich denke, daß die Anwendung von Härte denen gegenüber, die uns geholfen haben, auf Ansuchen derer, die einen Kriminellen wie Giral⁵⁶ als eine Person ansehen, der man die Hand reichen kann, uns weder vom Standpunkt der nationalen Würde noch vom Standpunkt unserer Beziehungen zum Ausland etwas bringt, da man dieses Verhalten als eine Schwäche auslegen und zu unserer Entwürdigung ausnützen wird. Wenn man nicht die Kraft der Kanonen hat, gibt es keine andere Stärke als Gerechtigkeit, Vernunft und Würde."57

Darauf antwortete Artajo am 10. September: "Sein Einschluß in die Repatriierungslisten geschah nicht aus irgendeinem Fehler, sondern wurde von mir bei genauer Kenntnis der Lage gutgeheißen. In der Tat glaube ich, es wäre, wenn schließlich hundert Deutsche – zum größten Teil Beamte der deutschen Regierung, deren Namen publik gemacht wurden – repatriiert sind, uns gelungen, diese bedauernswerte Angelegenheit endgültig zu bereinigen. Damit würden wir schließlich die Tausende Deutsche retten, die die alte Kolonie in Spanien bilden. Briten und Amerikaner haben ein besonderes Interesse daran, daß das gesamte Personal der ehemaligen deutschen Botschaft Spanien verläßt, und sie sind ausdauernd und beharrlich in den Schritten, die sie unter-

⁵⁷ Persönlicher und vertraulicher Brief Carrero Blancos an Artajo vom 4.9.1946, in: AMAE, Leg. R-2160, Exp. 4.



Briefe der Rektoren der kath. Gemeinden von Barcelona und Madrid, Boos, und Bilbao, Huber, vom 1.6. und 29.5, 1946 an den spanischen Außenminister, in: Ebenda, Exp. 1.

⁵³ Vgl. die Notiz im MAE o. Dat. [Febr. 1946], in: Ebenda, Exp. 3.

⁵⁴ Vgl. die Briefe Carreros an Artajo vom 6. und 9.5. 1946, in: Ebenda, Exp. 4.

⁵⁵ Menzell war Marineattaché an der deutschen Botschaft in Madrid gewesen.

⁵⁶ Giral war Repräsentant der Exilregierung der Republik Spaniens.

nehmen, um dies zu erreichen. Die, die sich verstecken oder verbergen, verursachen natürlich Komplikationen – nicht nur für uns, sondern sie schaden jenen Landsleuten von ihnen, die unsere volle Würdigung verdienen. Dennoch, aus Rücksicht auf das große Interesse, daß Du für Herrn Menzell zeigst, werde ich Anweisung an die Dirección general de Seguridad geben, damit sie ihn in Ruhe lassen."⁵⁸

Der Briefwechsel zwischen Carrero, als Vertrauter Francos einer der einflußreichsten Männer in Spanien, und Außenminister Artajo verdeutlicht die Probleme, die sich nach Kriegsende bei der Ausweisung der Deutschen ergaben. Die hier zutage tretenden Positionen sind aber nicht nur für die Repatriierungsfrage charakteristisch, sondern sie kennzeichnen auch den in dieser Zeit bestehenden Konflikt über die außenpolitische Orientierung Spaniens: Politik der Stärke und Kompromißlosigkeit versus politischem Pragmatismus und Reformbereitschaft, um auf diese Weise die außenpolitische Lage Spaniens zu verbessern.

Anfang April 1946 erregte eine Note der britischen Botschaft besonderes Aufsehen im spanischen Außenministerium. Darin wurden detaillierte Vorwürfe gegen verschiedene spanische Stellen und Einzelpersonen erhoben, die Deutschen Unterschlupf oder Hilfe zur Flucht gewährt hätten. So hieß es etwa, der ehemalige Luftwaffenattaché, General Eckart Krahmer, sei durch einen namentlich genannten hohen Offizier des Alto Estado Mayor versteckt worden; Ernst Schultze, ein wichtiger Verbindungsmann in Sevilla, der im Bürgerkrieg als einer der ersten beim Aufbau der Legion Condor mitgewirkt hatte, sei nach einer Intervention des Luftfahrtministers, General González Gallarza, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ein weiterer Agent halte sich in einem Anwesen des Gouverneurs von Zamora versteckt, während einige internierte Abwehr-Agenten, just als ihre Ausweisung erfolgen sollte, aus dem Lager zu "entfliehen" vermocht hatten. Schließlich hieß es auch noch, daß von Mitarbeitern der Dirección general de Seguridad für 25 Peseten eine Abschrift der Listen bezogen werden könnte⁵⁹.

Selbst wenn die Angaben der britischen Botschaft nicht immer gestimmt haben sollten – ministeriumsinterne Randbemerkungen bestätigten jedoch den Großteil der Vorwürfe –, war das spanische Außenministerium grundsätzlich überzeugt, daß die Aufenthaltsorte vieler, von der spanischen Polizei als unauffindbar bezeichneter Deutschen nicht unbekannt waren. Man ging davon aus, wie es in einem internen Bericht des MAE hieß, daß "die Deutschen in den meisten Fällen eine wirksame Protektion genießen, die verhindere, ihre Repatriierung durchzuführen."60

Das Außenministerium hatte aber keine Möglichkeiten einzugreifen und war wohl auch nicht ganz im Bilde, was bei den Sicherheitsdiensten und bei der Polizei alles vor sich ging. Seguridad brachte dem Außenministerium keinen großen Kooperationswillen entgegen. Es hatte das Außenministerium nicht einmal darüber informiert, daß gegen Ende des Krieges der Chef der Gestapo in Spanien, Paul Winzer, offenbar mit



⁵⁸ Brief Artajos an Carrero vom 10.9.1946, in: Ebenda.

⁵⁹ Anhang III einer Note der britischen Botschaft (Übersetzung) vom 3.4.1946, in: Ebenda, Leg. R-2192, Exp. 17.

⁶⁰ Comentario a la Nota nº 2094 vom 8.7.1946, in: Ebenda, Leg. R-2161, Exp. 1.

einem gültigen Visum in Barajas eintreffen sollte. Die britische Botschaft geriet in helle Aufregung, als sie davon erfuhr, und das spanische Außenministerium mußte sich eine Entschuldigung einfallen lassen⁶¹. Um gegen solche Vorkommnisse aber wirkungsvoll vorgehen zu können, fehlten dem Ministerium die Mittel.

Bemerkenswerterweise hatten aber selbst die Alliierten in bestimmten Fällen ein besonderes Interesse am Wohlergehen manches Deutschen, der auf ihre eigenen Listen geraten war. Am erstaunlichsten ist dies bei zwei Deutschen, die als die wichtigsten Drahtzieher bei der Organisation der deutschen Militärhilfe an das aufständische Spanien im Juli 1936 angesehen werden können: Johannes Bernhardt und Adolph Langenheim. War Langenheim nach den Bürgerkriegsjahren politisch eher in den Hintergrund getreten, blieb Bernhardt bis 1945 für Spanien und Deutschland aktiv. Er war der Mann, der über die Handelsunternehmen Hisma und Sofindus die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten nahezu vollständig kontrollierte⁶². So wundert man sich, daß in einem geheimen handschriftlichen Brief von General Arsenio Martinez de Campos, Chef des AEM, an den damaligen Außenminister Lequerica folgendes zu lesen ist: "Ich habe bis vor kurzem (es wird vier oder fünf Monate her sein) Bernhar[d]t nicht gekannt. Mir ist aber zu Ohren gekommen, daß er uns gute Dienste geleistet hat, und daß sich ihm gegenüber die Obrigkeit erkenntlich zeigt und ihn schätzt. Jetzt sagt man mir, daß er bei den Alliierten nicht mit bösen Augen betrachtet wird und daß sie ihm keine Schwierigkeiten bereiten wollen. Es seien hingegen unsere Stellen, die ihm die Situation erschweren würden. Da die Person, die mir das sagt, besser informiert ist oder sein müßte, als ich es bin, glaube ich, daß es das Beste wäre, wenn Du mit dieser Person direkt sprichst, da es in all diesen Angelegenheiten um so besser ist, je weniger Zwischenstellen es gibt."63

Adolph Langenheim – seine Ehefrau war britischer Abstammung – war zusammen mit Bernhardt am 25. Juli 1936 von Hitler in Bayreuth empfangen worden. Franco benutzte diese beiden Emissäre, um beim "Führer" um militärische Hilfe nachzusuchen. Auch Langenheim wurde von den Alliierten kaum behelligt und nie ernsthaft zur Ausreise aus Spanien gedrängt. Die Briten räumten ihm sogar deutliche Vergünstigungen ein; er durfte sogar, als das Betreten des nordafrikanischen Protektorats für Deutsche, die auf den Listen standen, noch strengstens verboten war, mit britischer Einwilligung zu seinen Anwesen in Nordafrika fahren⁶⁴. Offizielle Politik ist immer nur die eine Seite der Medaille. Dahinter verbergen sich oft eine Vielzahl von Interessen, die nicht immer mit offiziellen Stellungnahmen im Einklang stehen.



Siehe Hoare, Gesandter, S. 455.

⁶² Zu Bernhardts und Langenheims Rolle zu Beginn des Bürgerkrieges vgl. Bernhardts "Memoixen": Hans-Henning Abendroth, Mittelsmann zwischen Franco und Hitler. Johannes Bernhardt erinnert 1936, Marktheidenfeld 1978.

⁶³ Martínez de Campos an Lequerica am 24. [5. 1945], in: AMAE, Leg. R-2160, Exp. 4.

Vgl. die Anordnung des MAE an Seguridad vom 1.6. 1946, in: Ebenda, Exp. 2.

V.

Als sich im Herbst 1944 abzuzeichnen begann, daß die Ausweisung der Deutschen Schwierigkeiten bereiten würde, forderte die britische Regierung, die Deutschen bis zu ihrer Repatriierung zu internieren⁶⁵. Im September 1944 war die Pyrenäengrenze durch alliierte Truppen besetzt worden, der Landweg nach Deutschland damit abgeschnitten. Das wichtigste Ziel der Alliierten, die mißliebigen Deutschen vor dem Zusammenbruch des NS-Systems aus dem Land zu bekommen, war also nicht erreicht worden. Nun sollten die Deutschen irgendwo in Spanien interniert werden, bis die Alliierten einen Weg fanden, um sie nach Deutschland zu bringen. Diese Idee war für die spanische Regierung die ideale Zwischenlösung. In solchen Lagern konnten die Deutschen auf unbestimmte Zeit untergebracht und in der Zwischenzeit konnte ein endgültiger Beschluß über jeden Einzelnen gefaßt werden⁶⁶.

Als Internierungsort wurde ein Kurort in der katalanischen Provinz Gerona ausgesucht. Der Gedanke, dafür gleich einen Kurort zu verwenden, stammte ursprünglich offenbar aus der deutschen Botschaft: Legationsrat Gottfried von Waldheim sprach diese Möglichkeit im spanischen Außenministerium an, um zu verhindern, daß die Deutschen in Gefängnissen oder richtigen Internierungslagern untergebracht würden⁶⁷; Waldheim selbst begab sich in ein Sanatorium in der Nähe von Valencia. Der Kurort Caldas de Malavella hatte wenig mit einem Internierungslager gemeinsam. Die Deutschen wurden dort in Hotels untergebracht und überaus großzügig behandelt. Das war kein Zufall, sondern von den Spaniern durchaus beabsichtigt, da "man dort, aufgrund der Bedeutung der internierten Personen, die sich größtenteils um uns [Spanien] Verdienste erworben haben, keine besonders strengen Verhältnisse hatte schaffen wollen"68. "Die einzigen Einschränkungen, die man ihnen auferlegt, sind", wie Außenminister Lequerica gegenüber Jesús María de Rotaeche, Staatssekretär für die Handelsmarine, der sich um das Wohlbefinden eines Schützlings Sorgen machte, schrieb, "weder die besagte Ortschaft verlassen zu können, noch (theoretisch) Ferngespräche zu führen"69. Auch die Ehefrauen der Internierten konnten im Kurort untergebracht werden, Besuche sollten freilich auf das "unerläßliche Mindestmaß" beschränkt bleiben⁷⁰.

Diese Zustände blieben der britischen Botschaft natürlich nicht verborgen. Immer wieder wurden die Briten im spanischen Außenministerium vorstellig und protestierten gegen die skandalös freizügigen Umstände, die in ihren Augen sogar die Fortführung von geheimdienstlicher Tätigkeit möglich machten. Viel erreichten sie damit



⁶⁵ Vgl. die Note der britischen Botschaft vom 4.9.1944, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 2.

⁶⁶ Vgl. den Brief Baraibars an Satorres vom 22. 8. 1944, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 3.

⁶⁷ Vgl. die Bemerkung Baraibars, in: Ebenda.

⁶⁸ Interner Bericht über die Zustände in Caldas vom 24.2.1945, in: Ebenda.

⁶⁹ Brief Lequericas an Rotaeche vom 7.6. 1945, in: Ebenda, Exp. 4.

Interner Bericht über die Zustände in Caldas vom 24. 2. 1945, in: Ebenda, Exp. 3.

nicht, in Caldas blieb alles beim alten. In besonders gelagerten Fällen wie Krankheit oder bevorstehende Niederkunft der Ehefrau war es sogar möglich, den Internierungsort für eine bestimmte Zeit zu verlassen. Der Antrag eines Pferdebesitzers, der ein Derby besuchen wollte, wurde hingegen nicht genehmigt. Aber allein die Tatsache, daß der Antrag gestellt wurde, beleuchtet Stimmung und Selbstverständnis, die bei den Deutschen in Caldas herrschten⁷¹.

Je länger sich der Aufenthalt in Caldas hinzog, um so stärker traten aber auch Probleme in den Vordergrund – vornehmlich finanzieller Art. Die deutsche Botschaft hatte sich zwar ursprünglich bereit erklärt, für die Kosten der Internierung aufzukommen, doch spätestens mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs war diese Geldquelle versiegt. Die Internierten mußten jetzt ihre Hotelrechnungen selbst zahlen. Da manche über zwei Jahre in Caldas blieben, führte das oft zu ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten, denn neben den eigenen Aufenthaltskosten mußten auch noch die Lebenshaltungskosten von Frau und Kindern bestritten werden – ohne regelmäßige Einkünfte beziehen zu können⁷². Das Nachsehen hatten wohl im Endeffekt die Hoteliers: Waren die Deutschen, als sie den Kurort schließlich verließen, nicht in der Lage, für die Aufenthaltskosten aufzukommen, fuhren sie ab, ohne die Hotelrechnung zu begleichen.

Trotz der relativ freizügigen Zustände in Caldas sträubten sich die meisten Deutschen gegen eine Internierung. Abschreckende Berichte über den Internierungsort, die bevorstehende finanzielle Belastung, aber vor allem die Sorge, daß auf die Internierung bald auch die Zwangsausweisung folgen würde, veranlaßten viele Deutsche, nach allen erdenklichen Wegen zu suchen und alle spanischen Bekanntschaften in Bewegung zu setzen, um eine Einweisung in Caldas zu verhindern. Berufliche Unahkömmlichkeit, wichtige private Angelegenheiten wie etwa die Konversion zum katholischen Glauben und vor allem gesundheitliche Gründe wurden ins Feld geführt, um die Reise nach Katalonien zu verhindern oder möglichst lange aufzuschieben. Anfänglich war es sogar relativ leicht, sich durch ein ärztliches Attest einen "Internierungsort" nach eigener Wahl auszusuchen. Nachdem sich aber solche Anträge häuften, wurde es immer schwieriger, der Internierung in Caldas zu entgehen. Dann hing es hauptsächlich von besonders gewichtigen Fürsprechern oder tatsächlich ernsthafter Krankheit ab, ob sie zu Hause bleiben oder sich an einem Ort medizinischer Indikation unter "libertad vigilada" begeben konnten.

All jene, die der Reise nach Caldas nicht entrinnen konnten, hatten einen meist längeren Aufenthalt vor sich. Insgesamt hielten sich einige Dutzend Menschen in Caldas auf und mußten auf die Entscheidung über ihren konkreten Fall warten: War der Druck der Alliierten größer als die inneren Widerstände in Spanien, dann verließ der Betroffene das Balnearium in Richtung Deutschland. Gaben die Alliierten aber ihr Interesse an einer Repatriierung auf, bestand auch von spanischer Seite aus kein Interesse mehr, den Betreffenden weiterhin in Caldas festzuhalten. Am schwierigsten gestaltete sich natürlich

Vgl. den innerministeriellen Bericht und das Ergebnis einer Untersuchung über die finanzielle Situation der in Caldas internierten Personen vom 23.10. 1945, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 4.



Vgl. den telegraphischen Bericht von Seguridad an das Außenministerium vom 23. 6. 1945, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 3.

die Lösung der Fälle, bei denen einflußreiche spanische Fürsprecher und ein großes Ausweisungsinteresse der Alliierten zusammentrafen. In solchen Fällen versuchte das spanische Außenministerium eine endgültige Entscheidung möglichst lange hinauszuzögern. Der Leiter der A.E.G.-Niederlassung in Valencia, Hans Peter Fromm, etwa, der sich während des Zweiten Weltkrieges nicht unbedingt durch geheimdienstliche Tätigkeiten hervorgetan zu haben scheint, mußte fast zwei Jahre auf eine Entscheidung warten. Bis dahin reichte er ein Gesuch nach dem anderen bei den spanischen Behörden und den Alliierten ein und beauftragte Freunde, für ihn einzutreten; doch erst Mitte April 1946, nachdem die Alliierten ihr Interesse an seiner Repatriierung aufgegeben hatten, durfte er Caldas verlassen und nach Valencia zurückkehren⁷³.

Die rechtliche Grundlage für die Durchführung der Internierungen und Ausweisungen stand allerdings auf tönernen Füßen. Wie sollten diese politischen Maßnahmen gesetzlich untermauert werden? Wem sollten die Deutschen ausgeliefert werden? Vor der deutschen Kapitulation war die Beantwortung dieser Fragen noch relativ einfach gewesen. Nachdem aber die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten, wurde die Angelegenheit komplizierter: Mit welcher Begründung sollten die Deutschen überhaupt ausgewiesen werden? Gegen welche Gesetze oder gegen welches Recht hatten sie verstoßen? Die Auslieferungsabkommen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten aus den Jahren 1874 und 1904 konnten hier nicht weiterhelfen: Die Deutschen sollten ja repatriiert werden und nicht in die USA oder nach Großbritannien ausgeliefert werden. Außerdem waren Auslieferungen aus politischen Gründen in diesen Abkommen ausdrücklich ausgenommen. Die spanische Regierung mußte in ihrer Not auf ein Gesetz vom 4. Dezember 1851 zurückgreifen, um die Legalität der Ausweisungen juristisch zu stützen. Dieses Gesetz schrieb das grundsätzliche Recht auf Asyl für alle Ausländer und ihre Habe fest. Es wies ferner auch ausdrücklich darauf hin, daß Auslieferungen aus politischen Gründen nicht statthaft seien. Absatz 5 besagte aber, daß "wenn die Ausländer, die in Spanien Zuflucht genommen haben, ihre Situation mißbrauchen, indem sie gegen Spanien konspirieren; oder daraufhin arbeiten, spanische Institutionen zu zerstören oder zu verändern; oder tätig werden, um in irgendeiner Weise die öffentliche Ruhe zu stören, dann kann die Regierung deren Ausweisung aus dem Staatsgebiet beschließen."74

Bei alledem war der spanischen Regierung nicht wohl in ihrer Haut. Die Deutschen sollten nach Möglichkeit zunächst zu einer freiwilligen Rückkehr überredet werden. Dabei sollte der wohl einflußreichste Deutsche in Spanien, Johannes Bernhardt, mithelfen. Er sollte seinen ganzen Einfluß geltend machen und die betroffenen Deutschen zur Heimreise drängen⁷⁵. Durch die freiwillige Heimkehr sollte eine Zwangsauswei-



⁷³ Vgl. die Anweisung des MAE an Seguridad vom 17. 4. 1946, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 6.

⁷⁴ Zit. in: Ebenda, Exp. 5. Siehe dazu auch Brief von Außenminister Artajo an Francisco Franco Salgado, General Secretario Militar y Particular de S.E. el Jefe del Estado vom 7.1. 1946, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 4.

⁷⁵ Vgl. den Brief Bernhardts an den Director General de Política de Europa, Roberto Satorres vom 28.4. 1946, in: Ebenda.

sung vermieden werden, da Gewaltanwendung im Umgang mit ehemaligen Mitstreitern und Freunden bei einflußreichen Kreisen des Regimes auf Ablehnung stieß. Große Aussichten auf Erfolg hatte dieses Verfahren aber nicht: Gerade die von den Alliierten am dringendsten Gesuchten waren aus wohlweislichen Gründen nicht dazu zu bewegen, aus freien Stücken in das besetzte Deutschland zurückzukehren⁷⁶. Eine elegante Lösung, die die Alliierten befriedigt und das "Ehrenmännergefühl" der Spanier unangetastet gelassen hätte, gab es offenbar nicht. Lange Streitereien und endlose Verhandlungen blieben dem Außenminister bis zum Schluß nicht erspart.

VI.

Die erste Ausweisungsphase endete mit der deutschen Kapitulation. Bis dahin hatten sich Briten und Amerikaner lediglich auf die Repatriierung deutscher Agenten in Nordafrika und dem spanischen Festland sowie auf das Konsularische Korps in Tanger konzentriert. Nach der Kapitulation änderte sich das Bild aber gewaltig. Nun gingen die Alliierten daran, Deutschland und die Deutschen zu entnazifizieren. Am 10. September 1945 verabschiedete der Alliierte Kontrollrat eine Resolution, nach der alle Deutschen, die für offizielle staatliche Organisationen gearbeitet hatten oder für Geheimdienste tätig gewesen waren, aus den Ländern, die im Krieg neutral geblieben waren, zurückgerufen wurden; sie stellten im Ausland eine Gefahr dar⁷⁷.

Die wichtigste Konsequenz daraus war, daß der Umfang der Listen wieder sprunghaft anstieg, auf bis zu 650 Namen. Den spanischen Behörden wurden damit Hunderte neuer Namen vorgelegt. Im November 1945 begannen Briten und Amerikaner dann mit der Organisation der Repatriierung der Deutschen. Zur Bewältigung dieser Arbeit richteten sie in Madrid mit Billigung der spanischen Behörden das British-American Repatriation Centre for Germans ein. Für die Durchführung des Programms sollten dann Schiffe und Flugzeuge bereitgestellt werden.

Das Repatriation Centre begann zunächst mit der Versendung von Rundschreiben an die Deutschen. Darin forderte es die Betroffenen auf, sich freiwillig mit den Botschaften Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten in Verbindung zu setzen, um die Heimreise in die Wege zu leiten. Ausdrückliche Androhung von Konsequenzen und der Hinweis darauf, daß sich der jetzt gezeigte Kooperationswille auf die spätere Behandlung in Deutschland positiv auswirken würde, sollten die Deutschen ermuntern, den Anweisungen Folge zu leisten.

Das wiederum löste unter den Betroffenen größte Unruhe aus. Verunsichert wandten sie sich an ihre Beschützer oder an das Außenministerium. Aber noch bestand kein

Vgl. The Acting Secretary of State to Certain Diplomatic Missions, 17.9.1945, in: FRUS, 1945, Bd. III, S. 808. Siehe ferner Memorandum by the Assistant Chief of the Special War Problems Division (Clattenburg), 17.5.1945, in: Ebenda, S. 784.



Vgl. den internen Bericht über die Situation der Internierten in Caldas vom 23. 10. 1945, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 4.

Anlaß zur Panik: Die Rundschreiben der Alliierten hatten erst einmal keine weiteren Konsequenzen. Rechtswirksam waren lediglich spanische Ausweisungsbefehle. Briten und Amerikaner entschieden zwar, wer auf die Liste kam, das spanische Außenministerium bestimmte jedoch, wer tatsächlich das Land verlassen mußte. Um letzteres zu verhindern, verfaßten die Betroffenen umfangreiche Bittschriften. Dabei wurden vor allem gesundheitliche Argumente angeführt. Aus einfachen Erkältungen oder Alterserscheinungen wurden dann oft schwerwiegende Gesundheitsstörungen, um eine Ausweisung hinauszuzögern. Das war etwa bei Joseph Johann Lazar, bis Kriegsende Presseattaché und Propagandachef an der deutschen Botschaft in Madrid, der Fall, der es verstand, durch ärztliche Gutachten die Auslieferung lange Zeit zu verhindern. Als seine Übergabe an die Alliierten schließlich doch vorgenommen werden sollte, tauchte er kurzerhand unter.

Die Betroffenen hoben in ihren Bittschreiben außerdem ihre großen Leistungen für Spanien hervor, die sie als Kämpfer der Legion Condor oder "nationaler" Einheiten während des Bürgerkrieges vollbracht hatten; selbst Orden und Ehrenbezeugungen sowie mit Dedikationen versehene Photos des Caudillo wurden als Leistungsnachweis angeführt. All diese Eingaben waren nicht ohne Belang und erzielten oft durchaus die gewünschte Wirkung. So beschäftigte sich etwa die Protokollarische Abteilung des Außenministeriums mit der Frage, ob Probleme entstehen könnten, wenn gegen den Träger einer hohen Auszeichnung vorgegangen würde⁷⁸. Wer Fürsprecher aus dem kirchlichen Bereich hatte, wies sich als karitativ und sozial engagierter Mensch aus; Spendenquittungen an karitative Einrichtungen, manchmal nur wenige Tage alt, wurden zur Bekräftigung der Angaben mit eingereicht. Die Mitgliedschaft in der NSDAP hingegen wurde als ein unumgängliches Übel dargestellt, das hatte in Kauf genommen werden müssen. Wichtig war es jetzt, auch eine aufrichtige spanische Gesinnung zu zeigen und Dankbarkeit über die bis dahin erfahrene Gastfreundschaft in Spanien zu bekunden. Viele hätten sich jetzt auch naturalisieren lassen, wenn die spanische Regierung Ende 1944 nicht die Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen ausgesetzt hätte⁷⁹. Österreicher pochten auf ihre ehemalige Staatsangehörigkeit, um nicht nach Deutschland zu müssen; auf Umwegen erworbene Staatsbürgerschaften Spaniens oder eines südamerikanischen Staates, gefälschte Pässe, Scheinhochzeiten - alle nur denkbaren Wege wurden beschritten, um nicht ausgeliefert zu werden.

Am 29. Januar 1946 begannen die Alliierten schließlich mit der Durchführung der ersten Repatriierungen. Dazu stellten sie ein Flugzeug zur Verfügung, um die wichtigsten Kandidaten der ersten beiden Prioritätskategorien nach Deutschland zu bekommen. Die Listen waren im November 1945 zum letzten Mal überarbeitet und aktualisiert worden, und die ersten beiden Kategorien umfaßten jetzt 255 Namen⁸⁰. Hieraus



⁷⁸ Vgl. den Bericht der Protokollarischen Abteilung vom 14.8.1945, in: AMAE, Leg. R-2159, Exp. 4.

⁷⁹ Vgl. die Verbalnote des MAE an die britische Botschaft vom 8. 11. 1944, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 4.

Vgl. das Gesprächsprotokoll einer Unterredung zwischen Vertretern der Alliierten und dem spanischen Außenminister vom 12.11. 1945, in: Ebenda, Leg. R-4294, Exp. 16.

wählten das spanische Außenministerium und Vertreter der Alliierten im beiderseitigen Einvernehmen zunächst 45 Personen aus, von denen das Außenministerium zunächst freilich nur drei Viertel überhaupt ausfindig machen konnte. Spanische Interventionen taten ein übriges, so daß schließlich lediglich 23 Deutsche im Flugzeug saßen. Darunter befanden sich der letzte Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Madrid, Freiherr Sigismund von Bibra, sowie der Chef der Auslandsorganisation der NSDAP in Spanien, Hans Thomsen⁸¹.

Am 7. März 1946 verließ das erste Schiff, die Highland Monarch, den Hafen von Bilbao. An Bord befanden sich 207 Deutsche. Lediglich 32 von ihnen standen jedoch auf einer der zu diesem Zeitpunkt schon 507 Namen umfassenden drei ersten Prioritätslisten. Die überwiegende Mehrheit derer, die an Bord gegangen waren, setzte sich aus unbetroffenen Deutschen zusammen, die wieder in ihre Heimat wollten. Nach den ersten Repatriierungsversuchen sah die Bilanz bis April 1946 folgendermaßen aus: Von den 255 vordringlich Gesuchten hatten 74 inzwischen das Land verlassen. Ungefähr 80 waren aufgrund von Empfehlungen verschiedener Minister oder anderer hoher Amtsträger von einer Ausweisung ausgeschlossen worden. Der Rest hielt sich versteckt oder war von Seguridad nicht zu finden. Diese Zahlen stellten die Alliierten bei weitem nicht zufrieden, doch angesichts der großen Zahl versteckter und protegierter Deutscher war zu befürchten, daß sich die Ausweisungserfolge auch künftig in Grenzen halten würden⁸².

Bis zur Abfahrt des zweiten Schiffes, der Marine Perch, am 9. Juni 1946 hatte sich die Zahl der ausgewiesenen Deutschen aus den ersten beiden Prioritätslisten lediglich auf 84 erhöht⁸³. Trotz intensiver Bemühungen kamen die Alliierten bei der Durchführung ihres Repatriierungsprogrammes nur sehr langsam voran. Dabei informierten sie die spanischen Behörden sogar regelmäßig über die Aufenthaltsorte derjenigen Deutschen, die sie selber ausfindig gemacht hatten⁸⁴. Doch was nützte das, wenn die Polizeibeamten, die dann die Wohnung eines Deutschen aufsuchten, lediglich die ratlose Ehefrau vorfanden. Der Gesuchte selbst, rechtzeitig über den Besuch der Polizei informiert, saß an jenem Abend im Kino. Die Deutschen, namentlich die meistgesuchten, genossen eine effektive Protektion.

Angesichts dieser Schwierigkeiten und angesichts der Proteste aus dem Ausland sah sich die spanische Regierung genötigt, ihren guten Willen bei der Durchführung des Repatriierungsprogrammes öffentlich zu bekunden. Am 7. Mai 1946 erschien in der Presse eine Erklärung, in der sich die Regierung gegen den Vorwurf verwahrte, sie blockiere die Durchführung des Programmes. Gleichzeitig hieß es aber auch deutlich,

⁸⁴ Vgl. z.B. die verschiedenen Aide Mémoires der britischen und amerikanischen Botschaft vom 1.6.1946, in: Ebenda.



⁸¹ Vgl. die ministeriumsinterne Liste mit den Namen der Abgeflogenen, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 3.

⁸² Vgl. den ministeriumsinternen Bericht vom 3. 4. 1946, in: Ebenda, Leg. R-2159, Exp. 6.

⁸³ Vgl. das Schreiben der britischen Botschaft an den spanischen Außenminister vom 26.6.1946, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 2.

daß die spanische Regierung nicht bereit sei, jede Ausweisungsforderung zu akzeptieren: "Anders verhält es sich mit den Mitgliedern der alten deutschen Kolonie, die nach langen Jahren des Aufenthaltes in unserem Vaterland – die Mehrheit von ihnen ist mit Spanierinnen verheiratet und hat in Spanien geborene Kinder – einen moralischen Anspruch auf Aufenthalt besitzen. Die spanische Regierung kann nicht umhin, diesen zu berücksichtigen. Dabei verhält sie sich genauso wie alle Regierungen, selbst die der kriegführenden Länder, deren deutsche Kolonien in vielen Fällen außerdem viel größer sind als die, die sich in Spanien befindet."85

Nach dieser Erklärung konnten viele Deutsche aufatmen und hoffen, nun doch in Spanien bleiben zu dürfen. Für die Regierung wurde das gesamte Problem aber zunehmend eine Last. Das Bild Spaniens im Ausland verschlechterte sich von Monat zu Monat, und die leidige Frage der unliebsamen Deutschen trug nicht unerheblich dazu bei. Als das dritte Repatriierungsschiff der Alliierten bereitstand, wurde am 21. August 1946 nochmals eine offizielle spanische Erklärung bekanntgegeben. Der Text klang so, als wollte die spanische Regierung nun endlich einen Schlußpunkt setzen. 92 namentlich genannte Deutsche der ersten beiden Prioritätslisten sollten das Land verlassen. Diese wurden angewiesen, am 1. September an Bord des von den Alliierten bereitgestellten Schiffes Marine Marlin zu gehen⁸⁶. Tatsächlich verließen auf dem Marine Marlin aber lediglich eine Handvoll Deutscher der Listen I und II und ein Dutzend der Listen III und IV das Land.

Die Presseerklärung hatte keinen Erfolg gezeitigt. Nach dieser letzten Expedition wurde immer deutlicher, daß wohl keine Aussicht mehr bestand, noch viele Deutsche aus dem Land zu bekommen. Die Marine Marlin sollte auch der letzte großangelegte Versuch sein, die Deutschen zu repatriieren. Auf diplomatischer Ebene gingen die Gespräche zwar noch weiter, aber auch bei den Alliierten machte sich Resignation breit. Im November 1946 kabelte der Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft nach Washington: "In spite of expressed willingness of FonOff and alleged support of Franco and Cabinet, fact seems to be that Spanish cooperation at least under present circumstances not apt produce further appreciable results. Since departure Marine Marlin September 1 Spaniards have laid hands on only two first priority repatriates, no second priority, four third priority, three fourth priority according to available figures."87

Außerdem erkannten die Alliierten nun auch, daß eine Renaissance nationalsozialistischer Organisationen und Ideen im Ausland nicht zu befürchten war. Die belasteten Deutschen – ob Nazis oder nicht – waren vielmehr allein darauf bedacht, ihre Haut zu retten. Mitte November 1946 einigten sich Spanier und Alliierte noch einmal auf 34 Deutsche der ersten beiden Prioritätslisten, die das Land verlassen sollten. Binnen



⁸⁵ ABC vom 7, 5, 1946, Text auch in: AMAE, Leg. R-2192, Exp. 17.

⁸⁶ ABC vom 21.8.1946. Vgl. Oficina de Información Diplomática. Nota para la prensa, in: AMAE, Leg. R-2161, Exp.2.

⁸⁷ The Chargé in Spain (Bonsal) to the Secretary of State, 18.11.1946, in: FRUS, 1946, Bd. V, Washington 1969, S. 820.

weniger Tage wurden aber auch diesmal wieder aufgrund von Interventionen beim Außenminister 8 Namen ausgenommen. Das Spiel hatte sich nicht geändert. Die Bilanz sprach für sich: Von den 255 vordringlich gesuchten Deutschen hatten 105 das Land verlassen. 77 waren nach wie vor versteckt und weitere 70 von "oben" so sehr geschützt, daß das Außenministerium nicht gegen sie vorgehen konnte⁸⁸. Am Ende des Jahres 1946 kehrten noch einmal ein halbes Dutzend Deutsche der Listen I und II in ihre Heimat zurück. Eine seit Ende 1946 von den Alliierten immer wieder angekündigte revidierte und endgültige Liste traf schließlich Ende Oktober 1947 im Außenministerium ein. Am Endergebnis sollte das aber nichts mehr ändern. Das Repatriierungsprogramm war weitgehend im Sande verlaufen.

VII.

War nun Spanien nach dem Zweiten Weltkrieg ein Zufluchtsort für Nationalsozialisten? Nationalsozialist gewesen zu sein, war kein Prädikat, um nach 1945 von den spanischen Behörden Asyl gewährt zu bekommen. Es hat auch keinen Plan gegeben, an den sich Spanien im Umgang mit den Deutschen gehalten hätte. Jeder der drei Außenminister, die sich mit der Angelegenheit befassen mußten, setzte eigene Akzente und Prioritäten, als es darum ging, die Ausweisungsforderungen in die Tat umzusetzen. Aber trotz der verschiedenen Auffassungen dieser Außenminister lassen sich nicht einmal grundlegende Kursänderungen in der tatsächlichen Ausweisungspraxis feststellen. Die spanische Gesellschaft und die Wege der Entscheidungsfindung waren zu komplex, als daß allein der Chef der Diplomatie auf den Gang der Ausweisungen hätte entscheidenen Einfluß nehmen können. In diesem desorganisierten und im Grunde unkontrollierten Staat sahen sich viel zu viele aufgefordert, ein Wort mitzureden, als daß sich Konzepte in die Tat hätten umsetzen lassen können. Für diese Spanier war es, um Carrero Blanco zu zitieren, eine Frage von "Gerechtigkeit, Vernunft und Würde", wie mit den Deutschen verfahren wurde⁸⁹. Man sah es als eine Sache der persönlichen Ehre an, die Ausweisung von langjährigen Freunden zu verhindern.

Die Alliierten ließen sich in ihrem Bestreben, die Deutschen zu repatriieren, vor allem von ideologischen Faktoren leiten: Spanien sollte entnazifiziert werden. An den Zahlen gemessen, fiel das Ergebnis nach drei Jahren intensiver Bemühungen letztlich jedoch ziemlich bescheiden aus. Es wurde dadurch noch zusätzlich relativiert, daß gerade viele der am dringendsten Gesuchten, wie die meisten Militärattachés oder Propagandachef Lazar, in Spanien blieben. Resignation war schließlich wohl der Hauptgrund, daß der Druck der Briten und Amerikaner nachließ. Hinzu kam, daß die in Spanien verbliebenen Deutschen wohl auch keine politische Gefahr mehr darstellten. Sicher, man sprach davon, daß v. Waldheim die Organisation Werwolf in Spanien leitete.

Persönlicher und vertraulicher Brief Carrero Blancos an Artajo vom 4.9. 1946, in: Ebenda, Leg. R-2160, Exp. 4.



Vgl. den innerministeriellen Bericht vom 14.11. 1946, in: AMAE, Leg. R-2161, Exp. 4.

Es hieß, daß die Gelder der "Winterhilfe" nun dazu verwendet würden, um Parteimitgliedern unter die Arme zu greifen. Grundsätzlich ging es aber doch jedem der Deutschen nur darum, sich in Sicherheit zu bringen und in Spanien bleiben zu können. Sicher, Laval und Degrelle fanden zeitweise Unterschlupf in Spanien, doch blieben die Gastspiele solch großer "Kaliber" eine Ausnahme. Die Sorge der Alliierten vor den Auslandsdeutschen hatte sich als übertrieben erwiesen. Der Sinn des ursprünglichen alliierten Unternehmens, den Aufbau von NS-Nachfolgeorganisationen im Ausland zu verhindern, hatte seine Bedeutung verloren. So nehmen auch die Worte von Paul Culbertson, Chef der Europaabteilung im State Department, nicht wunder, der im November 1947 gesagt haben soll, daß die Sache mit den Repatriierungen kindisch und daß es besser sei, die Deutschen in Spanien zu belassen und sie im Auge zu behalten, da sie dort ohnehin nichts anrichten könnten. Damit, so Culbertson weiter, vermeide man zudem die Peinlichkeit, die bereits wegen anderer mühevoll Repatriierter eingetreten war: Sie waren schon längst wieder in Spanien⁹⁰. Die große Aufregung hatte sich gelegt; Briten und Amerikaner hatten inzwischen wohl andere Sorgen, als diesen Sack Flöhe zu hüten, an dem sie ohnehin nicht mehr interessiert waren.



Vgl. die Notiz von Antonio de Olascoaga an den Sr. Jefe de la Oficina de Información Diplomática vom 5, 11, 1947, in: Ebenda, Leg. R-5161, Exp. 15.

Dokumentation

HANSJAKOB STEHLE

ZUFÄLLE AUF DEM WEG ZUR NEUEN OSTPOLITIK

Aufzeichnungen über ein geheimes Treffen Egon Bahrs mit einem polnischen Diplomaten 1968

Wenn die politische Verständigung durch Vergangenheits- und Gegenwartslasten so blockiert ist wie im deutsch-polnischen Verhältnis zwischen 1945 und 1970, dann kann sogar ein improvisierter, scheinbar zufälliger Kontakt zur Initialzündung für einen Durchbruch werden. Ein solches Signal ist von der Begebenheit, die im ersten der drei hier publizierten Dokumente geschildert wird, ausgegangen. Seine Brisanz, die sich auch im zweiten Dokument spiegelt, ergibt sich jedoch erst aus der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte. Diese kann in diesem Fall nur geschildert werden, indem sich der Historiker zugleich selbst als Zeitzeuge verbürgt.

Es war am Abend des 7. Dezember 1970 bei einem Empfang, den die polnische Regierung im Schloß Wilanów gab, um den Abschluß des Warschauer "Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer Beziehungen" zu feiern. Während Bundeskanzler Willy Brandt und Wladysław Gomułka, der Parteichef der polnischen Kommunisten, miteinander plauderten, näherten sich – Arm in Arm – Egon Bahr, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Zenon Kliszko, Politbüromitglied und engster Mitarbeiter Gomułkas, einer Gruppe deutscher Pressevertreter. Kliszko zeigte auf den WDR- und "Zeit"-Korrespondenten und sagte zu Bahr: "Wenn dieser Stehle mich damals in Bologna nicht auf Ihr Gespräch in Wien aufmerksam gemacht hätte – wer weiß, ob wir schon hier in Warschau zusammensäßen!"

Die rätselhaft klingende Bemerkung bezog sich auf ein geheimes Treffen zwischen Bahr und einem polnischen Diplomaten, das fast drei Jahre vorher, am 9. Januar 1968, in der österreichischen Hauptstadt stattgefunden hatte, doch zunächst folgenlos geblieben war. Die "neue Ostpolitik", die Ende 1966 von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD mit dem Stichwort "Gewaltverzicht" und "Verständnis für Polens Wunsch, in gesicherten



¹ Zenon Kliszko (1908-1989), Altkommunist, 1948 wegen "rechtsnationalistischer Abweichung" verhaftet, 1956-1970 Mitglied des Sekretariats und des Politbüros der kommunistischen Partei (PZPR). Ein Buch Kliszkos über den Warschauer Aufstand 1944 schenkte er im Januar 1970 dem Hrsg. mit der handschriftlichen Widmung: "... ich behalte im Gedächtnis unser Gespräch im Februar 1969 in Bologna." Die Bedeutung des Gesprächs betonte Kliszko später auch gegenüber dem SPD-Politiker Hans Jürgen Wischnewski (Brief Wischnewskis vom 20.8. 1970 an den Hrsg.). Egon Bahr (geb. 1922), bis 1966 Senatssprecher in Westberlin, dann als Leiter des Planungsstabes, seit 1969 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt tätig, seit 1984 Direktor des Instituts für Friedensforschung in Hamburg. Vgl. Dieter S. Lutz (Hrsg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1992.

Grenzen zu leben", begonnen hatte, war in Warschau auf großes Mißtrauen gestoßen². Es gebe "nichts Neues" und "keinerlei Zeichen aus Bonn", sagte Zenon Kliszko, als ich ihn am 13. Februar 1969 in Bologna (wo er am Parteikongreß der italienischen Kommunisten teilnahm) nach den Gründen des fortdauernden Argwohns fragte. Auf den Wiener Geheimkontakt Bahrs angesprochen, tat Kliszko so, als ob er davon wisse, den Vorgang jedoch für belanglos halte. In Wirklichkeit wußte er nichts, so wenig wie Józef Czyrek, der Vizedirektor der Westeuropa-Abteilung im polnischen Außenministerium, den ich wenig später darauf aufmerksam machte. In der Aktenablage seines Ressorts fand sich schließlich ein vom 10. Januar 1968 datierter siebenseitiger "vertraulicher Vermerk", der nun erst, mit vierzehn Monaten Verspätung, an die polnische Staats- und Parteiführung weitergeleitet wurde und ein Umdenken in Gang setzte. Es war der Bericht des Botschaftsrates Jerzy Raczkowski³, der am 9. Januar 1968 bei einem privaten Essen in der Wiener Hockegasse 88 – zufällig, wie er vorgab – Egon Bahr begegnet war (Dokument 1).

Bahr, der 1963 mit der umstrittenen Formel "Wandel durch Annäherung" die Parole einer neuen Ostpolitik geprägt hatte, war seit November 1967 im Rang eines Botschafters z. b. V. der Chef des Planungsstabes im Bonner Auswärtigen Amt. Er kannte Raczkowski schon aus der Zeit, als dieser bei der "Polnischen Militärmission" in Westberlin und er selbst beim Regierenden Bürgermeister Willy Brandt als Pressesprecher tätig gewesen war. Raczkowski, der auch in Wien sein persönliches Interesse an der deutschen Problematik bekundete, hatte mich im Herbst 1967 gebeten, Bahr wissen zu lassen, "daß einige nicht unwichtige Kreise in Polen fürchten, durch die allzu ablehnende und starre Haltung, die Gomułka gegenüber der neuen Ostpolitik der Bundesregierung einnimmt, werde sich Polen im wichtigsten Punkt seiner Außenpolitik isolieren". So zitierte ich Raczkowski in einem Brief an Bahr. Ich teilte ihm mit, daß Raczkowski sich mit ihm treffen wolle: "R. hält es für möglich, daß sein Bericht über eine solche Begegnung bei maßgebenden Leuten in Warschau eine auflockernde Wirkung haben könnte."

Bahr reiste zu dem Treffen in Wien mit Auftrag und Wissen Brandts und gab nur "zum Flankenschutz" – wie er später sagte – als Reisezweck einen Besuch bei der Atomenergiebehörde (IAEA) vor. Er ahnte nicht, daß Raczkowski ganz "auf eigene Kappe" handelte⁴, ja er war überzeugt, daß der polnische Diplomat "nicht ohne Auftrag" mit ihm sprach. In Wirklichkeit aber hat Raczkowskis Chef in Wien, der polnische Botschafter Jerzy Roszak (der bis 1960 Polizeifunktionär im Innenministerium gewesen war), den Bericht seines eigenmächtigen Untergebenen nur sehr ungern nach Warschau weitergeleitet – und dies auch noch an den untauglichsten Adressaten, den Vize-Außenminister Marian Naszkowski, einen ehemaligen General, der als der Vertrauensmann Moskaus im polnischen Außenamt galt.

Raczkowski hatte darauf bestanden, den Bericht nicht als "tajne" (geheim), sondern nur als "poufne" (vertraulich) zu qualifizieren, damit er in relativ viele Hände gelan-

Vgl. Tonbandaufzeichnung eines Gesprächs des Hrsg. mit Bahr in Bonn am 10.8. 1990.



² Vgl. Hans-Adolf Jacobsen/Mieczysław Tomała (Hrsg.), Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutschpolnischen Beziehungen, Bonn 1992; Friedbert Pflüger/Winfried Lipscher (Hrsg.), Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten deutsch-polnischer Nachbarschaft, Bonn 1993; Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1986; Hansjakob Stehle, Nachbarn im Osten, Frankfurt/Main 1971; ders., Nachbar Polen, Frankfurt/Main 1963.

³ Jerzy Raczkowski (geb. 1927), 1957–1962 als Diplomat in der "Polnischen Militärmission" in Westberlin, 1965–1969 in der polnischen Botschaft in Wien.

ge⁵. Da Roszak jedoch das Papier "zu eigenen Händen" Naszkowskis schickte, wurde es nicht einmal von dessen Sekretariat zur Kenntnis genommen und erhielt auch keinen Eingangsstempel. Immerhin aber reichte es Naszkowski doch an seinen Chef, Außenminister Adam Rapacki, weiter. Darauf läßt allerdings nur die Tatsache schließen, daß Naszkowski lakonisch und ohne Datum an den Rand schrieb: "Minister Rapacki gab es mir zurück".

Mit dem Namen Adam Rapackis (1909–1970) waren seit 1957 Vorschläge für den "Plan" einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa verbunden. Bahr hatte bei seinem Wiener Gespräch ausdrücklich Interesse an Rapackis Ideen bekundet, die nicht immer mit Moskau abgestimmt waren. Nicht zufällig sprach Brandt zwei Tage nach Bahrs Rückkehr aus Wien, am 11. Januar 1968, vor dem Rhein-Club in Düsseldorf davon, daß es "zwischen den Vorschlägen des polnischen Außenministers und unseren eigenen Vorschlägen sachliche Berührungspunkte gibt" und damit auch "Ansatzpunkte für ein sachliches Gespräch". Brandt bezog sich dabei auf ein Interview Rapackis, das zwei Tage vor dem Gespräch zwischen Bahr und Raczkowski – am 7. Januar 1968 – im Parteiorgan "Trybuna Ludu" publiziert worden war. Darin hatte sich jedoch Rapacki nicht nur für einen gesamteuropäischen Gewaltverzichts- und Atomsperrvertrag ausgesprochen, sondern zugleich die neue Ostpolitik der Großen Koalition äußerst skeptisch kommentiert: "Außer Worten und Formen" habe sich in Bonn nichts geändert, vor allem nicht gegenüber der DDR und auch nicht hinsichtlich "des endgültigen Charakters der polnischen Westgrenze".

Tatsächlich sind in Raczkowskis Bericht über Bahrs Darlegungen nur vier Zeilen der Grenzfrage gewidmet, in der – so Bahr – "gegenwärtig nichts zu machen" sei. Hingegen wird in Bahrs siebenseitigem "streng geheimen" Bericht, den er am 10. Januar 1968 für Brandt schrieb (Dokument 2), betont, daß "fast die Hälfte der Zeit" des zweidreiviertelstündigen Gesprächs dem Oder-Neiße-Thema gewidmet war. Bahr zitiert einen Hinweis Raczkowskis auf den "logischen Widerspruch" zwischen Gewaltverzicht und Grenzrevisions-Ansprüchen, jedoch nicht seine eigene Entgegnung (die auch Raczkowskis Bericht nicht wiedergibt): Warum verlange Polen von der Bundesrepublik die Anerkennung einer Grenze, die "nicht unsere gemeinsame ist", von der DDR aber anerkannt ist, "während ihr doch den Bonner Alleinvertretungsanspruch ablehnt".

Der Grund dafür, daß Bahrs Signal aus Wien, diese offenherzige, von Raczkowski (laut Bahr) "korrekt berichtete" Darlegung der Bonner Politik, zunächst ohne Echo blieb und daß auch Rapacki nicht reagierte, hing jedoch nicht mit der Grenzproblematik zusammen. In den gleichen Tagen, in denen Raczkowskis Bericht dem Minister vorgelegt wurde, räumte dieser nämlich seinen Schreibtisch im Warschauer Außenministerium. Herz- und gemütskrank, angewidert auch von einem demagogisch geführten Machtkampf im Partei- und Staatsapparat, resignierte Rapacki im Frühjahr 1968. Deshalb wartete Bahr vergebens auf Antwort. Als er sechs Wochen nach dem Treffen in Wien bei Raczkowski nachfragte, wurde er auf eine briefliche Antwort aus Warschau vertröstet, die jedoch nicht kam (Dokument 3). "Ich war wütend", erinnert sich Raczkowski.

Dann verhärtete die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei (August 1968) die Lage im ganzen Ostblock und bremste auch alle Entspannungsbemühungen. So blieb auch



⁵ Vgl. Aufzeichnung eines Gesprächs des Hrsg. mit Raczkowski in Warschau am 15.7. 1990.

⁶ Vgl. briefliche Mitteilung von Ryszard Baturo, Archivdirektor im polnischen Außenministerium, vom 26.7. 1990.

Vgl. Anm. 4.

162

ein polnisches Echo zunächst aus, als Brandt am 18. März 1968 auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg zum erstenmal eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" in Aussicht stellte. Erst mehr als ein Jahr später, am 17. Mai 1969, griff Parteichef Gomułka "die Nürnberger Formel der SPD" auf, nannte sie "einen Schritt nach vorn" und erklärte sich verhandlungsbereit. Der Grund dafür war: Inzwischen hatte die polnische Partei- und Staatsführung – nach Zenon Kliszkos Bologna-Reise aufmerksam gemacht – von Bahrs Signal aus Wien endlich Kenntnis erhalten.

Kliszko beauftragte nun seinen ehemaligen Sekretär Ryszard Frelek, den Direktor des Warschauer Instituts für Internationale Fragen, "Alternativlösungen für die Politik gegenüber Bonn auszuarbeiten"⁸. Es kam zu Sondierungsgesprächen – am 21. Mai 1969 auch zwischen Bahr und dem polnischen Missionschef in Westberlin, Bolesław Koperski. Sie konnten aber erst dann in Vertragsverhandlungen münden, als nach den Bundestagswahlen vom Herbst 1969 in Bonn ein "Machtwechsel" zur SPD/FDP-Koalition vollzogen war. Auch dessen mögliche Bedeutung war bei dem Wiener Geheimtreffen signalisiert worden, indem Bahr auf die Grenzen hinwies, die der Ostpolitik der Großen Koalition durch den CDU/CSU-Partner gezogen waren. Zugleich hat er damit auch seine Absicht verwirklicht, "Klischee-Vorstellungen der polnischen Deutschlandpolitik zu korrigieren".

Dokument 19

Vermerk

Ende Dezember letzten Jahres wurde ich durch den Redakteur Hansjakob Stehle für den 9. Januar [1968] zum Mittagessen eingeladen. An dem Essen nahm auch – wie ich nach der Ankunft feststellte – Botschafter Egon Bahr vom Bonner Außenministerium teil, der mir noch aus der Zeit meiner Arbeit in Westberlin bekannt war. (Bahr war damals Journalist, später Pressechef und Berater des Bürgermeisters Brandt).

Nach dem Essen entwickelte sich ein Gespräch, in dessen Verlauf Bahr erklärte, daß er nach Wien zu Gesprächen mit Direktor Eklund von der IAEA gekommen sei, aber die Gelegenheit benutzen wolle, um mir die Ansichten seines Chefs und seiner Regierung zu einigen Problemen der europäischen Politik und der Außenpolitik der deutschen Bundesrepublik [NRF] darzustellen. Ich sagte, daß ich – um jede Unklarheit zu vermeiden – unterstreiche, daß ich bei dem Essen ausschließlich als Privatperson und durch niemanden bevollmächtigt bin, Gespräche, auch nichtoffizielle, mit Vertretern der Regierung der NRF zu führen. Indem Bahr den privaten und vertraulichen Charakter des Gesprächs bestätigte, bat er mich, ihm zuhören zu wollen und – wenn ich es für angebracht hielte – meine Vorgesetzten zu informieren. Im Gespräch beschränkte ich mich darauf, einige Hilfsfragen zu stellen

Das Originaldokument in polnischer Sprache umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten. Es hat keinen Briefkopf und trägt die Überschrift "NOTATKA" (Vermerk) und "POUFNE!" (Vertraulich). Das Original findet sich im Archiv des polnischen Außenministeriums; eine Kopie wurde dem Hrsg. von Außenminister Krzysztof Skubiszewski mit Schreiben vom 5.7. 1990 (MSZ/BM 11-30-90) zur Veröffentlichung übergeben. Die Übersetzung stammt vom Hrsg.



Mitteilungen an den Hrsg. von Jozef Czyrek vom 15. 7. 1990 und Stanislaw Trepczynski (1960–1971 Chef des Sekretariats im ZK der PZPR) vom 14. 7. 1990.

sowie einige polemische oder kritische Bemerkungen zum Standpunkt der NRF-Regierung zu machen, wenn ich das für notwendig hielt.

Bahr begann mit der Feststellung, daß sich die gegenwärtige Bundesregierung von der früheren in der Außenpolitik in zwei grundsätzlichen Punkten unterscheide:

- 1. Sie macht die europäische Entspannung nicht von der Regelung des deutschen Problems abhängig, im Gegenteil sie betrachtet die Entspannung, die Stärkung der Sicherheit und die Entwicklung friedlicher Beziehungen als Hauptaufgabe der europäischen und ihrer Politik.
- 2. Sie behandelt die Vereinigung Deutschlands nicht als Ziel ihrer Politik, im Gegenteil sie behandelt sie als historischen Prozes von ferner Perspektive.

Diese beiden Voraussetzungen bilden eine der Grundbedingungen der bestehenden Regierungskoalition in der Bundesrepublik, wie sie seinerzeit von der SPD gestellt wurden. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich die Hauptlinie der europäischen und besonders der Ostpolitik der gegenwärtigen Regierung. Die CDU/CSU hat diese Voraussetzungen – wenn auch mit großen Widerständen – akzeptiert und ist gezwungen, sie gemeinsam zu realisieren, solange die Regierung der Großen Koalition besteht.

Kiesinger¹⁰ persönlich ist ein Anhänger des neuen Kurses, aber er unterliegt oft starkem Druck des reaktionären Flügels der eigenen Partei. Diese Pressionen machten sich besonders in der zweiten Hälfte der gegenwärtigen Regierungsperiode bemerkbar, als die CDU/CSU aus den Landtagswahlen gestärkt hervorging. Gegenüber den Versuchen, den Partner von den festgelegten Grundsätzen abzubringen, ist die SPD nicht wehrlos: In kritischen Situationen kann sie sich auf das Koalitionsabkommen berufen und mit dem Bruch der Koalition drohen. So war es zum Beispiel gegenüber Versuchen der CDU/CSU, nach dem zweiten Brief Stophs zur alten Politik zurückzukehren, und auch gegenüber Widerständen bei den Gesprächen mit Jugoslawien über die Normalisierung der Beziehungen¹¹.

Niemand weiß in diesem Augenblick wie die Lage nach den Wahlen 1969 sein wird, besonders ob sich die Große Koalition hält. Eben deshalb strebt die SPD-Führung mit Brandt und Wehner an der Spitze danach, Fakten zu schaffen, die unter den gegebenen Umständen, jetzt, solange sie in der Regierung sind, möglich sind, damit eine künftige Regierung – wie sie auch sei – sie nicht mehr umstürzen und sich nicht mehr auf alte Positionen zurückziehen kann. Entscheidend für die Schaffung dieser Fakten ist das Jahr 1968, denn im kommenden Jahr wird der Wahlkampf andere Themen auf später verschieben.

Die Grundvoraussetzung des Erfolgs dieser Bemühungen ist das Verständnis und das Entgegenkommen gegenüber diesen Initiativen der NRF-Regierung; objektiv liegen diese auf der Linie der europäischen Entspannung und sind durch die sozialistischen Länder überprüfbar. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten sie [in Bonn] das Jahr 1967 als einen Durchbruch, da sie zum erstenmal auf ihre Gesprächsangebote von der UdSSR eine positive Antwort erhalten haben¹². Brandt bemühte sich von Anfang an um Anknüpfung des Dialogs mit der Sowjetunion. Anfangs mißlangen die Versuche – sie schreiben das in erster



¹⁰ Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1966–1969 Bundeskanzler und Parteivorsitzender der CDU.

Am 13.6. 1967 hatte Kiesinger als erster Bundeskanzler einen Brief des DDR-Ministerpräsidenten Stoph beantwortet. Am 31.1. 1968 – drei Wochen nach dem Bahr-Raczkowski-Gespräch – knüpfte die Kiesinger/Brandt-Regierung die 1956 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Belgrad wieder an.

¹² Im Oktober 1967 hatte ein Noten- und Meinungsaustausch zwischen Bonn und Moskau über ein Gewaltverzichtabkommen begonnen.

Linie dem Einfluß Warschaus und Ostberlins zu. Als sie das bekannte 14-Punkte-Programm Brandts vorschlugen, waren sie sicher, daß es die UdSSR nicht ohne Antwort lassen könne, besonders den 14. Punkt, der ein globales Gesprächsangebot enthielt. Mit Spannung erwarteten sie jedoch die Antwort, auch in der Befürchtung, daß die UdSSR nur einen der technischen Punkte (z. B. Handelsvertrag, wissenschaftlich-technischer Austausch) aufnehmen würde. Die Zustimmung der UdSSR zu Gesprächen über Gewaltverzicht ist für sie unerhört wertvoll, da es der Beweis für die richtige Lesart ihrer Absichten ist und das Angebot politischer Gespräche enthält, an denen ihnen vor allem liegt.

Sie verlieren nicht die Hoffnung, daß andere sozialistische Länder Gespräche über ihre und deren eigene Friedensinitiativen aufnehmen. Ein positives Echo ist erforderlich [eine Zeile unleserlich] und um die Position von Leuten und einflußreichen Kreisen, die diese Tendenz vertreten, zu untermauern. Umgekehrt wird eine Ablehnung des Dialogangebots, ein Leugnen der konstruktiven Absichten der gegenwärtigen NRF-Regierung, von reaktionären politischen Kreisen in der NRF ausgenutzt, vor allem vom konservativen Flügel der CDU/CSU, um den politischen Kurs Brandts zu erschweren und zu desavouieren.

In der deutschen Bundesrepublik (NRF) wächst eine junge und sehr junge Generation heran, die heute schon 50 Prozent der Gesellschaft bildet. Diese Generation verlangt immer stärker eine aktive Politik der NRF in allen Schlüsselproblemen Europas und der Welt. Sie fordert zum Beispiel eine Verurteilung der Aggression und der Barbarei der Amerikaner in Vietnam und akzeptiert keineswegs die Erklärung, daß die Deutschen in Anbetracht ihrer Vergangenheit dazu weder ein moralisches noch ein anderes Recht haben. Die SPD möchte nicht, daß diese Generation abgestoßen wird durch einen unversöhnlichen Standpunkt der sozialistischen Länder und durch fruchtlose Versuche, mit ihnen zu einer Zusammenarbeit zur allmählichen Entspannung der Lage in Europa zu kommen.

Sie empfinden den Standpunkt der DDR als bedauerlich¹³; sie erklären sich ihn vor allem mit inneren Verhältnissen und mit der Lage im Warschauer Pakt (z. B. bezüglich der Solidarität, der Interessenunterschiede auch in der Politik gegenüber der NRF). Sie verstehen das jedoch nicht. Sie meinen, daß es – wenn eine Situation entsteht, in der Teilschritte auf dem Weg zur Entspannung und Stabilisierung der Verhältnisse in Europa möglich sind – im Interesse aller Länder liegt, nichtoffizielle Gespräche, und sei es nur einleitende, aufzunehmen. Umso mehr als das keineswegs den Standpunkt der einzelnen Länder determiniert und schon gar nicht einen Waffenstillstand in Streitfragen bedeutet: Globale Lösungen sind in der modernen Welt in keiner politischen Frage möglich. Solche inoffiziellen Gespräche, die letztens abgebrochen sind, haben sie seinerzeit mit allen sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR, geführt. Die einzige Ausnahme bildet Polen: Alle Versuche, Kontakt aufzunehmen, scheiterten (bei dieser Gelegenheit dementierte Bahr Aussprüche des "Spiegel" zu diesem Thema). Scherzhaft bemerkte er, daß es ihm manchmal so vorkomme, als ob die Hauptschwierigkeit darauf bestehe, daß Polen stark und groß und die Bundesrepublik noch nicht klein genug sei.

Sorgfältig haben sie die letzten Aussagen Minister Rapackis studiert (die Rede in Kopenhagen, das Interview in "Realités" und "Trybuna Ludu"). Sie finden, daß sich in den Fragen der europäischen Sicherheit, der Entspannung, ihre Ansichten mit den unsrigen in bedeu-

Am 10.2. 1967 hatten sich die Außenminister des Warschauer Paktes auf die sogenannte Ulbricht-Doktrin geeinigt, wonach kein Paktmitglied sein Verhältnis zur BRD normalisieren dürfte, bevor es zu einer Normalisierung zwischen DDR und BRD komme.



tendem Maße decken. Aufmerksam nahmen sie zum Beispiel die Aussage des Ministers auf bezüglich der Möglichkeiten, den Ost-West-Dialog auf der Ebene Atlantikpakt = Warschauer Pakt aufzunehmen. Sie meinen nämlich, daß man zu Entspannung und Frieden in Europa nicht kommen kann gegen die bestehenden militärisch-politischen Blöcke, daß man im Gegenteil Lösungen auf der Basis von friedlicher Aktivität und von "Entspannungs-Brücken" zwischen den beiden Blöcken suchen sollte. Nur dieser Weg könne schrittweise zu einem Zeitpunkt hinführen, an dem man beide Militärblöcke liquidieren könnte. Die Tatsache, daß Minister Rapacki nicht a priori diese Meinungen ablehnt, daß er sie erwägt, erfüllt sie mit Optimismus bezüglich der Möglichkeiten von Gesprächen und dem Finden gemeinsamer Lösungen. Dasselbe betrifft Minister Rapackis Einschätzung des Umstandes, daß keine europäische Lösung möglich ist auf Kosten einer Verminderung oder Übergehung des Einflusses einer der beiden Großmächte. Die USA sind keine europäische Macht, aber bei ihrer globalen Politik, bei der Stellung, die sie in Europa einnehmen, muß jede Initiative und Lösung ihren Standpunkt berücksichtigen.

Grundlegende Bedeutung sollte für uns der Umstand haben, daß es das Hauptziel der Politik Brandts ist, Europa gemeinsam mit anderen Ländern aus einer Zone der Bedrohung durch bewaffnete Konflikte, aus einer Zone möglicher Konfrontationen der Großmächte und der beiden Militärblöcke, herauszuführen.

Sie sind bereit, mit uns einleitende Gespräche aufzunehmen, offizielle oder nicht-offizielle, wenn wir es wünschen – vertrauliche, in jedem Augenblick, an jedem Ort und über jedes Thema. Bahr wies von sich aus auf Paris, Genf, London oder Wien als praktische Orte hin (da dort internationale Zentren bestehen, die es erlauben, unnötiges Aufsehen zu vermeiden), aber sie sind bereit, auch jeden anderen Ort zu akzeptieren.

Aktuelle Aufgabe der Politik Bonns ist die Verwirklichung von Gewaltverzichts-Verträgen. Sie stellen sich das in der Form bilateraler Verträge vor, von denen jeder die spezifischen Beziehungen mit dem betreffenden Land berücksichtigt. In erster Linie möchten sie einen solchen Vertrag mit der UdSSR schließen, dann mit der DDR, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und mit Jugoslawien (diese Reihenfolge entspricht der Rangordnung, in der sie im Allgemeinen ihre Ostpolitik festlegen und differenzieren).

Sie messen dem große Bedeutung zu als einem ersten konkreten Schritt in den Beziehungen zwischen der NRF und den sozialistischen Ländern auf dem Weg der Überwindung gegenseitigen Mißtrauens und zur Entspannung. Bahr ist sich darüber im klaren, daß das von unserem Gesichtspunkt aus nicht viel ist, aber es ist das unter den gegebenen Bedingungen Erreichbare, es gehört zum Katalog der Dinge, denen die CDU/CSU ihre Zustimmung geben muß, und es wird auch künftige Regierungen der NRF binden. Brandt seinerseits betrachtet diese Teillösung als genügend groß, daß sie eine dauerhafte, konstruktive Entspannungsveränderung sowohl in der europäischen Politik wie auf psychologischem Gebiet herbeiführen kann.

Die Achse des Vorgehens der Bonner Politik ist die Suche nach Lösungen auf dem Gebiet der Beziehungen mit der DDR. Einerseits behandeln sie die Vereinigung Deutschlands als langen historischen Prozeß, in dessen Verlauf auf deutschem Gebiet zwei voneinander getrennte deutsche Staaten existieren werden. Andererseits erkennen Brandt und seine Leute seit langem, daß die Beziehung zwischen NRF und DDR der Schlüssel zur europäischen Lage wie zur Ostpolitik ist. Als ihre Hauptaufgabe sehen sie daher die Suche nach einer Formel der Koexistenz an, des Zusammenlebens zweier deutscher Staaten. Eine Aufgabe, die umso schwieriger ist, als bei dem bestehenden Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik eine volle Anerkennung der DDR nicht möglich ist. Vielleicht könnte das in der Zukunft mög-



lich werden, aber gegenwärtig noch nicht. So kommen sie zur Formel einer Anerkennung der DDR als selbständigem, souveränem Staat, aber nicht als Völkerrechtssubjekt. Das bedeutet, daß sie die DDR nicht als "Ausland" anerkennen wollen, sondern als zweiten, selbständigen deutschen Staat. Sie sehen offizielle Vertretungen zwischen den beiden deutschen Staaten als unerläßlich an, aber wollen nicht, daß das Gesandte oder Botschafter wie in normalen internationalen Beziehungen sind; gleichwohl möchten sie, daß die DDR Mitglied internationaler Organisationen und Institutionen wird (sie sind bereit, in diesem Sinne Einfluß auf ihre Verbündeten auszuüben).

Sie behandeln die ganze Frage pragmatisch. Bahr hat einmal angeordnet, zu untersuchen, woher eigentlich die Formel vom "Alleinvertretungsrecht" [deutsch im Original] kam. Es stellte sich heraus, daß Carstens¹⁴ sie sich um die Jahreswende 1961/62 ausdachte, um die These von der Nichtanerkennung der DDR durch "etwas Positives" zu ersetzen. Dann gaben die Juristen des Auswärtigen Amtes ihr beliebtes Wort "Recht" [deutsch im Original] dazu, und der Pressesprecher benutzte es eilfertig in der nächsten Pressekonferenz. So entstand diese Formulierung, die heute ein eigenes Leben führt und eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu Beziehungen mit der DDR bildet.

Brandt und seine Leute gehen an die Aufgabe mit praktischen Prämissen heran: Sie sind entschlossen, alle gegenseitigen Prätentionen auf Alleinvertretung usw. beiseitezulassen (auch die DDR hat ja ihre Ansprüche, wenn sie, wie bekannt, sich selbst für den einzigen demokratischen, fortschrittlichen und friedlichen deutschen Staat hält, der das Recht hat, die ganze deutsche Nation zu vertreten) und sich mit all den Elementen zu beschäftigen, von denen eine konkrete Anknüpfung der Beziehungen abhängt und die sie faktisch erschweren.

Sie schätzen, daß sie weit vorwärtskommen. Für die wichtigste Errungenschaft halten sie die Schaffung politischer und psychologischer Voraussetzungen in der Bundesrepublik zur Aufnahme von Gesprächen und zum Betreten des Weges der Normalisierung der Beziehungen.

In der Frage der Grenzen nahm Bahr einen steifen Standpunkt ein. Er stellte fest, daß in der NRF die Lage nicht reif ist zur Anerkennung der Grenzen, nicht wegen der öffentlichen Meinung, sondern wegen des gegenwärtig bestehenden Kräfteverhältnisses. Nach seiner Ansicht "ist da gegenwärtig nichts zu machen".

In der Frage des Nichtverbreitungsvertrags sagte er, daß Brandt für den Vertrag ist. Für den wichtigsten Aspekt hält er, daß die Atommächte verpflichtet werden, Atomwaffen nicht weiterzugeben. Die Redaktion des Vertrags, die die Amerikaner vorlegten, war "unwahrscheinlich schlampig" und meritorisch unannehmbar, denn faktisch machte sie die Entwicklung einer Atomenergie-Produktion durch Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, unmöglich. Das war ihr lebhaftes wirtschaftliches Interesse. Die friedliche Atomindustrie hat schon heute große wirtschaftliche Bedeutung, es besteht da schon heute eine scharfe Konkurrenz zwischen den entwickelten Ländern des Westens. Beispiel: Spanien wollte bei ihnen einen Reaktor kaufen. Die Amerikaner sagten den Spaniern, daß sie ihn sich – wenn die unbedingt wollen – in der NRF kaufen können, aber daß sie dazu keinen Brennstoff erhalten, denn nach dem Nichtverbreitungsvertrag werden den Brennstoff nur Atommächte liefern können.

Der Atomwaffen-Sperrvertrag wurde am 1.7. 1968 von der USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet.



Karl Carstens (1914–1992), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1960–1966, 1979–1984 Bundespräsident.

Sie hatten viel Arbeit bei der Ausarbeitung einer eigenen Version des Vertrags, die alle befriedigen konnte, und unlängst übergaben sie diese den Amerikanern.

Zum Schluß bat Bahr, daß ich ihm ein Zeichen gebe, wenn ich irgendein Zeichen für ihn aus Warschau erhalten sollte.

Wien, den 10.1. 1968 J. Raczkowski

Dokument 216

Vermerk

Bonn, den 10. Januar 1968

2 Ausfertigungen

1. Ausfertigung

<u>Betrifft:</u> Gespräch mit dem Geschäftsträger der polnischen Botschaft in Wien, Jerzy Raczkowski, am 9.1.68.

Die Begegnung fand in der Wohnung des Ost-Europa-Korrespondenten der ZEIT, Dr. Hansjakob Stehle, statt. Nach einem Essen, an dem auch Frau Stehle teilnahm, dauerte das eigentliche Gespräch unter vier Augen zwei Stunden und 45 Minuten. R. ist mir aus der Zeit seiner Tätigkeit in der polnischen Militärmission in Berlin bekannt. Er hatte im Dezember 1966 um ein Gespräch gebeten. Auf die Antwort meiner Bereitschaft, falls er von seiner Regierung dazu autorisiert sei, ließ er übermitteln, daß dies zurzeit nicht gehe. Der Anstoß zu der jetzigen Begegnung kam von ihm.

Ĭ.

R. betonte, daß dieses Gespräch einen absolut privaten und vertraulichen Charakter habe. Er stellte die Frage, ob Bonn zu einem informativen Gespräch mit der polnischen Regierung bereit sei. Die zweite Frage laute, ob wir bereit seien, einen derartig informativ-offiziösen Kontakt absolut vertraulich zu halten. Dies sei eine Voraussetzung, die für die polnische Seite von aller größter Bedeutung sei. Man habe mit der Publizität um die Beitz-Besprechungen¹⁷ (R. selbst habe die gleiche Erfahrung bei einem Gespräch mit Baron Guttenberg¹⁸ gemacht) nur



Das Originaldokument umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten, und es gab zwei Ausfertigungen. Jede Seite des Originals ist oben wie unten mit dem Stempel "Streng geheim" versehen. Die 1. Ausfertigung des für Brandt bestimmten, von diesem und von Staatssekretär Klaus Schütz (oder Rolf Lahr) abgezeichneten Vermerkes findet sich in den sogenannten Bahr-Papieren, die im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn verwahrt werden; sie wurde dort von Herbert Niesen am 19. 4. 1994 gefunden und in Kopie mit Zustimmung Bahrs dem Hrsg. zur Veröffentlichung überlassen. Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hat sich das Dokument laut einer Mitteilung von Staatssekretär Sudhoff vom 9. 8. 1990 "nicht ermitteln" lassen.

¹⁷ Vgl. Stehle, Nachbar Polen, S. 321 ff.

¹⁸ Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), 1967–1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

schlechte Erfahrungen. Warschau hätte keinerlei Lust, Schlagzeilen für die Presse zu liefern. Er werde über unser Gespräch Rapacki direkt im Laufe des 10. Januar berichten.

Ich habe beide Fragen bejaht und darauf hingewiesen, daß derartige Gespräche im Interesse der Vertraulichkeit in Wien, London, Paris oder Genf besser geführt werden könnten als in Bonn oder Warschau. R. erwiderte, daß davon Genf wohl nicht in Frage käme, weil seine Seite dort nicht gut genug vertreten sei. Im Laufe der Kontakte werde allerdings auch ein Gespräch mit Rapacki und/oder Gomulka direkt erforderlich sein.

R. schlug vor, daß er mich über die Reaktion Warschaus brieflich privat unterrichten und dabei auch einen Weg vorschlagen wird, der beide Seiten von der freundlichen Vermittlung Stehles künftig unabhängig macht.

II.

Im inhaltlichen Teil des Gesprächs habe ich unsere Ostpolitik erläutert und dabei insbesondere darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung bereit sei, Übereinkünfte auch mit der Regierung der DDR zu treffen; dabei müsse völlig klar sein, daß eine völkerrechtliche Anerkennung ausgeschlossen sei. Es gehe darum, das Nebeneinander der beiden deutschen Teile zu organisieren. Wirkliche Fortschritte hingen davon ab, ob die DDR zu einer konstruktiven Haltung bereit sei und beispielsweise den letzten Brief des Kanzlers positiv beantwortet.

Nach der Abhandlung des Themas Alleinvertretungsanspruch erklärte R., daß ihm insgesamt die Haltung der Bundesregierung in dieser Darstellung neu und interessant sei und, was die Haltung zur DDR anlangt, weiter gehe als er es erwartet habe. Im Gegensatz zu den Tschechen verzichte Polen darauf, auf die DDR zu schimpfen. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die DDR ein Faktor in Europa sei, dessen Existenz die Bundesrepublik anerkennen müsse, wobei die Frage der Legitimität im Grunde von untergeordneter Bedeutung sei.

R. bat um eine Erläuterung der Gewaltverzichtspolitik. Man wisse in Polen, daß es keine Lösung des Sicherheitssystems für Europa ohne oder gegen die Bundesrepublik gäbe. Nach meinen Erläuterungen, daß für uns der Gewaltverzicht mit der Sowjetunion an erster Stelle stehe, wir zu gegebener Zeit mit gleichem Inhalt, aber in einer unserer Auffassung entsprechenden Form, den Gewaltverzicht mit der DDR anstreben würden, an dritter Stelle die Tschechoslowakei sehen und erst dann Polen, erwiderte R., dies bedeute eine Unterschätzung Polens. Die Bundesregierung werte die polnischen Gesichtspunkte nicht genügend. Ich habe darauf erwidert, daß nach meinem Eindruck Polen im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern bisher keinen Willen zur Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik erkennen lasse und daß man sich in Polen nicht wundern dürfe, wenn man uns die kalte Schulter zeige, daß die polnischen Argumente, die wir nur aus Propaganda-Elaboraten kennten, keine zu große Wirkung hätten. R. meinte, wir sollten Polen nicht an die letzte oder vorletzte Stelle rücken. Es würde politisch wie sachlich interessant sein, den Gewaltverzicht mit Polen zeitlich vor oder mindestens parallel mit der Tschechoslowakei zu behandeln.

Er erklärte zusammenfassend zu diesem Komplex, daß Polen der Idee eines Systems von Gewaltverzichten positiv gegenüberstehe, weil es darin einen wenngleich begrenzten Fortschritt erblicke, der geeignet wäre, darüber hinausgehende Schritte positiv zu beeinflussen.



Das Gespräch wendete sich dann dem Thema der Oder-Neiße-Linie zu, das fast die Hälfte der Zeit beanspruchte. Dabei stellte sich heraus, daß die polnische Seite die Bedeutung des Problems nach wie vor überdimensioniert sieht, darauf traumatisch, im letzten bis zur Unlogik fixiert ist, ohne im Falle einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie auch nur mit Sicherheit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Aussicht zu stellen, obwohl dies nicht ganz undenkbar erscheint.

R. berichtete, daß westliche Staatsmänner ohne Ausnahme bei Begegnungen mit ihren polnischen Gesprächspartnern die neue Politik der Bundesregierung erläutern und dafür werben; aber es gäbe keinen einzigen, der die polnische Auffassung zur Oder-Neiße-Linie auch nur mit einem Wort in Zweifel ziehe. Wenn es richtig sei, daß man auch in der Bundesrepublik nicht mehr damit rechne, diese Gebiete durch einen Friedensvertrag zurückzuerhalten, und im wesentlichen aus innenpolitischen Rücksichten sich scheue, das auszusprechen, so sei dieses Argument nach der Bildung der Großen Koalition kaum noch glaubhaft. Wenn diese Regierung nicht stark genug sei, welche würde es dann sein? Wenn man von der Rücksicht auf die Bevölkerung spreche, so scheine die Bevölkerung weiter zu sein als die Politiker. Die Umfragen, die jetzt veröffentlicht werden, zeigen, daß die Regierung kein Übermaß an Mut brauche, um auszusprechen, was ohnehin jeder wisse. Wenn man es trotzdem nicht tue, so dränge sich förmlich der Verdacht auf, daß in Wahrheit Hintergedanken ausschlaggebend sind oder aber: wenn die Furcht zur Anerkennung der Realitäten berechtigt groß ist, dann sei auch das Mißtrauen der Polen gegenüber einer derartigen Tatsache berechtigt groß.

Die Bundesrepublik sei der einzige Staat in Europa, der Gebietsansprüche stelle. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sei ein Test dafür, ob diese Gebietsansprüche aufgegeben würden. Es gebe einen logischen Widerspruch zwischen Gewaltverzicht, einem Sicherheitssystem und den Ansprüchen auf die Grenzen des Jahres 1937.

Ich habe R. erklärt, ich möchte ihm keine falschen Eindrücke oder Hoffnungen machen: Warschau müsse davon ausgehen, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie für die Bundesregierung nicht in Frage komme. Dies bleibe einem Friedensvertrag vorbehalten. Bis dahin könne man befriedigende Regelungen erzielen und praktische Fortschritte zwischen den beiden Staaten erreichen, zumal das Problem nicht die Anerkennung, sondern die Überwindung von Grenzen sei. Bei der polnischen Haltung ist sogar ein Sicherheitssystem denkbar, über das man sich verständigt, ohne sich über die Oder-Neiße-Linie verständigen zu können. Es sei ja auch ganz gut, daß man noch einen Streitpunkt behalte, aber diese theoretisch denkbare Situation zeige auch die begrenzte Bedeutung der Oder-Neiße-Linie.

Das Thema der Oder-Neiße-Linie brachte die einzige Phase, in der das Gespräch zeitweilig Schärfe bekam, obgleich es auch dabei sachlich blieb. Drei sehr unterschiedliche Argumente erwiesen sich dabei als verhältnismässig wirksam:

- a) Wir erheben keine Ansprüche, sondern wir vertreten nur den völkerrechtlichen Stand der seit der bedingungslosen Kapitulation ungeregelten Grenzen des Reiches.
- b) Die polnische Haltung sei letztlich nur durch die Angst zu erklären, es könne sich doch etwas ändern.
- c) Es sei unlogisch und mit der polnischen Haltung zum schrittweisen Vorgehen in der europäischen Sicherheitsfrage nicht vereinbar, wenn man sich mit einer sachlichen Regelung nicht begnüge, sondern auf der Formalisierung bestünde. (Der Inhalt der Flasche ist wichtiger als das Etikett)

Es wird sehr schwer sein, die Polen von ihrem manischen "ceterum censeo" abzubringen. Ein möglicher Weg könnte die Formel sein, daß Gewaltverzicht die Anerkennung der



Grenzen bis zum Friedensvertrag bedeute. Dies könnte nach den Worten R.'s eine Gesprächsbasis sein, wobei die Polen bestrebt sein würden, dies expressis verbis zu bekommen, aber mit einer inhaltsgleichen mündlichen Erklärung möglicherweise zufrieden wären.

R. erkundigte sich dann nach unseren Vorstellungen über ein Sicherheitssystem. Ich habe dazu ausgeführt, daß wir die Ideen Rapackis sehr aufmerksam verfolgen und eine erstaunliche Zahl ähnlicher Gedankengänge feststellen. R. war außerordentlich beeindruckt, als ich aus dem Wortlaut des TRIBUNA LUDU-Interviews zitierte, das er noch nicht hatte. (Im Provinzstädtchen Wien treffen die Zeitungen mit erstaunlicher Verspätung ein.) Interessant sei insbesondere, daß Rapacki als Zwischenstufe das Weiterbestehen der NATO und des Warschauer Pakts für möglich hält. Dies halte ich für realistisch. Ich sei mir aber nicht im Klaren darüber, ob Polen unsere Auffassung teile, daß es kein europäisches Sicherheitssystem ohne eine Beteiligung der Amerikaner geben könne. R. erwiderte, daß die polnischen Vorstellungen von der Sicherung eines Gleichgewichts ausgehen. Das bedeute, daß Polen kein Interesse daran habe, den Amerikanern auch nur das Gefühl zu geben, man wolle an seiner [sic] Macht oder seiner abgegrenzten Interessenssphäre "knabbern".

R. erkundigte sich dann, ob unabhängig von dem aktuellen Problem des Gewaltverzichts, das er verstanden habe, Interesse bestünde, die darüber hinausgehenden Überlegungen vorher oder parallel zu erörtern, denn schließlich hätte die Bundesrepublik mit der DDR und Polen wohl das gleiche europäische Interesse, "herauszubleiben oder sich herauszuhalten" aus Verwicklungen der Großen, jedenfalls kein Kriegsschauplatz zu werden. Ich habe erwidert, daß derartige Erörterungen interessant wäre[n], aber die Möglichkeit zu gegebener Zeit geprüft würde, sofern bis dahin ein deutsch-polnisches Gespräch in Gang gekommen sei.

R. monierte, daß ich immer nur von Rapacki spräche. Man müsse auch von Gomulka sprechen. Ich fragte, welche Unterschiede da bestünden. Er war etwas irritiert und meinte, es gäbe keine Unterschiede im Sinne von Differenzen. Es sei ein Unterschied etwa wie der zwischen Schröder und Adenauer. Ich fand, daß er damit das gefährliche Thema des Unterschieds zwischen Intelligenz und Klugheit angeschnitten habe. R. erwiderte, Rapakki sei intelligent und klug, aber Gomulka sei schlau, und es gäbe keine Sache von einiger Bedeutung im Zusammenhang mit Deutschland, die an Gomulka vorbeigeht.

R. erkundigte sich nach den Vorstellungen des Ministers über Truppenreduzierung auf deutschem Boden. Seine Ausführungen auf der NATO-Konferenz seien mit großem Interesse vermerkt worden. Ich habe dazu einige Erläuterungen gegeben.

Ш.

Die Betonung des privaten Charakters dieses Gesprächs dient nach meinem Eindruck der polnischen Sicherung für den Fall, daß die Tatsache einer derartigen Begegnung bekannt würde. Im übrigen hätte R. die eingangs erwähnten Fragen nicht ohne Auftrag stellen können. Er hatte sich offensichtlich auf das Gespräch gut vorbereitet.

Eine Erklärung für den an sich erstaunlichen polnischen Schritt könnte in der Einschätzung liegen, daß es mit dem Gewaltverzicht ernst wird und die Polen dabei nicht abgehängt werden oder an letzter Stelle rangieren wollen. Es wäre kein Widerspruch, sondern nur eine Ergänzung dazu, daß R. äußerte, man halte das Jahr 1968 für ein entscheidendes Jahr: was in diesem Jahr nicht zustande komme, werde 1969 nicht zustande kommen. Man wisse nicht, welches Ergebnis die Wahlen des Jahres 1969 haben würden; jedenfalls aber seien

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertellahesherre für
Zeitgeschichte

Fortschritte mit einer reinen CDU-Regierung oder einer Regierung der Kleinen Koalition unter CDU-Führung undenkbar. Wenn man Fortschritte in Europa nicht lange vertagen wolle, müßten also wesentliche Entscheidungen in diesem Jahr fallen.

R. erklärte, er werde einen sehr positiven Bericht nach Warschau schicken und hoffe zuversichtlich, daß der vorgesehene offiziöse Kontakt zustande kommen werde. Er bat, dem Minister persönliche Grüße zu übermitteln, dem er in Berlin einmal vorgestellt worden sei.

Hiermit über

den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Dokument 319

Vermerk

Bonn, 14. Februar 1968

2 Ausfertigungen

1. Ausfertigung

<u>Betrifft:</u> Gespräch mit dem Geschäftsträger der polnischen Botschaft in Wien, Jerzy Raczkowski, am 9.1.68

Bezug: Vermerk vom 10. Januar 1968, Streng geheim 002/68.

Der polnische Botschaftsrat Raczkowski rief mich gestern abend gegen 23,00 Uhr zu Hause an und teilte mir mit, daß er auf Grund des Berichts über unsere Unterhaltung in Wien am 9. Januar d. J. mir übermitteln solle:

Man halte in Warschau die Situation für noch nicht reif, in einen direkten vertraulichen Kontakt zu treten. Man sei aber bereit, im internationalen Rahmen einen Kontakt vorzubereiten. Wo, wann und durch wen das geschehen könne, werde in einem Brief enthalten sein, den er mir demnächst schreiben würde.

Hiermit

über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister vorgelegt.



¹⁹ Das Originaldokument umfaßt eine halbe Schreibmaschinenseite. Es trägt den Stempel "Streng geheim". Es wurde von Bahr handschriftlich signiert und von Brandt und Schütz (?) am 14. 2. 1968 abgezeichnet. Das Original findet sich wie Dokument 2 in den Bahr-Papieren im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn.

Notizen

HORST MÖLLER/HARTMUT MEHRINGER

DIE AUSSENSTELLE POTSDAM DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

Das Institut für Zeitgeschichte München hat sich, wie die beigefügte Übersicht über die einschlägigen IfZ-Veröffentlichungen zeigt, bereits seit den fünfziger Jahren intensiv mit der Geschichte des zweiten deutschen Staates auseinandergesetzt. 1979 veranstaltete das Institut unter Leitung des damaligen Stellvertretenden Direktors Horst Möller eine Podiumsdiskussion zum Thema Der Weg nach Pankow. Zur Gründungsgeschichte der DDR (veröffentlicht 1980), die am Beginn eines größeren Forschungsprojekts zur Verwaltungsgeschichte der SBZ und der frühen DDR stand. In den letzten anderthalb Jahrzehnten hat sich diese wissenschaftliche Auseinandersetzung intensiviert; wesentliches Ergebnis war das gemeinsam vom Institut für Zeitgeschichte und dem Arbeitsbereich DDR-Geschichte an der Universität Mannheim erarbeitete, von Martin Broszat und Hermann Weber herausgegebene SBZ-Handbuch (1990), das nun schon in zweiter Auflage erschienen ist und trotz der inzwischen neu zugänglichen Quellen weiterhin als unverzichtbares Standardwerk zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone gilt, das Maßstäbe für die weitere Forschung gesetzt hat.

Angesichts dieser Forschungstradition verfolgte das Institut für Zeitgeschichte schon seit dem Zusammenbruch der DDR 1989/90 den Plan, eine eigene wissenschaftliche Abteilung für die Erforschung der Geschichte von SBZ und DDR im Großraum Berlin/Potsdam aufzubauen, da der ungehinderte Zugang zu den Quellen immense Anstrengungen zu ihrer Auswertung notwendig macht und bislang ganz ungeahnte Forschungsmöglichkeiten eröffnet. Die Erschließung von zentralen Quellenbeständen dieser Dimension verändert die Fragestellungen und die bisherigen Interpretationskategorien. Der Entscheidung für Potsdam lagen vor allem folgende Überlegungen zugrunde:

- Im Großraum Berlin ist eine Konzentration von Archivbeständen gegeben, die eine vergleichsweise rasch einsetzende Forschungstätigkeit auf solider wissenschaftlicher Basis ermöglicht. Analog zu der mit der Auswertung der Quellen des Auswärtigen Amts befaßten Außenstelle Bonn des Instituts für Zeitgeschichte sollte die neue Außenstelle möglichst quellennah im Großraum Berlin/Potsdam angesiedelt werden.
- Durch eine Forschungsstelle in unmittelbarer N\u00e4he des Bundesarchivs werden erhebliche Kosten eingespart (Kommunikation, Archivreisen).
- Die wiederholt geforderte Zusammenarbeit von Historikern aus den alten und aus den neuen Bundesländern wird durch diesen Standort erleichtert. Die spezifischen Erfahrungen und Kompetenzen ostdeutscher Historiker können so unmittelbarer genutzt werden; dies kommt auch in der personellen Zusammensetzung der neuen Außenstelle des IfZ in Potsdam zum Ausdruck.



Jahrgang 43 (1995), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

174 Notizen

Nach langwierigen intensiven Verhandlungen des Direktors des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, die vom Stiftungsrat, dem Freistaat Bayern als Sitzland, von der Bundesregierung – vor allem auch dem Bundesministerium für Forschung und Technologie – und vom Bundestag unterstützt wurden, konnte 1993 mit dem Aufbau begonnen werden. Anfang 1994 nahm die neue Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte auf dem Gelände des Bundesarchivs in Potsdam, wo mit dessen Zustimmung entsprechende Räumlichkeiten renoviert und angemietet werden konnten, ihre Arbeit – die Untersuchung der Geschichte von SBZ und DDR – auf.

Die Planung der IfZ-Außenstelle Potsdam basiert auf langen und intensiven konzeptionellen Überlegungen und Planungen der Institutsleitung mit dem Wissenschaftlichen Beirat und dem Stiftungsrat, die von der reichen Forschungserfahrung des Instituts für Zeitgeschichte profitierten. Jede vordergründig-aktuelle bzw. in persönlicher wie sachlicher Hinsicht zufällige und deshalb unbefriedigende Konstruktion wird dadurch vermieden. Das Ende der DDR hat für die Erforschung jener Gesellschaft, die seit 1990 wieder die staatliche Einheit "Deutschland" bildet, in mehrfacher Hinsicht eine neue Situation geschaffen. Dies betrifft zum einen die SBZ/DDR-Forschung im engeren Sinne, die zuvor bei der Untersuchung der Geschichte des zweiten deutschen Staates weitestgehend ohne dessen eigene Aktenüberlieferung auskommen mußte und infolgedessen - nur scheinbar ein Paradoxon - zu einer SBZ- bzw. DDR-immanenten, auf ihren Forschungsgegenstand in engem Sinne konzentrierten Sichtweise neigte. Der deutsch-deutsche Zusammenhang geriet dabei ebenso wie die Einbindung der DDR in den sowjetischen Herrschaftsbereich in Osteuropa häufig an den Rand des Blickwinkels, der diktatorische Charakter des SED-Regimes wurde mitunter nicht mehr wahrgenommen. Die bis zur Implosion des kommunistisch-sozialistischen Systems unzugänglichen Primärquellen stehen nun in einem Umfang zur Verfügung, wie dies vergleichbar bisher nur einmal, nämlich nach der Katastrophe des Dritten Reichs, gegeben war.

Zum anderen stellt die deutsche Nachkriegsgeschichte mit der Einbindung des westlichen und des östlichen Teilstaats in gegensätzliche und bis zuletzt scharf miteinander konkurrierende politisch-militärische Bündnissysteme eine doppelte, gespaltene Zeitgeschichte dar, die sich freilich in vielfältiger Weise gegenseitig bedingte und beeinflußte. Mit anderen Worten, die Forschung hat es im Fall Deutschland nach 1945 mit zwei verschiedenen "Zeitgeschichten" zu tun. Zieht man den Bogen noch weiter und bezieht die Weimarer Republik und das Dritte Reich als gemeinsame Vorläufer mit ein, geht es um drei oder gar vier unterschiedliche und gegensätzliche politisch-gesellschaftliche Formationen, die als historische Voraussetzungen in die künftige Geschichte des wiederhergestellten deutschen Gesamtstaats eingehen. Ihre Zäsuren, die vor allem im politisch-institutionellen Bereich liegen, markieren in der zeitgeschichtlichen Forschung bislang Grenzen zwischen weitgehend isoliert nebeneinander gestellten Staatswesen und Perioden. Ein zentrales Forschungsparadigma der nächsten Jahre muß darin bestehen, diese Grenzen aufzuheben und die verschiedenen deutschen "Zeitgeschichten", die vor allem auch die doppelte deutsche Diktaturerfahrung zum Gegenstand haben, in ein "Relationengefüge" (H. G. Hockerts) zu bringen bzw. - in durchaus Hegelschem Sinn - in der einen deutschen Zeitgeschichte "aufzuheben": Sowohl das Dritte Reich wie die DDR müssen in die eine deutsche Zeitgeschichte "eingebettet" werden, was möglicherweise zur Folge hat, daß die bloßen Wechsel der politisch-institutionellen Systeme, die von Zeitgenossen als tiefe historische Einschnitte empfunden wurden, retrospektiv nur bis zu einem gewissen Grad als tatsächliche Epochenzäsuren Bestand haben werden; dies gilt vor allem für



Kontinuitäten und Diskontinuitäten der politischen und gesellschaftlichen Funktionseliten und der Mentalitätsgeschichte, nicht aber für die fundamentale Gegensätzlichkeit von Demokratie und Diktatur, die über weite Strecken die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts charakterisiert.

Gerade dieses Ensemble verschiedener "Zeitgeschichten" erzwingt es, die Geschichte der SBZ/DDR aus einer isolierten Betrachtungsweise zu lösen. Das SED-Regime impliziert mehr als nur eine besondere, wie immer "deutsch-deutsch" begriffene Zeitgeschichte. Die zweite deutsche Diktatur im 20. Jahrhundert hat auch die Geschichte der Bundesrepublik wesentlich mitbestimmt - und sei es nur im ständigen agitatorischen Versuch der Abgrenzung des "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaats" von den vorgeblichen "Erben des Hitlerfaschismus" in der Bundesrepublik. Zugleich blieb die Geschichte der SBZ/DDR bis zu ihrem Zusammenbruch wesentlich von ihrem außerdeutschen, insbesondere osteuropäischen Zusammenhang geprägt: Als "realsozialistischer" Staat befand sie sich seit Kriegsende im historischen Kontext der Entwicklung der ehemaligen Ostblockstaaten unter Führung der Sowjetunion.

Für die zeitgeschichtliche Erforschung des SED-Staates ist der Vergleich mit der NS-Diktatur ("interdiktatorialer Vergleich") ebenso unumgänglich wie der Vergleich mit der Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten unter sowjetischem Einfluß auf der einen, der Geschichte der Westzonen und der "alten" Bundesrepublik sowie anderer mittel- und westeuropäischer Staaten auf der anderen Seite ("intrastruktureller Vergleich"). Erst die Einbeziehung dieses größeren Zusammenhangs sowie die komparative Sicht der Strukturen und Mechanismen von NS- wie SED-Diktatur ermöglichen eine angemessene historische Einordnung und Beurteilung ("Historisierung der SBZ/DDR-Geschichte"). Der Hinweis, daß Vergleich nicht Gleichsetzung bedeutet, sondern gerade die Herausarbeitung und genauere Beleuchtung von Unterschieden wie von Gemeinsamkeiten erlaubt, ist angesichts einer immer wieder zu beobachtenden mißverständlich geführten Diskussion leider nicht überflüssig.

Die Arbeit der Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte München konzentriert sich inhaltlich – und in Absprache mit anderen auf diesem Feld arbeitenden Forschungseinrichtungen – zunächst auf folgende Themen:

1. Der Einfluß der SMAD auf die Entwicklung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems in der SBZ/DDR 1945-1949

Die sowjetische Besatzungsmacht war für die Entwicklung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems in der SBZ/DDR von zentraler Bedeutung. Bis heute ist noch weitgehend ungeklärt, welches Verhältnis zwischen SMAD und KPD/SED in der Besatzungszeit tatsächlich herrschte. Mit Jan Foitzik konnte für dieses Schwerpunktthema der Außenstelle Potsdam des IfZ ein besonders ausgewiesener Fachmann gewonnen werden¹, der insbesondere über eine gute Kenntnis der – bislang für die allgemeine Benutzung weitgehend unzugänglichen - russischen Akten verfügt.

Die SMAD war auf der Grundlage der Vereinbarungen der vier Siegermächte in der sowjetischen Besatzungszone "oberste Regierungsgewalt" und besaß alle Befugnisse, die bis



¹ Vgl. etwa Jan Foitziks umfangreichen Beitrag über die SMAD in: SBZ-Handbuch, S. 1-71.

176 Notizen

zur Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 die deutsche Regierung, das Oberkommando der Wehrmacht und die Regierungen, Verwaltungen und Behörden der Länder, Städte und Gemeinden besessen hatten. Mit anderen Worten, alle politische Macht und Hoheitsgewalt innerhalb der SBZ war von der SMAD abgeleitet. Die Machtfülle der völkerrechtlich so legitimierten SMAD war lediglich durch die Vereinbarung der Siegermächte eingeschränkt, daß sie sich in Fragen, die Deutschland als Ganzes beträfen, nach gemeinsamen Beschlüssen der vier Alliierten zu richten habe – eine Festlegung, die alsbald, angesichts des eskalierenden Ost-West-Konflikts, nur noch auf dem Papier bestand und ihre praktische Bedeutung rasch verlor.

Während in den westlichen Besatzungszonen die alliierten Militärregierungen sich frühzeitig darauf beschränkten, politische Parteien und den Aufbau der politischen Selbstverwaltung zu fördern, und sich lediglich die Oberaufsicht über die gewählten Institutionen und Verwaltungsorgane vorbehielten, waren die entsprechenden Institutionen und Organe in der SBZ in ganz anderer Weise direkt von den Weisungen der SMAD abhängig, die unmittelbar und bis in Einzelfragen hinein in die Gestaltung des politischen und ökonomischen Lebens in der SBZ eingriff. Die heute zugänglichen Quellen machen deutlich, daß die SMAD nicht nur die deutschen Zentralverwaltungen bzw. die Deutsche Wirtschaftskommission, die Landes- und Provinzialregierungen und die Führungen der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ "anleitete", sondern ihre Befehle unmittelbar und z. T. von oberster Ebene aus auch an Landräte, Kreisverwaltungen, Kreisorganisationen der Parteien und Massenorganisationen, Betriebe und andere Organisationseinheiten bis hin zu Privatpersonen richtete.

Die SMAD bildete mit ihrem eigenen, territorial und nach fachlichen Sparten breit gefächerten, "parallel" angelegten Apparat eine Neben- und Überregierung; sie bediente sich bei der Übermittlung ihrer Befehle eines dichten Hebel- und Transmissionssystems auf deutscher Seite – vor allem der deutschen Verwaltungen auf kommunaler, regionaler und Landesebene sowie der verschiedenen Zentralverwaltungen und ab 1947 der Deutschen Wirtschaftskommission. Eine besondere Rolle spielte außerdem das von der SMAD installierte und kontrollierte politische System, die Parteien und Massenorganisationen, hier insbesondere die KPD/SED und die Gewerkschaften. Als zugleich militärische und zivile Institution vermochte die SMAD ihre Anordnungen kraft militärischer Befehlsgewalt unmittelbar durchzusetzen; sie nutzte daneben aber auch ein außerordentlich dichtes und umfassendes Netz individueller Kommunikations- und Abhängigkeitsverhältnisse, wovon allein schon die Zahl der SMAD-Mitarbeiter sowie ihre Kommunikationsdichte Zeugnis ablegen.

Als erstes Arbeitsergebnis liegt inzwischen das soeben erschienene, von Jan Foitzik zusammengestellte und bearbeitete Inventar der "offenen" (d.h. der nicht als "geheim" bzw. "streng geheim" klassifizierten) Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 vor. Die umfangreiche Einleitung des Bearbeiters beschreibt auf der Grundlage des neuesten Forschungsstands Vorgehensweise, Organisation, Kommunikationsformen, Befehlspraxis und Vollzugskontrolle sowie Berichtswesen der SMAD und macht deutlich, daß die Abhängigkeit der deutschen Verwaltungen und politischen Organisationen in der SBZ von der SMAD noch erheblich stärker war als bislang von der Forschung angenommen. Sie beschreibt ferner das Verhältnis der SMAD zu den Parteien und insbesondere zur KPD/SED in der SBZ. Diese war primär zwar ebenfalls ein bloßes Objekt der Politik der SMAD, bemühte sich jedoch ständig und explizit, nach außen hin den Eindruck zu vermeiden, sie sei eine "rus-



sische Partei"; dies schlug sich häufig in spezifischen Rollenspielen sowohl der SMAD wie der SED gegenüber der Öffentlichkeit nieder, mit denen die einseitige Abhängigkeit der SED verschleiert werden sollte. In der Tat konnte die SED von der sowjetischen Besatzungsmacht effektiv funktionalisiert werden; sie war jedoch zugleich als bestimmende Kraft des Satrapenregimes politische Nutznießerin der sowjetischen Herrschaftsausübung. Dies heißt freilich nicht, daß KPD bzw. SED lediglich ein passives Vollzugsorgan der SMAD waren: Tatsächlich waren sie verantwortlich für die interne Ausgestaltung der durch die Besatzungsmacht vorgegebenen Strukturen.

 Einflußnahme der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) auf Entwicklungen in der DDR am Beispiel der Agrarpolitik 1949-1953/54

Dieses Forschungsprojekt, mit dem Elke Scherstjanoi betraut ist, bildet einerseits die chronologische Fortsetzung ihrer Studien zur Einflußnahme der SMAD auf das Herrschafts- und Gesellschaftssystem in der SBZ und stellt zum anderen ein Pilotprojekt zu den sozialen und politischen Umbrüchen auf dem Lande in den frühen fünfziger Jahren dar. Gegenstand der Untersuchung sind die sich im Jahrfünft zwischen der staatlichen Konstituierung der DDR und ihrer Einbindung in den Warschauer Pakt besonders dynamisch und widersprüchlich entwickelnden Ziele, Formen und Methoden sowjetischer Einflußnahme auf ostdeutsche Transformationsprozesse. Die konkreten Probleme der "Sowjetisierung" Ostdeutschlands werden hier am Beispiel des Agrarsektors detailliert untersucht.

Aufgrund der besonderen Anschaulichkeit und Aussagekraft der bislang gesichteten sowjetischen Quellen zur Agrarpolitik der SKK können gesellschaftstheoretische und ideologische Vorgaben, strategische Ziele, praktische politische Entscheidungsbildungen und politisch-staatliche Interaktionen von SED/DDR-Regierung und sowjetischer Kontrollinstanz am Beispiel der Entwicklungen im Agrarbereich deutlich gemacht werden. Von besonderem Interesse sind hier die wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen bei der Lenkung der agrarischen Produktion im Kontext gesamtgesellschaftlicher Strategien, die konkrete Politik gegenüber den verschiedenen Bauernschichten (Eigentumsverhältnisse, finanzielle Förderungen, Restriktionen), die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Formen und Ziele politischer Beeinflussung der Landbevölkerung.

Die frühe "Sowjetisierung" im Agrarbereich ist dabei selbstverständlich im Kontext der sowjetischen Deutschlandpolitik zu betrachten. Eine Schwierigkeit liegt darin, daß gesicherte institutionengeschichtliche Erkenntnisse zur Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (1949-1953) bislang noch nicht vorliegen. Die hier angestellte Untersuchung wird also partiell auch Erkenntnisse über Struktur und Wirkungsweise der SKK liefern und dadurch die Untersuchungsergebnisse zur SMAD ergänzen. Am Beispiel der Interaktionen in der Agrarpolitik werden Herrschaftsstellung, Kompetenz und Akzeptanz der sowjetischen Vertreter, ihr Selbstverständnis und ihr Umgang mit den Deutschen, deren Handlungsfreiräume und politische Eigeninitiativen dokumentiert. Die Publikation einer von Elke Scherstjanoi bearbeiteten und kommentierten Edition der Statuten der Sowjetischen Kontrollkommission ist für 1995 geplant.



Jahrgang 43 (1995), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf

178 Notizen

3. Die Errichtung der Klassenjustiz in der SBZ/DDR nach 1945 in diktaturvergleichender Perspektive

Eine Untersuchung zur Rechts- und Justizgeschichte in der SBZ/DDR unter der vergleichenden Perspektive zur NS-Diktatur liegt insbesondere aufgrund der einschlägigen Forschungserfahrungen des IfZ auf diesem Gebiet² nahe. Sie ist aber auch aus inhaltlichen Gründen dringend geboten: Sowohl die NS- als auch die SED-Diktatur waren bestrebt, die Autonomie des Rechts als "dritter Gewalt" zu beseitigen und Rechtsprechung und Gerichtswesen zu willfährigen Helfern bei der Durchsetzung ihres umfassenden Herrschaftsanspruchs zu machen. In dem vom IfZ in Angriff genommenen Forschungsprojekt soll zunächst dieser Transformationsprozeß auf zentraler wie regionaler Ebene rekonstruiert werden, um anschließend, auf der Grundlage der Forschungserfahrungen des Instituts, den Vergleich mit dem entsprechenden Wandlungsprozeß des Rechtssystems im NS-Staat durchzuführen. Der Beginn der sowjetischen Besatzungsherrschaft, die Umstrukturierung des Gerichtswesens und der Staatsanwaltschaft in der DDR 1952 sowie der sog. "Rechtspflegeerlaß" aus dem Jahr 1963, der zahlreiche Umstellungen in der DDR-Justiz bewirkte, bilden die entscheidenden Zäsuren innerhalb des Untersuchungszeitraums. Obgleich dieser institutionelle und personelle Umstrukturierungsprozeß von der rechtswissenschaftlichen und rechtsgeschichtlichen Forschung schon frühzeitig thematisiert worden ist3, steht eine auf originären Quellen beruhende zeitgeschichtlich-empirische Untersuchung, die sich bis auf die Bezirksebene erstreckt, immer noch aus.

Der Zielsetzung entsprechend soll das Projekt in drei zusammenhängende, aufeinander abgestimmte Einzelprojekte aufgeteilt werden, um den Transformationsprozeß von Recht und Justiz in der SBZ/DDR sowohl auf der Leitungsebene wie auf lokaler bzw. regionaler Ebene genauer zu erfassen. Auf der zentralen Ebene wird sich das Projekt – neben der Rechtsabteilung der SMAD – vor allem auf die *Deutsche Zentralverwaltung für Justiz* und ab 1949 das Ministerium für Justiz sowie das Oberste Gericht konzentrieren. Diese Aufgabe – und zugleich die Leitung des Gesamtprojekts – hat Hermann Wentker, stellvertretender Leiter der Außenstelle Potsdam des IfZ, übernommen, nachdem er bisher schon wichtige Arbeiten zur Kirchenpolitik des SED-Staats veröffentlicht hat. Zwei weitere Projekte sollen gestützt durch Drittmittel die Durch- und Umsetzung dieses Trans-

³ Vgl. zuletzt den umfangreichen Band von Hubert Rottleuthner (Hrsg.): Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994, der nach Ansicht des Herausgebers die Forschung über die DDR-Justiz auf einen Stand bringt, "wie er 30 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus für dessen Justiz nicht erreicht war" (S.5), aber – worauf der Herausgeber selbst hinweist – die komparatistische Analyse der mittleren und unteren Ebenen, d.h. den lokal-regionalen Raum, wie auch den angesichts der doppelten Diktaturerfahrung in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts dringend notwendigen Vergleich zwischen der Entwicklung und Gestaltung des Rechts- und Justizwesens in der SBZ/DDR und im NS-Staat ausklammert.



² Vgl. die Bände 16/I-III der Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte (Hermann Weinkauff: Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick/Albrecht Wagner: Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat, München 1968; Rudolf Echterhölter: Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat, München 1970; Walter Wagner: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, München 1974) sowie insbesondere das Standardwerk von Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München ²1990.

formationsprozesses auf Länderebene analysieren, insbesondere bei Landesjustizverwaltungen und Kontrollkommissionen, den Amts-, Land- und Oberlandesgerichten bis 1952 und sodann bei den Kreis- und Bezirksgerichten. Dabei werden zwei Länder genauer untersucht, nämlich Brandenburg und Thüringen, die jeweils unterschiedliche Entwicklungen bei der Herausbildung eines "sozialistischen Rechts- und Justizwesens" in der SBZ/DDR nahmen. Es wird also weniger die politische Strafjustiz in der SBZ/DDR, mit der sich bereits eine Reihe von Forschungsprojekten befassen, als vielmehr die historische Analyse des Beziehungsgeflechts zwischen den Leitungs- und Kontroll- sowie den Ausführungsinstanzen im Verlauf dieses umfassenden Transformationsprozesses im Zentrum aller drei Projekte stehen.

In einem späteren Forschungsabschnitt sollen die hier gewonnenen Ergebnisse mit den inzwischen vorliegenden Erkenntnissen zum analogen Prozeß im NS-Regime einer vergleichenden Untersuchung unterzogen werden, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und zu beschreiben. Der Justizbereich scheint für den Vergleich zwischen beiden Diktaturen in der Tat eine kompatible Ebene zu bieten. Dabei ist ein kritischer Rekurs auf die Totalitarismus-Theorie unverzichtbar. Dieses Projekt ist insofern auch ein Beitrag zur historischen Totalitarismus-Forschung und wird methodologische Erkenntnisse für künftige komparatistische Diktaturforschungen liefern können, die auch für andere Fragestellungen Bedeutung haben werden.

4. Flüchtlingsintegration und Notstandsgesellschaft: Gesellschaftlicher Strukturwandel und "Umsiedler"-Integrationspolitik in der SBZ/DDR 1945–1952

Man hat die deutsche Teil-Gesellschaft der Sowjetischen Besatzungszone als "Zusammenbruchsgesellschaft" (Chr. Kleßmann) bzw. als "Notstandsgesellschaft" (M. Broszat/ H. Weber) charakterisiert; sie bildete jedoch vor allem eine Übergangsgesellschaft zwischen zwei totalitären Diktaturen, die von tiefgreifenden soziostrukturellen Wandlungsprozessen geprägt war. Ein zentraler strukturverändernder Faktor war die "Umsiedler"-Integration in die Nachkriegsgesellschaft der SBZ, wie sie ab 1945 durch Massenflucht und -vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa zwingend notwendig geworden war. Diese Integration traf zunächst auf große gesellschaftliche Probleme und Widerstände, bewirkte doch die von den Alliierten verfügte millionenfache Vertreibung und Zwangsumsiedlung in Deutschland insgesamt einen auch in der Geschichte des 20. Jahrhunderts beispiellosen demographischen Umbruch. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren bildete das Problem der Integration von Millionen von Flüchtlingen auch eine hohe Belastung der jeweils alteingesessenen Teil-Gesellschaften, da es das aus dem Zweiten Weltkrieg resultierende soziale Elend verschärfte und entsprechende soziale Konflikte verursachte. Langfristig wirkte die Flüchtlingsintegration jedoch zweifellos für jede dieser Teil-Gesellschaften modernisierend: Hier sei nur auf den starken Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften sowie die Auflockerung tradierter Mentalitäten und Verhaltensweisen durch die erzwungene Bevölkerungsmischung hingewiesen. Anfang 1948 befanden sich in der sowietischen Besatzungszone knapp viereinhalb Millionen deutsche Flüchtlinge (in der SBZ offiziell als "Umsiedler" bezeichnet) - mit Abstand die höchste Zahl in allen Besatzungszonen.

Während für die westlichen Zonen bereits eine Reihe von Arbeiten zu dieser Problematik vorliegen, ist der parallele Vorgang, der in der SBZ verlaufende Migrationspro-



180 Notizen

zeß, in all seinen Facetten bislang noch kaum wissenschaftlich untersucht worden⁴. Es ist bekannt, daß SMAD wie KPD/SED diese Integrationspolitik frühzeitig, wenn nicht von vorneherein, unter die Prämisse eines klaren Verzichts auf die deutschen Ostgebiete stellten. Diese Verzichtspolitik rief unter den "Umsiedlern", die die SED möglichst rasch zu vollintegrierten "Neubürgern" zu machen bestrebt war, auf der einen Seite ernsthafte Widerstände hervor; auf der anderen Seite scheint es der SED jedoch mit der wesentlich ihr zugeschriebenen Bodenreform- und "Neubauern"-Politik gelungen zu sein, in eben dieser Bevölkerungsgruppe, vor allem innerhalb der jungen Generation, diesen Widerstand teilweise zu kompensieren und z.T. sogar bis heute wirksame Loyalitäten zu erzeugen.

Das Forschungsprojekt "Umsiedlerintegration" der Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte, das von Michael Schwartz betreut wird, sieht eine Untersuchung der Umsiedler-Integrationspolitik sowohl auf der zonalen Ebene, der Länderebene und schließlich der Mikroebene von Städten, Landkreisen und Gemeinden vor. Für jede dieser Ebenen wird nach den politischen Entscheidungszentren und ihrer Verlagerung gefragt und der Partizipationsspielraum der übrigen Instanzen analysiert. Für einen Regionalvergleich bieten sich insbesondere das überwiegend agrarisch strukturierte Mecklenburg (wo die Umsiedler 1949 fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten) sowie das stärker industriell-gewerblich geprägte Land Sachsen-Anhalt (1949: rund 25 % Umsiedler) an. Dierk Hoffmann, ein weiterer Mitarbeiter der Potsdamer Außenstelle des IfZ, dessen Studie über die Sozialversicherung in der DDR 1995 publiziert werden soll, ergänzt diesen vorwiegend politik- und sozialgeschichtlichen Untersuchungsansatz durch eine kollektive biographische Dokumentation, die den Grad der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Funktionseliten in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR aufzeigen soll. In diesem Projekt werden die prosopographischen und gruppenbiographischen Erfahrungen genutzt, die im Institut für Zeitgeschichte mit der Erstellung des Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933 gemacht werden konnten.

Als erstes Ergebnis des Projekts liegt ein umfangreicher Aufsatz von Michael Schwartz über die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler in einem Anfang 1995 erscheinenden Sonderband der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte vor⁵, in dem u. a. Mitarbeiter der Außenstelle Potsdam Studien aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen veröffentlichen.

Michael Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von Hartmut Mehringer, München 1995.



⁴ Vgl. die Arbeiten von Regine Just (in: ZfG 35/1987), Wolfgang Meinicke (in: ZfG 39/1988), Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke (1991), Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (1993), Manfred Wille (1993); auch die frühe Arbeit von Peter-Heinz Seraphim: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954, ist nach wie vor ein wichtiger Forschungsbeitrag.

5. Von der "Hitlerjugend" zur "Freien Deutschen Jugend"? Geschichte und Funktion der Jugendorganisationen im NS- und im SED-Regime

Auch diesem Forschungsprojekt liegt ein diktaturvergleichender Ansatz zugrunde. Staatlich gelenkte Massenorganisationen stellen Spezifika aller modernen Diktaturen dar, die in besonderem Maße bestrebt sind, die Jugend für sich zu gewinnen. Machterhalt und Durchsetzung ihrer politischen Ziele hängen nicht zuletzt entscheidend davon ab, inwieweit die nachwachsenden Generationen bereit sind, sich für die jeweils propagierten Zwecke einzusetzen. Das Bestreben, Jugendliche möglichst frühzeitig zu indoktrinieren, um ihre politisch-ideologische Funktionalisierung und Instrumentalisierung im bestehenden Herrschaftssystem zu erreichen, kennzeichnet sowohl das NS- wie das SED-Regime. Eine vergleichende Analyse von HJ und FDJ bot sich infolgedessen an, ohne daß beide vorschnell gleichgesetzt werden sollen, zumal in Michael Buddrus ein Mitarbeiter zur Verfügung steht, der bereits zu beiden staatlichen Jugendorganisationen intensiv geforscht hat und somit über hervorragende Quellenkenntnisse verfügt.

Als Hauptmittel zur Durchsetzung ihrer Jugendpolitik schufen und benutzten NSDAP wie SED und der von ihnen jeweils beherrschte Staat die (quasi-staatlichen) Jugendorganisationen HJ und FDJ, die mit zunehmender Bedeutung in den institutionellen Rang einer "Parteigliederung" bzw. in den verfassungsmäßig fixierten Stand eines "Helfers" und einer "Kampfreserve" der Partei erhoben wurden. Die ursprünglichen Partei-Jugendorganisationen, die parallel zum Prozeß der "Verstaatlichung" von NSDAP und SED nach Erreichen des Machtmonopols im Deutschen Reich bzw. im ostdeutschen Staat zu Staats-Jugendorganisationen avancierten, entwickelten sich zum wichtigsten Bestandteil und Träger der Jugendpolitik von NSDAP und SED; dennoch muß im Auge behalten werden, daß das Thema "Jugendpolitik" bei NSDAP wie SED weit umfassender ist als die Geschichte von HJ bzw. FDJ. Die Jugendpolitik beider Diktaturen gestaltete sich derart komplex, daß sie nahezu alle anderen Politikbereiche durchdrang und mitbestimmte.

Eine vergleichende Arbeit hat zum einen die Analyse echter und vermeintlicher, äußerer und systemimmanenter Parallelphänomene zur Aufgabe, muß aber auch tatsächliche oder nur scheinbare Unterschiede herausarbeiten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die wissenschaftlich gesicherten Kenntnisse sowohl für die Geschichte von HJ und FDJ wie für die Jugendpolitik von NSDAP und SED insgesamt hinsichtlich ihrer Grundstrukturen und ihrer unterschiedlichen Phasen und Verläufe in beiden Fragenkomplexen keineswegs einen einheitlichen Stand aufweisen: Bei der nationalsozialistischen Jugendorganisation kann für die beiden ersten Etappen ihrer Existenz – 1922–1932 und 1933–1939 - auf relativ umfangreiche und stichhaltige Forschungsleistungen zurückgegriffen werden, wenngleich längst nicht alle wichtigen Sachverhalte ausreichend untersucht, manche noch nicht einmal thematisiert worden sind. Die Geschichte der HJ und der NS-Jugendpolitik in der nachfolgenden Zeit des Zweiten Weltkriegs ist demgegenüber – von wenigen wichtigen Ausnahmen abgesehen – nur ansatzweise und sektoral erforscht. Dies betrifft gerade die Jugendpolitik im Jahr 1945, das zumeist als scharfe, alles trennende Zäsur betrachtet wird. Vor dem Hintergrund der "großen Politik" soll deshalb eine durchgängige Analyse deutscher Jugendpolitik im Deutschen Reich bzw. in der SBZ/DDR von 1935 bis 1955 vorgenommen werden, in deren Mittelpunkt die Geschichte der beiden Partei- bzw. Staats-Jugendorganisationen steht.



182 Notizen

Für diese Eingrenzung des Vergleichszeitraums spricht eine Vielzahl von zeitlichen, forschungspraktischen und vergleichsspezifischen Gründen, die hier im einzelnen nicht aufgeführt werden können. Interessante Aufschlüsse verspricht insbesondere die Betrachtung des Jahres 1945, das genau in der Mitte des Untersuchungszeitraums liegt; hier ist vor allem zu untersuchen, wie die Kommunisten mit der Erbschaft und den Erfahrungen des Nationalsozialismus im Bereich der Jugendpolitik und -organisation umgingen – und wie sich Sozialisationsbereiche, Sozialisationsinstanzen und Sozialisationspraktiken vor und nach 1945 zur Erhellung der Intentionen, Formen und Auswirkungen totalitärer Jugendpolitik nebeneinander bzw. einander gegenüberstellen lassen.

Erste Ergebnisse aus dem hier angesprochenen Forschungskomplex liegen in einem umfangreichen Aufsatz von Michael Buddrus über das bislang weitgehend unbekannte Kapitel der Kadettenanstalt der Nationalen Volksarmee 1956–1961 in dem bereits angeführten Sonderband der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte⁶ vor.

6. Die Mitarbeiter der Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte

- Leiter der Außenstelle: Dr. habil. Hartmut Mehringer, Jahrgang 1944, Studium Osteuropäische und Neuere Geschichte in Erlangen, Paris und Amsterdam, 1976 Promotion, 1987 Habilitation, seit 1975 Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München. Veröffentlichungen u.a. über Geschichte der deutschen und russischen Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere die deutsche und die bayerische Sozialdemokratie, Widerstand und Exil unter dem Nationalsozialismus, französische Résistance.
- Stellvertretender Leiter: Dr. Hermann Wentker, Jahrgang 1959, Studium Geschichte und Germanistik in Erlangen und Bonn, 1990 Promotion über das Thema: Die britischen Kriegsziele im Krimkrieg, 1990-93 Assistent am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Bayreuth. Veröffentlichungen zu den britisch-russischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, zur Kirchenpolitik in der DDR und zur Geschichte der Ost-CDU.
- Dr. Michael Buddrus, Jahrgang 1957, Lehre, Abitur, Tätigkeit als Schlosser, anschließend Studium Geschichte und Germanistik an der Universität Rostock, 1983-88 wissenschaftliche Mitarbeit am Schiffahrtsmuseum Rostock und wissenschaftliche Aspirantur an der Universität Rostock, 1989 Promotion über das Thema: Zur Geschichte der Hitlerjugend 1922-1939, 1989-91 Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte und am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, 1991-93 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Neuere und Neueste Geschichte an der Universität-Gesamthochschule Siegen. Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Jugend unter dem Nationalsozialismus, zur Jugendpolitik der SBZ/DDR, insbesondere auch zur Militarisierung in der Jugenderziehung.
- Dr. Jan Foitzik M.A., Jahrgang 1948, Studium Politische Wissenschaft, Neuere Geschichte und Osteuropäische Geschichte in München, 1976-78 wissenschaftlicher Mit-

⁶ Michael Buddrus: "Kaderschmiede für den Führungsnachwuchs"? Die Kadettenschule der Nationalen Volksarmee in Naumburg 1956–1961. Ein Beitrag zur Geschichte der Militär- und Jugendpolitik der SED, in: Von der SBZ zur DDR.



Jahrgang 43 (1995), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de arbeiter am Institut für Zeitgeschichte München, 1978–93 am Arbeitsbereich DDR-Geschichte an der Universität Mannheim, Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte. Veröffentlichungen über Widerstand und Exil 1933–45, zur westdeutschen Nachkriegsgeschichte und zur Geschichte der SBZ/DDR, zur Geschichte des internationalen Kommunismus, insbesondere auch in Ostmitteleuropa, über Außenpolitik der UdSSR und Fragen Osteuropas.

- Dr. Dierk Hoffmann, Jahrgang 1963, Studium Neuere Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Volkswirtschaft in München, 1994 Promotion über das Thema: Die Neuordnung der Sozialversicherung in der SBZ/DDR 1945-1956, Veröffentlichungen über Geschichte der DDR.
- Dr. Elke Scherstjanoi, Jahrgang 1956, 1975-80 Studium der Russischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Kubaner Universität in Krasnodar (Abschlußarbeit über den Dekabristenprozeß), 1980-90 Mitarbeiterin, 1991 Bereichsleiterin am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, 1988 Promotion über das Thema: Volkskontrolle und Zentrale Staatliche Kontrolle im Land Brandenburg 1947-1949, 1992-93 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität. Veröffentlichungen zur Geschichte Rußlands im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ/DDR, zur sowjetischen Deutschlandpolitik nach 1945, zur Sowjetischen Militäradministration und zur Sowjetischen Kontrollkommission.
- Dr. Michael Schwartz, Jahrgang 1963, Studium Geschichte und Katholische Theologie an der Universität Münster, Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes, 1989-91 Mitarbeit an dem Projekt Verfolgung, Verweigerung und Widerstand in Westfalen während der NS-Zeit 1933-1945, 1992-93 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Münster, zuletzt Vertretung einer Hochschulassistentenstelle, 1993 Promotion über das Thema Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Diskurs und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933. Veröffentlichungen zur Geschichte sozialistischer Eugenik in der Weimarer Republik, zur NS-Euthanasie, zur bäuerlichen Resistenz im Dritten Reich und zum Reichsnährstand sowie zur "Umsiedler"-Problematik in der SBZ.

Sekretariat:

- Hannelore Georgi, Jahrgang 1949, kaufmännische Ausbildung und Tätigkeit, 1972-74
 Sekretärin der Arbeitsgruppe Materialien zum Bericht zur Lage der Nation unter Peter Christian Ludz, 1984-93 Mitarbeiterin, ab 1991 Geschäftsführerin der Gesellschaft für Deutschlandforschung Berlin.
- Steffi Manske, Jahrgang 1974, 1991–93 Ausbildung als Kauffrau für Bürokommunikation im Klinikum Ernst Bergmann Potsdam.
- 7. Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte zum Thema SBZ/DDR

SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, 1990, ²1993.



184

Schriftenreihe

Bd.58

Helga A. Welsh: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), 1989.

Notizen

Bd. 63

Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, 1991.

Bd. 66

Roger Engelmann/Paul Erker: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956-1969, 1993.

Sonderband.

Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, herausgegeben von Hartmut Mehringer, 1995. Inhalt:

Gunter Ehnert: Alte Parteien in der "neuen Zeit". Vom Bund demokratischer Sozialisten zum SPD-Bezirksverband in Thüringen 1945.

Michael Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ.

Frank Zschaler: Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR (1945–1949/50).

Hermann Wentker: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme.

Michael Buddrus: "Kaderschmiede für den Führungsnachwuchs"? Die Kadettenschule der Nationalen Volksarmee in Naumburg 1956–1961. Ein Beitrag zur Geschichte der Militär- und Jugendpolitik der SED.

André Steiner: Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow.

Ute Haese: Katholische Kirche in der DDR: Bischof Schaffrans Honecker-Besuch 1981 – Motive und Hintergründe.

Studien zur Zeitgeschichte

Bd. 31

Wolfgang Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1987.

Texte und Materialien zur Zeitgeschichte

RA 8

Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 (Offene Serie), zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, 1995.

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

Bd.6

Wolfgang Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Monika Faßbender, 1988.



Bd. 7

Wilhelm Külz: Ein Liberaler zwischen Ost und West. Aufzeichnungen 1947-1948, hrsg. von Hergard Robel, 1989.

Rd 12

Johannes Vogler: Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb. Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945–1948, hrsg. von Burghard Ciesla, 1992.

Kolloquien

Der Weg nach Pankow. Zur Gründungsgeschichte der DDR, 1980.

Vierteliahrshefte für Zeitgeschichte

Ernst Otto Maetzke: Die Parteisprache in der Sowjetzone. Eine gruppensprachliche Untersuchung, 1 (1953), S. 339–346.

Arnold Bergstraesser: Deutsche Einheit, 3 (1955), S.335-344.

Theodor Eschenburg: Das Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen, 5 (1957), S. 107-133.

Hans Rothfels: Geschichtliche Betrachtungen zum Problem der Wiedervereinigung, 6 (1958), S. 327-339.

Ekkehart Krippendorff: Die Gründung der liberal-demokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone 1945, 8 (1960), S.290-309.

Alexander Fischer: Der Weg zur Gleichschaltung der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft 1945-1949, 10 (1962), S. 149-177.

Manfred Overesch: Die Reise des Generalsekretärs des Länderrats Roßmann in die Ostzone vom 15. bis 20. Mai 1947, 23 (1975), S. 454-466.

Thilo Vogelsang: Oberbürgermeister in Jena 1945/46. Aus den Erinnerungen von Dr. Heinrich Tröger, 25 (1977), S. 889-930.

Wolfgang W. Wittwer: Deutschland nach 1945. Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR. Ein neuer Förderungsschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk, 27 (1979), S. 151–154.

Manfred Overesch: Hermann Brill und die Neuanfänge deutscher Politik in Thüringen 1945, 27 (1979), S.524-569.

Werner Abelshauser: Zur Entstehung der "Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, 27 (1979), S.661-679.

Horst Möller: Der Weg nach Pankow. Kolloquium im IfZ, 28 (1980), S. 286-288.

Horst Möller: Forschungsvorhaben zur Geschichte der DDR, 29 (1981), S. 126-127.

Siegfried Suckut: Neuer Schwerpunkt der DDR-Forschung in Mannheim, 29 (1981), S.474.

Manfred Overesch: Ernst Thapes Buchenwalder Tagebuch von 1945, 29 (1981), S.631-672.

Jan Foitzik: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, 31 (1983), S. 308-334.

Siegfried Suckut: Zu Krise und Funktionswandel der Blockpolitik in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands um die Mitte des Jahres 1948, 31 (1983), S.674-718.

Dietrich Staritz: Parteien für ganz Deutschland? Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47, 32 (1984), S.240-268.



186 Notizen

Helga A. Welsh: Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität Leipzig 1945-1946. Ein Bericht des damaligen Rektors Professor Bernhard Schweitzer, 33 (1985), S.339-372.

Bernd Niedbalski: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission. Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945-1948, 33 (1985), S. 456-477.

Hermann-Josef Rupieper: Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952. Das Gespräch Stalin-Nenni, 33 (1985), S.547-557.

Hermann-Josef Rupieper: Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?, 34 (1986), S. 427-453.

Lucio Caracciolo: Der Untergang der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Otto Grotewohl und die "Einheit der Arbeiterklasse" 1945/46, 36 (1988), S.281-318.

Reiner Pommerin: Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Eine britische Analyse vom April 1946, 36 (1988), S.319-338.

Dieter Marc Schneider: Renaissance und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, 37 (1989), S. 457-497.

Christoph Buchheim: Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, 38 (1990), S.415-433.

Ludolf Herbst, Friedrich Kahlenberg, Hermann Weber: Aufgaben und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der politischen Umwälzung in Osteuropa und in der DDR, 38 (1990), S.511-514.

Siegfried Suckut: Die Entscheidung zur Gründung der DDR, Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, 39 (1991), S. 125-175.

Hanns Jürgen Küsters: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, 40 (1992), S. 107-153.

Leo Haupts: Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953, 40 (1992), S. 383-412. Michael Lemke: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960-1963, 41 (1993), S. 153-174.

Udo Wengst: Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, 41 (1993), S. 277-

Michael F.Scholz: Östen Undén und die DDR. Schwedische Deutschlandpolitik in den fünfziger Jahren, 41 (1993), S. 391-417.

Klaus-Dietmar Henke: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 41 (1993), S. 575-587.

Klaus Wiegrefe: Honecker und Brežnev auf der Krim. Eine Aufzeichung über das Treffen vom 19. August 1976, 41 (1993), S. 589-619.

Hermann Wentker: "Kirchenkampf" in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953, 42 (1994), S.95-127.

Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar-7. Februar 1947, 42 (1994), S. 279-303.

Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, 42 (1994), \$.635-667.



DAS DEUTSCHE PROBLEM IN DER NEUEREN GESCHICHTE

Internationales Colloquium der Association internationale d'histoire contemporaine de l'Europe, Paris, gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte, München, und dem Institut für Europäische Geschichte, Mainz, vom 20. bis 22. September 1994 in München

Schon aufgrund der Tatsache, daß an dem Colloquium 45 Wissenschaftler aus 16 Ländern teilnahmen, lag es nahe, das deutsche Problem in der neueren Geschichte nicht in erster Linie unter dem Blickwinkel der inneren Verfassung zu diskutieren, sondern stärker außenpolitisch als Frage nach der Integration des Alten Reiches (Einführungsvortrag: Otmar Frhr. von Aretin, Mainz), des Deutschen Bundes und vor allem des deutschen Nationalstaates in Europa. So konnte deutlich werden, daß die Charakteristika und bestimmenden Faktoren des deutschen Problems jeweils nur mit Blick auf die jeweiligen Epochen zu definieren sind (Horst Möller, München) und die Zäsuren der neueren Geschichte immer auch eine Neuakzentuierung des deutschen Problems bewirkten.

Lothar Gall (Frankfurt/M.) konkretisierte diesen Befund unter Hinweis auf den Bewertungswandel, den der Deutsche Bund von den Verdikten Treitschkes ("Die Tragödie in der Eschenheimer Gasse müsse beendet werden.") bis zur Hochschätzung der friedensbewahrenden Funktion des Bundes in der Historiographie der Nachkriegszeit 1945–1989 erfuhr. Gilbert Trauschs (Luxemburg) Vergleich zwischen Deutschem Bund und Europäischer Union stand Gall skeptisch gegenüber: Auf der Basis des wesentlich von Metternich konstruierten Interventionssystems sei keine langfristig funktionierende Ordnung zu etablieren gewesen, und insofern sei der Deutsche Bund kein vorbildliches "Modelleuropa im Kleinen". Lehrreich für die Gegenwart sei aber vielleicht die im Bund – angesichts der unterschiedlichen Souveränitätsdimensionen etwa zwischen Wien und Nassau – bestehende societas leonina, welche dokumentiere, daß ein Staatenbund wohl nicht ohne eine gewisse Hierarchisierung der beteiligten Gliedstaaten funktionieren könne.

Im Ergebnis der "nachgeholten Normalität des deutschen Zusammenschlusses zur Nation" (Klaus Hildebrand, Bonn) 1870/71 sollte sich die Bedeutung des deutschen Problems grundlegend wandeln. Den "Deutschen Nationalstaat als Großmacht" kennzeichnete nach Hildebrand eine "notorische Rastlosigkeit", die schon in der merkwürdigen Namensgebung ihren Niederschlag gefunden habe. Denn im "Deutschen Reich" verband sich begrifflich der Universalismus des Mittelalters mit dem Imperialismus der Gegenwärt und wirkte – trotz der Beteuerungen Wilhelms II., die "öde Weltherrschaft" nicht zu wollen – von Anfang an negativ nach außen. Tirpitz' Flottenpolitik sei aber auch als Ausdruck einer tiefsitzenden Angst um den Bestand des deutschen Nationalstaates zu werten, die vielleicht damit zu tun gehabt habe, daß die deutsche Großmacht keine Idee hatte, die in ihrer Wirkungsmacht auf die Massen den Ideen Lenins oder Wilsons vergleichbar gewesen wäre. Auch der Pangermanismus der Alldeutschen (Antoine Fleury, Genf) habe diese Funktion nicht erfüllt.

Wie tief trotz der bekannten Phase der Détente am Ende des 19. Jahrhunderts die politischen Gegensätze zwischen dem deutschen Kaiserreich und der Dritten Französischen



188 Notizen

Republik bis zum Ersten Weltkrieg im Ganzen blieben, verdeutlichte Raymond Poidevin (Straßburg). Auch Gesten wie die Teilnahme Frankreichs an der Einweihung des Kieler Ostseekanals oder die starke Frequentierung der Pariser Weltausstellung durch deutsche Besucher sowie insgesamt die beträchtliche Ausweitung der bilateralen Handelsbeziehungen hätten den Antagonismus nicht beendet. Zwar sei es tatsächlich schwierig, defensive und offensive Elemente der deutschen Außenpolitik immer klar zu unterscheiden, doch seien der deutschen Seite in wichtigen Stilfragen zweifellos Fehler unterlaufen, wie das Beispiel der angeblich ohne Einfluß Berliner Regierungskreise in die Presse lancierten Pläne für eine Zollunion mit den Niederlanden zeigte.

Nach dem Epochenwechsel von 1918 hatte sich die außenpolitische Konfiguration des deutschen Problems nach einhelliger Auffassung zwar nicht grundlegend geändert, doch habe der Versailler Vertrag Deutschland innenpolitisch traumatisiert, wie Fritz Klein (Berlin) anhand einer Rathenauschen Prophezeiung über Deutschlands Aussehen in 20 Jahren hervorhob: "Der Balkan reicht bis zur Nordsee."

Jacques Bariéty (Paris-Sorbonne) konnte jedoch zeigen, daß die Forderungen eines Theoretikers der deutsch-französischen Erbfeindschaft, Jacques Bainville, das Deutsche Reich zu zerstören, die Strategie der politisch und militärisch Verantwortlichen nicht beeinflußt haben. Nach den aufschlußreichen Berichten von General Bourgeois, Chef des Geographischen Dienstes, ging es der französischen Rheinpolitik nicht um eine politische, sondern um eine militärische Grenze als Schutzwall gegen einen neuerlichen Aufmarsch deutscher Armeen. Bariéty bezeichnete es als unsinnig, einen Gegensatz zwischen den Ideen Clemenceaus und Wilsons zu konstruieren, beide seien Erben der Aufklärungsphilosophie und der großen Revolutionen in ihren Ländern gewesen. Anthony Adamthwaite (Leeds) setzte in seinem Vortrag über die französische Außenpolitik 1919-1924 allerdings sehr kritische Akzente. Weder unter Clemenceau noch unter Poincaré und Herriot habe es Paris vermocht, die Instrumentarien der Konferenzdiplomatie virtuos zu handhaben. Kulturelles Überlegenheitsgefühl, Mangel an englischen Sprachkenntnissen und defizitäre Entscheidungsstrukturen hätten im Zeitraum von 1919–1924 zu einer Verschlechterung der internationalen Position Frankreichs beigetragen.

Vergleicht man 1918/19 mit 1945, so lag in den Augen Horst Möllers der entscheidende Unterschied darin, daß die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ihr – noch härteres – Schicksal besser ertragen hätten. Adolf M. Birke (Bayreuth/London) charakterisierte "Die Bundesrepublik Deutschland im Schatten der NS-Diktatur" als eindeutigen Anti-Hitler-Staat, dessen normative Grundausstattung eine eindeutige Ablehnung des Dritten Reiches enthielt. Die berechtigte Abscheu über einzelne Defizite der "Vergangenheitsbewältigung" dürfe nicht den Blick darauf verstellen, daß beim Aufbau neuer demokratischer Institutionen wie Bundeswehr und Auswärtigem Amt nicht die restaurativen Elemente überwogen. Pierre Ayçoberry (Straßburg) kontrastierte diesen Befund mit den Deutschlandbildern der französischen Parteien nach 1945, die teilweise noch an die Vorstellung vom "L'Allemagne éternelle" anknüpften und den kämpferischen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher als einen neuen Hitler perzipierten. Die Daladier-Regierung habe im übrigen den Krieg 1939 als Krieg gegen den deutschen Erbfeind, nicht gegen den Nationalsozialismus begriffen, und noch die Londoner Beschlüsse von 1948 seien in Paris als Katastrophe empfunden worden.

Über "Das Problem der deutschen Teilung und die Wiedervereinigung Deutschlands" referierte Hermann Graml (München). Er betonte, daß Deutschland in den frühen



1950er Jahren faktisch ein alliiertes Protektorat darstellte, wobei sich Moskau und die westlichen Verbündeten ab einem gewissen Zeitpunkt nur noch Schaukämpfe lieferten, um die Verantwortung für die Teilung dem Gegner im Kalten Krieg aufzuladen. Als zentrale Funktion der europäischen Integration benannte Graml die Bändigung der deutschen Aggressivität. Alexander Tschubarian (Moskau) beleuchtete besonders die russische Deutschlandpolitik, deren historische Erforschung sich mit spezifischen archivalischen Problemen konfrontiert sehe, die mit Stalins Regierungsstil – Entscheidungsfindung im kleinsten Kreis, ohne schriftliche Aufzeichnungen – zu tun haben. Anthony J. Nicholls (Oxford) fand Adenauers Deutschlandpolitik durch die Ereignisse von 1989/90 bestätigt, zweifelte indes, ob sich diese Interpretation angesichts der "Sehnsucht der westdeutschen Intelligenz nach Neuigkeit" durchsetzen werde. Die Konstruktion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft habe paradoxerweise nach dem Krieg den in Frage gestellten Nationalstaat gerettet. Heute könne für die deutsche Bundesregierung nach wie vor "Genscher speak" gelten: je europäischer ihre Außenpolitik sei, desto nationaler sei sie auch.

In der abschließenden Podiumsdiskussion ging Hermann von der Dunk (Utrecht) auf die von Eberhard Kolb (Köln) formulierte und von Carole Fink (New Brunswick) bekräftigte Hypothese ein, daß bei der historischen Beurteilung der deutschen (Außen-)politik oft andere Maßstäbe zur Anwendung kämen als ansonsten üblich. Der französische Revanche-Gedanke nach 1871 beispielsweise würde viel eher akzeptiert als der deutsche Versailles-Revisionismus nach 1919. Von der Dunk machte indes deutlich, wie sehr die Einschätzung der Weimarer Außenpolitik von dem Wissen um die spätere nationalsozialistische Gewaltpolitik geprägt werde. Ob angesichts der Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts der Nationalstaat nicht überhaupt als "verfehlte Vollendung der politischen Säkularisierung" betrachtet werden müsse, stellte Pierangelo Schiera (Trient) zur Diskussion, Demgegenüber erinnerten Dan Berindei (Bukarest) und Ierzy Holzer (Warschau) an die historischen Anziehungskräfte der deutschen Kulturnation auf den Osten Europas, Große Teile der rumänischen Eliten wären einst nicht nur in Paris, sondern auch an deutschen Hochschulen ausgebildet worden. Der Holocaust an den Juden habe aber, so Holzer, auch eine "verlorene Chance der deutschen Ausstrahlung im Osten" bedeutet.

Manfred Kittel



Jahrgang 43 (1995), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1995_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Abstracts

Michael H. Kater, Carl Orff in the Third Reich.

Munich composer Carl Orff, like all artists in the Third Reich, came under political pressure at the beginning of the regime. First it was Alfred Rosenberg and his cronies, then Joseph Goebbels and his agencies in the propaganda ministry that tried to control him. Orff, while never a Nazi, early on attempted accommodation rather than opposition. But even accommodation was difficult for him because his main work, "Carmina Burana" (1937), did not toe the party line. Nevertheless, during the war years, Orff won the admiration of regime leaders such as Baldur von Schirach and also was able to curry favor with Goebbels' Reich Music Chamber. He entered the postwar phase under suspicion of collaboration with the Nazis, but immediately cleared his name by falsely claiming to have played a key role in the resistance group of the White Rose.

Jürgen Pagel, Sovereign or Dependent? The Baltic States between Poland, Germany and the Soviet Union 1933/34.

Winning back the Baltics was a key point in the Soviet Union's world revolutionary plans. Poland saw itself as a natural ally to the Baltics and sought to include them in its foreign policy concepts. Indeed, Poland even attempted to form a federation with Lithuania. Germany had its own interests at heart, namely the *Memelland*, and wanted a revision of the frontier to Lithuania. Aware of these respective interests, the Soviet Union, as early as the 1920's and again between 1933/34, tried to extract a guarantee from both Germany and Poland concerning the Baltics. Tactical considerations motivated Poland to initially agree to talks with the Soviet Union, but fundamentally, Poland was not prepared to seriously negotiate with the Soviet Union at any time whatsoever. Germany, too, was not in any position either domestically, nor in terms of foreign policy to consider the Soviet Union's proposal. In these round of talks, the Soviet Union wanted the Baltics recognized as within the Soviet Union's sphere of interest, since the Baltics had "once belonged to the former Russian Empire".

Sebastian Schoepp, The "Argentinische Tageblatt" 1933–1945. A Forum for German Emigration in Argentina.

The "Argentinische Tageblatt" has a unique standing among German newspapers abroad. Founded in 1889 in Buenos Aires by Swiss emigré Johann Allemann, the "Argentinische Tageblatt" has lasted the longest of all German language print media. Still in print today, its traditionally liberal democratic views were in marked contrast to National Socialism in 1933. The "Argentinische Tageblatt" advocated the views of more than 50.000 emigrants who came to Argentina between 1933 and 1945. It did not hesitate to comment upon Argentinian domestic issues, especially if these concerned emigrants. The "Argentinische Tageblatt" gave innumerable emigrant writers and journalists an opportunity to publish their thoughts and ideas. The publication saw itself as a "forum" for the different currents of thought within the emigrant community. Indeed, the differences of opinion represented by the "Argentinische Tageblatt" remains unsurpassed in the history of emigration.



192 Abstracts

Sybil Milton, First Step to Extermination: The Zigeunerlager after 1933.

So-called Gypsy camps (Zigeunerlager) coexisted with concentration camps in Nazi Germany before 1939. These municipal camps segregated Sinti and Roma and served as pools for forced labor; after 1941, they became assembly centers for deportation to the extermination camps. The municipal Gypsy camps provided easy access for systematic anthropological and racial registration. Conditions in these camps were coordinated by the Deutscher Gemeindetag reporting to the Reich Ministry of Interior. The patterns of deporting and holding Sinti and Roma as family units commenced in the municipal Gypsy camps and ended in the Gypsy "family camp" (BIIe) at Auschwitz-Birkenau.

Carlos Collado Seidel, Refuge for Nationalsocialists? The Franco Regime, the Western Allies and the Treatment of German Agents in Spain 1944–1947.

Was Franco's Spain a haven for former National Socialists after the collapse of the Third Reich? This question has been argued repeatedly since 1945. Based on archival material said to have been lost or no longer existing, the article pursues this question and examines the fates of former National Socialists, secret agents, Gestapo agents as well as, other "obnoxious Germans" living in Spain after 1945. It describes the Allies' deep concern that, with Franco's protection, uncontrollable national socialist ideas would rise again. The struggle to deport the Germans proved futile due, not so much to Franco's suspected solidarity with the former Nazis but primarily to so-called "Spanish hospitality", which undermined effective enforcement of actions at the government level.

Hansjakob Stehle, Chance Factors Leading to the New "Ostpolitik". Records of a Secret Meeting in 1968

Early 1968 a secret meeting took place between Egon Bahr, Chief of the Planning Department in the Foreign Office and Administration official closest to Chancellor Willy Brandt, and Jerzey Raczkowski, a diplomat posted at the Polish Embassy in Vienna. Raczkowski agreed to a meeting with Bahr, although he had no instructions from Warsaw to do so, a fact he concealed from Bahr. In the talk, Egon Bahr strongly favored the new "Ostpolitik" and urged acceptance of the "Oder-Neisse-Line", which could eventually lead to a non-aggression agreement. Jerzey Raczkowski conveyed these signals to the Polish Foreign Ministry, which, however, were ignored. Only by coincidence in 1970 did negotiations get under way which finally led to the Polish German Non-Aggression Pact. Bahr's report is documented in the archives of the Foreign Affairs ministry in Warsaw. Raczkowski's report is documented in the "Archiv der sozialen Demokratie" in Bonn.



MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Michael H. Kater, M. A., Distinguished Research Professor für Neuere Geschichte an der York University in Toronto, Kanada (York University, Faculty of Graduate Studies, 4700 Keele Street, North York, Ontario, Canada, M3J 1P3); veröffentlichte zahlreiche Bücher und Aufsätze zur Sozial- und Kulturgeschichte sowie zur Medizingeschichte der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, u.a. "Different Drummers. Jazz in the Culture of Nazi Germany" (New York, Oxford 1992); er ist Fellow der John Simon Guggenheim Foundation, der Canada Council Killam Foundation und der Royal Society of Canada. Von 1990 bis 1994 war er Konrad-Adenauer-Forschungspreisträger der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Dr. Jürgen Pagel, Gymnasiallehrer in Kiel (Villenweg 14, 24119 Kronshagen); veröffentlichte u.a.: "Polen und die Sowjetunion während der Krise um die Tschechoslowakei (März-Oktober 1938)", in: Bohemia 30 (1989), "Der polnisch-litauische Streit um Wilna und die Haltung der Sowjetunion 1918–1938)", in: JfGO 40 (1992), "Polen und die Sowjetunion 1938–1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges" (Stuttgart 1992).

Sebastian Schoepp, M.A. (Zugspitzstr. 36, 85560 Ebersberg), Redakteur der Ebersberger Neuesten Nachrichten, einer Lokalausgabe der Süddeutschen Zeitung.

Dr. Sybil Milton, Leitende Historikerin des United States Holocaust Memorial Museums (100 Raoul Wallenberg Place, SW; Washington, D. C. 20024–2150); veröffentlichte u.a. "Locating the Victim", in: IEEE Annals of the History of Computing (1994), "In Fitting Memory: The Art and Politics of Holocaust Memorials" (Detroit 1991), "Roma and Sinti and the Holocaust", in: The History Teacher (1991), "The Context of the Holocaust", in: German Studies Review (New York 1990), "Argument oder Illustration", in: Fotogeschichte (1988), "The Expulsion of Polish Jews from Germany 1938", in: Leo Baeck Institute Yearbook (1984), und zusammen mit Janet Blatter "Art of the Holocaust" (New York 1981). Mitherausgeberin des "Simon Wiesenthal Center Annual" (7 Bde.) und der Dokumentenreihe "Archives of the Holocaust" (28 Bde.)

Carlos Collado Seidel, M. A. (Grawolfstr. 1, 82166 Gräfelfing); veröffentliche u.a. "Die deutsch-spanischen Beziehungen in der Nachkriegszeit: Das Projekt deutscher Militärstützpunkte in Spanien 1960" (Saarbrücken 1991), (Hrsg. zusammen mit Walther L. Bernecker) "Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975–1982" (München 1993), er arbeitet gegenwärtig an einer Untersuchung der Entnazifizierungspolitik der Alliierten in Spanien 1942–1952.

Dr. Hansjakob Stehle, Historiker und Rom-Korrespondent für "Die Zeit" (I-0062 Roma-Bracciano, Via del Lago 14/C.P.43); veröffentlichte u. a. "Geheimpolitik im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten" (Zürich 1993), "Eastern Politics of the Vatican 1917–1979" (Ohio University Press 1981), "Nachbarn im Osten" (Frankfurt a. M. 1971), "Nachbar Polen" (Frankfurt a. M. ²1968), sowie mehrere Aufsätze u. Dokumentationen in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte zur NS-Politik und kirchlichen Zeitgeschichte.

